Neue Freie Presse
18/V. 1915

Kriegszustand in Tripolis.

Mailand, 17. Mai.

Dem „Corriere della Sera" zufolge ist in Tripolis infolge der seit den jüngsten Ereignissen zunehmenden Tätigkeit der Eingebornen der Kriegszustand proklamiert worden.

Berliner Lokalanzeiger
18/V. 1915

Die italienischen Sozialisten gegen die Kriegstreiber.

Telegr. unseres Korrespondenten.

bs. **Chiasso**, 17. Mai.

Die gestrige Versammlung der Vertreter der sozialistischen Organisationen Italiens, des italienischen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Gruppe der Deputiertenkammer in Bologna nahm eine Tagesordnung an, in welcher festgestellt wird, daß einige große italienische Zeitungen, unterstützt von der irregeleiteten Demokratie und den Freimaurern, eine freche Mystifikation ins Werk gesetzt haben, um das Land als kriegsgünstig darzustellen. Die Versammlung bestätigt aufs neue den unerschütterlichen Widerspruch des Proletariats gegen eine Intervention Italiens als unvereinbar mit den nationalen Interessen und den sozialistischen Grundsätzen. Dem Beschlusse der sozialistischen Deputierten, gegen jeden Kredit für den Krieg zu stimmen, spendet sie ihren Beifall, außerdem fordert sie das gesamte Proletariat Italiens auf, am 19. Mai, dem Tage vor der Parlamentseröffnung, überall Volksversammlungen zu veranstalten, um nochmals seiner unerschütterlichen Ueberzeugung wider den Krieg Ausdruck zu geben und den wahren Willen des Volkes gegenüber allen künstlichen und erpresserischen Kundgebungen darzutun.

Kundgebungen gegen den Krieg in Piemont.

Telegr. unseres Korrespondenten.

bs. **Chiasso**, 17. Mai.

In Turin versuchten auch gestern wieder die Studenten, eine Kundgebung für den Krieg zu veranstalten, wurden aber von den Neutralisten auseinandergetrieben. Für heute wurde von der gesamten Arbeiterschaft Turins der Generalstreik als Kundgebung wider den Krieg erklärt, und in den 36 größeren Ortschaften des Piemont sind auf heute abend Versammlungen einberufen, um die Bewegung auszudehnen.

Der sozialistische Avanti beharrt, einer Meldung der Kölnischen Zeitung aus Lugano zufolge, auf der entschiedenen Opposition der Sozialisten gegen den Krieg, den die Mehrheit des Volkes nicht wolle, und fordert das Proletariat Italiens auf, bis Donnerstag seinen Willen den Abgeordneten deutlich zum Ausdruck zu bringen. — Laut Kölnischer Volkszeitung wendet sich die halbamtliche Tribuna gegen die Kriegshetzer und läßt durchblicken, daß die Abmachungen Italiens mit dem Dreiverband auf einen einfachen Notenwechsel basieren dürften und ein Uebereinkommen darstellen, worin ausdrücklich das Nichtinkrafttreten der Abmachungen ausgesprochen wird, bevor nicht gewisse Bedingungen erfüllt seien. „Wir wissen, daß Salandra bis zum letzten Augenblick entschlossen war, keine verpflichtende Entscheidung zu treffen ohne die Genehmigung des Parlamentes."

Tägliche Rundschau
18./V. 1915

Ein Mahnwort in zwölfter Stunde.

Unter der Ueberschrift „Wen will man täuschen?“ veröffentlicht der Direktor der Turiner „Stampa“, Senator Frassati, einen Leitartikel, in welchem in nicht zu überbietender Schärfe mit den Kriegshetzern Italiens gründlich abgerechnet wird. Wir brachten einige Sätze daraus bereits in der gestrigen Morgennummer zum Abdruck. Es verlohnt sich aber auf den Artikel des in ganz Norditalien verbreiteten Blattes zurückzukommen, da Frassati in seinen Ausführungen an zahlreichen Stellen interessante Schlaglichter auf die Stimmung in den neutralistischen Kreisen sowie auf Italiens politische und militärische Lage fallen läßt, und da aus seinem Artikel so recht deutlich wird, wie schroff sich die Meinungen in Italien gegenüberstehen. Von einer nationalen Geschlossenheit kann gar keine Rede sein. Der Senator Frassati schreibt:

Die kriegshetzerischen Blätter sind zu Tode betrübt, daß das Ministerium Salandra-Sonnino nicht den Staatsstreich vollführt hat. (Er ist namentlich vom „Corriere della Sera“ empfohlen worden. Die Schriftl.) Wenn es das nicht getan hat, so müßte es das Versäumte nachholen, die Herren Salandra und Sonnino müßten nach dem Willen der Kriegstreiber sofort ans Ruder zurückkehren, um Oesterreich den Krieg zu erklären. Schon zu lange hat die Regierung Italiens gezögert. Nach dem Wunsche dieser Herrschaften mußte sie den Krieg schon im September erklären. Wenn sie es damals nicht getan hat, muß sie es heute tun. Was macht es aus, wenn der Gang der Ereignisse bewiesen hat, daß ihre Auffassung falsch, völlig falsch war und daß ihre Ratschläge trügerisch, ihre Lockungen für das Vaterland unheilvoll sind? Wenn wir im September in den Krieg gezogen wären, hätte sich Italien schon verblutet, ohne irgendein Ergebnis erreicht zu haben.

Ist heute die Lage anders? Aus welchem diplomatischen oder militärischen oder irgendeinem anderen Grunde, der uns entgehen kann, aber den wir in den Artikeln der den Krieg befürwortenden Blätter nicht entdeckt haben, aus welchem Grunde müßte Italien heute, gerade heute in den Krieg ziehen? Die militärische Lage ist heute genau wie vor sechs Monaten. Ja, wenn eine Aenderung eingetreten ist, so ist sie doch entschieden zugunsten derjenigen Mächte erfolgt, gegen welche unsere Kriegstreiber Italien führen möchten. Die Stellung der Zentralmächte in den

---

und allen voran auch drei Mitglieder des Ministeriums Salandra.

Haben wir vielleicht einen genialen Mann, der uns führt? Wo ist ein Cavour, der mit seinem Wort, mit seinen Taten, mit seinen Erfahrungen heute Italien führen könnte, der auch gegen die Mehrheit der besten Köpfe, auch gegen die Mehrheit des Volkes mit seiner klaren und sicheren Vision von den kommenden Dingen unser Vaterland aufs Spiel setzen dürfte? Wo ist dieser Cavour? Wo ist dieser Bismarck? Wir sehen ihn nicht und können ihn nicht sehen, weil er nicht da ist. Und wenn er nicht da ist, darf dann die Regierung Italiens Journalisten und Interventionisten anvertraut werden? Mit welchem Recht? Das ist die Frage, die wir an das Volk richten, das ist die Frage, welche alle diejenigen sich vorlegen sollten, die heute in Italien den Krieg verlangen. Und wenn sie die Frage ehrlich und aufrichtig beantworten wollen, dann wird keiner unter ihnen zu anderen Schlußfolgerungen kommen als den unsrigen.

Das sind kräftige und dringliche Worte. Leider werden sie an der Entwicklung der Dinge nichts mehr ändern können. Man kann einem Rasenden schwer mit Vernunftgründen beikommen. Die „Stampa“ sieht das selber ein und erklärt jetzt, nach der Ablehnung von Salandras Abschiedsgesuch, den Krieg für unvermeidlich. Nichtsdestoweniger gilt hier das alte Römerwort: ut desint vires, tamen est laudanda voluntas.

Berliner Lokalanzeiger
18. V. 1915

I
4

Die „Lusitania"-Note.

In später Nachtstunde hat nun auch die deutsche Regierung durch das offiziöse Telegraphenbüro eine Uebersetzung der amerikanischen Note über den „Lusitania"-Fall ausgegeben, die sich im wesentlichen mit der gestern abend von uns nach der Meldung der Agence Havas gebrachten Uebersetzung deckt. Ohne schon Stellung zu der Note zu nehmen, muß man sagen, daß die direkte Uebersetzung aus dem Englischen die Hauptstellen in der gleichen scharfen Form erscheinen läßt wie die indirekte Uebertragung. Des großen Interesses wegen, das die amerikanische Note erweckt, geben wir nachstehend nochmals ihren Wortlaut in der amtlichen deutschen Fassung:

Berlin, 17. Mai.

Der hiesige amerikanische Botschafter hat dem Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten die folgende Mitteilung zugehen lassen:

Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz folgende Abschrift eines mir von der Amerikanischen Regierung zugegangenen Telegramms zu übermitteln:

In Anbetracht der in letzter Zeit von den deutschen Behörden unter Verletzung amerikanischer Rechte auf hoher See getroffenen Maßnahmen, die in der Torpedierung und Versenkung des englischen Dampfers „Lusitania" am 7. Mai 1915 gipfelten, wobei über hundert amerikanische Staatsangehörige das Leben verloren haben, erscheint es vernünftig und wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Kaiserlich Deutsche Regierung zu einer vollkommen klaren Verständigung über den Ernst der Lage gelangen, die sich hieraus ergeben hat.

Die Versenkung des englischen Passagier-Dampfers „Falaba" durch ein deutsches Unterseeboot am 28. März, wobei der amerikanische Staatsangehörige Leon C. Thrasher ertrank, der am 28. April erfolgte Angriff eines deutschen Flugzeuges auf das amerikanische Schiff „Cushing", die Torpedierung des amerikanischen Schiffes „Gulflight" am 1. Mai durch ein deutsches Unterseeboot, wobei mindestens zwei amerikanische Staatsangehörige umkamen, und endlich die Torpedierung und Versenkung des Dampfers „Lusitania" bilden eine Reihe von Vorfällen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit wachsender Besorgnis, Beunruhigung und Bestürzung beobachtet hat.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kennt die menschliche und aufgeklärte Haltung, die bisher von der Kaiserlich Deutschen Regierung in Fragen des Völkerrechts und besonders im Hinblick auf die

Freiheit der Meere

eingenommen worden ist; sie hat sich davon überzeugt, daß auf dem Gebiete völkerrechtlicher Verpflichtungen die deutschen Anschauungen und der deutsche Einfluß stets für die Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingetreten sind; sie ist auch überzeugt davon, daß die von der Kaiserlich Deutschen Regierung ihren Marineoffizieren erteilten Anweisungen von den gleichen Gefühlen der Menschlichkeit geleitet sein dürften, wie es die See-Gesetze anderer Nationen vorschreiben; deshalb konnte die Regierung der Vereinigten Staaten nicht glauben und kann sich auch jetzt nicht entschließen zu glauben, daß diese so völlig den Regeln, Gewohnheiten und dem Geiste der modernen Kriegsführung widersprechenden Maßnahmen die Genehmigung oder Billigung dieser großen Regierung haben konnten. Infolgedessen hält es die Regierung der Vereinigten Staaten für ihre Pflicht, sich deswegen an die Kaiserlich Deutsche Regierung mit der vollkommensten Offenheit und in der aufrichtigen Hoffnung zu wenden, daß sie sich nicht getäuscht hat, wenn sie von der Kaiserlich Deutschen Regierung eine Handlungsweise erwartet, die den durch ihre Maßnahmen hervorgerufenen bedauerlichen Eindruck verwischen und die die bisherige Haltung der Deutschen Regierung bezüglich der geheiligten Freiheit der Meere wiederherstellen wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist von der Kaiserlich deutschen Regierung davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sie sich durch die außergewöhnlichen Umstände des gegenwärtigen Krieges und durch die von ihren Gegnern angewandten Maßregeln, die dahin abzielten, Deutschland von jedem Handelsverkehr abzuschneiden, gezwungen sähe, Repressiv-Maßregeln zu ergreifen, die die gewöhnlichen Methoden der Seekriegsführung weit überschreiten, indem sie eine Kriegszone proklamierte, außerhalb deren sich zu halten sie die neutralen Schiffe gewarnt hatte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte bereits Gelegenheit, die Kaiserliche Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die Einführung derartiger Maßnahmen oder Warnungen vor deren Gefahren an amerikanische Schiffe oder amerikanische Staatsangehörige, die berechtigterweise als Passagiere auf Schiffen kriegführender Staaten, reisen, nicht zulassen könne, und daß sie die Kaiserlich Deutsche Regierung für jede absichtliche oder zufällige Verletzung dieser Rechte streng verantwortlich machen müsse. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht glauben, daß die Kaiserliche Regierung diese Rechte in Frage stellt; sie nimmt vielmehr an, daß die Kaiserliche Regierung als selbstverständlich anerkennt die Regel, daß das Leben von Nichtkombattanten — mögen sie neutraler Nationalität sein oder einer im Kriege befindlichen Nation angehören — rechtlicher oder billiger Weise nicht durch die Kaperung oder

Zerstörung eines unbewaffneten Handelsschiffes

in Gefahr gebracht werden kann, und daß die Kaiserliche Regierung ebenfalls wie dies alle anderen Nationen tun, die Verpflichtung anerkennt, die gebräuchlichen Maßnahmen der Anhaltung und Untersuchung zu ergreifen, um festzustellen, ob ein verdächtiges Handelsschiff tatsächlich einer kriegführenden Macht angehört oder wirklich Kriegskonterbande unter neutraler Flagge führt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten möchte daher die Kaiserlich Deutsche Regierung allen Ernstes darauf aufmerksam machen, daß der Einwand gegen ihr jetziges Verfahren, den Handel ihrer Feinde anzugreifen, darin liegt, daß es praktisch unmöglich ist, Unterseeboote für die Vernichtung des Handels zu verwenden, ohne dabei die Regeln der Billigkeit, der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu mißachten, die von der modernen Anschauung als gebietend angesehen werden. Es ist für die Offiziere eines Unterseebootes tatsächlich unmöglich, ein Handelsschiff auf See zu durchsuchen und seine Papiere und Ladung zu prüfen; es ist für sie tatsächlich unmöglich, das Schiff als Prise zu nehmen und, wenn sie nicht an Bord des Schiffes eine Prisenbesatzung lassen können, so können sie es nicht versenken, ohne die Besatzung und alles, was sich an Bord befindet, Wind und Wellen in ihren kleinen Rettungsbooten preiszugeben. Diese Tatsachen gibt bekanntlich auch die Kaiserlich Deutsche Regierung offen zu. Wir erfahren nun, daß bei den oben erwähnten Fällen man nicht einmal die erforderliche Zeit gewährte, um diese elementare Sicherheitsmaßnahme zu ergreifen, und daß in wenigstens zwei der angeführten Fälle nicht einmal eine Warnung erfolgt ist. Es ist klar, daß die Unterseeboote,

Berliner Lokalanzeiger
18. V. 1915

II
5

die „Lusitania"-Note.

wie die Ereignisse der letzten Woche gezeigt haben, nicht gegen Handelsschiffe verwendet werden können ohne unvermeidliche Verletzungen vieler

geheiligter Grundgesetze der Menschlichkeit und Gerechtigkeit.

Amerikanische Bürger handeln innerhalb der Grenzen ihrer unbestreitbaren Rechte, wenn sie auf hoher See ihre Schiffe überall dahin steuern und zur See überall dahin reisen, wohin sie ihre rechtmäßigen Geschäfte führen, und sie üben diese Rechte in dem wohl sehr berechtigten Vertrauen aus, daß ihr Leben nicht gefährdet werde durch Handlungen, die offensichtlicher Verletzung allgemein anerkannter internationaler Verpflichtungen begangen werden, und sicher auch in dem Vertrauen, daß ihre eigene Regierung sie in der Ausübung ihrer Rechte unterstützen werde.

Es wurde, wie ich der Kaiserlich deutschen Regierung bedauere mitteilen zu müssen, kürzlich in den Zeitungen der Vereinigten Staaten eine formelle an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gerichtete Warnung veröffentlicht, die von der deutschen Botschaft in Washington stammen soll, und die tatsächlich besagte, daß jeder Bürger der Vereinigten Staaten, der sein Recht zu freien Reisen auf den Meeren ausübe, es auf eigene Gefahr tue, falls seine Reise ihn in die verwende, trotz des achtungsvollen, aber sehr ern FBERPB Zone der Gewässer führe, in der die kaiserliche Marine ihre Unterseeboote gegen den Handel Großbritanniens und Frankreichs verwende, trotz des achtungsvollen aber sehr ernsthaften Protestes der Regierung der Vereinigten Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwähnt dies nicht, um die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die überraschende Regelwidrigkeit der Tatsache zu lenken, daß eine von der Deutschen Botschaft in Washington stammende Mitteilung sich an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch Vermittlung der Presse richtet, sondern nur um darauf hinzuweisen, daß eine Warnung von einer ungesetzlichen und unbilligen Handlung in keiner Weise als eine Entschuldigung oder Milderung dieser Handlung noch als geeignet angesehen werden kann, die Verantwortlichkeit ihrer Urheber zu verringern.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, die seit langem den Charakter der Kaiserlich Deutschen Regierung und die hohen Grundsätze der Billigkeit kennt, von denen sie in der Vergangenheit beseelt und geleitet war, kann nicht glauben, daß die Kommandanten der Schiffe, die diese ungesetzlichen Handlungen begangen haben, dies anders als unter einem Mißverständnis der von den deutschen Marinebehörden gegebenen Befehle getan haben können. Sie setzt es als selbstverständlich voraus, daß in einem jeden solchen Falle man wenigstens im Bereiche der Grenzen der praktischen Möglichkeit erwarten könne, daß die Kommandanten selbst von Unterseebooten nichts tun würden, was das Leben von Nicht-Kombattanten oder die Sicherheit neutraler Schiffe gefährdet, selbst auf die Gefahr hin, daß die Kaperung oder Zerstörung des in Frage stehenden Schiffes vereitelt wird. Sie vertraut daher darauf, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Handlungen, über die die Regierung der Vereinigten Staaten Klage führt, mißbillige; daß sie, so weit möglich,

Genugtuung geben wird für unermeßliche Schäden

und daß sie sofort die nötigen Schritt tun wird, um die Wiederholung von Vorfällen, die so offenkundig gegen die Grundsätze der Kriegführung, für die Kaiserlich Deutsche Regierung in der Vergangenheit so klug und fest eingetreten ist, umzustürzen.

Die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten erwarten von der Kaiserlich Deutschen Regierung ein gerechtes, baldiges und aufgeklärtes Vorgehen in dieser vitalen Angelegenheit mit um so größerem Vertrauen, als die Vereinigten Staaten und Deutschland nicht nur durch

besondere Bande der Freundschaft,

sondern auch durch ausdrückliche Bestimmungen des Vertrages von 1828 zwischen den Vereinigten Staaten und dem Königreich Preußen verbunden sind.

Der Ausdruck des Bedauerns und das Angebot einer Genugtuung im Falle der Zerstörung irrtümlich versenkter neutraler Schiffe können, wenn sie auch, im Falle Verluste an Menschenleben nicht zu beklagen sind, internationalen Verpflichtungen genügen mögen, doch nicht ein Verfahren rechtfertigen oder entschuldigen, dessen natürliche und notwendige Wirkung es ist, neutrale Staaten und Personen neuen und unermeßlichen Gefahren auszusetzen.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgendein Wort ungesprochen oder eine Tat ungeschehen lassen wird, die notwendig sein sollten, um ihrer heiligen Pflicht zu genügen, die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu wahren und ihre freie Ausübung und Genuß zu gewährleisten.

Ich benutze diese Gelegenheit, Euere Exzellenz erneut meiner ausgezeichneten Hochschätzung zu versichern.

gz.: James W. Gerard.

Seiner Exzellenz
Herrn von Jagow, Kaiserlichen Staatssekretär des Auswärtigen
Angelegenheiten 2c. 2c. 2c.

Berliner Lokalanzeiger
18./V. 1915.

Italiens Schicksalsstunde.

Eigener Drahtbericht.

Zürich, 17. Mai.

Der Berichterstatter der „Züricher Post" meldet aus Mailand: Die Nachricht von der Ablehnung des Rücktrittsgesuchs Salandras hat sofort die Ruhe im ganzen Lande wiederhergestellt. Es werden wohl noch Kundgebungen gemeldet, aber keine Tumulte mehr, und man hat nun den Anblick einer Bevölkerung, die im vollen Bewußtsein, vor der Schicksalsstunde Italiens zu stehen, ihre Vaterlandsliebe bekundet. Die allgemeine Meinung ist, daß in wenigen Tagen der Krieg losbrechen wird. Daß Italien in der Tat mit großen Schritten dem Krieg entgegeneilt, darüber ist kein Zweifel möglich, doch darf immer noch die Frage gestellt werden: Ist wirklich jede, auch die kleinste Hoffnung auf den Frieden verloren? Zwei Tatsachen sind dabei im Auge zu behalten:

1. Die Kündigung des Dreibundvertrages bedeutet noch nicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

2. Das Abkommen mit dem Dreiverband ist offenbar an mehrere Bedingungen geknüpft.

Wenn also heute Oesterreich nicht mit Worten, sondern mit Taten Italien entgegenkommt, so wäre es möglich, den bewaffneten Konflikt zu vermeiden.

Die halbamtliche römische „Tribuna" schreibt, sie wisse, daß Salandra bis zum letzten Augenblick entschlossen war, keine verpflichtende Entscheidung ohne Genehmigung des Parlaments zu treffen. Das Blatt läßt durchblicken, daß die Vereinbarungen des Kabinetts Salandra mit dem Dreiverband nur auf einem einfachen Notenwechsel beruhen und der ausdrücklichen Vorbehalt machen, daß ihre Inkraftsetzung von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängt.

Kölnische Zeitung
18.V.1915

Die Urheber des Bürgerkriegs.

Xg **Lugano**, 15. Mai. Wiederholt ist an dieser Stelle in den letzten Monaten die Ansicht ausgesprochen worden, daß die Verwirrung, die seit dem Ausbruch des Krieges die öffentliche Meinung Italiens in wachsendem Maße ergriffen hat, ebensowohl zum Bürgerkrieg wie zur Aufgabe der Neutralität führen könnte. Die Voraussage beginnt sich zu bewahrheiten, denn nach den heutigen Meldungen der Mailänder Blätter steht Italien unmittelbar vor dem Bürgerkrieg, wenn man ihn nicht schon als ausgebrochen annehmen will. Die Straßenkundgebungen und Gewaltakte gegen Deutsche und Österreicher, die Tumulte der Kriegshetzer und Gegenkundgebungen der Neutralisten mit den darauffolgenden tätlichen Zusammenstößen, das in fast allen größern Städten nötig gewordene Eingreifen der Truppen, die bis zum Wahnwitz gesteigerten leidenschaftlichen Kämpfe der feindlichen Richtungen in der Tagespresse und endlich das bereits auf der Gasse vergossene Blut zeigen in ihrem Gesamteindruck in der Tat den Bürgerkrieg an. Die im Abgang befindliche Regierung der Herren Salandra und Sonnino scheint die Lage auch nicht anders zu verstehen, sonst würde sie nicht gestern durch besondern Erlaß die Präfekten des Königreichs ermächtigt haben, nötigenfalls die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung den Militärbehörden anzuvertrauen. Dieser Erlaß enthält einen Satz, der festgenagelt zu werden verdient. Die Regierung erklärt darin, daß sie unbeugsam entschlossen sei, sich aller gesetzlichen Mittel zur Aufrechthaltung der Ordnung zu bedienen, und betont ausdrücklich, daß der Mangel an Rücksicht auf die Fremden ein Schandfleck für ein gesittetes Land ist, und daß der Versuch, einen Druck auf die staatlichen Behörden auszuüben, deren Autorität schwächt und die Staatssicherheit gefährdet. Lobenswerte Gedanken in der Tat; nur schade, daß diese Einsicht dem Ministerpräsidenten und Minister des Innern Salandra ein halbes Jahr zu spät erwacht ist. Er konnte den revolutionären Zustand, in dem Italien sich jetzt befindet, sehr wohl verhüten, wenn er beizeiten sich der Pflichten eines gesitteten Staatswesens und einer neutralen Regierung erinnert und dem verwegenen Treiben der Kriegshetzer Einhalt getan hätte; er hätte für ein tatkräftiges Vorgehen in diesem Sinne den Beifall und die Unterstützung aller anständigen und ernsthaften Elemente des Volkes gefunden. An Ermahnungen dazu und an Warnungen hat es ihm nicht gefehlt. Die für eine ehrliche Neutralität Italiens und für treues Festhalten am Dreibund eintretenden Blätter des Landes haben täglich an jene Pflichten gemahnt und vor dem verderblichen Treiben antimonarchischer, vom Ausland abhängiger Parteien gewarnt. Die vom Geiste Crispis geleitete Concordia hat immer wieder in Fettdruck ein Wort des verstorbenen Staatsmanns mahnend dem Ministerium vorgehalten: „Eine Regierung, die nicht imstande ist, die öffentliche Meinung zu leiten, ist nicht würdig, an der Spitze des Staates zu stehen.“ Es war vergebens. Seit dem Tode San Giulianos scheint man völlig vergessen zu haben, daß Italien seine Neutralität erklärt hatte. Es hat das rühmliche Beispiel der benachbarten Schweiz unbeachtet gelassen, deren Regierung mit fester Hand es durchgesetzt hat, daß auch die Haltung des Volkes den Pflichten der Neutralität entsprach. Es hat vielmehr sich völlig treiben lassen vom Strom der im Dienste Frankreichs, Englands und Rußlands arbeitenden Kriegshetzer und hat auf Grund eines etwas mystischen Vertrauensvotums der Kammer im Dezember 1914 sich berechtigt geglaubt, den Krieg vorzubereiten, obgleich es täglich daran erinnert wurde, daß die große Mehrheit des Volkes den Frieden wollte. Das Ministerium Salandra hat es geschehen lassen, daß monatelang die verbreitetsten Zeitungen Italiens zum Krieg gegen Österreich aufreizten und mit den unsinnigsten Märchen den Haß gegen Deutsche und Österreicher schürten; es hat untätig zugeschaut, wenn in dem neutralen Italien die pöbelhaftesten Schmähungen in Wort und Bild gegen die Verbündeten des Königs Viktor Emanuel verbreitet wurden, es hat geschehen lassen, daß Deutsche beschimpft, verfolgt und als Spione verhaftet wurden, daß deutsches Eigentum in Italien beschädigt wurde, und daß deutsche Geschäftsleute als Schmuggler mit Kriegsbannware verdächtigt wurden, während man gegenüber dem offenkundigen Treiben von Franzosen und Engländern gegen die Neutralitätsrechte beide Augen zudrückte. Das Ministerium Salandra hat es geduldet, daß italienische Professoren, die für das treue Aushalten des Landes beim Dreibund eintraten, von Studenten beschimpft und an dem Abhalten ihrer Vorlesungen gehindert wurden, und hat die frechen Übeltäter nicht zur Rechenschaft gezogen; es hat nicht einmal eingegriffen, wenn wiederholt die Kriegshetzerpresse mit der Revolution drohte, falls ihr Wille nicht geschehe, und wenn sie die Person des Monarchen selber in verbrecherischer Weise bedrohte; es hat geduldet, daß das neutrale Italien freiwillige Hilfstruppen nach Frankreich gegen Deutschland und nach Serbien gegen Österreich sandte, es hat geduldet, daß französische und belgische Sendlinge sowie fahnenflüchtige österreichische Staatsangehörige das neutrale Italien durchreisten und unter den Augen der Polizei zum Krieg gegen die Verbündeten Italiens aufriefen. Vielleicht kann man diese Liste von Sünden des Ministeriums Salandra noch verlängern, aber sie ist schon lang und ungeheuerlich genug. So hat dieses Kabinett den schweren innern Zwist vorbereitet und geschürt, der jetzt zum Ausbruch kommt, da es im Begriff stand, das Land in einen Krieg gegen seine langjährigen Verbündeten hineinzureißen, einen Krieg, den ein großer Teil der Besten des Volkes nicht will, weil er einen Verrat bedeuten würde, und den die Masse des Volkes nicht will, weil sie einem Krieg an sich aufs entschiedenste abgeneigt ist. Ob es für die verhängnisvolle Tätigkeit dieser Regierung eine Entschuldigung gibt, mag dahingestellt bleiben; Mitschuldige hat sie dagegen, und diese sind vor allem die gewissenlosen Leiter der Geschicke Frankreichs und Englands, die in der Hoffnung, durch die Waffen Italiens vor einer endgültigen Niederlage gerettet zu werden, auch dieses Land kaltblütig an den Rand des Abgrunds drängen.

Neues Wiener Tagblatt
18./V. 1915

Eine Note der Vereinigten Staaten an Deutschland.

Aus Anlaß der Versenkung der „Lusitania".

Berlin, 18. Mai. Das Wolffsche Bureau meldet: Der hiesige amerikanische Botschafter ließ dem Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten folgende Mitteilung zugehen: Ich habe die Ehre Euer Exzellenz folgende Abschrift eines mir von der amerikanischen Regierung zugegangenen Telegramms zu übermitteln.

In Anbetracht der in letzter Zeit von den deutschen Behörden unter Verletzung amerikanischer Rechte auf hoher See getroffenen Maßnahmen, die in der Torpedierung und Versenkung des englischen Dampfers „Lusitania" am 7. Mai 1915 gipfelten, wobei mehr als hundert amerikanische Staatsangehörige das Leben verloren haben, erscheint es vernünftig und wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die kaiserlich-deutsche Regierung zu einer vollkommen klaren Verständigung über den Ernst der Lage gelangen, die sich hieraus ergab.

Es wird nun in der Denkschrift die Versenkung einzelner Schiffe ausführlich besprochen und dann heißt es zum Schluß:

Die Regierung der Vereinigten Staaten vertraut darauf, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Handlungen, über welche die Regierung der Vereinigten Staaten Klage führt, mißbillige; daß sie soweit als möglich Genugtuung geben wird für die unermeßlichen Schäden, und daß sie sofort die nötigen Schritte tun wird, um die Wiederholung von Vorfällen zu verhindern, die so offenkundig die Grundsätze der Kriegsführung, wofür die kaiserlich deutsche Regierung in der Vergangenheit so klug und fest eingetreten ist, umstürzen. Die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten erwarten von der kaiserlich deutschen Regierung ein gerechtes, baldiges und aufgeklärtes Vorgehen in dieser vitalen Angelegenheit mit um so größerem Vertrauen, als die Vereinigten Staaten mit Deutschland nicht nur durch besondere Bande der Freundschaft, sondern auch durch ausdrückliche Bestimmungen des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und dem Königreich Preußen vom Jahre 1882 verbunden sind.

Der Ausdruck des Bedauerns und das Angebot von Genugtuung im Falle der Zerstörung irrtümlich versenkter neutraler Schiffe können, wenn sie auch, falls Verluste an Menschenleben nicht zu beklagen sind, den internationalen Verpflichtungen genügen mögen, doch nicht ein Verfahren rechtfertigen oder entschuldigen, dessen natürliche und notwendige Wirkung ist, neutrale Staaten und Personen neuen und unermeßlichen Gefahren auszusetzen. Die kaiserlich deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgendein Wort ungesprochen oder eine Tat ungeschehen lassen wird, die notwendig sein sollte, um ihrer heiligen Pflicht zu genügen, die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu wahren und ihre freie Ausübung und Genuß zu gewährleisten.

Ich benütze diese Gelegenheit, um Euer Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochschätzung zu versichern.

Gez.: James W. Gerard.

Seiner Exzellenz Herrn v. Jagow, kaiserlichen Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten 2c.

Der Aufstand in Portugal.

Der neue Ministerpräsident schwer verletzt. Der Attentäter, ein Senator, getötet.

K. Lissabon, 17. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Der neue Ministerpräsident Chagas, der sich von Oporto nach Lissabon begeben wollte, um sein Amt anzutreten, wurde gestern im Bahnhofe Entrocamiento vom Senator Joan Freitas durch Revolverschüsse schwer verletzt.

Freitas wurde von Gendarmen niedergeschlagen und getötet.

Chagas wurde nach Lissabon gebracht.

Die Unruhen haben wieder begonnen.

* * *

Neues Wiener Tagblatt
18.V.1915

Der Internationale Frauenkongreß im Haag.

Als der Krieg, der nun schon fast zehn Monate die europäischen Länder durchtobt, ausbrach, schien alles vor Entsetzen gelähmt, alle geistige Bewegung, ja das Leben selbst schien stillzustehen. Seither haben sich die Dinge nicht gebessert, der Jammer, die Verluste sind erschreckend gewachsen, aber die Menschen haben sich in beklagenswerter Anpassungsfähigkeit daran gewöhnt, von den Leiden andrer zu hören, sie sind abgestumpft und es raubt ihnen nicht den Schlaf, zu wissen, daß täglich junge, hoffnungsvolle Menschen zu Tausenden sterben. Aber eine Gruppe von Menschen kann es nicht in Gleichmut hinnehmen, wenn mit Menschenleben gewütet wird — das sind die Frauen und Mütter. Bei ihnen gibt es kein Gewöhnen an die größer werdenden Verluste, kein Aufwachen uralter Instinkte, die über den Schmerz der Gegenwart hinweghelfen. In den Müttern wächst die Trauer auch in dem Maße, als die Söhne andrer Mütter dahinsterben, und erst leise und vereinzelt, dann immer stärker anschwellend hört man ihre Stimmen, ihren Protest in die Welt schreien. Ein Appell an die Frauen ist nicht umsonst ergangen, und so kam es, daß Frauen aus allen Ländern im Haag zusammenkamen, aus den kriegführenden und neutralen Ländern, aus Europa und Amerika, sowohl Frauen aus der Frauenbewegung als Mütter und Nur-Hausfrauen.

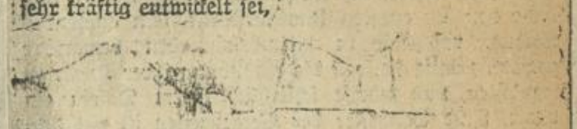
Der Haager Frauenkongreß ist von Einzelpersonen einberufen worden, die den Mut hatten, auf eigene Verantwortung zu handeln, nachdem die Vereine, denen sie nahestanden, die Beteiligung abgelehnt hatten. Die Einberuferinnen sind fast durchweg Frauen, die im Weltbund für Frauenstimmrecht einander kennen und schätzen lernten, die ohne diese Weltorganisation nicht die äußere Möglichkeit, einen Kongreß abzuhalten, gehabt hätten. Auch insofern stand der Kongreß durchaus im Zeichen des Frauenstimmrechtes, als die Präsidentin des Weltbundes Mrs. Carrie Chapman-Catt durch ein besonders herzliches Begrüßungstelegramm ihre Zustimmung aussprach und in den Verhandlungen die Notwendigkeit des Frauenstimmrechtes wiederholt und eindringlich erwähnt wurde.

Es lag in der Natur der Sache, daß die neutralen Länder stärker als die kriegführenden vertreten waren, immerhin waren auch diese sehr ansehnlich vertreten und hätten es noch besser sein können, wenn nicht Hindernisse äußerlicher Art dazwischengekommen wären.

Aus Holland war die Vorsitzende des vorbereitenden Komitees Dr. Aletta Jakobs, ferner Dr. Mia Boissevain, Rosa Manus und viele andre anwesend, aus Deutschland Dr. Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, die bekannten Vorkämpferinnen für Frauenstimmrecht, ferner Doktor Stöcker, Dr. Rotter, Frau Selenka, Frau Kirchhoff, aus England Crystall Macmillan, Kathleen Courtney und Mrs. Pettnik Lawrence, aus Oesterreich Leopoldine Kulka, Olga Misar, Frau Hofrat Lecher, Frau Wolf-Cyrian, Frau Berta Fröhlich, Frau Daszynska-Golinska, aus Ungarn Frau Rosika Schwimmer, Frau Vilma Glücklich, Frau Ziper-nowsky und andre, aus Italien Frau Genoni, aus Dänemark Fräulein Dangaard, Frau Tybjerg und andre, aus Schweden Fräulein Klemann, Fräulein Hansson und andre, aus Norwegen Frau Keilhau und andre, fünf Frauen aus Belgien, eine größere Delegation aus Amerika, der vor allem die Kongreßvorsitzende Jane Adams aus Chicago, eine in der ganzen Welt berühmte und verehrte Frau, angehörte. Begrüßungstelegramme und Briefe langten in großer Anzahl aus allen Ländern ein und wurden dem aus fast zweitausend Menschen bestehenden Kongreßauditorium im Laufe des Kongresses verlesen.

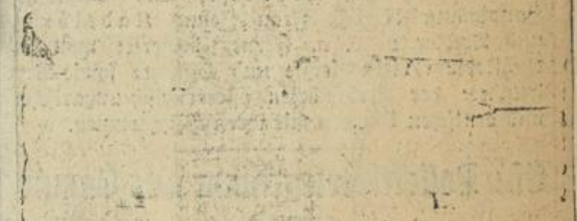
Der Zweck des Kongresses bestand darin, eine imposante Solidaritätskundgebung der Frauen aus verschiedenen Ländern zu veranstalten und die Frauen zu verpflichten, an der Verhütung zukünftiger Kriege dadurch zu arbeiten, daß sie aufbauende Friedensarbeit leisten, vor allem aber dadurch, daß sie sich bemühen, das Stimmrecht in allen Ländern zu erringen und so weiblicher Denkungsart den ihr gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der inneren und äußeren Politik zu sichern.

Der Protest gegen den Krieg kam je nach Temperament und Bildungsgrad der Rednerinnen in verschiedenen Tonarten zum Ausdruck; bei Frau Rosika Schwimmer, einer glänzenden Rednerin, die das Publikum zu größter Begeisterung fortriß, in Tönen höchster Leidenschaft, bei ihrem seelischen Gegenpol, Frau Jane Adams, in mütterlich-sanfter Milde. Letztere drückte die Hoffnung aus, daß der Idealismus, die Aufopferungsfähigkeit, welche so stark sind, daß sie die Männer in den Kampf treiben, sich auch stark genug erweisen werden, die Frauen zur mutigen Verfechtung ihrer Ideale anzuspornen. Sie meinte, daß das internationale Gefühl schon jetzt zweifellos sehr kräftig entwickelt sei,



Die Solidarität der Frauen aus den verschiedenen Ländern kam schon durch ihr freundschaftliches Beisammensein zum Ausdruck, wurde aber noch überdies durch taktvolles Vermeiden jeder Kränkung und besonderes Entgegenkommen der „feindlichen" Frauen unterstrichen.

Die Forderung, daß die Staaten die Waffenfabrikation überwachen und monopolisieren sollen, als ersten Schritt in der Richtung endgültiger, internationaler Abrüstung, wurden von einer Engländerin aufgestellt und von einer deutschen Frau unterstützt. Die Beschuldigung, daß der Aushungerungsplan besonders deshalb verwerflich sei, weil kleine Kinder und schwache Frauen seine ersten Opfer sein müssen, wurde von einer Engländerin erhoben.



Das Frauenstimmrecht wurde als eine der wesentlichen Garantien eines dauernden Friedens bezeichnet und seine Einführung im Interesse des Kulturfortschrittes von der Konferenz verlangt, die nach dem Krieg die Friedensbedingungen und die Garantien eines dauernden Friedens bestimmen soll. Welche Umstände sonst von den Frauen für wesentlich zur Sicherung des Friedens angesehen werden, geht aus den angenommenen Resolutionen in bezug auf zwischenstaatliche Organisation hervor. Bei diesen war es sehr erfreulich, daß sie durchweg von demokratischer Stimmung beherrscht waren; die äußere Politik soll unter demokratische Kontrolle gestellt werden und Geheimverträge sollen null und nichtig sein. Gebietsabtretungen sollen nur mit der Zustimmung der männlichen und weiblichen Bevölkerung des betreffenden Landes erfolgen dürfen. An der Konferenz, die nach dem Krieg die Friedensbedingungen festsetzt, sollen Vertreter des Volkes, und zwar Männer und Frauen, teilnehmen. Diese Forderungen sind teils durch Anlehnung an die Programme bestehender Friedensparteien, teils durch Aufnahme dringender Wünsche der Frauen entstanden.

Neues Wiener Tagblatt
18/IV. 1915

II
11

Der Internationale Frauen-Kongreß in Haag.

Andre Resolutionen des Kongresses gehören in das Gebiet direkter Friedensarbeit, der sich die Kongreßteilnehmer somit auch zu widmen verpflichtet haben. Diese betreffen das Verlangen, daß internationale Streitigkeiten einem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen und daß internationale Maßregeln gegen ein Land ergriffen werden sollen, das zu den Waffen greift, ohne einen Schiedsspruch oder Vermittlung angerufen zu haben.

Der Kongreß empfiehlt Freiheit des Handels, freie Schiffahrt auf allen Meeren und offene Handelsstraßen für die Schiffe aller Nationen unter gleichen Bedingungen; er empfiehlt die Abschaffung der Befestigung der Landesgrenzen (wie zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada). Zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten empfiehlt der Kongreß Kommissionen und Schiedsgerichtshöfe für juridische und andre Konflikte und einen internationalen Gerichtshof.

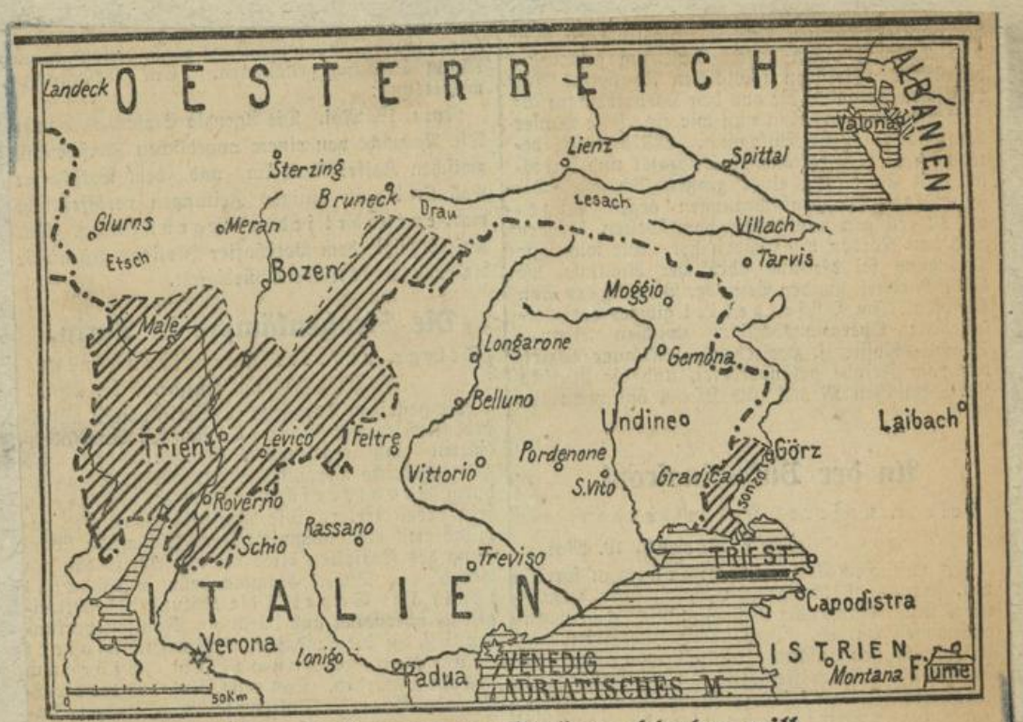
Gewiß liegen viele der hier gesteckten Ziele in weiter Ferne, wahrscheinlich wird auch vieles, was jetzt zweifellos wünschenswert scheint, im weiteren Verlaufe sich als unwichtig erweisen, aber in dieser Zeit, in der das Unwahrscheinlichste zur Wahrheit geworden ist, gelten andre Maßstäbe und andre Normen. Heute müssen wir uns vor allem hüten, an allen Idealen der Kultur zu verzweifeln, müssen nach den Richtlinien suchen, die unser Streben bestimmen können, und mutig alle Wege einschlagen, die uns dem Ziel der Völkerverständigung und Staatenorganisation näherbringen. Einige dieser Wege zu weisen und zur Arbeit zu ermutigen, war die Aufgabe dieses Kongresses. Hoffen wir, daß bald viele die Wege beschreiten und die Aufgaben erfüllen werden.

Olga Misar.

* * *

Der Allgemeine österreichische Frauenverein hält heute 7 Uhr im Festsaale des Niederösterreichischen Gewerbevereines, 1. Bezirk, Eschenbachgasse Nr. 11, eine Versammlung ab. Tagesordnung: Bericht über den Internationalen Frauenkongreß im Haag. Referentinnen die Frauen Leopoldine Kulka, Olga Misar, Francis Wolf-Cirian, Hofrat Helene Lecher.

Berliner Lokalanzeiger
19./V. 1915



Was Oesterreich an Italien abtreten will.

Die schraffierten Gebietsteile zeigen den Umfang des österreichisch-ungarischen Angebots.

19./V. 1915.

Der Reichskanzler über die italienisch-österreichische Frage.

Ⓐ **Berlin**, 18. Mai. (Telegr.) Bei Beginn der Sitzung des Reichstags erschien der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg in Generalsuniform und hielt folgende Rede:

Ihnen ist bekannt, daß sich die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien in den letzten Monaten stark zugespitzt haben. Aus der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza werden Sie entnommen haben, daß das Wiener Kabinett in dem aufrichtigen Bestreben, die ständige Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und Italien zu sichern und um den dauernden großen Friedensinteressen beider Reiche Rechnung zu tragen, sich zu weitgehenden Konzessionen auch territorialer Natur an Italien entschlossen hat. Ich halte es für zweckmäßig, Ihnen diese Konzessionen zu bezeichnen:

1. Der Teil von Tirol, der von Italienern bewohnt ist, wird an Italien abgetreten.

2. Ebenso das westliche Ufer des Isonzo, soweit die Bevölkerung rein italienisch ist, und die Stadt Gradiska.

3. Triest soll zur Kaiserlichen freien Stadt gemacht werden, eine den italienischen Charakter der Stadt sichernde Selbstverwaltung und eine italienische Universität erhalten.

4. Die italienische Souveränität über Wallona und die dazu gehörende Interessensphäre soll anerkannt werden.

5. Österreich-Ungarn erklärt seine politische Uninteressiertheit hinsichtlich Albaniens.

6. Die nationalen Interessen der italienischen Staatsangehörigen in Österreich-Ungarn werden besonders berücksichtigt.

7. Österreich-Ungarn erläßt eine Amnestie für militärische und politische Verbrecher, die aus den abgetretenen Gebieten stammen.

8. Wohlwollende Berücksichtigung von weitern Wünschen Italiens über die Gesamtheit der das Abkommen bildenden Fragen wird zugesagt.

9. Österreich-Ungarn wird nach Abschluß des Vertrages eine feierliche Erklärung über die Abtretungen abgeben.

10. Gemischte Kommissionen zur Regelung der Einzelheiten der Abtretung werden eingesetzt.

11. Nach Abschluß des Abkommens sollen die Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee, die aus den abgetretenen Gebieten stammen, nicht mehr an den Kämpfen teilnehmen. (Hört, hört.)

Ich kann weiter hinzufügen, daß Deutschland, um die Verständigung zwischen beiden Bundesgenossen zu fördern und zu festigen, dem römischen Kabinett gegenüber im Einverständnis mit dem Wiener die volle Garantie für die loyale Ausführung der Bedingungen ausdrücklich zugesichert hat. (Stürmisches Hört, Hört!) Österreich-Ungarn und Deutschland haben hiermit einen Entschluß gefaßt, der, wenn er zum Ziele führt, nach meiner festen Überzeugung auf die Dauer von der überwältigenden Mehrheit der drei Nationen gutgeheißen wird. (Lebhafter Beifall.) Mit seinem Parlament steht das italienische Volk vor der freien Entschließung, ob es die Erfüllung alter nationaler Hoffnungen auf friedlichem Wege erreichen will oder ob es das Land in den Krieg stürzen und gegen die Bundesgenossen von gestern und heute morgen das Schwert ziehen will. Ich mag die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß die Wagschale des Friedens schwerer sein wird als die des Krieges. Wie sich aber auch Italien entscheiden möge, in Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn haben wir alles im Bereiche der Möglichkeit Liegende getan, um ein Bundesverhältnis zu stützen, das im deutschen Volke feste Wurzeln gefaßt hatte und das den drei Reichen Nutzen und Gutes gebracht hat. Wird der Bund von einem Partner zerrissen, so werden wir in Gemeinschaft mit dem andern auch neuen Gefahren zuversichtlich und festen Mutes zu begegnen wissen.

Der Reichstag nahm diese Rede mit einer rauschenden Kundgebung entgegen. Das Haus und die Tribünen brachen in langanhaltende stürmische Rufe aus, und in anhaltendem Händeklatschen gab sich die Bewegung bei den Abgeordneten und Zuhörern kund.

Mit lautem Zuruf und anhaltendem Händeklatschen hat die Vertretung des deutschen Volkes dem Reichskanzler geantwortet, als er seine bedeutsamen Mitteilungen über die Beziehungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn mit dem Hinweis schloß, wenn einer der Teilhaber des Dreibundes diesen zerrisse, so werde Deutschland in Gemeinschaft mit dem andern auch neuen Gefahren zuversichtlich und festen Mutes zu begegnen wissen. Reichskanzler und Reichstag drücken damit nur aus, was unser ganzes Volk empfindet, und die Welt weiß jetzt, wie Deutschland sich entscheiden wird. Die lodernde Begeisterung, mit der unser Volk in den uns aufgezwungenen Krieg zog, ist stiller geworden, sie hat sich vertieft zu dem unerschütterlichen Entschluß, Seite an Seite mit unserm Bundesgenossen an der Donau und der Türkei den Kampf durchzufechten, wenn auch noch neue Feinde zu dem bunten Gemisch hinzutreten sollten, das uns angreift. Wir fühlen uns getragen von dem Bewußtsein, daß wir diesen Krieg nicht gewollt haben und daß der Kaiser und der Kanzler alle Mittel erschöpft hatten, uns den Frieden zu bewahren. Nicht minder hat der greise Kaiser und König Franz Joseph jede Möglichkeit begrüßt, seinen Völkern das Unheil des Krieges zu ersparen. Ohne militärisch besiegt zu sein, hat er darein gewilligt, daß der Versuch gemacht wurde, den bisherigen Bundesgenossen Italien von einem Eingreifen in das gewaltige Ringen durch Befriedigung lang gehegter Wünsche fernzuhalten. Er brachte damit ein Opfer, das unterliegt keinem Zweifel, wie selten ein Herrscher. So gingen von Wien Anerbietungen aus, die bei ruhiger Erwägung jeder Italiener, und wenn ihn der glühendste Patriotismus beseelte, als unerwarteten Gewinn hätte aufnehmen müssen. Das Deutsche Reich, der dritte Teilnehmer an dem Bündnis, hat es für seine Pflicht gehalten, die Verständigung zwischen den beiden andern nach Kräften zu fördern. Es übernahm die volle Gewähr dafür, daß Österreich-Ungarn seine Zugeständnisse nicht etwa unter veränderten Verhältnissen zurückzöge. Mehr als die beiden Kaiserreiche getan haben, um die friedliche Lösung der Frage zu erzielen, vermag kein Staat zu tun. Vor dem Urteil der Geschichte stehen sie als Beweis unentwegter Friedensliebe da. Und was bot Österreich-Ungarn? Wenn man die Gesamtheit seines Angebots übersieht, so umfaßt sie nicht nur die auf rein nationale Ziele hinsteuernden Bestrebungen des italienischen Volkes, sondern darüber hinaus noch die Einwilligung, daß der bisherige Bundesgenosse in seiner äußern Politik einen lange gehegten Wunsch erreichen soll. Es verzichtet auf jede Betätigung in Albanien, es räumt Italien das Recht ein, in Wallona einen Stützpunkt zu schaffen, der in Zusammenhang mit den gegenüberliegenden italienischen Häfen die Mündung der Adria beherrschen muß. Das ist ein völliger Verzicht auf eine aktive Politik an den östlichen Gestaden des Adriatischen Meeres, eine Errungenschaft für Italien, die vor kurzem nur als Preis eines Sieges über Österreich-Ungarn denkbar erschien. Daran reihen sich nun die Abtretung des von Italienern bewohnten Teils von Tirol, des westlichen Ufers des Isonzo, soweit seine Bevölkerung rein italienisch ist, und der Stadt Gradiska. Triest konnte und kann der Kaiserstaat nicht preisgeben, denn es ist seine Lunge, durch die er Meerluft atmet, aber die Stadt soll unter Souveränität des Kaisers, so verstehen wir die Mitteilung des Reichskanzlers, selbständig werden, ihren italienischen Charakter durch Selbstverwaltung sichern und eine italienische Universität erhalten. Was sonst noch in dem Angebot steht, trägt den Stempel der aufrichtigen Absicht, sich der Erfüllung der Zugeständnisse nicht zu entziehen. Deutschland aber übernimmt die Gewähr.

„Die überwältigende Mehrheit der drei Nationen," so sprach der Reichskanzler, „wird diesen Entschluß gutheißen." Für Österreich-Ungarn hat zu einem bedeutsamen Teil bereits der ungarische Reichstag diese Ansicht durch die feierliche Zustimmung zu den Erklärungen Tiszas kundgegeben, der deutsche Reichstag hat sie noch unterstrichen, indem er auch für den Fall eines Abbruchs der Verhandlungen sich auf den Boden stellte, den der Reichskanzler einnehmen will. Wer die Stimmen, die sich in Italien seit Monaten erheben, nach ihrem richtigen Maß einschätzt, kann nicht daran zweifeln, daß das wüste Toben und die Straßenausschreitungen der letzten Tage nicht der Ausdruck der wirklichen Stimmung der Mehrheit des Volkes sind. Sie stellen die reife Frucht der Saat dar, welche die französischen Zeitungen und Diplomatie wie die republikanisch-freimaurerischen Kreise Italiens selbst seit Jahren gelegt hatten. Daß sie so üppig aufschießen konnte, wurde gefördert durch das untilgbare Verlangen der weitesten Schichten, die „bedrängten" Stammesbrüder unter dem Zepter der Habsburger zu befreien. Unter dem einschüchternden Druck dieser, kein Mittel verschmähenden Elemente hat die Mehrheit bisher nicht gewagt, einem Treiben entgegenzutreten, das Staat und Volk an den Rand eines Abgrunds geführt hat. Noch will der Reichskanzler die Hoffnung auf eine friedliche Lösung nicht aufgeben, nur weist er dem italienischen Parlament, der berufenen Vertretung des Volkes, die Aufgabe zu, die Entscheidung zu treffen. So oft haben italienische Staatsmänner in ihren Reden Beispiele aus der klassischen Vergangenheit ihres schönen Landes angeführt, mögen sie daran denken, daß im alten Rom der Tempel des Janus stand, dessen Tore sich leicht öffnen, nur schwer schließen ließen. Ohne einen Tropfen Blut kann Italien einen Gewinn erringen, wie ihn ein siegreicher Krieg als Triumph und Lohn des Einsatzes von Tausenden von Menschenleben sonst nur zu bringen vermag. Wählt es die Waffe statt der Palme, so findet es neben Österreich-Ungarn auch Deutschland.

Kölnische Zeitung
19.IV.1915

„Jugoslawien" gegen Italien.

In englischen Blättern hat kürzlich, wie schon mitgeteilt, Sir Arthur Evans den Nachweis geführt, daß die nordöstliche Küste des Adriatischen Meeres, Dalmatien eingeschlossen, nie an Italien fallen dürfe, sondern den Südslawen gehören müsse. Bald darauf trat im Unterhause der englische Balkanausschuß unter dem Vorsitze Sir Edward Boyles zu einer Beratung zusammen und beschloß eine Erklärung, die zwar den möglichen Beitritt Italiens zur Sache der Verbündeten willkommen heißt, aber die gebührende Rücksicht auf die Lebensbedingungen des serbischen Bundesgenossen und vor allem der ganzen serbisch-kroatischen Nation fordert, der die dalmatische Küste nach dem Recht der Volksgemeinschaft, der Sprache, der wirtschaftlichen Verhältnisse zukomme. Das waren die Vorbereitungen auf die dritte Tatsache, einen von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des südslawischen Ausschusses unterzeichneten und in den englischen Blättern vom 13. ds. veröffentlichten Aufruf „an das britische Volk und Parlament", der in weitläufiger Begründung die Hoffnung ausspricht, daß der Dreiverband im Verein mit Serbien und Montenegro die nationalen Bestrebungen der Südslawen zur Verwirklichung führen werde, und als unumgängliches Ziel folgende Forderung aufstellt:

Die Jugoslawen (Südslawen) bilden ein einziges Volk, sowohl ihrer Sprache, ihrem geographischen Zusammenhang und ihrem Nationalbewußtsein nach. Nur vereinigt können sie über die für ein unabhängiges Dasein notwendigen Hilfsquellen verfügen. Die Jugoslawen (Serben, Kroaten, Slowenen) bewohnen folgende Länder: die Königreiche Serbien und Montenegro, das dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien (mit Fiume und dessen Bezirk); die Provinzen Bosnien, Herzegowina und Krain, beträchtliche Teile der Provinzen Istrien, Triest, Görz-Gradiska, Kärnten und Steiermark, und endlich das jugoslawische Gebiet im eigentlichen Ungarn. Die Zerstückelung dieser Landstriche zu verewigen, indem man viele derselben unter österreichisch-ungarischer Herrschaft ließe oder sogar Teile derselben einer andern Fremdherrschaft übertrüge, wäre eine schreiende Verletzung unserer volkstümlichen, geographischen und wirtschaftlichen Einheit, und dem würde unser Volk ohne Zweifel kräftigen und berechtigten Widerstand entgegensetzen. Das südslawische Volk strebt nach seiner Vereinigung zu einem einzigen unabhängigen Staat, dessen innere Einrichtungen es selbst seinen Wünschen und Bedürfnissen gemäß gestalten wird. Der südslawische Staat (Jugoslavia) wird eine Stütze der Ordnung und des Friedens sein. Indem er seine ganze Kraft der Sache des Fortschritts widmet, wird er auch jene wohlbekannte Fähigkeit seiner seefahrenden Bevölkerung entwickeln, welche die britische Nation vor allem zu schätzen versteht. Seine Häfen werden in einem bisher nie erlebten Maße dem Handel geöffnet sein und dem ganzen Hinterlande, namentlich den Tschechen und Madjaren, neue Verkehrswege erschließen.

Das Schriftstück beruft sich zum Schluß auf den „gesicherten guten Willen unserer russischen Brüder" und wirbt um den Beistand des britischen Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung. Es sagt:

Sehr zu bemerken ist in diesem Zukunftsbild die Betonung der Schiffahrt, die sich gewiß nicht auf den Handel beschränken würde. Für Italiens Streben nach der Herrschaft über das adriatische Meer könnte also bei einem Siege des Dreiverbandes ein viel unbequemerer Nebenbuhler unter den Fittichen eines noch unberechenbar verstärkten Rußlands, erstehen, als es jetzt der österreichische Nachbar ist.

Frankfurter Zeitung
19./V. 1915

Die Stimmung in Oesterreich-Ungarn.

G Wien, 18. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Aus den inspirierten Darlegungen der gesamten Presse geht hervor, wenn es nicht an sich schon einleuchtend wäre, daß die Interpellation Andrassys und die Antwort des Grafen Tisza eine hochwichtige diplomatische Aktion, gewissermaßen eine Flucht in die Oeffentlichkeit gegen die Entente-Intrige in Italien bedeutet. Zwischen Ungarn und Italienern bestehen alte Sympathien noch aus der Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen den altösterreichischen Zentralismus. Die ungarischen Staatsmänner beider Gruppen, des Kabinetts und des Oppositionschefs, reichen den Italienern die Freundschaftshand mit der öffentlichen Versicherung, daß die Gebietsabtretungen nicht widerwillig, sondern als Beseitigung alter Reibungspunkte und als Unterpfand dauernder Freundschaft erfolgen. Dagegen verschwindet die künstlich aufgebauschte und verletzende Frage der Garantien. Nun hat die italienische Kammer das Wort, das Freundesangebot mit einem Dolchstoß oder der Friedenspalme zu beantworten. Trotz wüster Agitation ist die Hoffnung noch nicht ganz geschwunden, daß Italien die Politik der eigenen Interessen und nicht die der gedungenen Bravos verfolgen wird. Schlimmstenfalls ist aber alles vorgesehen, um auch die neue Aufgabe zu lösen.

Frankfurter Zeitung
19.V.1915

Deutscher Reichstag.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

N Berlin, 18. Mai. (Priv.-Tel.)

Um 2½ Uhr eröffnete der Präsident Kämpf die Sitzung mit folgender Ansprache: Beim Beginn unseres neuen Reichstagsabschnittes begrüße ich Sie auf das herzlichste. Wir treten in unsere Arbeit ein mit der fröhlichen Zuversicht, die auch der bisherige Verlauf der Kriegsereignisse uns einflößt. Ohne Ueberhebung, aber mit der ruhigen Entschlossenheit, die im Gefühl der Kraft und Einigkeit und in dem Bewußtsein von der Gerechtigkeit unserer Sache wurzelt, sieht das deutsche Volk ruhig der Zukunft entgegen, die uns die Entwicklung aller unserer Kraft bringen soll zum Heile und zur Größe unseres geliebten deutschen Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo!) Ich begrüße von den Herren besonders den Abg. v. Graefe, der, in der gewaltigen Karpathenschlacht verwundet, wieder unter uns erschienen ist und wünsche ihm baldige Wiedergenesung. (Lebhaftes Bravo!)

Es folgen geschäftliche Mitteilungen.

Dann nimmt das Wort der

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren! Allen ist bekannt, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien in den letzten Monaten sich stark zugespitzt haben. Aus der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza werden Sie entnommen haben, daß das Wiener Kabinett mit dem aufrichtigen Bestreben, der ständigen Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und Italien und den dringenden großen Lebensinteressen beider Reiche Rechnung zu tragen, sich zu weitgehenden Konzessionen, auch territorialer Natur an Italien entschlossen hat. Ich halte es für zweckmäßig, Ihnen diese

Konzessionen

zu bezeichnen.

1. Der Teil von Tirol, der von Italienern bewohnt ist, wird an Italien abgetreten.

2. Ebenso das westliche Ufer des Isonzo, soweit die Bevölkerung rein italienisch ist, und die Stadt Gradisca.

3. Triest soll zur freien Stadt gemacht werden und eine den italienischen Charakter der Stadt sichernde Stadtverwaltung und eine italienische Universität erhalten.

4. Die italienische Souveränität über Valona und die dazu gehörige Interessensphäre soll anerkannt werden.

5. Oesterreich-Ungarn erklärt seine politische Uninteressiertheit hinsichtlich Albaniens.

6. Die nationalen Interessen der italienischen Staatsangehörigen in Oesterreich-Ungarn werden besonders berücksichtigt.

7. Oesterreich-Ungarn erläßt eine Amnestie für militärische und politische Verbrechen solcher, die aus den abgetretenen Gebieten stammen.

8. Wohlwollende Berücksichtigung von weiteren Wünschen Italiens über die Gesamtheit der das Abkommen bildenden Fragen wird zugesagt.

9. Oesterreich-Ungarn wird nach Abschluß des Vertrages eine feierliche Erklärung über die Abtretungen abgeben.

10. Gemischte Kommissionen zur Regelung der Einzelheiten der Abtretungen werden eingesetzt.

11. Nach Abschluß des Abkommens sollen Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee, die aus den besagten Gebieten stammen, nicht mehr an dem Kampf teilnehmen. (Lebhaftes Hört! Hört!)

Ich kann weiter hinzufügen, daß Deutschland, um die Verständigung zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu fördern und zu festigen, dem römischen Kabinett gegenüber im Einverständnis mit dem Wiener Kabinett die volle Garantie für die loyale Ausführung des Anerbietens ausdrücklich zugesichert hat. (Hört! Hört!) Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben hiermit einen Entschluß gefaßt, der, wenn er zum Ziele führt, nach meiner festen Ueberzeugung auf die Dauer von der überwiegenden Mehrheit der drei Nationen gutgeheißen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Mit seinem Parlament steht Italien vor der freien Entschließung, ob es die Erfüllung alter nationaler Hoffnungen im weitesten Umfange auf friedlichem Wege erreichen, oder ob es das Land in den Krieg stürzen und gegen seine Bundesgenossen von gestern und heute morgen das Schwert ziehen will. (Lebhafte Zustimmung.) Ich mag die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß die

Wagschale des Friedens

schwerer sein wird als die des Krieges. Wie sich aber auch Italien entscheiden möge, in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn haben wir alles im Bereiche der Möglichkeit Liegende getan, um ein Bundesverhältnis zu stützen, das im deutschen Volke feste Wurzeln gefaßt hatte, und das den drei Reichen Nutzen und Gutes gebracht hat. Wird der Bund von einem Partner zerrissen, so werden wir in Gemeinschaft mit dem anderen Partner auch neuen Gefahren zuversichtlich und festen Mutes entgegensehen. (Stürmischer, minutenlanger Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen. Die Kundgebungen für den Reichskanzler wiederholen sich lange Zeit und der Reichskanzler erhebt sich einigemal dankend von seinem Platz.)

*

Nachdem gestern der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza in umschreibender Form mitgeteilt hat, daß die von der Turiner „Stampa" und nach ihr von anderen Blättern gemachten Angaben über die von Oesterreich-Ungarn angebotenen Gebietsabtretungen und sonstigen Zugeständnissen an Italien im allgemeinen richtig seien, hat heute im deutschen Reichstage die zuständigste Stelle, der deutsche Reichskanzler, zu ersten Mal genaue Angaben über den Umfang der österreichisch-ungarischen Angebote gemacht. Damit ist endgültig der Vorhang von den Verhandlungen hinweggezogen worden, der, soviel wir wissen, auf ausdrücklichen Wunsch der italienischen Regierung darüber gezogen war. Trotzdem war es nicht die deutsche oder österreichisch-ungarische, sondern die italienische Presse, die zuerst Mitteilungen über den Gegenstand der Verhandlungen machte. Die Mitteilungen im ungarischen und deutschen Reichstag haben zweifellos den Zweck, in der letzten entscheidungsvollen Stunde vor aller Welt, namentlich auch vor dem italienischen Volk, um dessen Blut und Gut es geht, darzulegen, wie weit Oesterreich-Ungarn den nationalen Forderungen eines Bundesgenossen entgegenkommt und wie geringfügig der Unterschied zwischen diesen Zugeständnissen und den Forderungen ist, die von vernünftigen Politikern Italiens als im Gebiet des Möglichen liegend angesehen wurden. Das was Oesterreich-Ungarn anbietet, soll Italien ohne jedes Opfer erhalten. Was es darüber hinaus erstrebt, kann nur durch seine Teilnahme am Kriege erreicht werden. Sollte es dennoch wegen der erbärmlich kleinen Differenz zu einem Kriege kommen, so wird der Historiker der Nachwelt staunen, ob der Verblendung, die nötig war, um einen solchen Entschluß zu zeitigen. Italien braucht auch in keiner Weise zu fürchten, daß ihm der Preis etwa doch entgehe; denn feierlich vor aller Welt übernimmt Deutschland die Bürgschaft für die loyale Durchführung des Abkommens. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er noch nicht alle Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens mit Italien aufgebe. Es hält wirklich schwer, zu glauben, daß Italiens Lenker dennoch den Krieg wollen. Ist es aber so, dann sollen sie vor ihrem Lande die volle Verantwortung für das Furchtbare auf sich nehmen, das sie ihm aufladen. Dann wird Deutschland seine Pflicht als Bundesgenosse tun, wie es sie jetzt für die Erhaltung des Friedens getan hat. Was auch immer Italien beschließt, Deutschland sieht seiner Entscheidung ruhig und seiner Sache gewiß entgegen.

Vossische Zeitung
19.V.1915

Römische Kriegsraserei.

Eigener Drahtbericht.

Lugano, 19. Mai.

König Viktor Emanuel war beim Besuche der Kasernen und Militärlazarette Gegenstand begeisterter Kundgebungen. Frauen und Kinder klatschten in die Hände und riefen: „Es lebe der König!“ Die Wachtparade veranlaßt täglich Kundgebungen auf dem Platze vor dem Quirinal. Man hört: „Hoch der Krieg! Hoch Frankreich! Hoch unsere neuen Verbündeten.“ Vom Balkon des deutschfreundlichen Blattes „Vittoria“ wurde die Fahne herabgerissen. Die dreibundfreundliche Zeitung „Vita“ hat ihr Erscheinen eingestellt. Auf dem Kapitol küßte Bürgermeister Colonna vor allem Volke die italienische Fahne und hielt dann auf den Stufen der marmornen Doppeltreppe Michelangelos eine Ansprache, worin er die Geister des antiken Roms heraufbeschwor und die Scipionen- und die Mariussiege feierte. Nach ihm hielt von dem fahnengeschmückten Rathausbalkon aus d'Annuncio seine zehnte von Schimpfworten und Phrasen strotzende Kampfrede. Er forderte die Aufstellung von Proskriptionslisten und erbarmungslose Aechtung, wenn nötig, Niedermetzelung aller viehischen, schamlosen, infamen Giolittianer, deren Erscheinen im Parlament das Haus schänden würde, wie ihre verräterischen Machenschaften das Vaterland geschändet haben. Die Rede, die der Gipfel toller Begeiferung und verbrecherischer Bedrohung politischer Gegner war, fand rasenden Beifall.

Die deutschen und österreichischen Diplomaten benutzen zu ihren amtlichen Fahrten nicht mehr ihre eigenen, dem Pöbel bekannten, sondern öffentliche Automobile. Der neue russische Botschafter Giers wurde beim Verlassen des Quirinals vom Publikum mit Hochrufen auf Rußland, Italien und den Krieg begrüßt. „Messagero“ erklärt, Giolittis stille Abreise von Rom nach Turin sei aus Furcht vor Mordanschlägen erfolgt, da er Hunderte von Drohbriefen erhalten habe. Dasselbe Blatt, das in Begeiferung, Verleumdung und Herausforderung Deutschlands und Oesterreichs die Londoner und Pariser Presse seit Monaten in den Schatten stellt, wagt, einer heuchlerischen Warnung vor Beleidigungen der abreisenden Botschafter folgendes hinzuzufügen: „Unser leidenschaftsloses, kraftvolles Auftreten muß die erste Lektion für die deutsche und österreichische Presse sein, die bereits Gift gegen Italien speit.“

Giolitti, der am Dienstag um 7 Uhr 45 Min. früh mit seinem Schwiegersohn Chiaraviglio und seinem alten Freunde Mattiolo in Turin eintraf, mußte auf dem Bahnhof, dessen Haupteingang zur Verhütung von Unruhen abgesperrt war, einen Seitenausgang benutzen; er begab sich sofort auf sein Landgut in Cavour.

Der zerrissene Dreibund.

Eigener Drahtbericht.

Lugano, 19. Mai.

Von den Morgenblättern gibt nur der „Secolo“ die Rede des deutschen Reichskanzlers wieder, zu der er sagt: Angesichts eines neuen Krieges hat es der Kanzler als notwendig erachtet, dem deutschen Volk den Eindruck beizubringen, daß die Verantwortung ganz auf der Seite Italiens ist, welches sich anschickt, den Dreibundvertrag zu zerreißen, trotz des Versprechens österreichischer Gebietsabtretungen, das unter der formellen Garantie Deutschlands gemacht würde. Natürlich hat der deutsche Reichskanzler nicht daran erinnert, in welcher Stunde, in welcher Art dieses diplomatische Angebot Oesterreichs der italienischen Regierung zukam. Es wäre ihm schwer gefallen, das auch nur anzudeuten. Daß der größte Teil des italienischen Volkes mit Ausnahme der deutschfreundlichen Giolittianer und Sozialisten, die der österreichisch-ungarischen Verhandlungspolitik geneigt sind, diese Anerbietungen entrüstet zurückweist, brauchen wir nicht zu wiederholen.

Warum die österreichischen Vorschläge in letzter Stunde unter dem Druck des unvermeidlichen Krieges nicht annehmbar sind? Sie lösen nicht das italienische Problem, das Problem der geographischen Grenze und der endgültigen Sicherheit des Landes. Und ferner: Nur jetzt, aus Furcht vor dem Kriege spricht man von der italienischen Universität, welche man uns hartnäckig verweigert hat. Nur jetzt gibt man die Existenz politisch Verfolgter zu und erkennt die Ansprüche der Italiener in den unerlösten Ländern als legitim an. Zu spät! Italien will nicht um sein gutes Recht betteln, sondern es schickt sich an, dieses Recht kraft seines freien Willens und mit den Waffen durchzusetzen. Es ist eine unverbrüchliche Wahrheit, daß der Dreibund an jenem Tage, als Oesterreich-Ungarn und Deutschland den Krieg gegen Europa begannen, ohne uns zu benachrichtigen, zerrissen wurde. Unsere Interessen, unsere Würde wurden beleidigt. Sie glaubten uns behandeln zu können nicht wie ihresgleichen, sondern wie Diener, denen man einen Befehl auszuführen gibt, ohne ihn zu rechtfertigen. Seit dem Tage, an dem wir uns empörten, existiert der Dreibund nicht mehr, und wir haben die Handlungsfreiheit für unsere Verteidigung und unsere Zukunft wiedergewonnen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. Mai. Nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Reichstages hielt Präsident Dr. Kämpf eine Begrüßungsansprache, in der er ausführte:

„Wir treten in die Arbeit ein, beseelt von der vollen Zuversicht, welche der bisherige Gang der kriegerischen Ereignisse uns eingibt. Ohne Ueberhebung, mit der beruhigenden Entschlossenheit, die in dem Gefühle der Kraft, in der Einigkeit und in dem Bewußtsein von der Gerechtigkeit unsrer Sache wurzelt, sieht das deutsche Volk ruhig der Zukunft entgegen, die uns die Entwicklung aller unsrer Kräfte bringen soll zum Heile und zur Größe unsres geliebten Vaterlandes." (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident begrüßte sodann den Abgeordneten Gräfe, welcher in der großen Schlacht in den Karpathen verwundet worden war und heute im Hause wieder erschienen ist.

Die Erklärung des Reichskanzlers.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ergriff hierauf das Wort und führte aus:

„Meine Herren! Ihnen ist bekannt, daß sich die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn in den letzten Monaten stark zugespitzt haben. Aus der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza werden Sie entnommen haben, daß das Wiener Kabinett in dem aufrichtigen Bestreben, eine ständige Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und Italien zu sichern und den dauernden großen Lebensinteressen beider Reiche Rechnung zu tragen, sich zu weitgehenden Konzessionen, auch territorialer Natur, an Italien entschlossen hat. Ich kann hinzufügen, daß Deutschland, um die Verständigung zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu fördern und zu festigen, dem römischen Kabinett gegenüber im Einverständnis mit dem Wiener die volle Garantie für die loyale Ausführung dieser Anerbietungen ausdrücklich übernommen hat. Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben hiemit einen Entschluß gefaßt, der, wenn er zum Ziel führt, nach meiner festen Ueberzeugung auf die Dauer von der überwältigenden Mehrheit der drei Nationen gutgeheißen werden wird.

Mit seinem Parlament steht das italienische Volk vor der freien Entschließung, ob es die Erfüllung alter nationaler Hoffnungen in weitestem Umfange auf friedlichem Wege erreichen, oder ob es das Land in einen Krieg stürzen und gegen seine Bundesgenossen von gestern und heute morgen das Schwert ziehen will. Ich mag die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß die Wagschale des Friedens schwerer sein wird als die des Krieges.

Wie aber Italiens Entschließung auch ausfallen möge, in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn haben wir alles im Bereiche der Möglichkeit liegende getan, um ein Bundesverhältnis zu stützen, das im deutschen Volke feste Wurzel gefaßt hatte und das den drei Reichen Nutzen und Gutes gebracht hat. Wird der Bund von einem der Partner zerrissen, so werden wir in Gemeinschaft mit dem andern auch neuen Gefahren unerschrockenen und zuversichtlichen Mutes zu begegnen wissen."

Den Worten des Reichskanzlers folgte minutenlanger, stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses, wie er im Reichstage noch selten gehört wurde. Auch die Galerie stimmte in das Händeklatschen ein. Der Reichskanzler bedankte sich für den Beifall durch mehrmalige Verneigung.

Das Haus erledigte sodann eine Reihe kleinerer Vorlagen, worauf der Präsident ermächtigt wurde, den Tag der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen.

Hamburger Fremdenblatt
19.IV.1915

Was Italien den Zentralmächten verdankt.

Von Axel Schmidt.

Dankbarkeit kennt die Politik nicht. Ein Staatsmann darf sich nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern muß nüchtern den Vorteil des Landes im Auge behalten. Es soll daher nicht die Rede davon sein, daß Italien seine Einigung nur Deutschland verdankt, das ihm durch den Sieg bei Königgrätz Venezien und durch die Niederwerfung Frankreichs Rom verschaffte, sondern nur vom Vorteil soll gesprochen werden, den Italien durch die Zugehörigkeit zum Dreibund gebracht hat.

Als Crispi der Gefahr, die Italien von Frankreichs Festsetzung in Tunis drohte, durch den engen Anschluß an den Zweibund der Zentralmächte entgegentrat, versuchte die Republik die „lateinische Schwesternation" durch einen Wirtschaftskrieg niederzuzwingen. Damals sprang Deutschland dem jungen Bundesgenossen tatkräftig bei, indem Bismarck den großen deutschen Mittelmeerhandel von Marseille nach Genua leitete und dadurch diesen Hafen erst konkurrenzfähig machte. Auch sonst wurde Italien in seinen Handels- und Industrieunternehmungen kräftig unterstützt, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Als Italien dem Bunde der Zentralmächte beitrat, betrug sein Außenhandel zwei Milliarden Mark, während er im Laufe der fünfunddreißig Jahre auf nicht weniger als fünf Milliarden gestiegen ist. Ebenso stand Italiens 5-Prozent-Rente damals in Paris 12 Prozent unter Pari, während sie jetzt vor dem Kriege, trotzdem sie inzwischen auf 3,5 Prozent konvertiert ist, über den Normalwert gestiegen war. Ebenso hat Italien dank der Rückendeckung durch die beiden Bundesgenossen, bisher viel geringere Militärausgaben zu tragen gehabt als alle anderen Großmächte.

Die wirtschaftlichen Erfolge waren um so bedeutsamer, als Italien von Natur nicht allzu begünstigt ist. Das Land weist nicht nur große Oedländereien auf, sondern birgt in seinem Innern keine Kohlen und kein Eisen, so daß es sich nicht so stark industrialisieren kann wie Deutschland, das beides in großem Ueberfluß besitzt. Sein industrieller Aufschwung beruht daher auf der ungehinderten Einfuhr dieser beiden Rohprodukte. In Friedenszeiten bot das keine Schwierigkeiten, wenn das auch eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von England bedingte. Im Kriege hätte das jetzt zu einer schweren Krise geführt, wenn nicht Deutschland für England als Kohlenlieferant eingesprungen wäre, als letzterer Staat den Neutralen keine Heizmaterialien mehr lieferte.

Die weitschauenden italienischen Staatsmänner vertraten stets den Gedanken, daß das Land sich für seine schnell wachsende Bevölkerung neues Siedlungsgebiet erwerben müsse. Ist doch jetzt bereits Italien verhältnismäßig fast ebenso dicht bewohnt wie das Deutsche Reich mit seinen viel größeren Bodenschätzen. Italien hat daher trotz allen wirtschaftlichen Aufschwunges jährlich noch immer 120 000 Menschen durch Auswanderung, besonders nach Amerika, verloren, während außerdem noch 250 000 jährlich auf längere Zeit ihr Vaterland zu verlassen gezwungen sind, um im Ausland ihr Brot zu verdienen. Für diesen großen Ueberschuß an Menschen kann aber als Siedlungsland nur Nordafrika in Betracht kommen. Daher bedeutete der Tripoliskrieg den Beginn des italienischen Imperialismus.

Dieser verheißungsvolle Anfang soll jetzt durch die sinnlose Agitation der Irredentisten unterbrochen werden. Denn weder das Trentino noch Albanien können jemals einen irgendwie nennenswerten Bevölkerungsüberschuß aufnehmen. Als Mitglied des Dreibundes wäre Italien jetzt oder später Tunis als reife Frucht in den Schoß gefallen, während eine Abkehr von den Zentralmächten das Ende der Hoffnung auf dieses Siedelungsgebiet bedeutet.

Unter solchen Umständen erscheint es unbegreiflich, wie Italien von dem Kriegsfieber gegen die Zentralmächte ergriffen werden konnte. Das ist nur zu verstehen, wenn man Kenntnis von dem italienischen Parteiwesen besitzt. Auf der linken Seite stehen die Sozialisten und Republikaner, von denen die ersten den Kern der Neutralisten ausmachen, während die kleinere republikanische Gruppe aus Neigung für die Republik Frankreich und in der Hoffnung, daß ein Krieg möglicherweise einen innerpolitischen Umschwung herbeiführen könnte, fanatische Kriegshetzer sind. Die Antipoden der Sozialisten in innerpolitischer Beziehung sind die Katholiken. Ihre Partei ist im Parlament bisher noch nicht stark vertreten, weil bis vor kurzem der Vatikan auf dem Standpunkte stand, daß sich aus Protest wegen des Raubes des Kirchenstaates ein gläubiger Katholik nicht an einer italienischen Wahl beteiligen dürfe. In letzter Zeit ist dieses Verbot nicht mehr so streng aufrechterhalten worden, und es ist bei der letzten Wahl sogar zur Bildung der katholischen Partei gekommen. Sie ist schon aus kirchlichen Gründen franzosenfeindlich und österreichfreundlich, daher auch für die Erhaltung der Neutralität. Zwischen Sozialdemokraten und Katholiken, die in innerpolitischen Fragen, wie gesagt, die schärfsten Gegner sind, befindet sich ziemlich unorganisiert die große Masse der bürgerlichen Liberalen mit einem rechten Flügel (Salandra, Sonnino und Luzatti), während die übrige Mehrzahl Giolittis Führung folgt. Aus dieser großen, wenig übereinstimmenden Masse sind bisher stets die Ministerien hervorgegangen, wobei sie sich abwechselnd entweder mehr nach links, bis auf die Sozialdemokraten, oder mehr nach rechts unter Ausschluß der äußersten Linken stützten. Infolgedessen ist jetzt auch ein Auseinanderklassen dieses Blockes so leicht eingetreten. Der rechte Flügel unter Salandra und Sonnino bildet nämlich den Kern der Kriegspartei, während die große Mehrheit bis zu Giolittis Eingreifen tatenlos dem Treiben der Interventionisten zusah.

Hamburger Fremdenblatt
19./V. 1915

21

Das Italien den Zentralmächten verdankt.

Die Kriegshetzer haben noch einen Bundesgenossen — die junge Partei der Nationalisten. Sie ist antidemokratisch und schutzzöllnerisch. Als Beginn der imperialistischen Aera begrüßte sie das libysche Unternehmen mit Begeisterung. Zu Beginn des jetzigen Krieges trat die Partei zuerst auch lebhaft für die Teilnahme Italiens an der Seite seiner Bundesgenossen ein. Als Salandra jedoch die Neutralität verkündete, zog sie sich grollend zurück. Nach kurzer Zeit hatte sich in ihr ein vollständiger Gedankenumschwung vollzogen. Als sich nämlich die Möglichkeit eröffnete, an der Seite der Ententemächte den Krieg mitzumachen, trat sie fanatisch dafür ein. Weil die Partei das Gefühl hatte, daß Italien bisher seine Großmachtstellung mehr fremder Hilfe als der eigenen Kraft zu verdanken hatte, will sie jetzt nicht wieder bei der Neuorientierung der europäischen Geschicke beiseite stehen oder kampflos etwas geschenkt erhalten, sondern Italiens erhöhtes Ansehen selbst erkämpfen. Damit hat diese Partei ihre imperialistische Grundlage verlassen und ist ins irredentistische Lager übergegangen. Denn eine imperialistische Politik konnte sie, da es sich dabei nur um die Schaffung eines afrikanischen Italiens handeln kann, nur im Gegensatz zu Frankreich erreichen.

Im Parlament wie im Volke sind aber die Majoritäten, die am ehesten Verständnis für friedlich zu erreichende Vorteile haben sollten, mehr passiv gerichtet, während die kriegshetzenden Minderheiten, gestützt auf die unter französischem Einfluß stehende Presse und die lärmende Agitation der Straße, eine unerhörte Tätigkeit entwickeln. Daher spielt die Tatsache, daß Italien seine politische Einigung Deutschland verdankt, in allen Erörterungen ebenso wenig eine Rolle wie die andere, daß die wirtschaftliche Blüte des Landes auf seinem Anschluß an die Zentralmächte beruht.

Ob noch im letzten Augenblick die Vernunft über das irregeleitete Gefühl des Volkes siegen oder das Verderben für Italien seinen Lauf nehmen wird, soll sich am Donnerstag in der Kammer entscheiden. Deutschland und Oesterreich-Ungarn können, gestützt auf ihre militärische Kraft und ihr gutes Gewissen, dieser Entscheidung ruhig entgegensehen.

* * * *

In Italien selbst herrscht heute, wie uns die spärlichen Meldungen erkennen lassen, die die Zensur passieren können, die Atempause vor großen Entschließungen, die Ruhe vor dem Sturm. Die Friedenskundgebungen der offiziellen Sozialisten hat die Polizei in brutalster Weise unterdrückt. Die Interventionisten, die die letzten Wochen mit ihrem Geschrei erfüllten, halten sich jetzt mehr zurück, nachdem sie ihr Ziel erreicht glauben. Pariser Blätter wissen bereits zu melden, daß die dritte italienische Armee Mailand mit unbekannter Bestimmung verlassen habe, und daß längs der österreichisch-italienischen Grenze bereits vereinzelte Kämpfe stattgefunden hätten. Diese Alarmmeldungen sind von anderer Seite noch nicht bestätigt und sie scheinen auch den Tatsachen vorauszueilen, allerdings in der Richtung, die die Wünsche der Franzosen und der an ihrem Strange ziehenden Irredentisten ihnen anweist.

Die Haltung Italiens.

Die Situation hat sich nicht geändert. Das Treiben der Kriegshetzer in Italien hat den Höhepunkt erreicht. Der Bürgermeister von Rom Fürst Colonna hat auf dem Kapitol eine Rede gehalten, wie man sie nur unmittelbar vor einem Kriegsausbruch halten kann. Unter dem Eindruck des Kriegslärms weichen die Neutralisten zurück und ihre Kundgebungen gegen den Krieg werden wohl ein Ende erreicht haben, da die Regierung den Belagerungszustand über den ganzen Staat verhängt hat. Noch hat die Regierung das letzte Wort nicht gesprochen und der diplomatische Verkehr hat gestern noch angedauert. Italienische Blätter wollen wissen, daß die Regierung morgen der Kammer den Austritt aus dem Dreibund und den Anschluß an die Tripelentente erklären werde. Ruhig und entschlossen müssen wir der Entscheidung entgegensehen. Alles, was geschehen konnte, um den Frieden zwischen der Monarchie und Italien aufrechtzuerhalten, ist geschehen. Es wurden, wie man aus der Rede des Grafen Tisza und der gestrigen Erklärung des deutschen Reichskanzlers weiß, weitgehende Zugeständnisse gemacht, die sicherlich den nationalen Aspirationen Italiens genügen konnten, und deshalb kann man nicht glauben, daß auch der letzte Schimmer auf eine friedliche Entwicklung in den nächsten Stunden schon in das Dunkel versunken sein wird. Sollte dies aber dennoch der Fall sein, so lastet die Verantwortung nur auf jenen, die Italien in den Krieg stürzten.

* * *

Der 20. Mai — der entscheidende Tag.

Lugano, 18. Mai. (Privattelegramm.) Vor dem gestrigen Ministerrat hatten Salandra und Sonnino eine längere Unterredung. Dann vereinigten sich alle Mitglieder des Kabinetts im Beratungssaale des Palazzo Braschi. Die Minister waren im Wagen vorgefahren, da ihre Autos bereits requiriert sein sollen.

In gut informierten Kreisen wird versichert, daß das Ministerium am Donnerstag dem Parlament die Auflösung des Dreibundes und den Abschluß der Verträge mit dem Dreiverband verkünden wird. Am gleichen Tage wird das Grünbuch zur Verteilung gelangen, in welchem die Haltung Italiens im Verlaufe des Krieges erläutert wird. Im Palazzo Braschi hält man den 20. d. als den entscheidenden Tag.

Die Tagesordnung der Kammersitzung vom 20. Mai.

Lugano, 18. Mai. (Privattelegramm.) Infolge eines Beschlusses des Ministerrates wurde die Tagesordnung für die Kammersitzung vom 20. d. durch ein Flugblatt bekanntgegeben. Sie besteht aus einem einzigen Punkt, welcher lautet: „Mitteilung der Regierung."

„Corriere della Sera" und „Secolo" drücken den Wunsch aus, daß die Kammer diese Erklärung der Regierung möglichst einmütig zur Kenntnis nehmen möge. Allerdings befürchten die Blätter zahlreiche Gegenstimmen der Sozialisten.

Die sozialistischen Abgeordneten Merloni und Maffi erklärten, nach ihrer künftigen Haltung befragt: „Was sollen wir machen? Das Parlament existiert nicht mehr. Es regiert die Piazza, und die Regierung wird uns eine vollendete Tatsache vorlegen, zu deren Annahme uns die Piazza zwingt."

Die Politik der Straße.

Köln, 18. Mai. (Privattelegramm.) Die „Kölnische Zeitung" erklärt, es müsse als ein ernstes Anzeichen beurteilt werden, daß es dem Druck der Kriegshetzer gelungen sei, die Lebensdauer des Kabinetts Salandra zu verlängern, und daß der Bericht aus den italienischen Städten den revolutionären Charakter der Kundgebungen klar erweise. Die Neutralisten entwickeln für die Verteidigung der Vernunftspolitik nicht den gleichen Eifer wie die Gegenseite. Wenn sich nicht in letzter Stunde starke patriotische Persönlichkeiten dem wilden Strome entgegenwerfen, rückt die Gefahr nahe, daß mit oder ohne Vergewaltigung der Volksvertretung die Politik der Straße das Land in den Abgrund reißt. Man sollte meinen, daß es noch immer möglich wäre, für etwas, was man friedlich erlangen kann, ebenfalls imposante Massen in Bewegung zu setzen. Denn hinter der Politik der gesunden Vernunft steht noch immer die Mehrheit des Volkes. Deutschland und Oesterreich-Ungarn warten die bevorstehende Klärung mit der Ruhe derer ab, die gut gerüstet und durch die militärische Lage gut vorbereitet sind.

* * *

Fürst Bülow und Baron Macchio bei Sonnino.

Rom, 18. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) „Giornale d'Italia" meldet: Minister des Aeußern Sonnino empfing heute vormittag den Fürsten Bülow und unmittelbar darauf den österreichisch-ungarischen Botschafter Freiherrn v. Macchio.

Empfang des russischen Botschafters.

Rom, 18. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der König empfing den neuernannten russischen Botschafter Giers behufs Entgegennahme der Beglaubigungsschreiben in Audienz.

Neues Wiener Tagblatt
19. V. 1915
24

Die Haltung Italiens.

Kaiser Wilhelm und Botschafter Bollati.

Rom, 18. Mai. Die Agenzia Stefani veröffentlicht folgende Notiz: Die von einigen Blättern gebrachte Meldung von einem angeblichen Zwischenfall zwischen Kaiser Wilhelm und dem italienischen Botschafter Bollati entbehrt jeder Begründung. Der Kaiser hat gegenüber dem italienischen Botschafter die vollendetste Liebenswürdigkeit bekundet.

* * *

Belagerungszustand über Italien.

Lugano, 18. Mai. (Privattelegramm.) Aus Rom wird berichtet: Ueber ganz Italien wurde der Belagerungszustand verhängt.

Neuerliche Demonstrationen in Rom.

Lugano, 18. Mai. (Privattelegramm.) In Rom fanden gestern Freudendemonstrationen anläßlich der Wiederbetrauung des Kabinetts Salandra statt, an welchen sich zirka hunderttausend Menschen beteiligten. Der Zug begab sich vor das Quirinal und vor die Consulta und ließ Salandra, den Krieg, Sonnino, das Heer und den König hochleben.

Eine Gruppe Garibaldianer begab sich vor das Haus Ricciotti Garibaldis, das mit italienischen und englischen Fahnen geschmückt war, und sang dort die Garibaldihymne. Ricciotti trat heraus und hielt folgende Ansprache: „Volk von Rom! Es genügte dein Wille, um alle Schurken, die uns beeinträchtigen wollen, in die Flucht zu jagen. Tuet das, was wir taten, und zwinget mit Faustschlägen auf den Rücken die Befehlshaber, ihre Pflicht zu tun! Habt ihr verstanden? Heute schreibt das Volk die letzte Seite der Geschichte seiner nationalen Befreiung. Jetzt, wo ihr die inneren Feinde Italiens verscheucht habt, vollendet das Werk der Einigung Italiens! Viva Italia! Viva la guerra! Die Parole ist: Krieg oder Revolution!"

Vor der Redaktion des „Popolo Romano" und andrer neutralistischer Organe veranstalteten die Demonstranten Katzenmusiken. Erst spät nachts kehrte wieder Ruhe in den Straßen Roms ein.

Eine Ansprache des Bürgermeisters von Rom.

Lugano, 18. Mai. (Privattelegramm.) Am Capitol fand gestern abend gleichfalls eine patriotische Massenkundgebung statt. Der Platz war bis weit unter den Säulengang und die Treppen, welche zum Senatorenpalast führen, gefüllt mit Menschen aller Klassen und aller politischen Richtungen. Man sah auch zahlreiche Frauen und Kinder unter den Demonstranten.

Mitten in der Menge erschien Bürgermeister Colonna, gefolgt vom ganzen Gemeinderat. Ihnen folgte dann ein kolossaler Zug von Demonstranten mit unzähligen Fahnen. Vollkommene Stille herrschte, als Bürgermeister Colonna das Wort ergriff und sagte:

„Bürger! Es ist keine Zeit zu eitlen Worten. Der Moment der Taten und männlichen Entschlüsse ist gekommen. In dieser erhabenen Stunde hat das italienische Volk seinen Willen manifestiert. Richten wir vertrauensvoll unsre Blicke auf unsern jungen König und erinnern wir uns stets daran, daß es unsre Pflicht ist, ihm beizustehen mit unerschütterlicher Treue, mit sicherer Energie. Am Vorabend großer Tage herrsche vollkommene Einigkeit im italienischen Volke für das Glück und für die Größe Italiens. Wie viele ihr auch seid, Burschen, lauft und stellt euch auf den Platz, auf welchen Pflicht und Ehre euch stellen! Niemand bleibe untätig in der heiligen Stunde. Vom Capitol, das unsre Erinnerungen beleuchtet, begrüßen wir unser Heer, das Blut ist von unserm Blute, der Stolz unsrer Nation. Hier im Tempel der hundertjährigen Glorie unsrer Ahnen geben diese uns ihren Segen zu neuem Ruhm und neuen Lorbeeren. In der Stunde der Gefahr erwecken sie die Erinnerung an den alten Ruf, welcher auch heute aus eurer Brust hervorbricht: Es lebe der König! Es lebe Italien!"

Enormer Applaus folgte den letzten Worten des Bürgermeisters Colonna. Nach ihm sprach der Abgeordnete Podrecca. Zum Schluß überreichte Podrecca dem Bürgermeister ein Erbstück seiner Familie, das Schwert Nino Bixios, als Geschenk der Gemeinde Rom.

Die Phrasen d'Annunzios.

Kaum ist diese Szene beendigt, welche von enthusiastischem Freudengeschrei begleitet war, als Gabriele d'Annuncio auf der Bildfläche erscheint. Seine Freunde tragen ihn im Triumph durch die Volksmenge. Erst in der Loggia lassen sie ihn nieder. Er und der Bürgermeister umarmen sich, dann hält d'Annuncio folgende Ansprache:

„Römer! Ihr habt gestern der Welt ein göttliches Schauspiel geboten. Euer geordneter Zug erinnerte an den antiken Pomp, welchen man hier einst für den höchsten Gott entfaltete, vom Kapitol mit Statuen und Inschriften begleitet. Gesegnet seien die Mütter, welche in feierlicher Prozession ihre Söhne auf dem Arm tragen konnten, gesegnet diejenigen, die auf der Stirn das Zeichen stillen Opfers tragen, mit gesegneter Hingabe, die größer ist als die Mutterliebe. Göttliches Schauspiel! Gewiß braucht Ihr nicht angefeuert zu werden, da die Steine schreien und das Volk von Rom die Steine aus dem Straßenpflaster reißen möchte.

Neues Wiener Tagblatt
19./V. 1915
die Haltung Italiens.

Vorgestern begegnete ich einem jungen Offizier, als ich vom Ministerpräsidenten kam, kühn wie Gottfried Mamelli, der mir ein Blatt und zwei Blumen anbot, das grüne Blatt, eine weiße und eine rote Rose. Mein Herz pochte vor Freude und Dankbarkeit. Ich werde diese Blumen und das Blatt als kostbarstes Pfand für die Poesie und das römische Volk aufbewahren, die drei Blumen, den dreifachen Glanz unsres Frühlings. Schwenken wir alle Fahnen und rufen wir: „Es lebe das Heer des größten Italien, es lebe das Heer der Befreiung!“

D'Annuncio schloß seine Rede mit Worten gegen Giolitti und dessen Freunde. Stürmische Eviva-rufe folgen. Die Szene wechselt. Es erscheint Pepino Garibaldi, um D'Annuncio abzuholen. Aus der Volksmenge ertönt ein Ruf: „Wir wollen, daß die Glocken des Kapitols läuten!“

Nachdem der Bürgermeister die Erlaubnis gegeben hatte, begannen die Kapitolsglocken zur Begeisterung des Volkes zu läuten. Am Abend wurden Kundgebungen vor der französischen Botschaft veranstaltet. Auch dem König wurde gelegentlich seiner Ausfahrt eine Sympathiekundgebung seitens des Volkes dargebracht.

* * *

Große Straßenkrawalle in Turin.

Blutige Straßenkämpfe.

Lugano, 18. Mai. (Privattelegramm.) Gestern kam es in Turin anläßlich des Generalstreiks zu blutigen Zusammenstößen. Die Sozialisten hatten den Generalstreik erklärt, und der Präfekt hatte für Militäraufgebot gesorgt. Der Tramwayverkehr war ebenfalls eingestellt. Eine Gruppe Demonstranten hatte unvorhergesehen eine Barrikade errichtet, um den Ansturm der Kavallerie zu verhindern. Dadurch mußten Lanzenreiter die entgegengesetzte Richtung einschlagen. Das versetzte den rückwärts Kommenden einen derartigen Stoß, daß sieben Reiter aus dem Sattel flogen und schwerverletzt ins Spital gebracht wurden.

Vorher noch hatten die Demonstranten das Militär mit Steinen beworfen und mit Revolvern bedroht, so daß schließlich Soldaten und Karabineri mit Revolverschüssen antworten mußten.

Es gab zirka vierzehn Schwerverwundete und einen Toten.

Der Präfekt ließ ein Manifest herausgeben, daß, wenn sich das Volk nicht ruhig verhalte, er den Sicherheitsdienst der Stadt der Militärbehörde übergeben müßte. Die Arbeitskammer wurde von Truppen besetzt.

Die sozialistischen Deputierten Quaglino und Degiovanni wurden verhaftet. Außerdem wurden zahlreiche andre Verhaftungen vorgenommen.

Da das Volk sich nicht beruhigte, mußte schließlich der Präfekt der Sicherheit halber der Militärbehörde den Polizeidienst übergeben.

Neues Wiener Tagblatt
19/5. 1915

Eine Note der Vereinigten Staaten an Deutschland.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat aus Anlaß der Versenkung der „Lusitania" eine Note an die deutsche Reichsregierung gerichtet, deren wesentlichsten Teil wir bereits in einem Teile der Auflage unsres gestrigen Abendblattes veröffentlichten. Bei der Wichtigkeit dieser Note geben wir im nachfolgenden die Note im vollen Wortlaut:

Berlin, 18. Mai. Das Wolffsche Bureau meldet: Der hiesige amerikanische Botschafter ließ dem Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten folgende Mitteilung zugehen:

„Ich habe die Ehre Euer Exzellenz folgende Abschrift eines mir von der amerikanischen Regierung zugegangenen Telegramms zu übermitteln.

In Anbetracht der in letzter Zeit von den deutschen Behörden unter Verletzung amerikanischer Rechte auf hoher See getroffenen Maßnahmen, die in der Torpedierung und Versenkung des englischen Dampfers „Lusitania" am 7. Mai 1915 gipfelten, wobei mehr als hundert amerikanische Staatsangehörige das Leben verloren haben, erscheint es vernünftig und wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die kaiserlich deutsche Regierung zu einer vollkommen klaren Verständigung über den Ernst der Lage gelangen, die sich hieraus ergab.

Die Beschwerdefälle.

Die Versenkung des englischen Passagierdampfers „Falaba" durch ein deutsches Unterseeboot am 28. März, wobei der amerikanische Staatsangehörige Leon C. Thrascher ertrank, der am 28. April erfolgte Angriff eines deutschen Flugzeuges auf das amerikanische Schiff „Cushing", die Torpedierung des amerikanischen Schiffes „Gulflight" am 1. d. durch ein deutsches Unterseeboot, wobei mindestens zwei amerikanische Staatsangehörige umkamen, und endlich die Torpedierung und Versenkung des Dampfers „Lusitania" bilden eine Reihe von Vorfällen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit wachsender Besorgnis, Beunruhigung und Bestürzung beobachtet hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten kennt die menschliche, aufgeklärte Haltung, die bisher von der kaiserlich deutschen Regierung in Fragen des Völkerrechtes und besonders im Hinblick auf die Freiheit der Meere eingenommen worden ist; sie hat sich überzeugt, daß auf dem Gebiete völkerrechtlicher Verpflichtungen die deutschen Anschauungen und der deutsche Einfluß stets für die Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingetreten sind; sie ist auch überzeugt, daß die von der kaiserlich deutschen Regierung ihren Marineoffizieren erteilten Anweisungen von den gleichen Gefühlen der Menschlichkeit geleitet sein dürften, wie es die Seegesetze andrer Nationen vorschreiben; deshalb konnte die Regierung der Vereinigten Staaten nicht glauben und kann sich auch jetzt nicht entschließen zu glauben, daß diese so völlig den Regeln, den Gewohnheiten und dem Geiste der modernen Kriegführung widersprechenden Maßnahmen die Genehmigung oder Billigung dieser großen Regierung haben konnten. Infolgedessen hält es die Regierung der Vereinigten Staaten für ihre Pflicht, sich deswegen an die kaiserlich deutsche Regierung mit der vollkommensten Offenheit und in der aufrichtigen Hoffnung zu wenden, daß sie sich nicht getäuscht hat, wenn sie von der kaiserlich deutschen Regierung eine Handlungsweise erwartet, die den durch ihre Maßnahmen hervorgerufenen bedauerlichen Eindruck verwischen und die bisherige Haltung der deutschen Regierung bezüglich der geheiligten Freiheit der Meere wiederherstellen wird.

Die Repressivmaßregeln.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist von der kaiserlich deutschen Regierung davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sie sich durch die außergewöhnlichen Umstände des gegenwärtigen Krieges und durch die von ihren Gegnern angewandten Maßregeln, die dahin abzielten, Deutschland von jedem Handelsverkehr abzuschneiden, gezwungen sähe, Repressivmaßregeln zu ergreifen, die die gewöhnlichen Methoden der Seekriegführung weit überschreiten, indem sie eine Kriegszone proklamierte, außerhalb deren sich zu halten sie die neutralen Schiffe gewarnt hatte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte bereits Gelegenheit, die kaiserliche Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die Einführung derartiger Maßnahmen oder Warnungen vor deren Gefahren an amerikanische Schiffer oder amerikanische Staatsangehörige, die berechtigterweise als Passagiere auf Schiffen kriegführender Staaten reisen, nicht zulassen könne und daß sie die kaiserlich deutsche Regierung für jede absichtliche oder zufällige Verletzung dieser Rechte streng verantwortlich machen müsse.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht glauben, daß die kaiserliche Regierung diese Rechte in Frage stellt; sie nimmt vielmehr an, daß die kaiserliche Regierung es als selbstverständliche Regel anerkennt, daß das Leben von Nichtkombattanten — mögen sie neutraler Nationalität sein oder einer im Krieg befindlichen Nation angehören — rechtlicherweise und billigerweise nicht durch die Kaperung oder Zerstörung eines unbewaffneten Handelsschiffes in Gefahr gebracht werden können und daß die kaiserliche Regierung ebenfalls, wie dies alle andern Nationen tun, die Verpflichtung anerkennt, die gebräuchlichen Maßnahmen der Anhaltung und Untersuchung zu ergreifen,

Neues Wiener Tagblatt 28 II
19/V. 1915

Eine Note der Vereinigten Staaten an Deutschland

um festzustellen, ob ein verdächtiges Handelsschiff tatsächlich einer kriegführenden Nation angehört oder wirklich Kriegskonterbande unter neutraler Flagge führt. Die Regierung der Vereinigten Staaten möchte daher die kaiserlich deutsche Regierung allen Ernstes darauf aufmerksam machen, daß der Einwand gegen ihr jetziges Verfahren, den Handel ihrer Feinde anzugreifen, darin liegt, daß es praktisch unmöglich ist, Unterseeboote für die Vernichtung des Handels zu verwenden, ohne dabei die Regeln der Billigkeit, der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu mißachten, die von der modernen Anschauung als gebietend angesehen werden.

Es ist für die Offiziere eines Unterseebootes tatsächlich unmöglich, ein Handelsschiff auf der See zu durchsuchen und seine Papiere und Ladung zu prüfen; es ist für sie tatsächlich unmöglich, das Schiff als Prise zu nehmen und, wenn sie nicht an Bord des Schiffes eine Prisenbesatzung lassen können, so können sie es nicht versenken, ohne die Besatzung und alles, was sich an Bord befindet, Wind und Wellen in ihren kleinen Rettungsbooten preiszugeben.

Diese Tatsachen gibt bekanntlich auch die kaiserlich deutsche Regierung offen zu. Wir erfahren nun, daß bei den oben erwähnten Fällen man nicht einmal die erforderliche Zeit gewährte, um diese elementarste Sicherheitsmaßnahme zu ergreifen, und daß in wenigstens zwei der angeführten Fälle nicht einmal eine Warnung erfolgte. Es ist klar, daß Unterseeboote, wie die Ereignisse der letzten Woche zeigten, nicht gegen Handelsschiffe verwendet werden können ohne unvermeidliche Verletzungen vieler geheiligter Grundgesetze der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit.

Amerikanische Bürger handeln innerhalb der Grenzen ihrer unbestreitbaren Rechte, wenn sie auf hoher See ihre Schiffe überall dahin steuern und zur See überall dahin reisen, wohin sie ihre rechtmäßigen Geschäfte führen, und sie üben diese Rechte in dem wohl sehr berechtigten Vertrauen aus, daß ihr Leben nicht gefährdet werde durch Handlungen, die in offensichtlicher Verletzung allgemein anerkannter internationaler Verpflichtungen begangen werden, und sicher auch in dem Vertrauen, daß ihre eigene Regierung sie in der Ausübung ihrer Rechte unterstützen werde.

Die Warnung des deutschen Botschafters.

Es wurde, wie ich der kaiserlich deutschen Regierung bedauere, mitteilen zu müssen, kürzlich in Zeitungen der Vereinigten Staaten die formelle, an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gerichtete Warnung veröffentlicht, die von der deutschen Botschaft in Washington stammen soll und die tatsächlich besagte, daß jeder Bürger der Vereinigten Staaten, der sein Recht zu freien Reisen auf den Meeren ausübe, es auf eigene Gefahr tue, falls seine Reise ihn in die Zone der Gewässer führe, wo die kaiserliche Marine ihre Unterseeboote gegen den Handel Großbritanniens und Frankreichs verwende, trotz des achtungsvollen, aber sehr ernsthaften Protestes der Regierung der Vereinigten Staaten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erwähnt dies nicht, um die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die überraschende Regelwidrigkeit der Tatsache zu lenken, daß die von der deutschen Botschaft in Washington stammende Mitteilung sich an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch Vermittlung der Presse richtet, sondern nur um darauf hinzuweisen, daß eine Warnung vor einer ungesetzlichen und unbilligen Handlung in keiner Weise als Entschuldigung oder Milderung dieser Handlung, noch als geeignet angesehen werden kann, die Verantwortlichkeit ihrer Urheber zu verringern. Die Regierung der Vereinigten Staaten, die seit langem den Charakter der kaiserlich deutschen Regierung und die hohen Grundsätze der Billigkeit kennt, von welchen sie in der Vergangenheit beseelt und geleitet war, kann nicht glauben, daß die Kommandanten der Schiffe, die diese ungesetzlichen Handlungen begingen, dies anders als unter Mißverständnis der von den deutschen Marinebehörden gegebenen Befehle getan haben können. Sie setzt als selbstverständlich voraus, daß in einem jeden solchen Fall man wenigstens im Bereiche der Grenzen der praktischen Möglichkeit erwarten könne, daß die Kommandanten selbst von Unterseebooten nichts tun würden, was das Leben von Nichtkombattanten oder die Sicherheit neutraler Schiffe gefährdet, selbst auf die Gefahr hin, daß die Kaperung oder Zerstörung des in Frage stehenden Schiffes vereitelt wird.

Neues Wiener Tagblatt
19./V. 1915

Eine Note der Vereinigten Staaten an Deutschland.

Die Forderungen der Vereinigten Staaten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten vertraut darauf, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Handlungen, über welche die Regierung der Vereinigten Staaten Klage führt, mißbillige; daß sie soweit als möglich Genugtuung geben wird für die unermeßlichen Schäden, und daß sie sofort die nötigen Schritte tun wird, um die Wiederholung von Vorfällen zu verhindern, die so offenkundig die Grundsätze der Kriegführung, wofür die kaiserlich deutsche Regierung in der Vergangenheit so klug und fest eingetreten ist, umstürzen. Die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten erwarten von der kaiserlich deutschen Regierung ein gerechtes, baldiges und aufgeklärtes Vorgehen in dieser vitalen Angelegenheit mit um so größerem Vertrauen, als die Vereinigten Staaten mit Deutschland nicht nur durch besondere Bande der Freundschaft, sondern auch durch ausdrückliche Bestimmungen des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und dem Königreich Preußen vom Jahre 1828 verbunden sind.

Der Ausdruck des Bedauerns und das Angebot von Genugtuung im Falle der Zerstörung irrtümlich versenkter neutraler Schiffe können, wenn sie auch, falls Verluste an Menschenleben nicht zu beklagen sind, den internationalen Verpflichtungen genügen mögen, doch nicht ein Verfahren rechtfertigen oder entschuldigen, dessen natürliche und notwendige Wirkung ist, neutrale Staaten und Personen neuen und unermeßlichen Gefahren auszusetzen. Die kaiserlich deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten irgendein Wort ungesprochen oder eine Tat ungeschehen lassen wird, die notwendig sein sollte, um ihrer heiligen Pflicht zu genügen, die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu wahren und ihre freie Ausübung und Genuß zu gewährleisten.

Ich benütze diese Gelegenheit, um Euer Exzellenz erneut meiner ausgezeichnetsten Hochschätzung zu versichern.

Gez.: James W. Gerard.

Seiner Exzellenz Herrn v. Jagow, kaiserlichen Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten ꝛc.

* * *

Das Verhältnis zu Italien.

Erklärungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im deutschen Reichstag.

Berlin, 18. Mai.

Der Reichstag trat heute wieder zusammen und erledigte eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Nach Eröffnung der Sitzung hielt Präsident Doktor Kaempf eine Begrüßungsansprache, in der er ausführte:

Wir treten in die Arbeit ein, beseelt von der vollen Zuversicht, welche der bisherige Gang der kriegerischen Ereignisse uns eingibt. Ohne Ueberhebung, mit der beruhigenden Entschlossenheit, die in dem Gefühle der Kraft, in der Einigkeit und in dem Bewußtsein von der Gerechtigkeit unserer Sache wurzelt, sieht das deutsche Volk ruhig der Zukunft entgegen, die uns die Entwicklung aller unserer Kräfte bringen soll zum Heile und zur Größe unseres geliebten Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident begrüßte sodann den Abg. Gräfe, welcher in der großen Schlacht in den Karpathen verwundet worden war und heute im Hause wieder erschienen ist.

Die Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ergreift hierauf das Wort und führt aus:

Meine Herren! Ihnen ist bekannt, daß sich die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn in den letzten Monaten stark zugespitzt haben. Aus der gestrigen Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza werden Sie entnommen haben, daß das Wiener Kabinett in dem aufrichtigen Bestreben, eine ständige Freundschaft zwischen der Doppelmonarchie und Italien zu sichern, und den dauernden großen Lebensinteressen beider Reiche Rechnung zu tragen, sich zu weitgehenden Konzessionen auch territorialer Natur an Italien entschlossen hat. Ich kann hinzufügen, daß Deutschland, um die Verständigung zwischen seinen beiden Bundesgenossen zu fördern und zu festigen, dem römischen Kabinett gegenüber im Einverständnisse mit dem Wiener, die volle Garantie für die loyale Ausführung dieser Anerbietungen ausdrücklich übernommen hat. Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben hiemit einen Entschluß gefaßt, der, wenn er zum Ziele führt, nach meiner festen Ueberzeugung auf die Dauer von der überwältigenden Mehrheit der drei Nationen gutgeheißen wird. Mit seinem Parlament steht das italienische Volk vor der freien Entschließung, ob es die Erfüllung aller nationaler Hoffnungen in weitestem Umfange auf friedlichem Wege erreicht oder ob es das Land in einen Krieg stürzen und gegen seine Bundesgenossen von gestern und heute morgen das Schwert ziehen will.

Ich mag die Hoffnung nicht ganz aufgeben, daß die Wagschale des Friedens schwerer sein wird als die des Krieges. Wie aber Italiens Entschließung auch ausfallen möge, in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn haben wir alles im Bereiche der Möglichkeit liegende getan, um ein Bundesverhältnis zu stützen, daß im deutschen Volke feste Wurzel gefaßt hatte und das den drei Reichen Nutzen und Gutes gebracht hat. Wird der Bund von einem Partner zerrissen, so werden wir in Gemeinschaft mit den anderen auch neue Gefahren unerschrockenen und zuversichtlichen Mutes zu begegnen wissen.

Den Worten des Reichskanzlers folgte minutenlanger stürmischer Beifall auf allen Seiten des Hauses, wie er im Reichstage noch selten gehört wurde. Auch die Galerie stimmte in das Händeklatschen ein. Der Reichskanzler bedankte sich für den Beifall durch mehrmalige Verneigung.

Das Haus erledigte sodann eine Reihe kleinerer Vorlagen, worauf der Präsident ermächtigt wurde, den Tag der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen.

19./V. 1915

D'Annunzio verkündet die Auflösung des Dreibundvertrages.

Eine Ansprache D'Annunzios.

Rom, 17. Mai. (Privat.) Am Abend gipfelten die Demonstrationen in einer zu Ehren D'Annunzios veranstalteten Festvorstellung im Theater Constanzi. Im überfüllten Saal lärmte das Publikum ungeduldig, weil der Dichter zu lange ausblieb. Erst gegen 11 Uhr erschien er und hielt eine

Ansprache:

„Am 4. Mai, dem Vorabend der Quarteroseier, hatte die italienische Regierung den Dreibundsvertrag aufgelöst. Ich kann Ihnen die Formel wörtlich mitteilen: Decatuto e nullo (hinfällig und nichtig). Infolgedessen hatte die Regierung bestimmte Abmachungen mit anderen Staatengruppen getroffen, schwere und endgültige Verpflichtungen übernommen, die durch den Austausch von Plänen einer gemeinsamen militärischen Aktion besonderes Gewicht erhielten. Und nun ist die Arbeit vieler Monate unterbrochen von einem sogenannten italienischen Staatsmann und von Mitgliedern des italienischen Parlaments, die sich in die Knechtschaft der Fremdlinge begeben haben, um ihr Vaterland zu schänden."

D'Annunzio forderte dann die Römer auf, am 20. Mai den Anhängern der Villa Malta den Eintritt ins Parlament zu verwehren und sie zu ihrem Brotherrn zurückzujagen. Rufe: „Giolitti an den Galgen!" erfolgten. Ein Beifallssturm war die Antwort.

D'Annunzio feuerte sogar zum Marsch nach Wien an. Er ruft: „Legt Feuer! Seid die Brandstifter des Vaterlandes!"

Reichspost
19./V. 1915

Der Bürgerkrieg in Portugal.

(Drahtmeldung der „Reichspost".)

f Genf, 18. Mai.

Der Pariser „Herald" meldet aus Madrid:

Die **14stündige Beschießung Lissabons** durch die meuternde Flotte richtete riesigen Schaden an Bauten an und vernichtete viele Menschenleben. Dem Madrider „El Liberal" zufolge beträgt die **Zahl der Opfer über 2000.**

Vossische Zeitung
20./V. 1915

Eine englische „Greuel"-Kommission für Belgien.

Eine englische Kommission, von der Regierung eingesetzt, um deutsche Greuel in Belgien zu untersuchen, hat jetzt ihren Bericht veröffentlicht. Der Bericht selber liegt hier noch nicht vor, wohl aber die Auszüge in englischen Zeitungen, die das Unglaublichste enthalten, was jemals an Greuellügen veröffentlicht worden ist. Die in dem Berichte enthaltenen Angaben beruhen auf Zeugenaussagen, doch war es, wie die „Times" bemerkt, nötig, den Zeugen zu versprechen, ihre Identität nicht zu enthüllen, aus Furcht, daß sie oder ihre Freunde in Belgien vielleicht darunter zu leiden haben würden. — In Deutschland und anderswo besteht die Gewohnheit, anonyme Briefe in den Papierkorb zu werfen. Die Erzählungen, die da einem gläubigen oder ungläubigen Publikum aufgetischt werden, übertreffen die berühmten Geschichten der englischen Wärterin Grace Hume um ein bedeutendes. Abgehackte Frauenbrüste, vergewaltigte und verstümmelte Babys, gekreuzigte Kinder, deutsche Soldaten, die auf Piken die abgeschlagenen Köpfe ihrer Feinde triumphierend durch die Straßen der belgischen Städte tragen, deutsche Brandkommandos, die unter der Devise „Gott mit uns" zur planmäßigen Einäscherung der Häuser schreiten, gehören zu den Perlen dieses Schreckenskabinetts. Aus verschiedenen Angaben in dem Bericht merkt man heraus, daß es der Kommission wohl selber ein wenig bange gewesen ist bei ihrem Werke. „Mit Erstaunen und fast mit Ungläubigkeit hat die Kommission anfänglich die Aussagen über solche Handlungen gelesen," heißt es an einer Stelle. Traurig ist die Kommission nicht über die gräßlichen Tatsachen, die sie berichtet, traurig nicht über die bestialische Kriegführung der belgischen Freischärler, die in hunderten von Fällen von eidlichen Zeugnissen deutscher Soldaten bekundet ist und die das deutsche Heer zu seinem Vorgehen wider seinen Willen gezwungen hat, traurig ist sie vielmehr nur da, wo sie „obvious difficulty in proving intention" „eine unverkennbare Schwierigkeit, eine Absicht nachzuweisen" gefunden hat.

Wir möchten, so heißt es zum Schluß in der „Nordd. Allgem. Ztg.", der englischen Regierung, die sich nicht scheut, dieses traurige Machwerk in die Welt hinausschicken, das Sprichwort ins Gedächtnis rufen: „ein jeder kehre vor seiner Türe." Eine Regierung, die es duldet, daß in ihrer Hauptstadt, vor den Augen der Polizei, der wilde Mob Hunderte von wehrlosen Deutschen beraubt und plündert, eine Regierung, die die Konzentrationslager in Südafrika mit ihren Schrecknissen gegen Frauen und Kinder auf ihrem Gewissen hat, sollte nicht andere bezichtigen und es vermeiden, sich zum Anwalt eines Volkes zu machen, dessen Unglück sie zum größten Teile mit verschuldet hat. Sie sollte auf ihre eigene Geschichte zurückblicken und — schweigen.

Neues Wiener Tagblatt
20./V. 1915

Die englische Kabinettskrise.

Annahme der Demission Lord Fishers.

Berlin, 20. Mai. (Privattelegramm.) Eine Sonderausgabe der „Pall Mall Gazette" teilt offiziell mit, daß das Abschiedsgesuch des Lord Fisher genehmigt wurde.

Das Kabinett tritt zurück und Asquith bildet ein liberal-konservatives Koalitionsministerium, dem auch die Arbeiterführer angehören werden.

Eine Koalitionsregierung in England.

London, 19. Mai. „Daily Chronicle" schreibt: Die nationale Regierung, in der alle Parteien, die es wünschen, vertreten sein werden, ist in Bildung begriffen. Eine Anzahl von Ministern hat dem Premierminister ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt, um die Rekonstruktion des Kabinetts zu erleichtern, nämlich Haldane, Harcourt, Birell, Lord Lucas, Lord Beaucamps, Pease und Hobhouse. Folgende Unionisten haben den Antrag Asquiths, in ein neues Kabinett einzutreten, angenommen: Bonar Law, Chamberlain, Balfour, Lord Derby, Walter Long und Smith. Wahrscheinlich erhalten auch die Lords Curzon und Selborne einen Posten.

Das Blatt fährt sodann fort: Die Weigerung Asquiths, eine Debatte über die Munitionsfrage zuzulassen, bestätigte die Gerüchte von Differenzen zwischen French und dem Kriegsamt. Dazu kam die scharfe Krisis in der Admiralität. Die Differenz zwischen Fisher und Churchill entstand wegen der Dardanellenfrage. Das Kabinett beschloß den Angriff aus politischen Gründen, weil Rußland es dringend wünschte und um die Mitwirkung Griechenlands zu Lande zu erreichen. Churchill verhehlte dem Kabinett die abweichende Ansicht des Seelords. Hiezu gesellten sich die Gegensätze der Temperamente zwischen Churchill und Fisher. Lord Fisher beschloß, am Freitag zurückzutreten. Diese Gelegenheit benützten gewisse Führer der Unionisten, die mit der Idee eines Koalationskabinetts liebäugelten. Asquith stand vor der Wahl einer ernsten Ministerkrisis mit heftigen Debatten im Parlament und entsprechender Schwächung der moralischen Autorität der Regierung einerseits und einer völligen Rekonstruktion des Ministeriums anderseits, so daß alle Parteien darin vertreten wären. Asquith wählte den zweiten Kurs. Ein Gerücht besagt, daß Kitchener Generalissimus und Lloyd George Kriegsminister würde.

Neues Wiener Tagblatt
20./V. 1915

Die Forderungen Italiens an Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 20. Mai. Einer Kopenhagener Depesche der „B. Z. am Mittag" zufolge teilte der frühere Finanzminister Luzzatti dem römischen Korrespondenten der „Nationaltidende" folgende Forderungen Italiens an Oesterreich-Ungarn mit:

Sofortige Besetzung von ganz Trentino und Istrien einschließlich Triest, Pola und Fiume sowie von mehreren Adria-Inseln, Abtretung der Marinestationen an der dalmatinischen Küste, Verzicht auf jede direkte und indirekte Einmischung in die Angelegenheiten Serbiens, Verzicht auf eine gegen Italiens Interessen gerichtete Balkanpolitik, Freiheit für Italien, seine Interessen im östlichen Mittelmeer gegen die Türkei gemeinsam mit den Dardanellenmächten wahrzunehmen, schließlich Handlungsfreiheit für den kommenden Friedenskongreß, wo Italien sich vorbehält, die Sache Serbiens und Belgiens zu unterstützen.

Vossische Zeitung
20./V. 1915

Das Grünbuch.

Drahtbericht der „Frankf. Ztg."

Mailand, 20. Mai.

Ueber das Grünbuch bringen italienische Blätter folgende Mitteilungen: Das Buch beschränkt sich auf die diplomatischen Urkunden, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien gewechselt wurden, ohne die Verhandlungen mit der Entente zu berühren. Die Reihe beginnt mit der Depesche di San Giulianos an den Botschafter Avarna, worin der Botschafter aufgefordert wird, am Ballplatz mitzuteilen, daß der Vormarsch Oesterreich-Ungarns in Serbien ein in Artikel 7 des Dreibundvertrages vorgesehenes Ereignis darstellt. Das zweite Dokument ist nach italienischen Zeitungen die ablehnende Antwort Oesterreich-Ungarns auf diese Mitteilung. Am 20. Dezember fängt Oesterreich-Ungarn seine Haltung zu ändern an. Graf Berchtold stellt jedoch Vorbedingungen und macht Ausflüchte. (Inzwischen trat Berchtold zurück und Burian folgte ihm.) Am 22. Februar depeschiert Avarna nach Rom, daß man sich keinen Täuschungen hiegeben solle, da Oesterreich-Ungarn die Angelegenheit verschleppe. Baron Burian willigt endlich am 9. März ein, über Entschädigungen auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrages zu verhandeln. Sonnino stellt die Vorbedingung, daß alle Abtretungen sofort zu erfolgen haben, was Burian nicht annimmt. Fürst Bülow übernimmt am 20. März die deutsche Garantie für die Durchführung der Abtretungsverträge bei Friedensschluß. Sonnino erwidert, er willige ein, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, falls Wien konkrete Vorschläge mache. Nach einer Woche meldet Baron Burian die folgenden Gegenforderungen Oesterreich-Ungarns an:

1. Wohlwollende Neutralität Italiens in politischer und wirtschaftlicher Beziehung während der ganzen Kriegsdauer,
2. Freie Hand für Oesterreich auf dem Balkan,
3. Verzicht Italiens auf fernere Entschädigung,
4. Verlängerung des Abkommens über Albanien.

Dagegen macht Oesterreich am 2. April folgendes Angebot: Abgetreten wird: Das Gardaseegebiet, ferner Trient und das Gebiet von Borgo und Lavis.

Am 8. April stellt Sonnino folgende Forderungen Italiens auf:

1. Abtretung Südtirols mit allen zum alten Königreich Italien im Jahre 1811 gehörigen Gebieten.
2. Abtretung von Ost-Friaul, Malborget, Plezzo, Tolmino, Gradica, Goerz, Monfalcone, Cosmons, Nabresina.
3. Triest, Capodistria, Pirano und die Inseln Lissa, Lesina, Curzola und Lesosta werden ein von Oesterreich unabhängiger Staat.
4. Desinteressement Oesterreich-Ungarns in Albanien und Anerkennung der italienischen Herrschaft in Valona.

Vom 2. bis 13. April laufen beharrliche Gerüchte um von einem österreichisch-russischen Sonderfrieden, daher fordert die Consulta eine vorläufige Antwort, jedoch will Oesterreich nur in Südtirol weitere Konzessionen machen, sich aber auf sofortige Abtretung nicht einlassen. „Avarna" depeschiert am 25. April, daß die Wiener Regierung ihn mit unnützen Diskussionen hinhalte, da sie nicht an einen ernsthaften Kriegswillen Italiens glaube. Infolgedessen überreicht Italien an Oesterreich die Kündigung des Bündnisses. Diese Urkunde besagt, Italien habe die Bündnispflichten treu erfüllt, aber Oesterreich habe die bekannte Note an Serbien überreicht, ohne Italien vorher zu unterrichten oder seine Ratschläge zur Mäßigung anzuhören. Damit war der Ausgangspunkt zum Weltkrieg gegeben, der status quo am Balkan gestört und eine Lage geschaffen, woraus Oesterreich-Ungarn allein Nutzen ziehen wollte. Diese Verletzung der Bündnispflicht hätte Italien auch eine wohlwollende Neutralität unmöglich gemacht. Vernunft und Gefühl schlössen es aus, daß ein Verbündeter wohlwollende Neutralität bewahrt, wenn der andere zu den Waffen greife, um Interessen zu erreichen, die den Lebensinteressen seines Partners diametral entgegengesetzt sind. Trotzdem habe Italien sich bemüht, die freundschaftlichen Beziehungen zu den beiden Staaten wiederherzustellen, aber die Verhandlungen hätten nicht zu einem friedlichen Ergebnis geführt. Infolgedessen verkünde Italien kraft seines Rechtes, daß von diesem Augenblick an wieder volle Handlungsfreiheit annimmt, und erklärt seinen Vertrag mit Oesterreich-Ungarn für null und nichtig.

Diese Urkunde ist in Wien am 4. Mai vom Herzog von Avarna dem Minister Baron Burian überreicht worden.

Hamburger Fremdenblatt
20./V. 1915

Italien vor dem Abgrund.

Nachstehend geben wir nach amtlichen Quellen einen kurzen Ueberblick über die italienische Finanzgeschichte, die mancherlei helle, aber auch zahlreiche dunkle Punkte enthält, Klarstellungen, die augenblicklich von besonderem Interesse sein und viele zu ernstem Nachdenken anregen dürften. Es ergibt sich aus dieser Darstellung, daß Italien unter dem Schutz der Dreibundpolitik und den Segnungen der Handelsverträge im Laufe der Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, allein neuerdings wieder auf die schiefe Ebene gedrängt wurde, als es im großen rüstete und dadurch seine Wirtschafts- und Geldpolitik schwer schädigte, um jetzt, in sehr geschwächtem Zustande, sich ohne Not in einen Krieg zu stürzen, den es vermeiden könnte und vermeiden müßte.

Als sich das junge Königreich Italien zur nationalen Einheit durchgerungen hatte, war die Ordnung des Finanzwesens eine erste Sorge der Dynastie und der Regierung. Es standen indes die finanziellen Errungenschaften im Gegensatz zu den schnellen Erfolgen, auf die das geeinte Italien zurückblicken konnte. Trotz aller Bemühungen eines halben Jahrhunderts ist es erst an der Grenzscheide zum 20. Jahrhundert gelungen, sein Finanzwesen auf gesicherte Grundlagen zu stellen. Das erste gemeinschaftliche Budget wurde 1862 aufgestellt und wies einen Fehlbetrag von 455 Mill. Lire auf, woneben die Einnahmen nur 484,94 Mill. Lire aufwiesen und dazu eine Staatsschuld von 3334 Millionen Lire aus der älteren und neueren Zeit zu übernehmen war. Nicht zuletzt war diese durch die starke Ueberschuldung des Stammlandes Sardinien mit hervorgerufen worden. Anderseits war die Verteilung der Steuerlast in den einzelnen Teilen des Landes sehr ungleich, die Steuerformen ungemein vielgestaltig und systemlos, und endlich hatten die provisorischen Regierungen, die in den befreiten Territorialstaaten vorübergehend die Staatsgeschäfte in die Hand genommen hatten, alle unpopulären und als besonders drückend empfundenen Steuern ohne weiteres und ohne Rücksicht auf die schwierige Finanzlage abgeschafft. Dadurch wurde das Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen im Staatshaushalte noch verstärkt. Dieser Zustand der Finanzen, bei dem die Höhe des Defizits beinahe diejenige der gesamten Staatseinnahmen überstieg, war durch die Erschließung außerordentlicher Hilfsquellen zu ordnen. Der drohende Staatsbankerott konnte nur abgewehrt werden durch die Einziehung der Kirchengüter. 1864 wurde mit einem Konsortium ein Vertrag geschlossen, durch den dieses eine Gesellschaft gründen und gegen einen beträchtlichen Vorschuß einen Teil der nunmehrigen Staatsdomänen zum Verkauf übernehmen sollte. Ebenso wurden unter dem Drucke der Finanznot die piemontesischen Staatsbahnen an eine Privatgesellschaft verkauft. Auch sonst fehlte es nicht an Opferwilligkeit im Volke. Der König verzichtete auf eine Reihe von Jahren auf 3 Mill. Lire seiner Zivilliste, und diesem Beispiele folgten die Minister und hohen Staatsbeamten. Aber trotzdem reichten die so gewonnenen Finanzmittel nicht zur Deckung des durch große Sparsamkeit beschränkten Staatsaufwandes aus. Namentlich schien die Bezahlung der fälligen Kupons der Staatsschuld keineswegs sichergestellt, so daß das Parlament die Vorausbezahlung der erst im Jahre 1865 fälligen Grundsteuer schon im Jahre 1864 für das nächste Jahr beschloß, eine Maßregel, die bei der allgemeinen Opferfreudigkeit glatt vonstatten ging. Alle diese Vorgänge aber konnten nur ein Provisorium sein, eine dauernde Gesundung des Finanzwesens setzte einmal die Durchführung der strengsten Sparsamkeit im Staatshaushalte voraus und sodann den einheitlichen Ausbau der staatlichen Einnahmequellen, unter denen die Besteuerung naturgemäß den ersten Platz einnahm. Mit dem Jahre 1865 setzt daher eine Epoche umfassender Steuerreformen ein. Die Fabrikationsabgaben, eine allgemeine Verzehrungssteuer, die in verschiedenen Formen in den meisten Kleinstaaten schon vor der Einigung des Königreichs bestanden hatten und von den provisorischen Regierungen wegen ihrer Unbeliebtheit aufgehoben worden waren, hat man bereits 1862 und 1863 unter dem Drucke der Finanznot wiederhergestellt. Sie waren Fabrikatsteuern oder Verbrauchsabgaben von geistigen Getränken, kohlensaurem Wasser, Zucker, Eßwaren und sonstigen Gegenständen des täglichen Lebensbedarfs. Im Laufe der Zeit ist ihr Rechtsgebiet wesentlich erweitert worden, und seit 1894 wurden auch insbesondere Petroleum, Zündhölzer, Gas und elektrische Kraft als Gegenstand der Verzehrungssteuer angesprochen. Die Erhebungsform ist in den geschlossenen Orten (Orte mit über 8000 Einwohnern) die Torsteuer oder Eingangsabgabe, und in den übrigen, den offenen Orten, die Kleinverkaufsabgabe. Ihr Ertrag für den Staatsanteil beläuft sich auf rund 50 Mill. Lire. Von ganz besonderer Wichtigkeit sind hierbei vor allem die Fabrikationssteuern vom Bier, Spiritus und Zucker, die neben den Oktroiabgaben erhoben werden. Die schlechten Finanzverhältnisse nötigten zu einer höchst bedenklichen Maßregel, der Einführung, bezw. der Wiederherstellung des Zahlenlottos. Diese Einrichtungen waren schon in den Einzelstaaten vertreten, wo sie seit Jahrhunderten ein schweres Volksübel bildeten. Im jungen Königreich wurde es durch königliches Dekret vom 5. November 1863 im Zusammenhange mit dem Gesetze vom 27. September 1863 neu geregelt.

Auf der Grundlage dieses Finanzsystems hat das Königreich Italien seine Staatsbedürfnisse zu decken gesucht. In den ersten 10 Jahren des jungen Staates waren ungewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden, und insbesondere hatte er auch um seine finanzielle Existenz schwere Kämpfe zu bestehen. Hatte er doch seine politische Einigung mit dem Opfer einer Vermehrung der Staatsschuld um 6000 Mill. Lire erkaufen müssen. Im Jahre 1876 gelang es zum erstenmal, ein Budget ohne Fehlbetrag herauszubringen, und auch die fünf folgenden Jahre, von 1877—1881, zeigten die Herstellung des budgetären Gleichgewichts, ergaben sogar teilweise kleine Ueberschüsse. Den verhältnismäßig guten Stand der Finanzen, der bis 1886/87 anhielt, benutzte man, um längst gehegten Wünschen entgegenzukommen. Mit dem 1. Januar 1884 fiel die Mahlsteuer gänzlich, was für den Staat einen Ausfall bei den Steuereinnahmen von rund 50 Mill. Lire bedeutet, und durch die 1884 verzichtete der Staat gleichfalls auf eine Herabsetzung des hohen Salzpreises im Jahre jährliche Einnahme von 27 Mill. Lire. Endlich gelang es, in dieser Periode noch eine besonders schwierige Arbeit zu bewältigen, die Aufhebung des Zwangskurses und die Wiederaufnahme der Barzahlung der gesetzlichen Metallwährung.

Damit war vielleicht die schwerste Krankheit der Finanzpolitik und des wirtschaftlichen Lebens geheilt worden. Wenn auch in der Folgezeit das wiederholte Auftauchen eines Goldagios die tatsächliche Beseitigung der echten Metallwährung befürchten ließ, so ist Italien doch niemals in die abschüssige Bahn des corso forzoso wieder eingelaufen. Vor allem aber ist die Zettelwirtschaft mit ihren kleinen Abschnitten dem Lande erspart worden. 1881

Hamburger Fremdenblatt
20/V. 1915

II 2
40

Italien vor dem Abgrund?

wurde ein Anleben von 644 Mill. Lire aufgenommen und 1883 mit der Einziehung der kleinen Papierscheine sowie mit der Umwechslung der im Umlaufe verbleibenden Banknoten gegen Gold begonnen. Während des Zeitabschnittes 1880—1890 stiegen die Staatsausgaben immer mehr und in raschem Gange. So hatten sich die Staatsausgaben um 384 Mill. Lire vermehrt und die Zunahme der der Staatsschulden hatte 2500 Mill. Lire erreicht. Zunächst hielten sich die Staatseinkünfte in steigender Tendenz, so daß das Gleichgewicht im Staatshaushalte nicht gestört wurde. Auch wirkte die Verpachtung der im Staatsbetriebe nicht rentablen Staatsbahnen an drei große Privatgesellschaften im Jahre 1885 als Verringerung des Staatsaufwandes. Allein der mit einer Art Elementarkraft niedergehende Bau- und Banktrach Ende der 80er Jahre vernichtete die Hoffnungen. Mit Mühe gelang es, den gänzlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhüten. Trotzdem stieg das Goldagio 1893 auf 16 %; man sah sich gezwungen, zu seiner Verminderung sowie zur Beschaffung der nötigen Zahlungsmittel die Noten der drei aus der Katastrophe geretteten Notenbanken (Banca d'Italia, Banco di Napoli und Banco di Sizilia) mit der Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels auszustatten und gleichzeitig Staatspapiergeld auszugeben. Im Gebiete der Zinszahlung der Staatsschulden brachte die Einführung des Affidavit für die auswärtigen Gläubiger, die den Kupon in Gold bezahlt erhielten, den Vorteil, daß die inländischen Staatsgläubiger in papiernen Zahlungsmitteln befriedigt werden konnten. Während bei dem bisherigen (freien) Verfahren die Inländer ihre Kupons zur Einlösung in Gold nach dem Auslande gesendet hatten, hatte im Januar 1893 der Staat 81 Mill. Lire in Gold und nur 17 Mill. Lire in Papier einzulösen. Die Einrichtung des Affidavit, die allerdings eine Benachteiligung der heimischen Kapitalisten einschließt, hatte für den Staatsschatz den Gewinn, daß 1894 nur 34 Mill. Lire in Gold im Auslande zu zahlen waren, während der Inlandsbedarf 63,500 Mill. Lire bedang.

Seit dem Jahre 1898/99 tritt nach langer Unterbrechung wieder ein Staatshaushaltsetat ins Leben, der mit einem Ueberschuß von 14,57 Mill. Lire balanciert. Die folgenden Jahre brachten eine steigende Tendenz in dieser Richtung und zeigen wachsende Ziffern. Die Ueberschüsse erreichen ihren ersten Höhepunkt im Jahre 1902/03 mit 81,550 Mill. Lire und ihren zweiten im Jahre 1906/07 mit 91,44 Mill. Lire. Zwischen beiden finden wir vielfach schwankende Budgetziffern. Auch für das Finanzjahr 1908/09 wurde ein Ueberschuß von 26 Mill. Lire in Vorschlag gebracht. Auch sonst hat die Finanzgesetzgebung nicht gerastet. Vor allem wurden die Fabrikationsabgaben vom Spiritus und vom Zucker in verschiedenen Richtungen weiter entwickelt, die Zollgesetzgebung für einzelne Produkte geändert und die Oktroigesetzgebung reorganisiert. Die Anstrengungen, die das Königreich Italien mit Hilfe der 1906 vorgenommenen großen Rentenkonversion zur Ordnung seiner Finanzen gemacht hat, sind schließlich von Erfolg gekrönt gewesen.

Die italienischen Staatsfinanzen hatten eine auch im Auslande bewunderte Widerstandskraft gegen die nachteiligen Wirkungen des Tripoliskrieges bewiesen. Hierbei hatte ihr günstiger Stand in den dem Kriege vorangegangenen Finanzjahren mitgewirkt. Seit 1897 bis 1898 — das italienische Etatsjahr läuft vom 1. Juli bis zum 30. Juni — hatten sich alljährlich Ueberschüsse ergeben, wie aus nachstehender Aufstellung ersichtlich ist:

Etatsjahr	Einnahmen	Ausgaben	Unterschied
	in Millionen Lire		
1897/1898	1731.37	1732.83	— 1.10
1901/1902	1922.42	1889.84	+ 32.58
1905/1906	2562.15	2498.63	+ 63.52
1906/1907	2256.04	2154.19	+ 101.85
1909/1910	2542.49	2491.61	+ 50.88
1910/1911	2775.42	2695.88	+ 79.54
1911/1912	2888.31	2888.31	—

Die öffentliche Staatsschuld belief sich:

Ende Juni 1910 auf 11 772 Mill. Lire,
Ende Juni 1914 auf 14 840 Mill. Lire,
Ende März 1915 auf 15 947 Mill. Lire.

Aus den Abrechnungen hat sich ergeben, daß die Zinszahlungen an das Ausland sich in 13 Jahren um 95 Mill. Lire vermindert haben. Wenn man diese Zinsbeträge kapitalisiert, so stellt sich der Betrag von italienischen Staatsschuldverschreibungen, die seit 13 Jahren in das Ausland zurückgewandert sind, auf 2 Milliarden und 370 Millionen und 825 000 Lire und auf durchschnittlich jährlich 182 332 700 Lire. Italien war damit in die Reihe derjenigen Großmächte eingetreten, die ihre staatlichen Anleihen im wesentlichen auf dem eigenen Kapitalmarkt unterbringen konnten.

Auf der Suche nach einem dem Publikum genehmen rückzahlbaren Papier hat der Schatz unaufhörlich experimentiert und in wenigen Jahren nicht weniger als sechs Typen geschaffen: 3,65 % Eisenbahn-Zertifikate, 3,5 % rückzahlbare Rente, 3,5 % Eisenbahn-Schuldverschreibungen, 6 % rückzahlbare Rente, 4 % Schatzscheine und endlich — 1914 — die 4½ % Kriegsanleihe. Es ist klar, daß diese Systemlosigkeit in der Produktion von Staatspapieren nicht dazu beigetragen hat, diesen einen guten Markt zu schaffen, und in der Tat sind einige dieser Emissionen nur sehr schwer untergebracht worden. Durch ein gut ausgedachtes System hat sich der Schatz einen großen Teil des italienischen Sparkapitals dienstbar gemacht: seine Rente genießt auf dem heimischen Markte eine Monopolstellung, in ihr müssen Wohltätigkeitsanstalten und Stiftungen den größten Teil ihres Vermögens, Sparkassen den größten Teil ihrer Depositen anlegen, fast alle öffentlichen Kautionen sind in Rente zu stellen und Mündelgelder sind in ihr anzulegen. Durch die Schöpfung des staatlichen Lebensversicherungsinstituts hat sich die Regierung einen neuen Abnehmer für ihre Anleihen geschaffen. Jahrelang hat unter diesen Umständen infolge der erreichten Unabhängigkeit von den ausländischen Märkten die Anomalie angehalten, daß ein kapitalarmes Land, wie Italien, die höchsten Rentenkurse aufwies. Von den Schäden, die ein frevelhaft heraufbeschworener Krieg Italien in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht zufügen müßte, dürfte sich das Land wohl schwerlich jemals wieder vollkommen erholen.

Fürst Bülow und Baron Macchio bei Sonnino.

Lugano, 18. Mai. (Privattelegramm.) Heute vormittag waren zuerst Fürst Bülow, dann Baron Macchio auf der Consulta zur Besprechung mit Sonnino. Beide Botschafter hatten gestern abend eine lange Unterredung miteinander im Palazzo Chigi.

Heute zeitlich früh begab sich Baron Macchio in die Rosenvilla zu Fürst Bülow, wo er bis zehn Uhr blieb. Man nimmt an, daß beide Gesandten vom heutigen Besuch bei Sonnino bestimmende Tatsachen mit sich bringen werden.

„Secolo" sagt: Obwohl man wußte, daß von einem Moment zum andern vor Eröffnung der Kammer diese nervöse Periode nationaler Erwartung abgebrochen werden müsse, war doch große Neugierde vorhanden über das, was beide Botschafter wohl mit dem Minister des Aeußern Sonnino besprochen hätten. Da keine offiziellen Berichte bis jetzt ausgegeben werden, können bloß Hypothesen aufgestellt werden.

Italien und der Dreiverband.

München, 19. Mai. (Privattelegramm.) Die Petersburger Presse hebt hervor, daß Italien schon am 27. April einen bindenden Vertrag mit den Mächten des Dreiverbandes unterzeichnet habe. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden in Paris geführt.

Berlin, 19. Mai. (Privattelegramm.) Der „Temps" behauptet, daß Italien tatsächlich den Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn in der Erwartung gekündigt habe, daß die Monarchie daraufhin den Krieg erklären werde. Oesterreich-Ungarn habe jedoch seine Angebote noch erweitert. Italien seinerseits war aber nicht mehr in der Lage, in eine Diskussion darüber eingehen zu können, ohne die dem Dreiverband gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu brechen.

Ein ernstes Mahnwort.

Köln, 19. Mai. (Privattelegramm.) Die „Kölnische Zeitung" schreibt in einem Berliner Telegramm: Ein etwaiger kriegerischer Ansturm gegen die Macht Deutschlands und der Donaumonarchie im Augenblick, da diese Mächte mit fast einjähriger Kriegserfahrung auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit stehen, während gleichzeitig die Ohnmacht der bisherigen Gegner erwiesen ist, würde nicht nur die günstige wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Italiens aufs schwerste gefährden und das Land um Jahrzehnte in der Entwicklung zurückwerfen, sondern auch die bisherige Machtstellung einem Stoß aussetzen, von dessen Kraft sich die Führer der Kriegsbewegung wohl keine Rechenschaft geben. Dazu käme auch, daß Italien keine Hoffnung mehr behalten würde, sich als gleichberechtigter Machtfaktor neben Frankreich zu stellen. Es würde freiwillig auf seine Zukunft verzichten, die nach Nordafrika verweist und welche die Herrschaft im Mittelmeer in ihrem Schoß trägt. Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben gesprochen und ein Angebot gemacht, das die Grundlage dauernder Freundschaft und einer weiteren glänzenden Machtentwicklung Italiens werden könnte. Beklagenswert wäre es für das fleißige, hochbegabte italienische Volk, wenn es im Taumel den falschen Weg ginge.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 19. Mai. (Privattelegramm.) Ueber den Eindruck der Rede des Reichskanzlers wird noch berichtet:

Die mit erhobener Stimme und starkem Nachdruck vorgetragenen Schlußsätze der kurzen und inhaltschweren Kanzlerrede entfesselten im Hause und auf den dichtbesetzten Tribünen stürmische Beifallskundgebungen. Minutenlang ertönten Bravorufe und Händeklatschen. Mehrere Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien eilten zur Tribüne und schüttelten Bethmann die Hand.

Indem der Reichskanzler sich entschloß, die österreichisch-ungarischen Zugeständnisse mitzuteilen, hat er den ganzen ungeheuren Ernst der Situation bekundet. Alle Parteien zeigten durch Mienen und Zurufe die gemeinsame Empfindung, daß die befreundete Regierung bis an die äußerste Grenze der Gewährungen gegangen sei, daß sie im Bestreben, den Frieden mit Italien zu erhalten, einen Akt der Hochherzigkeit bewiesen habe, für den man in der gesamten Geschichte Europas vergebens nach einem gleichwertigen Beispiel suchen müsse.

Tiefen Eindruck machte sodann die Mitteilung, daß Deutschland die volle Garantie für die loyale Erfüllung der Wiener Angebote übernommen habe. Man weiß, daß der Kaiser ein Handschreiben an den König gerichtet hat, und man kann annehmen, daß dieser Brief die deutsche Bürgschaftsleistung noch besonders bekräftigt hat. Wenn trotz dieser unbedingt zuverlässigen Sicherheiten der Weg der Neutralität verlassen werden sollte, so würde eine welthistorische Unbegreiflichkeit begangen werden, die der Kanzler nicht zu charakterisieren brauchte, weil alles, was die schwere Stunde erfordert, ohnehin in seinen Sätzen steckte.

Neues Wiener Tagblatt
20/V. 1915

II
42

Fürst Bülow und Baron Macchio bei Lemino.

Die verbündeten Nationen wissen jetzt aus berufenem Munde, welche Entscheidung bevorsteht, und Oesterreich-Ungarn hat die freilich selbstverständliche Gewißheit erhalten, daß Deutschland Treue um Treue beweisen wird.

Die Agitation der Arbeiter gegen den Krieg.

Berlin, 19. Mai. (Privattelegramm.) Die „Magdeburgische Zeitung" meldet aus Chiasso: Die italienische Sozialistenpartei beschloß einstimmig die Fortsetzung des Volkswiderstandes gegen den Krieg. Die neuen, für kommenden Sonntag einberufenen Volksversammlungen der Arbeiterschaft, in welchen für die Aufrechterhaltung des Friedens demonstriert werden soll, sind bisher von der Regierung nicht verboten worden.

In Rom protestierten 80,000 Arbeiter in Demonstrationskundgebungen gegen den Krieg.

Italien und die Türkei.

München, 19. Mai. (Privattelegramm.) „Rußkoje Slowo" läßt sich aus Rom drahten, Italien habe der Türkei die Kündigung des Vertrages von Lausanne mitgeteilt.

Fremdenblatt
21./V. 1915

Abkommen zwischen Italien und der Schweiz.

K. **Basel,** 19. Mai. Nach den „Basler Nachrichten" wurde zwischen der Schweiz und Italien ein Abkommen über den Austauschverkehr abgeschlossen. Die schweizerische Bundesregierung läßt ausführen: Zuchtvieh entsprechend dem eingeführten Gewicht des Schlachtviehs, monatlich 1200 Zentner Zelluloidwaren, 3000 Tonnen Abfalleisen, Farben, Anilinstoffe, Oele und 250 Wagen Holz.

K. **Bern,** 19. Mai. In Erwartung großer Rücktransporte von italienischen Staatsangehörigen aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch die Schweiz, zum Teil auch aus der Schweiz selbst, erneuerte die italienische Gesandtschaft in Bern das mit den Bundesbahnen über den Rücktransport von unbemittelten italienischen Staatsangehörigen im August 1914 abgeschlossene Abkommen. Die mittellosen Italiener werden demnach auf Kosten der italienischen Regierung unter Anrechnung der üblichen Taxe für Gesellschaftsbillette nach Italien zurückbefördert. An den Grenzstationen werden Vertrauensleute der italienischen Behörden über den unentgeltlichen Rücktransport ihrer Landesangehörigen entscheiden, wobei die Bundesbahnen der italienischen Gesandtschaft in Bern die Rechnung machen werden. Die Transporte italienischer Staatsangehöriger aus Frankreich und Deutschland haben übrigens seit dem letzten August bis heute nie aufgehört.

Fremdenblatt
21./5. 1915

Kriegskalender.

1. Mai. Auf den Höhen zwischen Orawa- und Oportal der Feind abermals unter sehr großen Verlusten zurückgewiesen. — Südlich Zaleszczyki schießt eine österreichische Batterie ein russisches Munitionsmagazin in Brand. — Oestlich Trebinje werden montenegrinische Kräfte durch Artilleriefeuer zerstreut. — Rückzug der Russen von Szawle auf Mitau; russische Vorstöße am Südufer der Pilica gescheitert. — Für die Deutschen erfolgreiche Kämpfe bei Ailly und Apremont. — Niederlage der englisch-französischen Landungstruppen bei Kaba Tepe. — Der englische Fischdampfer „Lily Dal" und der Kohlendampfer „Mobile" torpediert.

2. Mai. Vereinigte österreichisch-ungarische und deutsche Truppen durchbrechen die stark befestigte russische Front zwischen Malastow, Gorlice und Gromnik; gleichzeitig erzwingen k. u. k. Truppen den Uebergang über den unteren Dunajec; in den Waldkarpathen gewinnen unsere Truppen unter heftigen Kämpfen Raum. — Deutsche Truppen vor Mitau. — Bei St. Julien werden französische und englische Angriffe abgeschlagen. — Das australische Unterseeboot „A E 3" in den Dardanellen vernichtet. — China lehnt Japans Forderungen ab.

3. Mai. In Westgalizien wird der vollständig geschlagene Feind von den unter dem Kommando des Generaloberſten von Mackensen stehenden verbündeten Truppen heftig verfolgt. — Russische Angriffe bei Skierniewice werden abgewiesen; bei ihrem Rückzuge auf Riga verlieren die Russen 3200 Gefangene. — Heftige Kämpfe bei Ypern; ein deutsches Flugzeuggeschwader über Epinal. — Während der Dardanellenkämpfe das französische Kriegsschiff „Henry IV." beschädigt und ein englisches Unterseeboot vernichtet. — Der englische Torpedobootzerstörer „Recruit" torpediert. — Zwei deutsche Torpedoboote beim Noordhunder-Feuerschiff vernichtet.

4. Mai: Weitere heftige Verfolgung des geschlagenen Feindes in Westgalizien und Ausbreitung der Offensive der Verbündeten, in diesen Kämpfen bisher 30.000 Gefangene, 22 Geschütze, 64 Maschinengewehre erbeutet. Ein russischer Angriff bei Augustow abgewiesen. — In Flandern Zwenkote, Zonnebeke und Westhoek von den Deutschen erobert. — Schwere Verluste der Engländer und Franzosen bei Ari Burnu (Gallipoli). — Ein englisches Unterseeboot von einem deutschen Luftschiff vernichtet; ein englisches Kriegsschiff von einem Flugzeug beschädigt. — Amtliche Feststellung russischer Untaten gegen deutsche Konsuln.

5. Mai. Vordringen der Verbündeten gegen Jaslo und Zmigrod, Beginn des russischen Rückzuges im Westabschnitte der Karpathenfront; Räumung der Duklasenke. Russische Vorstöße bei Rossienie, Kalwarja, Augustow und Suwalki abgewiesen. — Mißerfolge der Engländer bei Ypern; französische Angriffe im Priesterwalde abgewiesen. — Acht englische Fischdampfer torpediert. — Türkische Erfolge auf Gallipoli. — Ultimatum Japans an China.

Neues Wiener Tagblatt
21./5. 1915

Die Sitzung der italienischen Kammer.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Rom, 20. Mai. (Kammersitzung. — Bericht der Agenzia Stefani.) Der Saal ist überfüllt. 480 Deputierte sind anwesend. Auf den Tribünen haben Mitglieder des diplomatischen Korps, darunter die Botschafter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands und Japans, Senatoren und ehemalige Deputierte Platz genommen.

Beim Erscheinen d'Annunzios in einer Loge wird ihm von dem Saale und den Tribünen eine Ovation bereitet, an der sich nur die offiziellen Sozialisten nicht beteiligen. d'Annunzio dankt durch Kopfnicken.

Alle politischen Persönlichkeiten mit Ausnahme Giolittis sind anwesend.

Um 2 Uhr nachmittags betritt Präsident Marcora, mit begeisterten Ovationen begrüßt, den Saal. Alle Deputierten, ausgenommen die 45 offiziellen Sozialisten, erheben sich und rufen: Es lebe der Präsident! Auch auf der Galerie wird in diesen Ruf eingestimmt.

Kurz darauf betritt das Kabinett mit Salandra an der Spitze den Saal. Von allen Seiten ertönt der Ruf: Es lebe der Krieg! Aus dem Zentrum wird gerufen: Es lebe der König! Der Beifall verstärkt sich bei diesen Rufen und erreicht mit den Rufen: Es lebe Italien! den Höhepunkt.

Nach Authentifizierung des Protokolls der letzten Sitzung unterbreitet Ministerpräsident Salandra einen Gesetzentwurf, womit der Regierung für den Fall des Krieges außerordentliche Vollmachten erteilt werden.

Ministerpräsident Salandra gibt hierauf namens der Regierung eine Erklärung ab, die bei jedem Satze mit stürmischen Rufen: Es lebe Italien! Hoch der Krieg! aufgenommen wird. Nur die offiziellen Sozialisten verharren ruhig auf ihren Sitzen.

Am Schlusse der Erklärungen Salandras veranstaltet die Kammer eine imposante Kundgebung für die Armee, den König und Italien.

Ministerpräsident Salandra beantragt die Einsetzung eines Ausschusses behufs Prüfung der von ihm unterbreiteten Vorlage und bittet die von dem Präsidenten zu bestimmenden Mitglieder des Ausschusses, sofort zusammenzutreten und noch heute den Ausschußbericht vorzulegen. Dieser Antrag wird angenommen.

Minister des Aeußern Sonnino unterbreitet der Kammer ein Grünbuch.

Die Deputierten sowie das Publikum auf der Galerie bereiten dem Minister des Aeußern eine langanhaltende, herzliche Sympathiekundgebung.

Der Präsident teilt sodann die Namen der Deputierten mit, welche von ihm in den Ausschuß berufen wurden.

Zahlreiche Deputierte begeben sich zur Ministerbank, um die Minister zu beglückwünschen.

Die Erklärungen Salandras.

Rom, 20. Mai. (Kammer. — Bericht der Agenzia Stefani.) Die Erklärung des Ministerpräsidenten Salandra lautet:

Seitdem Italien wieder zu staatlicher Einheit erwacht ist, hat es sich in der Welt der Nationen als Faktor der Mäßigung, der Eintracht und des Friedens bewährt, und es kann mit Stolz verkünden, daß es diese Mission mit einer Festigkeit erfüllt hat, die nicht einmal vor den peinlichsten Opfern zurückgewichen ist. In der letzten, mehr als dreißigjährigen Periode hat es ein System von Bündnissen und Freundschaften aufrechterhalten, das insbesondere den Zweck hatte, auf diese Weise das europäische Gleichgewicht und mit diesem den Frieden besser zu sichern. Diesem edlen Ziele zuliebe hat Italien nicht nur den Mangel an Sicherheit seiner Grenzen geduldet, es hat ihm nicht nur seine geheiligtesten nationalen Aspirationen untergeordnet, sondern hat auch mit unterdrücktem Schmerz den methodisch betriebenen Versuchen zusehen müssen, jene Kennzeichen der Italianität zu unterdrücken, die Natur und Geschichte unverwischbar edlen Gebieten aufgedrückt hatten.

Das Ultimatum, welches die österreichisch-ungarische Monarchie im Juli 1914 an Serbien richtete, hat mit einem Schlage

21./V. 1915

Die Sitzung der italienischen Kammer

die Wirkungen langjähriger Bemühungen zunichte gemacht, indem es den Vertrag verletzte, welcher uns mit der Monarchie verband. Das Ultimatum verletzte den Vertrag formal, indem es das vorherige Einvernehmen mit uns oder auch nur eine bloße Verständigung unterließ; es verletzte den Vertrag in meritorischer Hinsicht, indem es darauf abzielte, zu unserm Schaden das heikle System der territorialen Besitzungen und der Einflußsphären, welche sich auf der Balkanhalbinsel gebildet hatten, zu stören. Aber mehr noch als der eine oder der andre Punkt war es der ganze den Vertrag erfüllende Geist, der verletzt und sogar unterdrückt wurde; denn dadurch, daß man in der Welt den schrecklichsten Krieg in direktem Gegensatz zu unsern Interessen und Gefühlen entfesselte, zerstörte man das Gleichgewicht, dessen Sicherung das Bündnis dienen sollte, und ließ virtuell, jedoch mit unwiderstehlicher Gewalt das Problem der nationalen Vervollständigung Italiens wiederaufleben. Trotzdem bemühte sich die Regierung monatelang mit Geduld, einen Ausgleich zu suchen, welcher der Vereinbarung die Existenzberechtigung, die sie verloren hatte, wiedergeben sollte. Indessen mußten diese Verhandlungen Grenzen nicht nur in der Zeit, sondern auch in der Würde haben, über die hinaus man die Gesamtheit der Interessen sowie die Ehre unsres Landes verletzt hätte.

Infolgedessen und um diese höchsten Ziele aufrechtzuerhalten, sah die königliche Regierung sich gezwungen, der k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung am 4. Mai die Zurücknahme aller ihrer Vertragsvorschläge, die Aufkündigung des Bundesvertrages und die Erklärung, daß sie sich Handlungsfreiheit vorbehalte, zu notifizieren.

Anderseits war es aber nicht mehr möglich, Italien in einer Isolierung ohne Sicherheit und ohne Ansehen zu lassen gerade in dem Augenblick, wo die Weltgeschichte in eine entscheidende Phase tritt. Angesichts dieser Sachlage und in Erwägung der Schwierigkeit der internationalen Lage muß die Regierung auch politisch vorbereitet sein auf jede noch so schwere Prüfung und ersucht daher die Kammer durch den vorgelegten Gesetzentwurf um die außerordentlichen Befugnisse, deren sie bedarf. Diese Maßnahme rechtfertigt sich nicht allein durch Präzedenzfälle bei uns und in andern Staaten jeder Regierungsform, sondern sie stellt auch die beste Ordnung und sogar die mildeste Form derjenigen Befugnisse dar, welche unsre in Kraft stehende Gesetzgebung der Regierung auch in andern Fällen zuweist, wo es sich um das höchste Gesetz handelt, nämlich um das Wohl des Staates.

Ohne prahlerische Worte und ohne Stolz, aber mit tiefem Verständnis für die Verantwortung, die uns in dieser Stunde zufällt, haben wir das Bewußtsein, dafür Vorsorge getroffen zu haben, was die edelsten Bestrebungen und die vitalsten Interessen des Vaterlandes erforderten. Denn in seinem Namen und ihm ergeben richten wir bewegt unsern glühenden Appell an das Parlament und über das Parlament hinaus an das Land dahin, daß alle Meinungsverschiedenheiten beigelegt werden mögen und daß von allen Seiten aufrichtiges Vergessen sich darauf herabsenke. Die Partei- und Klassengegensätze, die in gewöhnlichen Zeiten immer zu achtenden persönlichen Ansichten, selbst die Gründe, die dem Leben den täglichen fruchtbaren Kontrast der Bestrebungen und Grundsätze geben, müssen heute verschwinden angesichts einer Notwendigkeit, die jede andre übertrifft, und einer Idee, die mehr als jede andre begeistert, angesichts des Glücks und der Größe Italiens. Alles andre müssen wir von heute ab vergessen und dürfen uns nur daran erinnern, daß wir alle Italiener sind und daß wir alle mit demselben Glauben und derselben Glut Italien lieben. Mögen die Kräfte aller in einer einzigen

21. V. 1915

Die Sitzung der italienischen Kammer

Kraft zusammengefaßt werden und die Herzen aller sich zu einem einzigen Herz zusammenschließen. Möge ein einmütiger Wille zu dem beschworenen Ziele führen und Kraft, Herz und Wille ihren einzigen leidenschaftlichen und heldenhaften Ausdruck finden in der Armee und Flotte Italiens und in dem erhabenen Führer, der sie zu den Schicksalen einer neuen Geschichte anführt. Es lebe der König! Es lebe Italien!

* * *

Der von der Kammer eingesetzte Ausschuß zur Prüfung der heute von der Regierung eingebrachten Vorlage über die außerordentlichen Vollmachten im Falle eines Krieges besteht aus folgenden Deputierten: Arlotta, Aguglia, Boselli, Luzzatti, Coccortu, Compans, Baccelli Guido, Guicciardini, Barzilai, Bettolo, Bianchi Leonardo, Credaro, Dari Turati, Meda, Bissolati, Pantano und Finochiaro.

Der Antrag der Regierung, die Vorlage dringlich zu verhandeln, wird in geheimer Abstimmung mit 367 gegen 54 Stimmen angenommen.

Der Ausschuß trat sofort in einem Saale des Parlaments zusammen. Alle Mitglieder mit Ausnahme Turatis waren anwesend.

Zum Obmann und Berichterstatter wurde das älteste Mitglied der Kammer Boselli, zum Schriftführer Barzilai bestellt.

Unterdessen wurde die Sitzung der Kammer unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird Berichterstatter Boselli den Ausschußbericht zur Verlesung bringen.

Die Vollmachten der Regierung für den Krieg.

Während der Pause zwischen den Sitzungen zerstreuten sich die Deputierten in den Gängen des Hauses, die Erklärungen der Regierung erörternd oder mit dem Grünbuch beschäftigt; die Tribünen blieben gefüllt.

Um 5 Uhr erschien Präsident Marcora wieder im Sitzungssaal, ebenso die Minister.

Vor dichtgefülltem Hause ergriff Deputierter Boselli als Berichterstatter der Kommission unter lebhaftem Beifall das Wort und erklärte, die Kommission schlage einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes über die außerordentlichen Vollmachten für die Regierung vor. (Langanhaltender Beifall.) Die Gründe dafür liegen auf der Hand, denn dieser Gesetzentwurf setze tatsächlich das Siegel auf das Werk der Regierung, welche die Stimme des Vaterlandes als Ratgeberin und das Gefühl für die nationale Würde als Geleiter genommen habe. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

In dieser Schicksalsstunde, welche uns in einem einzigen Willen vereinigt, wird das Votum der Kammer eine feierliche Bestätigung des unüberwindlichen und sicheren Glaubens an das Recht und an den Ruhm des Vaterlandes sein. (Sehr lebhafter Beifall.) Der Berichterstatter hob schließlich das Vertrauen auf die Armee, die Marine und den Herrscher, den Fortsetzer der ruhmvollen Ueberlieferungen seiner Familie, hervor.

Eine stürmische Kundgebung antwortete dem Redner. Alle Deputierten erhoben sich und applaudierten, Ministerpräsident Salandra und die andern Minister drückten ihm unter neuem Beifall die Hand. Das Publikum stimmte ein. Unter den Rufen „Hoch Italien! Es lebe der König!" beglückwünschte auch der Kammerpräsident den Redner.

Deputierter Barzilai erklärte, die Kammer, welche der Regierung umfassende Handlungsfreiheit gebe, habe volles Vertrauen zu ihr. (Beifall.)

Die Sitzung des Senats.

Rom, 20. Mai. Auch die Zugänge zum Senatsgebäude sind von einem dichten Truppenkordon besetzt. Nur die Senatoren und Deputierten sowie Personen, welche Eintrittskarten vorweisen, finden Einlaß. Der Saal und die Galerien sind überfüllt. Mehr als 230 Senatoren sind anwesend.

21./V. 1915

Die Sitzung der italienischen Kammer

Um 4 Uhr nachmittags betritt Präsident Manfredi, gefolgt vom Ministerpräsidenten Salandra und den Mitgliedern der Regierung, den Saal. Der Ministerpräsident wird bei seinem Erscheinen mit brausenden Kundgebungen der Senatoren und des Galeriepublikums begrüßt. Man ruft: „Es lebe Italien! Es lebe der König! Es lebe die Armee!"

Während sich die Senatoren erhoben haben, ergreift Salandra um 4 Uhr 7 Minuten das Wort. Er wiederholt die in der Kammer bereits abgegebenen Erklärungen, welche mit lebhaftem Beifall aufgenommen werden. Am Schlusse kommt es wieder zu einer großen Kundgebung.

Nachdem Ministerpräsident Salandra seine Erklärung abgegeben hatte, vertagt der Präsident über Vorschlag Salandras die Sitzung auf morgen 2 Uhr nachmittags.

Der gestrige Tag in Italien.

Kundgebungen gegen den Krieg.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) „Avanti" schreibt: Telegramme aus vielen Städten Italiens sprechen von großen Demonstrationen gegen den Krieg, sind aber von der Zensur zum größten Teil gestrichen. Das zitierte Blatt veröffentlicht den Anfang zahlreicher Depeschen, aus denen man erkennt, wie sich die Volksseele gegen den Krieg wehrt. So hat es in Florenz, Alessandria, Busto, Arsizio, Venedig, Gallarate, Pisa, Biella, Oneglia, Rovenna, Como und Monza Kundgebungen gegen den Krieg gegeben, die mehr oder minder unterdrückt wurden.

Ein Appell an die sozialistischen Deputierten.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) „Avanti" ruft alle sozialistischen Abgeordneten zum Kampf in der Kammer auf.

Ein heute veröffentlichtes Manifest an die Arbeiter endet mit den Worten: Italienische Proletarier! Tretet in den sozialistischen Kreisen dafür ein, daß niemand zum Kriege seine Zustimmung gibt!

Nieder mit dem Krieg! Hoch der Sozialismus!

Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Partei.

Basel, 19. Mai. Nach einer Meldung der „Basler Nachrichten" aus Mailand beriet in Bologna der Vorstand der sozialistischen Partei mit den Vertretern des allgemeinen Arbeiterbundes und der sozialistischen Parlamentsgruppe über die Haltung, welche die Partei in der Kriegsfrage einzunehmen habe. Es wurde jeder Gedanke an einen Generalstreik fallengelassen und eine Tagesordnung angenommen, worin die unerschütterliche Abneigung des Proletariats gegen die Teilnahme Italiens am Kriege bestätigt und die parlamentarische Gruppe verpflichtet wird, gegen jede Kreditforderung für Kriegszwecke zu stimmen. Alle Organisationen werden zur Abhaltung von neutralistischen Kundgebungen aufgefordert.

Weitere Neutralitätskundgebungen.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) Der „Avanti" meldet eine Menge weiterer energischer Neutralitätskundgebungen aus allen Gegenden Italiens. An zahlreichen Orten seien sogar Soldaten und Reservisten über die Kriegsschreier hergefallen und hätten sie niedergeschlagen. Die Reservisten eines nach Mailand gehenden Militärzuges, etwa tausend Mann, riefen gestern stürmisch: „Nieder der Krieg, hoch die Revolution!" In Turin dürfen seit gestern auf Befehl des Militärkommandanten nur außerhalb der Stadt Demonstrationen veranstaltet werden.

Weitere Zusammenstöße und Demonstrationen werden berichtet aus Cuneo, Vicevano, Pavia, Pieve di Teco, Novi, Monteleone, Calabro, Rio Marina usw. In Civitavecchia wurde eine Anzahl Interventionisten von Soldaten mit Stöcken geschlagen.

Meuternde Reservisten.

Chiasso, 20. Mai. (Privattelegramm.) In Verona, Bergamo und Monza ist es zu schweren Ausschreitungen eingerückter Reservisten gekommen.

In Monza schlossen sich die Reservisten dem Arbeiterumzug an und durchzogen mit Schmährufen gegen die Regierung das Bahnhofsviertel.

In Bergamo kam es zu einer Meuterei von über 600 Reservisten, die gegen den Kriegdemonstrierten und sich weigerten, in die Kaserne einzurücken. Die Ruhe war bei Abgang des Berichtes noch nicht wiederhergestellt.

Zusammenstöße zwischen Kriegshetzern und Neutralisten.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) Unter dem Titel „Enthusiasmus des Landes für den Krieg" bringt „Avanti" eine volle Seite von Nachrichten, die das Gegenteil beweisen.

So wurden in Kuneo während eines Konzertes Studenten, die „Abasso Giolitti" riefen, von den anwesenden Soldaten verprügelt. Aehnlich erging es den Studenten von Novi, welche bei der Abfahrt von Soldaten eine interventionistische Kundgebung veranstalten wollten. Mit den Rufen: „Abasso la guerra!" jagten die Soldaten die Studenten in die Flucht.

Auch in Pavia, in Bassano, Veneto und Civitavecchia kam es

Die Lösung der italienischen Frage.

zu Schlägereien zwischen Soldaten und Kriegsfreunden. Aus vielen Orten kommen briefliche Mitteilungen, da die Zensur die telephonische und telegraphische Berichterstattung unmöglich macht. „Mit aller Kraft arbeitet die Polizei für die Regierung," sagt der „Avanti", „um die Stimme des Volkes zu unterdrücken und die sogenannte „nationale Einigkeit" nicht zu stören." So wurden in mehreren Orten Leute verhaftet, denen nichts nachzusagen ist, als daß sie kriegsfeindlich gesinnt sind.

Straßenkämpfe in Turin.

Salven gegen das Volkshaus.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) Der „Avanti" erfährt erst heute aus Turin von außergewöhnlich schwerwiegenden Ereignissen, die sich vorgestern ereigneten. Die Verspätung erklärt sich damit, daß gestern über diese Vorfälle weder telephoniert noch telegraphiert werden durfte, weil die Behörden trachten, die furchtbaren Szenen so viel als möglich zu verschweigen.

Gegen 2 Uhr nachmittags wollten streikende Arbeiter eine Versammlung abhalten und begaben sich durch die Hauptstraßen Turins zu dem Volkshaus genannten Arbeiterheim. Anfänglich schien es, als ob die Polizei alles gestatten würde, um die herrschende Erregung nicht zu steigern. Später scheinen aber von der Präfektur Gegenorders gegeben worden zu sein, und die Versammlung wurde nicht gestattet. Der Corso Sicardi war auf einmal von Truppen erfüllt, wodurch ein Teil der Arbeitermassen abgeschnitten wurde. Um 6 Uhr abends wurde das große Volkshaus von Kavallerie umzingelt, und die Arbeiter konnten weder aus noch ein. Das Arbeiterhaus erschien förmlich belagert.

Plötzlich tauchten einige erregte Arbeitergruppen hinter der Kavallerie auf und wollten mit Gewalt das Volkshaus erreichen. Die im Innern des Hauses befindlichen Arbeiter öffneten die Fenster, um den Genossen zu Hilfe zu kommen, und in diesem Augenblick gaben die Soldaten Feuer. Es wurden zirka 400 Gewehrschüsse abgegeben.

Ein Militärdepot in Brand gesteckt.

In der Stadt verbreitete sich sofort die Nachricht von den Straßenkämpfen vor dem Volkshause. Im Nu war als Antwort darauf auf dem Corso Brescia ein großes Militärdepot in Brand gesteckt. Die Feuerwehr konnte nur die Nebenhäuser retten.

Ueber Turin wurde eine Art Kriegszustand verhängt. Die Zensur verschleiert diese Maßregel und gibt nur zu, daß die Stadt unter die Aufsicht der Militärbehörde gestellt wurde.

Ein großes Kontingent der Demonstranten stellten einberufene Reservisten. Man hat sie gestern tunlichst aus Turin entfernt.

Der „Avanti" sagt: „Die Militärbehörden erwarten die Rebellion der Turiner Mobilisierten." Wie tief muß die Abneigung gegen den Krieg in diesen Menschen stecken!

Die beiden sozialistischen Abgeordneten, die verhaftet worden waren, wurden wieder frei gelassen, das Volksheim ist jedoch von Truppen besetzt.

Verhaftung der Arbeiterführer.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) In Turin wurden gestern sämtliche Vorstände der Arbeiterorganisationen verhaftet.

Der „Avanti" über die Turiner Vorfälle.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) Der „Avanti" schreibt: Die königlichen Truppen haben die Arbeiter Turins als einen inneren Feind behandelt. Somit ist die „nationale Einigkeit" und die „patriotische Eintracht" in Italien eine alberne Phrase. Das Vorgehen gegen die „Feinde in Turin" ist ein Anfangserfolg, der Gutes und Böses gleichzeitig verspricht hinsichtlich der erbitterten Kämpfe, die nach drei Fronten auszufechten sein werden. Daß die Kriegsbegeisterung in Italien noch keineswegs einhellig ist, geht am besten aus den zahlreichen Berichten über Zusammenstöße zwischen Soldaten und Interventionisten in den verschiedensten Städten hervor.

* * *

Einführung der Briefzensur.

Chiasso, 20. Mai. (Privattelegramm.) Schon am 17. d. wurden für sämtliche Brief- und Postsendungen aus Italien militärische Ueberwachungsstellen bei den italienischen Grenzübergabestellen eingerichtet. Die italienische Post hat die Beförderung verschlossener Briefe von und nach dem Ausland am gleichen Tage eingestellt.

Einstellung des Schiffsverkehrs.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) Seit dem 16. d. verläßt kein Schiff der italienischen Handelsflotte mehr die italienischen Häfen. Die italienischen Reedereien haben den Fracht- und Personenverkehr aus den italienischen Häfen auf Befehl der Regierung eingestellt.

Genua wurde erneut für die neutrale Handelsschiffahrt gesperrt.

Neues Wiener Tagblatt
21./V. 1915

VI.
50

Die Sitzung der italienischen Kammer.

Amnestie für politische Verbrecher.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) Ein königliches Dekret veröffentlicht eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen.

Ausweisung der Kroaten und Serben aus Italien.

Kopenhagen, 20. Mai. Der Korrespondent der „Birshewija Wjedomosti" meldet aus Nisch unterm 7. d.: Heute ist hier die Nachricht eingegangen, daß alle Serben und Kroaten, die seit Beginn des Krieges in Italien gewohnt haben, von dort vertrieben worden sind. Unter ihnen befindet sich der bekannte serbisch-dalmatinische Bildhauer Meschtrowitsch.

* * *

Erregung über Italien in Griechenland.

Berlin, 20. Mai. (Privattelegramm.) Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Athen: Hier herrscht starke Erregung über das Vorgehen Italiens, das als gegen die griechischen Interessen auf dem Balkan gerichtet bezeichnet wird.

* * *

Der Vertrag mit der Tripelentente.

Lugano, 20. Mai. (Privattelegramm.) In der letzten Unterredung, die Viviani mit Tittoni hatte, fragte der erstere, ob die italienische Regierung ihre Entscheidung noch lange hinausziehen werde. Tittoni antwortete: Italien hat nur ein Wort. Der neue Vertrag verpflichtet uns, innerhalb eines gewissen Zeitraumes zu marschieren, und diese Verpflichtung wird getreu eingehalten werden.

„Secolo" kommentiert diese Worte folgendermaßen: „Italien hat sich verpflichtet, innerhalb eines Monats nach Abschluß des Vertrages zu marschieren. Sollte Italien aber während dieser Zeit ruhig bleiben, würde der Vertrag nach Ablauf der Frist von selbst ungültig werden.

Die Forderungen Italiens.

(Aus einem Teil der Auflage unsres gestrigen Abendblattes wiederholt.)

Berlin, 20. Mai. Einer Kopenhagener Depesche der „B. Z. am Mittag" zufolge teilte der frühere Finanzminister Luzzatti dem römischen Korrespondenten der „Nationaltidende" folgende Forderungen Italiens an Oesterreich-Ungarn mit:

Sofortige Besetzung von ganz Trentino und Istrien einschließlich Triest, Pola und Fiume sowie mehreren Adria-Inseln, Abtretung der Marinestationen an der dalmatinischen Küste, Verzicht auf jede direkte oder indirekte Einmischung in die Angelegenheiten Serbiens, Verzicht auf eine gegen Italiens Interessen gerichtete Balkanpolitik, Freiheit für Italien, seine Interessen im östlichen Mittelmeer gegen die Türkei gemeinsam mit den Dardanellenmächten wahrzunehmen, schließlich Handlungsfreiheit für den kommenden Friedenskongreß, wo Italien sich vorbehält, die Sache Serbiens und Belgiens zu unterstützen.

Die Antwort aus Deutschland.

Berlin, 19. Mai. Die gesamte Presse hält den Krieg mit Italien für unvermeidlich.

Bezüglich der von Luzzatti mitgeteilten Forderungen Italiens sagt das „Berliner Tageblatt": In Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist die Ansicht allgemein, daß man von österreichisch-ungarischer Seite in den Zugeständnissen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist und daß es darüber hinaus weitere Möglichkeiten nicht mehr gibt.

Die „Tägliche Rundschau" führt aus: Staunte man gestern über das weite Maß der österreichisch-ungarischen Zugeständnisse, so wird man noch höher und tiefer erstaunt sein über die beispiellose Verstiegenheit der italienischen Forderungen. Stehen die Dinge wirklich so, dann möge Italien, gemästet im Dreibund, zusehen, was es gegen ihn vermag, es möge zusehen, ob d'Annunzios stilisierte Feurigkeit, die hinreichte, die römischen Gassen zu erregen, auch hinreicht, auch nur einen einzigen deutschen, österreichischen oder ungarischen Landwehrmann zu erschüttern.

Der italienische Botschafter im Auswärtigen Amt.

Der italienische Botschafter Herzog von Avarna erschien gestern um 6 Uhr abends im Ministerium des Aeußern, wo er eine kurze Unterredung mit dem Sektionschef Grafen Forgach hatte.

Neues Wiener Tagblatt
21./V. 1915

33 Jahre Dreibund.

Gestern waren es auf den Tag 33 Jahre, daß hier in Wien drei identische Protokolle durch den Minister des Aeußeren Grafen Kalnoky und die Botschafter Prinz Reuß für Deutschland und Graf Robilant für Italien über den Abschluß des Dreibundes ausgetauscht wurden. Dem für sechs Jahre gültigen Vertragsabschluß waren langwierige Verhandlungen in Wien, Rom und Berlin vorangegangen. Der Inhalt des Vertrages ist bis heute ein sorgsam gehütetes Geheimnis der drei Staatskanzleien geblieben, doch herrschte in Oesterreich-Ungarn und Deutschland stets die Auffassung vor, daß das Bündnis nur rein defensive Ziele hatte, keine Offensive schützt und den Bündnisfall nur als gegeben erachtete, wenn eine der drei verbündeten Mächte angegriffen werden sollte.

1887 erfolgte die erste Erneuerung des Vertrages, die sich in den späteren Terminen dann stets glatt wiederholte. Der Ablauf des jüngsten Vertrages war für den 8. Juni 1914 vorgesehen, doch veranlaßten die politischen Wirren, die in den Ereignissen des Jahres 1912 gipfelten, die drei Mächte, u. „vor aller Welt ihre enge Geschlossenheit zu erweisen", die Verlängerung schon im Dezember 1912, also anderthalb Jahre vor dem Ablauf, und zwar ohne jede Abänderung vorzunehmen, aber unter Einschluß der Bürgschaft für Italiens neuen Besitz in Libyen.

Ein Jahr nach der ersten Verlängerung, 1888, entschlossen sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Veröffentlichung ihres Geheimvertrages; es war das die Zeit, als die fortschreitenden Rüstungen Rußlands in Berlin und Wien als eine Bedrohung angesehen wurden. Die Publikation erfolgte mit Zustimmung Italiens. Der Eindruck der Veröffentlichung war ein gewaltiger und sie hatte die Wirkung, daß der Friede erhalten blieb. Trotz aller Fährlichkeiten erfuhr das Bündnis in der Folge eine stetige Vertiefung, und in Italien war es vor allem Crispi, der mit der Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit zeit seines Lebens für die Erhaltung und Bewahrung des Bündnisses eintrat. Auch sein unmittelbarer Nachfolger Marchese di Rudini hielt an dem Bündnisse fest, und unter dem enthusiastischen Beifall einer überwältigenden Mehrheit verkündete er am 28. Juni 1891 in der römischen Kammer, daß der Dreibund auch in Zukunft bestehen bleiben werde. Fünf Jahre später wiederholte Marchese di Rudini vor Kammer und Senat das Festhalten am Dreibund, der voll und ganz die Interessen Italiens garantiere.

Am 8. Dezember 1912 wurde, wie gesagt, die letzte Erneuerung des Dreibundes publiziert. Die erste parlamentarische Diskussion hierüber fand in der italienischen Kammer statt. In der Sitzung vom 18. Dezember jenes Jahres machte der damalige Minister des Aeußern, der vor einigen Monaten verstorbene Marchese di San Giuliano, der Kammer hievon offizielle Mitteilung. Er nannte in dieser seiner Rede den Dreibund eine Bürgschaft des Friedens für ganz Europa und eine Bürgschaft der Sicherheit für die drei Mächte, die den Bund bildeten. Das Bündnis garantiere, so sagte er, alle Interessen Italiens; es habe kein Grund bestanden, es abzuändern, und es habe auch keine von den drei Mächten irgendeine Abänderung verlangt. Ueber die Laufdauer des neuen Vertrages erfolgte keine amtliche Verlautbarung. In Berlin und Wien wurde offiziös verbreitet, der Vertrag wäre wieder auf sechs Jahre, die „Tribuna" erklärte dagegen, das Bündnis sei für sieben Jahre abgeschlossen worden.

Die Unterzeichnung des letzten Vertrages dürfte am 5. Dezember 1912 erfolgt sein; der Vertrag trug die Unterschriften des Ministers des Aeußern Grafen Berchtold, des deutschen Botschafters v. Tschirschky und des italienischen Botschafters Herzog von Avarna.

In Oesterreich-Ungarn und im Deutschen Reiche hatte man während der ganzen Dauer des Vertrages das redlichste Bestreben, alle aus dem Bündnis entspringenden Verpflichtungen zu erfüllen, und alle offiziellen Kreise sowie die maßgebende öffentliche Meinung waren von aufrichtiger Bundestreue und warmen freundschaftlichen Gefühlen für Italien beseelt. In den gesetzgebenden Körperschaften der beiden Kaiserreiche kamen wiederholt durch den Mund der leitenden Staatsmänner und der führenden Politiker diese Gesinnungen zum Ausdruck. In allen Exposés, die unsre Minister des Aeußern in den Delegationen hielten, fand sich stets der Passus von dem Festhalten der Monarchie am Dreibunde und von dem herzlichen Verhältnisse zu Italien vor.

Neues Wiener Tagblatt
21/V. 1915

Englands Drohung und Angebote.

Basel, 20. Mai. Nach einer Privatmeldung des „Basler Anzeiger" aus Chiasso erklärt Italien seine Haltung mit der Drohung Englands, die Enge von Gibraltar zu schließen, falls Italien nicht mit den Dreiverbandsmächten gehe; falls es sich jedoch anschlösse, sei ihm ein englischer Vorschuß von drei Milliarden Lire und die Garantie für den ungeschmälerten Besitz der Oesterreich-Ungarn abzunehmenden Gebiete angeboten worden, wogegen es sich verpflichten mußte, von seinen Truppen 150,000 Mann an die Dardanellen und 300.000 in die Champagne abzugeben.

Die Zeit
21./V. 1915

Verlauf der Verhandlungen mit Italien.

Eine offiziöse reichsdeutsche Darstellung.

KB Berlin, 21. Mai.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt unter dem Titel „Die Kündigung des Dreibundvertrages" folgenden Artikel:

Artikel 7 des Dreibundvertrages.

Der Dreibundvertrag bestimmte, daß der casus foederis gleichzeitig für die drei Vertragsmächte eintritt, wenn einer oder zwei der Vertragsschließenden ohne direkte Provokation ihrerseits von zwei der drei Großmächte angegriffen und in einen Krieg verwickelt würden. Als nach dem Attentat von Sarajewo Oesterreich-Ungarn gezwungen war, gegen Serbien vorzugehen, um einer dauernden Bedrohung seiner Lebensinteressen durch die großserbischen Umtriebe ein Ende zu bereiten, fiel ihm Rußland in den Arm. Während noch Deutschland auf Anrufen des Zaren bemüht war, zwischen dem Wien und Petersburg drohenden Konflikt friedlich zu schlichten, machte Rußland seine gesamte Militärmacht mobil und entfesselte so den Weltkrieg. Die Provokation lag also auf russischer Seite. Gleichwohl erachtete die italienische Regierung mit der Behauptung, daß Oestereich-Ungarn agressiv gegen Serbien vorgegangen sei und dadurch das Eingreifen Rußlands veranlaßt habe, den casus foederis nicht für gegeben. Auch machte sie geltend, die österreichisch-ungarische Regierung habe sich, in dem sie Italien von dem beabsichtigten Ultimatum an Serbien vorher nicht in Kenntnis gesetzt habe, einer Verletzung des Artikels 7 des Dreibundvertrages zuschulden kommen lassen. Dieser Artikel verpflichtet Oesterreich-Ungarn und Italien zu vorheriger Verständigung und gegenseitigen Kompensationen für den Fall, als sich eine der beiden Mächte genötigt sehe, den status quo auf dem Balkan durch eine zeitweilige oder dauernde Okkupation zu ändern.

Die erste Zusage Oesterreichs.

Die Berufung auf Artikel 7 wäre begründet gewesen, wenn Oesterreich-Ungarn auf einen Machtzuwachs auf dem Balkan ausgegangen wäre. Wien hatte jedoch schon vor dem Kriegsausbruch in Petersburg und auch in Rom erklärt, daß Oesterreich-Ungarn keine Gebietserwerbungen auf Kosten Serbiens erstrebe. Beide in Krieg stehenden Zentralmächte wären daher berechtigt gewesen, die Einwände Italiens gegen seine Bündnispflicht nicht anzuerkennen. In loyalem Verständnis für die nicht leichte innere und äußere Lage Italiens zogen sie jedoch vor, die einseitige Auslegung des Dreibundvertrages hinzunehmen und sich mit der Erklärung wohlwollender Neutralität, zu der der Vertrag unzweifelhaft verpflichtete, zu begnügen. Obgleich der Artikel 7 auf Kompensationen nur für den Fall eines Machtzuwachses am Balkan abzielt, erklärte sich doch die österreichisch-ungarische Regierung wegen der mit Ausbruch des Krieges eingetretenen Möglichkeit einer Machtverschiebung grundsätzlich bereit, eventuelle Kompensationen ins Auge zu fassen.

Beginn der italienischen Rüstungen.

Mehr und mehr stellte sich jedoch im weiteren Verlaufe nach dem Tode des Ministers Marquis di San Giuliano heraus, daß in Italien starke Kräfte am Werke waren, um für die Bewahrung der Neutralität noch einen besonderen Vorteil von der Donaumonarchie herauszuschlagen. Die italienische Regierung fing an zu rüsten, und mit den Rüstungen stiegen die Forderungen der Irredentisten, Republikaner, Freimaurer und sonstigen Franzosenfreunde. Bald handelte es sich nicht mehr um die Forderung des Trentino, sondern um den Erwerb noch anderer alter österreichischer Erblande an den südlichen Grenzen der Monarchie als Preis dafür, daß Italien dem in heißen Kämpfen fechtenden Bundesgenossen nicht in den Rücken falle.

Eingreifen Deutschlands.

In dem natürlichen Bestreben, Italien vom Kriege fernzuhalten und die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien auf eine neue freundschaftliche Grundlage zu stellen, hat die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen, um eine Einigung zwischen Oesterreich-Ungarn und seinem italienischen Bundesgenossen herbeizuführen.

Die italienischen Forderungen vom 11. April.

Die Verhandlungen kamen langsam in Gang. Erschwert wurden sie von vornherein durch das Verlangen der italienischen Regierung, daß die zu vereinbarende Gebietsabtretung sofort in Kraft gesetzt werden müßte. Um den in diesem Verlangen liegenden Argwohn zu zerstreuen, wurde am 19. März 1915 die Garantie der deutschen Regierung für die Durchführung der Vereinbarungen unmittelbar nach dem Kriege zugesagt. Auf das erste bestimmte Angebot Oesterreich-Ungarns von Ende März 1915, das bereits die Abtretung der italienischen Sprachgebiete in Südtirol in Aussicht stellte, ging die italienische Regierung nicht ein, sondern gab ihre eigenen Forderungen erst am 11. April der österreichisch-ungarischen Regierung wie folgt bekannt:

Absolute Preisgabe des Trentino auf Grund der im Jahre 1811 festgesetzten Grenzen, das heißt mit Einschluß des weit außerhalb des italienischen Sprachgebietes liegenden urdeutschen Bozen.

Grenzberichtigung zugunsten Italiens am Isonzo mit Einschluß von Görz und Gradiska und Monfalcone.

Verlauf der Verhandlungen mit Italien.

Umwandlung Triests mit seinem bis an die Isonzogrenze vorgeschobenen Hinterland nebst Capodistria und Pirano in einen unabhängigen Freistaat.

Abtretung der Curzolari-Inselgruppe mit Lissa, Lesina, Curzola, Lagosta, Brazza und Meleda.

Alle diese Abtretungen sollten sofort vollzogen und die aus den abgetretenen Landesteilen stammenden Angehörigen der Armee und Marine sofort entrissen werden.

Ferner beanspruchte Italien volle Souveränität über Valona und Saseno mit dem Hinterland und völliges Desinteressement Oesterreich-Ungarns in Albanien.

Hingegen bot Italien eine Pauschalsumme von 200 Millionen Franken als Ablösung aller Lasten an und übernahm die Verpflichtung, während der ganzen Dauer des Krieges neutral zu bleiben.

Auf die Geltendmachung von weiteren Kompensationsforderungen aus dem Artikel 7 des Dreibundvertrages wollte es für die Dauer des Krieges verzichten und erwartete von Oesterreich-Ungarn den gleichen Verzicht in Bezug auf die italienische Besetzung der Inseln des Dodekanes.

Unerwartete Kündigung des Bündnisses.

Obwohl diese Forderungen über das Maß dessen hinausgingen, was Italien selbst zur Befriedigung seiner nationalen Aspirationen verlangen konnte, brach doch die k. u. k. Regierung die Verhandlungen nicht ab, sondern versuchte weiter mit der italienischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Die deutsche Regierung tat alles, was in ihrer Macht stand, um die italienische Regierung zu einer Ermäßigung ihrer Ansprüche zu bewegen, deren bedingungslose Annahme die berechtigten Interessen und auch die Würde der österreichisch-ungarischen Monarchie schwer verletzt hätte. Während diese Verhandlungen noch schwebten, gab der italienische Botschafter in Wien am 4. d. der österreichischen Regierung unerwartet die Erklärung ab, daß Italien den Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn als durch dessen Vorgehen gegen Serbien im August v. J. gebrochen ansehe. Gleichzeitig erklärte der Botschafter, daß er alle von seiner Regierung bis dahin gemachten Angebote zurückziehe. Diese sogenannte Kündigung des noch bis 1920 laufenden Vertrages ging also bis in die kritischen Julitage vorigen Jahres zurück und stand im Widerspruch nicht nur mit den wohlwollenden und freundschaftlichen Erklärungen des Königs von Italien vom August 1914 und seiner damaligen Regierung, sondern auch mit den inzwischen von der gegenwärtigen italienischen Regierung auf Artikel 7 des Vertrages künstlich aufgebauten Kompensationsansprüchen.

Der letzte Versuch.

Es muß dahingestellt bleiben, ob die maßgebenden Personen des italienischen Kabinetts bei dieser Schwenkung einer inzwischen durch geheime Abreden verstärkten Hinneigung zu den Feinden der mit Italien Verbündeten folgten oder ob sie dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgaben, die sich unter dem fortgesetzten Anfeuern der im fremden Solde stehenden Blätter immer mehr gegen die Zentralmächte erhitzt hatte. Dem Deutschen Reiche gegenüber beschränkte sich die italienische Regierung darauf, die in Wien abgegebene Erklärung in Berlin zur Kenntnis mitzuteilen. Ein letzter Versuch, den Uebertritt des bisherigen Bundesgenossen in das feindliche Lager zu verhindern, wurde am 10. Mai mit den noch beträchtlich erweiterten Zusagen der österreichisch-ungarischen Regierung gemacht, die der Reichskanzler am 18. Mai im Reichstage verlas.

Soweit der geschichtliche Hergang.

Nach dieser sachlichen Darlegung wird kein Grünbuch etwas daran ändern können, daß, wenn die italienische Regierung zu den Waffen gegen den bisherigen Bundesgenossen riefe, sie dies unter Bruch von Treu und Glauben und Machtzuwachs tun würde, der dem italienischen Volke mit allen möglichen Garantien freiwillig und ohne Blutvergießen dargeboten worden war.

Neues Wiener Tagblatt
21-IV-1915

Die Kriegstagung der italienischen Kammer.

Rom, 20. Mai. (Kammer. Schluß. Bericht der Agenzia Stefani.)

Deputierter Turati begründet ausführlich die abweichende Meinung der offiziellen Sozialisten.

Deputierter Colajanni (Republikaner) verzichtet auf das Wort mit dem Ruf: „Es lebe Italien!" (Wiederholter Beifall.)

Deputierter Ciccotti (Sozialist) spricht im Namen der andern Sozialisten und erklärt, als Bürger und als Sozialist glaube er, der Aktion der Regierung kein tatsächliches oder moralisches Hindernis bereiten zu dürfen. (Beifall.) Wir befinden uns vor einem Verteidigungskrieg. Die Sozialisten, in deren Namen ich spreche, hoffen, daß ein erneutes Europa aus diesem Kriege hervorgehen werde und daß man zu der so sehr gewünschten Abrüstung kommen werde. Sie wollen den Fortschritt der Zivilisation von seinen Hindernissen befreien.

Die Diskussion wird geschlossen.

In geheimer Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit 407 gegen 74 Stimmen angenommen.

Kammerpräsident Marcora ergreift das Wort, während die Minister und das Haus sich erheben, und führt aus: In dieser feierlichen historischen Sitzung hat die Kammer den geheiligten Glauben an die Erinnerungen Italiens wiedergefunden. Eilen wir, unsre Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen, in dem festen Glauben, daß Eintracht und Festigkeit sowie die Tapferkeit der Armee und Marine die Einigkeit des Vaterlandes vollenden müssen. Es lebe unser Italien! (Stürmischer Beifall.) Der Präsident widmet dem König begeisterte Worte und schließt mit einem Hoch auf ihn, das von der Kammer mit wiederholtem begeistertem Beifall aufgenommen wird.

Auf Antrag des Ministerpräsidenten Salandra vertagt sich die Kammer auf unbestimmte Zeit.

Nach Schluß der Sitzung wurde d'Annunzio eine große Kundgebung bereitet.

* * *

Neue Freie Presse
21./V. 1915

Debatte im ungarischen Magnatenhause über die Forderungen Italiens.

Anfrage des Grafen Aurel Dessewffy und Antwort des Ministerpräsidenten.

Budapest, 21. Mai.

Im Magnatenhause ergriff heute Graf Aurel Dessewffy das Wort zu folgenden Ausführungen: Indem ich die Schwierigkeiten und die Schwere der gegenwärtigen Tage vollständig empfinde, will ich meinerseits davon absehen, der Regierung nach irgendeiner Richtung hin Schwierigkeiten zu bereiten und nur die Frage aufwerfen, ob die Regierung in der Lage ist, im allgemeinen das Magnatenhaus darüber zu orientieren, ob es wahr und überhaupt denkbar ist, daß einer unserer Bundesgenossen — wenigstens hielten wir ihn bisher für unseren Bundesgenossen — mit solchen Forderungen gegenüber unserer Monarchie aufgetreten ist, die nicht nur die Großmachtstellung der Monarchie, sondern überhaupt ihren zukünftigen Bestand unmöglich gemacht hätten. Ich frage daher nicht, sondern werfe bloß die Frage auf, ob es der Ministerpräsident für wünschenswert hält, sich in dieser Angelegenheit zu äußern.

Antwort des Ministerpräsidenten Grafen Tisza.

Hohes Haus! Die Regierung hat bloß aus den Blättern jene Ereignisse erfahren, die sich gestern in der italienischen Kammer zugetragen haben. Von der italienischen Regierung aber hat sie von deren neuerlicher Betrauung angefangen bis in die jüngsten Stunden keinerlei Mitteilung erhalten.

Unter solchen Umständen wünsche ich mich jeder Meinungsäußerung zu enthalten und ersuche das Magnatenhaus, sich gleichfalls auf diesen Standpunkt zu stellen. Ich glaube, wir müssen ruhig das Vorgehen abwarten, welches die italienische Regierung frei und spontan ohne irgendeine Beeinflussung von unserer Seite beobachten wird, um dann demgemäß unserseits das Entsprechende zu tun und zu handeln. (Allgemeine Zustimmung.)

Vossische Zeitung
21. V. 1915

Die Lösung des Dreibundes.

Drahtbericht.

Rom, 20. Mai.

Das heute in der Kammer vorgelegte Grünbuch enthält als letztes Aktenstück die folgende Note des Ministers des Auswärtigen Sonnino an den italienischen Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, vom 3. Mai:

Ich bitte Sie, dem Minister des Auswärtigen, Baron Burian, folgende Mitteilung zu machen, von welcher Sie ihm eine Abschrift hinterlassen werden: Das Bündnis zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn hat sich von Anfang an als ein Element der Bürgschaft für den Frieden bewährt und hatte zuerst das Hauptziel gemeinsamer Verteidigung. Angesichts weiterer Ereignisse und der neuen Lage, die sich aus ihnen ergab, mußten die Regierungen der beiden Länder sich ein anderes nicht minder wichtiges Ziel stecken, und richteten im Lauf der aufeinanderfolgenden Erneuerungen des Vertrages ihre Aufmerksamkeit darauf, die Kontinuität ihres Bündnisses zu erhalten, indem sie den Grundsatz vorgängiger Vereinbarungen bezüglich der Balkanverhältnisse festlegten, in der Absicht, die auseinandergehenden Interessen und Bestrebungen der beiden Mächte miteinander in Einklang zu bringen.

Es ist einleuchtend, daß diese Abmachungen, wenn loyal beobachtet, genügt hätten, eine haltbare Grundlage für eine gemeinsame fruchtbare Aktion darzubieten. Im Gegensatz hierzu stellte Oesterreich-Ungarn im Laufe des Sommers 1914, ohne irgendein Einverständnis mit Italien zu treffen, ja, ohne ihm die geringste Benachrichtigung zugehen zu lassen, und ohne sich irgendwie durch die Ratschläge zur Mäßigung beeinflussen zu lassen, welche ihm durch die Königliche Regierung gegeben worden waren, am 23. Juni Serbien das Ultimatum, welches die Ursache und der Ausgangspunkt des augenblicklichen Kriegsbrandes in Europa wurde. Indem Oesterreich-Ungarn die Verpflichtungen, welche sich aus dem Vertrag ergaben, vernachlässigt, brachte es den status quo auf der Balkanhalbinsel von Grund aus in Verwirrung und schuf eine Lage, von welcher es allein Nutzen haben mußte, zum Schaden der allerwichtigsten Interessen, welche sein Verbündeter so oft (als die seinen) bestätigt und proklamiert hatte. Eine so

flagrante Verletzung des Buchstabens und des Geistes des Vertrages

rechtfertigte nicht nur die Weigerung Italiens, sich in dem ohne Einholung seiner Meinung hervorgerufenen Kriege an die Seite seiner Verbündeten zu stellen, sondern sie nahm sogar dem Bündnis mit demselben Schlage seinen wesentlichen Inhalt und sein Daseinsrecht. Sogar das Abkommen über eine wohlwollende Neutralität, welches durch den Vertrag vorgesehen war, fand sich durch diese Verletzung beeinträchtigt. Tatsächlich kommen Ueberlegung und Gefühl darin überein, die Aufrechterhaltung einer wohlwollenden Neutralität auszuschließen, wenn einer der Verbündeten zu den Waffen greift zur Verwirklichung eines Programms, welches den Lebensinteressen des anderen Verbündeten strikt zuwiderläuft, und zwar den Interssen, deren Wahrung der Hauptgrund gerade dieses Bündnisses bildete. Nichtdestoweniger hat Italien sich mehrere Monate hindurch bemüht, eine Lage zu schaffen, welche der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten günstig wäre, welche die wesentliche Grundlage jedes Zusammenwirkens im Bereich der großen Politik bilden. In dieser Absich und in dieser Hoffnung erklärte die italienische Regierung sich bereit, auf ein Arrangement einzugehen, welches die Befriedigung der legitimen nationalen Ansprüche Italiens in billigem Ausmaß zur Grundlage hätte, und welches zugleich dazu gedient hätte, die vorhandene Ungleichheit in der gegenseitigen Lage der beiden Staaten im Adriatischen Meere zu beseitigen. Diese Verhandlungen führten jedoch zu keinem in Betracht kommenden Ergebnis. Alle Bemühungen der Königlichen Regierung stießen auf den Widerstand der Kaiserlichen und Königlichen Regierung, welche sich nach mehreren Monaten nur zur Anerkennung besonderer italienischer Interessen in Valona und zum Versprechen einer nicht genügenden Gebietseinräumung im Trentino entschlossen hat, einer Konzession, welche durchaus keine normale Regelung der Lage enthält, weder vom ethnischen noch vom politischen oder militärischen Standpunkte aus. Außerdem sollte diese Konzession erst in einem unbestimmten Zeitpunkt, nämlich erst am Ende des Krieges, verwirklicht werden. Bei diesem Stande der Sache muß die italienische Regierung auf die Hoffnung verzichten, zu einem Einverständnis zu kommen, und sieht sich gezwungen, alle Vorschläge zu einem Uebeinkommen zurückzuziehen. Es ist ebenso unnütz, den

äußeren Anschein eines Bündnisses aufrechtzuerhalten,

welches nur die Bestimmung haben würde, das tatsächliche Bestehen eines beständigen Mißtrauens und täglicher Meinungsverschiedenheiten zu verschleiern. Aus diesem Grunde versichert und erklärt Italien im Vertrauen auf sein gutes Recht, daß es von diesem Augenblicke an sich die volle Freiheit seiner Handlungen wieder nimmt und seinen Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn für annulliert und künftig wirkungslos erklärt.

Der Botschafter, Herzog von Avarna, machte dem Baron Burian diese Mitteilung am 4. Mai.

Neues Wiener Tagblatt
22./V. 1915

die Kündigung des Bündnisses unternommen.

Nichtsdestoweniger ist die k. u. k. Regierung immer bereit gewesen, über diesen Gegenstand eine Konversation zu beginnen.

Als die königlich italienische Regierung, indem sie auch jetzt noch ihren Wunsch nach Aufrechterhaltung und Befestigung unsres Bündnisses wiederholte, gewisse Forderungen vorbrachte, welche unter dem Titel einer Entschädigung die Abtretung integrierender Bestandteile der Monarchie an Italien betrafen . . ., hat denn auch die k. u. k. Regierung, die auf die Erhaltung bester Beziehungen zu Italien den größten Wert legte, selbst diese Verhandlungsgrundlage angenommen, obwohl nach ihrer Meinung der in Rede stehende Artikel VII niemals auf Gebiete der zwei vertragsschließenden Teile, sondern einzig und allein auf die Balkanhalbinsel Bezug hatte.

In den Verhandlungen, die über diesen Gegenstand gepflogen wurden, zeigte sich die k. u. k. Regierung stets von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Verständigung mit Italien zu gelangen; und wenn es ihr aus ethnischen, politischen und militärischen Gründen, die in Rom ausführlich auseinandergesetzt worden sind, unmöglich war, allen Forderungen der königlichen Regierung nachzugeben, so sind doch die Opfer, die die k. u. k. Regierung zu bringen bereit war, so bedeutend, daß sie nur der Wunsch, ein seit so vielen Jahren zum gemeinsamen Vorteil unsrer beiden Länder bestehendes Bündnis aufrechtzuerhalten, zu rechtfertigen vermag.

Die königliche Regierung bemängelt es, daß die von Oesterreich-Ungarn angebotenen Zugeständnisse erst in einem unbestimmten Zeitpunkte, das heißt erst am Ende des Krieges, verwirklicht werden sollten, und sie scheint daraus zu folgern, daß diese Zugeständnisse dadurch ihren ganzen Wert verlieren würden.

Indem die k. u. k. Regierung die materielle Unmöglichkeit einer sofortigen Uebergabe der abgetretenen Gebiete hervorhob, zeigte sie sich dennoch bereit, alle nötigen Garantien zu bieten, um diese Uebergabe vorzubereiten und sie schon jetzt für eine wenig entfernte Frist zu sichern.

Der offenkundige gute Wille und der versöhnliche Sinn, den die k. u. k. Regierung im Laufe der Verhandlungen bewiesen hat, scheinen die Meinung der italienischen Regierung, man müsse auf jede Hoffnung verzichten, zu einem Einvernehmen zu gelangen, in keiner Weise zu rechtfertigen.

Ein solches Einvernehmen kann jedoch nur erreicht werden, wenn auf beiden Seiten derselbe aufrichtige Wunsch nach Verständigung herrscht.

Die k. u. k. Regierung vermag die Erklärung der italienischen Regierung, ihre volle Handlungsfreiheit wiedererlangen zu wollen und ihren Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn als nichtig und fortan wirkungslos zu betrachten, nicht zur Kenntnis zu nehmen, da eine solche Erklärung der königlichen Regierung in entschiedenem Widerspruch zu den feierlich eingegangenen Verpflichtungen steht, welche Italien in dem Vertrage vom 5. Dezember 1912 auf sich genommen hat, der die Dauer unsrer Allianz bis zum 8. Juli 1920 festsetzte, seine Kündigung nur ein Jahr vorher gestattete und keine Kündigung oder Nichtigkeitserklärung vor diesem Zeitpunkt vorsah.

Da sich die königlich italienische Regierung aller ihrer Verpflichtungen in willkürlicher Weise entledigt hat, lehnt die k. u. k. Regierung die Verantwortlichkeit für alle Folgen ab, die sich aus dieser Vorgangsweise ergeben könnten.

Wien, am 21. Mai 1915.

Die Beratung im Senat.

Rom, 21. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der Senat hat den Gesetzentwurf, womit der Regierung für den Fall des Krieges außerordentliche Vollmachten erteilt werden, in geheimer Abstimmung mit 262 gegen 2 Stimmen angenommen und sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Ministerpräsident Salandra unterbreitet den von der Kammer bereits angenommenen Gesetzentwurf, womit der Regierung für den Fall des Krieges außerordentliche Vollmachten erteilt werden, bittet um Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Gesetzentwurf und ersucht den Präsidenten, eine Kommission zu bestellen, die sofort ihren Bericht erstatten könnte.

Die Dringlichkeit wird unter Beifallskundgebungen einstimmig zuerkannt.

Präsident Manfredi beruft folgende Mitglieder des Senats in die Kommission: Cavalli, Morra di Lavriano, Salmoiraghi, Giusso, Petrella, Scialoja, Canevaro, Fürst Prospero Colonna, Del Lungo und Inghilleri.

Die Sitzung wird auf eine Stunde unterbrochen. Die Kommission tritt sofort im Saale der vierten Abteilung zusammen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Berichterstatter Fürst Colonna, der Bürgermeister von Rom, man habe ihn zum Berichterstatter bestellt, damit im Senat das Echo der Stimme Roms vernommen werde, der großen Mutter, des leuchtenden Zieles unserer nationalen Epopöe, der Wiedererweckerin von Größe und Ruhm, der Erregerin von heiligem Heroismus und größter Kühnheit. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Nach Rom, sagt Redner, strebt die ganze Glut des italienischen Patriotismus, von Rom erstrahlt das Licht, das in Jahrhunderten die Welt erleuchtet. Derselbe Schmerzensschrei, der sich im Jahre 1859 aus ganz Italien zum großen Herzen Viktor Emanuels erhob, erhebt sich jetzt zum Herzen des Königs und des Volkes. König, Parlament und Volk, einmütig und voll Vertrauen diesen Schrei aufnehmend, vertrauen heute von dem unsterblichen Rom aus in einem gerechten Krieg das Schicksal des Vaterlandes dem Heere und der Flotte an. (Stürmischer Beifall. Rufe: Es lebe die Armee! Es lebe die Marine! Es lebe Italien!)

Redner fährt fort: Die Kommission schlägt einhellig vor, den Entwurf anzunehmen, drückt der Armee und der Marine das Gefühl des sicheren Vertrauens auf ihren heiligen Heldenmut und die unbeugsame Tugend der Opferwilligkeit und der patriotischen Begeisterung und entbietet ihren ehrerbietigen ergebenen Gruß dem erhabenen Herrscher (sämtliche Senatoren und Minister erheben sich von den Sitzen und brechen in langanhaltenden Beifall aus unter den Rufen: Es lebe der König! Es lebe Savoyen! Es lebe Italien!) sowie den würdigen Prinzen von Savoyen (Beifall), in der festen Zuversicht, daß die italienische Fahne siegreich über unseren Alpen und dem Meere flattern wird. Ich fordere Sie auf, den Entwurf anzunehmen und rufe: Es lebe Italien! Es lebe der König!

Sämtliche Senatoren und Minister erheben sich von den Sitzen, brechen in langanhaltenden Beifall aus und rufen: Es lebe Italien! Es lebe der König! Es lebe die Armee! Die Galerien stimmen in den Beifall ein. Es ertönen Rufe: Maueranschlag!

Cadolini und Mazza schließen sich den Ausführungen des Vorredners an.

Canevaro und Genossen bringen folgende Tagesordnung ein: Nach Anhörung der Erklärungen der Regierung, worin der Wille der Nation so laut betont wird, geht der Senat zur Abstimmung über den Entwurf über.

Ministerpräsident Salandra erklärt, diese Tagesordnung mit Begeisterung anzunehmen.

Die Tagesordnung wird sodann unter Ovationen in namentlicher Abstimmung mit sämtlichen 281 Stimmen der anwesenden Senatoren angenommen.

Das Haus beschließt, die Rede des Fürsten Colonna durch Maueranschlag zu publizieren.

Hierauf wird der Gesetzentwurf in geheimer Abstimmung mit 262 gegen 2 Stimmen angenommen.

Die Verkündigung des Abstimmungsergebnisses wird mit lebhaften Akklamationen aufgenommen.

Präsident Manfredi ruft die glücklichen Geschicke des Vaterlandes an und sagt: Italien kennt die Schande, die es gutmachen muß, es hört den Schrei der nicht-erlösten Länder und sieht, auf welcher Seite für Zivilisation und Recht gekämpft wird. Der Präsident gibt dem Wunsche Ausdruck, der Senat möge sich vereinen, um den Sieg zu verherrlichen, und schließt mit den Rufen: Es lebe Italien, es lebe der König!

Sämtliche Senatoren und Minister, die die Rede des Präsidenten stehend angehört hatten, bringen eine langanhaltende, begeisterte Kundgebung dar unter den Rufen: „Es lebe Italien, es lebe der König!"

Der Senat vertagt sich sodann auf unbestimmte Zeit. Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Mobilisierung in Italien.

Berlin, 21. Mai. **(Tel. d. „Fremden-Blatt".)** Der „Lokalanzeiger" meldet aus Genf: Die Agence Havas veröffentlicht eine römische Depesche, wonach die allgemeine Mobilisierung des italienischen Heeres bereits erfolgt ist.

Fremdenblatt
22./V. 1915

Vor dem Kriege mit Italien.

Die Frage der Kriegserklärung.

Berlin, 22. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Nach dem „Messagero" fand gestern in Rom nach der Senatssitzung ein Ministerrat statt, der angeblich die Form der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn beraten habe.

Aus Chiasso wird gemeldet: Erst jetzt, da die Abstimmung im Senat über die Verleihung diktatorischer Gewalt an die Regierung erfolgt ist, wird das Kabinett Salandra freie Bahn zur Herbeiführung des Kriegszustandes haben.

Das Vollmachtgesetz.

Berlin, 22. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Aus Chiasso wird gemeldet: Das von der Kammer und dem Senat angenommene Gesetz hat folgenden Wortlaut: Die Regierung des Königs hat das Recht, im Kriegsfalle und während der Dauer des Krieges Verfügung mit gesetzlicher Kraft zu treffen, soweit es für die Verteidigung des Staates, des Schutzes der öffentlichen Ordnung und für dringende und außerordentliche Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft erforderlich ist. Der König ist berechtigt, die notwendigen Ausgaben anzuordnen und außerordentliche Anordnungen für die Bedürfnisse des Schatzes zu treffen. Die Regierung des Königs ist ermächtigt, provisorisch bis zum 31. Dezember 1917 die Bilanzen des Finanzjahres 1915/16 des Staatsbudgets nach den Voranschlägen für Einnahmen und Ausgaben sowie die außerordentlichen Mittel zu beschaffen für die etwaigen durch Erhöhung der Ausgaben und Verminderung der Einnahmen entstandenen Ausfälle. Das Gesetz tritt am Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Die Rede Turatis.

Berlin, 22. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt") Aus Lugano wird dem „Berliner Tageblatt" gemeldet: Der Vertreter der offiziellen Sozialdemokraten Turati schloß sich in der Kammersitzung nicht, wie es zuerst irrtümlich hieß, der Regierungspolitik an, sprach vielmehr entschieden gegen diese. In dieser Stunde seien offene ehrliche Worte notwendig. „Die Gegner des Krieges," sagt Turati, „hatten gehofft, die Mehrheit von Parlament und Volk auf ihrer Seite zu haben; aber sie verrechneten sich, denn die öffentliche Meinung wurde mit allen Mitteln aufgehetzt, und ohne nach dem Willen des Volkes zu fragen, betrat das Kabinett den Weg der Intervention." Vom Hause fortwährend unterbrochen, erklärt Turati, daß er und seine Partei gegen den Krieg stimmen werden, denn Italien habe keinerlei Grund, einen Krieg zu wollen. (Lebhafte Protestrufe im ganzen Haus.) Vielmehr wäre es Italiens Pflicht, sich der Besserung der inneren Zustände zuzuwenden. Das wäre die Aufgabe aller wirklichen Patrioten und Freunde der Zivilisation. (Neue stürmische Protestrufe.)

Neues Wiener Tagblatt
22./V. 1915

Ausschreitungen gegen unsre Konsulate in Italien.

Offiziös wird gemeldet: „Laut der Berichte der k. u. k. Vertretungsbehörden in Italien waren dieselben in der letzten Zeit der Gegenstand einer ganzen Reihe von Ausschreitungen seitens der Bevölkerung.

Die markantesten Fälle bis zum 16. Mai sind die folgenden:

Am 13. Mai wurden in Genua die Fenster des Amtslokals des k. u. k. Generalkonsulats von Demonstranten durch Steinwürfe eingeschlagen.

Am 14. Mai wurde in Bari das Amtslokal des k. u. k. Konsulats von Demonstranten durch zehn Minuten mit Steinen beworfen, hiebei nahezu sämtliche Fensterscheiben zertrümmert und auch das Wappenschild mehrfach getroffen.

Am selben Tage wurde in Catania das Wappenschild des k. u. k. Vizekonsulats von Demonstranten mit Tinte beschmutzt.

Ferner wurde in Brindisi an diesem Tag der Gerent des k. u. k. Vizekonsulats anläßlich eines Dienstganges vor dem Circolo Cittadino von einer Gruppe den höheren Ständen angehöriger Personen in der pöbelhaftesten Weise angejohlt.

Endlich wurden am 14. Mai in Molfetta das Amtslokal und das Wappenschild des k. u. k. Vizekonsulats von Demonstranten mit Steinen und Tintenfässern beworfen.

Am 15. Mai wiederholten sich in Molfetta die Stein- und Tintenfässerwürfe gegen das Amtslokal und das Wappenschild des k. u. k. Vizekonsulats. Bei diesem Anlaß wurden ferner von Demonstranten das Wappenschild und die Fahnenstange mittels einer Leiter heruntergeholt, durch eine italienische Flagge ersetzt, das österreichisch-ungarische Wappenschild im Triumph durch die Straßen der Stadt getragen und schließlich in das Meer geworfen.

Am 15. Mai wurden in Brindisi gegen das Wappenschild des k. u. k. Vizekonsulats Tintenfässer geschleudert und eine Fensterscheibe des Amtslokals zertrümmert.

Am 16. Mai wurde in Ancona anläßlich einer Demonstration ein Stein gegen das Wappenschild des k. u. k. Konsulats geworfen.

Wir konstatieren diese Tatsachen, welche eines Kommentars wohl nicht bedürfen.

Frankfurter Zeitung
22.V.1915

Rumänien und der Krieg.

Die hier eingetroffenen rumänischen Zeitungen lassen erkennen, mit welchen Mitteln die Diplomatie der Tripel-Entente arbeitet, um auch Rumänien zu ihren Gunsten in den Krieg zu ziehen. So schreibt die „Seara" vom 12. Mai, daß, während die Oesterreicher und Deutschen auf den Schlachtfeldern entscheidende Siege auf beiden Fronten erringen und eine neue Karte Europas zeichnen, sich der Dreiverband damit begnüge, auf die Neutralen Sturm zu laufen, damit ihm diese den Sieg geben, den er durch seine eigenen Kräfte nicht mehr zu erringen erhofft. Seit sechs Monaten kündigten die Verbündeten fortwährend den Beginn der allgemeinen Offensive für den Anfang des Frühjahres an und obwohl wir Mitte Mai neuen Stiles seien, führten doch überall die Deutschen den Angriff. Da sie nun nicht durch ihr Militär siegen können, so versuchten die Mächte des Dreiverbandes durch ihre Diplomatie zu siegen. Alle Neutralen wurden durch Angebote und Drohungen aufgefordert, sich in den Krieg zu stürzen, um die russische Zivilisation gegen die teutonische Barbarei zu verteidigen. Wenn aber Rumänien in den Krieg eingreife, so werde es wahrscheinlich geschehen müssen, um Bessarabien zu besetzen, das rumänisch gewesen und immer rumänisch geblieben sei, so sehr die Russen sich auch bemüht hätten, das rumänische Element zu zerstören. So das rumänische Blatt. Wir glauben nun zu wissen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Anspruch Rumäniens auf Bessarabien durchaus billiden. Gewiß wird es die Politik der Zentralmächte nur begrüßen, wenn das rumänische Volk durch die Wiedergewinnung dieses ihm gehörigen Gebietes seine Machtstellung erheblich vergrößert. Darüber hinaus wird, wie wir nicht anzweifeln, von Seiten unserer und der mit uns verbündeten Diplomatie alles getan werden, um den rumänischen Strömungen die Berechtigung in den tatsächlichen Verhältnissen nachweise können, Befriedigung zu verschaffen. Es läßt sich sehr wohl ein Weg denken, der, wenn beide Teile mit dem gebotenen Verstande an die Erörterung dieser allerdings schwierigen Fragen herantreten, den Interessen Rumäniens und Oestrreich-Ungarns gerecht wird.

Kölnische Zeitung
22./V. 1915
66 22

Der neue Feind.

∞ **Berlin**, 21. Mai.

Das zahlenmäßige Verhältnis des politischen Aberwitzes zur Vernunft ist für das heutige Italien gestern in der Kammer auf 407 zu 74 festgesetzt worden. Mit einer überwältigenden Mehrheit hat also die Verhetzung und Verblendung der Regierung die Befugnis erteilt, dem englischen und russischen Herrschaftsstreben einen noch nicht schartig gehauenen Säbel zur Verfügung zu stellen und das Volk in den Abgrund eines unermeßlichen wirtschaftlichen und politischen Unglücks zu reißen. Die Geschäftsführer des italienischen Volkes haben jetzt also das Recht, statt ohne jede Anstrengung und Gefahr 50 Prozent zu verdienen, für 65 Prozent den Bestand der Firma aufs Spiel zu setzen. Ehrenhafte Offiziere und Soldaten können nunmehr jeden Tag gezwungen werden, für eine Sache zu fechten, die, wie jetzt alle Welt weiß, unsauber ist. Die wahrhaft Gebildeten, und mit ihnen alle die, welche fleißig und unverdrossen die Arbeit geleistet haben, bei der keine Blumen gestreut und keine Phrasen geschmettert wurden, die aber Italien aus der Armut und wirtschaftlichen Enge herausgebracht hat, müssen jetzt darauf gefaßt sein, daß diese Arbeit — freilich unter Blumenstreuen und Jubelrufen — vernichtet wird. Diejenigen Leute in Italien, die noch die Gewohnheit, in politischen Dingen besonnen zu urteilen, nicht abgelegt haben, sehen jetzt ihr Land vor dem unlösbaren Zwiespalt, daß, wenn die Sache siegt, für die Italien jetzt kämpfen will, es den Preis, für den es Gut und Blut opfern soll, nämlich die dalmatinische Herrschaft, durch die großserbische Bewegung und ihrem Beschützer Rußland bedroht sieht. Jetzt schon wächst in Serbien die Erregung über die italienischen Ansprüche auf Dalmatien, und der Manchester Guardian, den eine Zuschrift auf die Bedeutung der Sache aufmerksam macht, sagt, eine solche Abmachung wäre ein übles Omen, würde die Serben entmutigen, jede Einigung mit Bulgarien ausschließen, Österreich die Sympathien der Südslawen wiedergewinnen und der Entente einen schweren moralischen Schlag versetzen. Hier zeigt sich schon, was auf jeden Fall als schwerer Zwiespalt weiterwirken wird. Italien soll seine Kraft und seine wirtschaftliche Existenz aufs Spiel setzen für etwas, das die, welche es ihm versprochen haben, erstens nicht haben und zweitens nicht ohne Streit unter sich würden hergeben können. Die klarsehenden Italiener — deren es auch heute noch sicher mehr gibt, als das parlamentarische Verhältnis von 407 zu 74 ahnen läßt — können auch mit der schärfsten Brille nichts in der jetzt eingeleiteten Politik sehen, als die Gewißheit ganz furchtbarer Opfer, die Ungewißheit darüber, ob die neuen Freunde je in der Lage sein werden, diese Opfer wettzumachen, und dahinter den ernsten Zweifel, was sie tun werden, wenn es sich herausstellen sollte, daß der italienische Säbel zu schwach ist. Wessen Gehirn nicht trunken ist von den Phrasen d'Annunzios, oder auf wen nicht die klingenden französischen und englischen Beweismittel „überzeugend" gewirkt haben, dem muß das Verhältnis der Gewinnaussichten zu denjenigen schwersten Verlustes bei dem Geschäft der Salandra und Sonnino noch schlechter vorkommen als das der Neutralisten zu den Kriegshetzern gestern in der Kammer.

Aus diesen Erwägungen heraus mischt sich in Deutschland in das Gefühl der Empörung über den vom Kabinett Salandra-Sonnino an der alten Bundesbrüderschaft begangenen Verrat, das Gefühl eines ehrlichen Bedauerns mit dem Volk, das von einem Klüngel, der nicht seinen besten Teil darstellt, in eine Politik hineingerissen ist, die Österreich-Ungarn vernichten soll und die schließlich die Zukunft Italiens ruinieren wird. Aber auch das Ergebnis der gestrigen Kammersitzung [das der Senat inzwischen noch unterstrichen hat] wird mit aller Ruhe aufgenommen. Alle Erregung und alle Leidenschaft ist auf der einen Seite, alle kühle Gefaßtheit auf der andern, gerade wie die eine Seite alles freundschaftliche Entgegenkommen, alles Streben nach Verständigung erwiesen hat, während auf der andern nichts herrschte als ein aus den unsaubersten Quellen gespeistes geradezu verbrecherisches Trachten nach Vergiftung und Vernichtung aller Beziehungen, deren Nutzen man ein Menschenalter lang genossen hatte. Von sachlichem Recht und Unrecht braucht man überhaupt nicht zu reden, man braucht nur das italienische Grünbuch mit den österreichischen Zugeständnissen und den amtlichen deutschen Mitteilungen zu vergleichen. Dem Bedauern und der ruhigen Verachtung für die Schildträger einer Politik wie derjenigen des Kabinetts Salandra gesellt sich in Deutschland aber auch die Überzeugung von der vollkommenen Aussichtslosigkeit des Planes, der ihr zugrundeliegt, und für dessen Ausführung sich jetzt das italienische Volk opfern soll. Der Plan ist die Sicherung dessen, was neun Monate nicht erfüllt sahen: der militärischen Niederbrechung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Woran sich die französischen, russischen und englischen Führer sich bis jetzt die Zähne ausgebissen haben, woran Belgien und Serbien verblutet sind, Frankreich seine beste Kraft vergebens gesetzt hat, Rußland eine Armee um die andere hat zersplittern sehen, England die schwersten Geld- und Menschenverluste erlitten hat, die ihm seine Weltpolitik noch beschert hat, das soll, so hofft man, gelingen, wenn Italien Österreich-Ungarn und Deutschland an einer weitern Kampffront beschäftigt.

Indessen, während der Plan gesponnen wurde, während die Versprechungen und Drohungen des Dreiverbandes die Flammen nährten, bis sie zum Brand wurden, der jetzt in Italien lodert, hat die militärische Entwicklung nicht stillgestanden. Sie ist vorwärtsgegangen, aber nicht für den Dreiverband. Im Gegenteil, sie hat für diesen nicht nur die Aussichten auf den endlichen Erfolg der eigenen Kräfte vernichtet, sondern selbst die Möglichkeiten, daß die italienische Hilfe die Wendung bringen könnte, in wesenlose Träume gewandelt. Im Westen hält die deutsche Front allem Aufgebot an Streitkräften und aller Munitionsverschwendung siegreich stand, selbst unwiderstehlich vorwärtsdrückend, während im Osten Offensive, Frontdurchbruch und Verfolgung die Russen auf der ganzen Front zurückdrängt. Das ist, ganz abgesehen von unserm riesigen Vorrat noch unverbrauchten Truppenmaterials, nicht eine Lage, die das Eingreifen Italiens gefährlich erscheinen läßt. Italiens Stoß aber muß geführt werden gegen sieggewohnte Truppen mit nahezu einjähriger Kriegserfahrung. Die Frische des neuen Feindes ist gleichbedeutend mit seiner Ungewohnheit den furchtbaren seelischen und körperlichen Anforderungen des heutigen Krieges gegenüber, mit dem Mangel an den gerade im heutigen Krieg so wichtigen technischen Erfahrungen. Selbst französische militärische Schriftsteller, wie Oberst Rousset im Petit Parisien, weisen auf diesen Faktor hin mit dem Bemerken, daß eine Umwälzung der augenblicklichen militärischen Lage durch das Eingreifen Italiens ausgeschlossen sei. Das ist eine Überzeugung, die in Deutschland auf Grund sorgfältiger Erwägungen geteilt wird, selbst angenommen, daß d'Annunzio seine deklamatorische Mitwirkung auch auf den Feldzug ausdehnen würde. Der Plan, Italien als Helfer für den Dreiverband anzuwerben, ist aus derselben Not geboren wie der Angriff auf die Dardanellen, und er findet die Mittelmächte so vorbereitet, wie der Dardanellenplan die Türken vorbereitet gefunden hat. Daß der Zeitpunkt für ein italienisches Eingreifen gerade hervorragend günstig wäre, werden sich besonnene Italiener selbst nicht weismachen wollen. Daß Italien innerlich einig in das Abenteuer gehe, kann trotz der eisernen Unterdrückung aller ablehnenden und protestierenden Stimmen nicht behauptet werden. Wie es in Italien aussehen wird, wenn das Geschäft mißglückt, kann jeder denken, der die innern Verhältnisse Italiens kennt. Man hat bunte Blumen gestreut und gerufen „Es lebe der Krieg". Wenn das Abenteuer zu Ende ist, wird man andere Rufe hören und andere Farben sehen.

Frankfurter Zeitung
23./9. 1918

Holland und der Weltkrieg.

I.

Für „Neutralität" haben die Holländer, die lange vor uns ihre Sprache von fremden Bestandteilen zu reinigen bedacht waren, das Wort „onzijdigheid" geprägt Der Ausdruck ist während des Krieges auch in Deutschland eingedrungen, und man sieht in einigen Zeitungen, in den Riesenbuchstaben der Ueberschriften, an die wir uns seit dem August 1914 gewöhnt haben, „die Unseitigen" prangen. Nun ist zwar ein neutrum, ein „keines von beiden", etwas Abscheuliches, das nur in der lateinischen Grammatik und in türkischen Harems geduldet wird. Aber die Uebersetzung ist gleichfalls nicht sehr glücklich; allzu viele Kanten muß der Mensch nicht haben, aber gänzlich ohne Seite sollte er doch nicht sein. Es haftet diesen Ausdrücken etwas Kaltes und Gleichgültiges an; man stellt sich dabei jemand vor, der vor seiner Haustür steht und mit den Talern in der Hosentasche klimpernd zusieht, wie ein Mord geschieht. In Wirklichkeit ist niemand neutral in diesem Sinne, im Gegenteil, die Welt läßt ihren Vorurteilen mit erstaunlicher Unbilligkeit gegen die eine der kriegführenden Parteien die Zügel schießen. Der Unparteiische im Duell hat aber Pflichten, und die Leute, die den Nobelpreis zu vergeben haben, sollten eine Belohnung für den aussetzen, der das farblose Rechtswort „neutral" durch eine kräftige, von positivem Begriff erfüllte Neubildung zu ersetzen weiß. Wer nicht zu kämpfen hat, der soll darum weder gefühllos bleiben noch blöde Scheltreden führen. Er soll, wenn er auch für jetzt ohnmächtig ist, sich selber innerlich in Stand setzen, um später dazu beizutragen. daß es besser werde. Dazu gehört Anspannung und sittlicher Wille.

Die besten Männer Hollands sind sich dieser Verpflichtung bewußt. Man hat bei uns allerlei vernommen, das den Eindruck erweckt, als sei man in diesem Nachbarlande von offenem Hasse gegen Deutschland erfüllt. Das ist keineswegs der Fall. Im öffentlichen Verkehr wird sich der Deutsche selten über Unfreundlichkeiten zu beschweren haben. Ich habe in großen und kleinen Städten viele Menschen angesprochen, immer deutsch. Die meisten gaben in deutscher Sprache willigen Bescheid. Wer das nicht kann, und man trifft wegen der Mobilmachung jetzt manchen eingekleideten Burschen vom Lande, der wird sich dem Fremden in der Landessprache verständlich zu machen suchen, ohne dabei irgend welche Entrüstung über unsere „Rechtsbrüche und Piratereien" zu verraten. Die in Holland lebenden Deutschen mögen freilich bei ihren Bekannten von der gegen uns herrschenden Stimmung mehr verspüren. Aber sobald eine Meinung, auch wenn sie noch so falsch ist, in zivilisierten Formen auftritt, hat man kein Recht sich zu entrüsten oder davor auszureißen, sondern man hat die Pflicht Irrtümer durch besseres Wissen zu widerlegen. Und da die gute Sache auf die Dauer siegen muß, so ist dabei keine Ereiferung vonnöten. Man irrt sich, wenn man durch aufgeregte Propaganda Ausländer überzeugen zu können glaubt. Der Mann, der zuerst auf die Idee kam, seinen Geschäftsbriefen kleine, dazu oft mit jämmerlicher Unkenntnis der fremden Sprache verfaßte Traktätchen zur Belehrung über Deutschlands Ziele beizulegen. hat uns einen schlechten Dienst erwiesen. Holländische Kaufleute beklagen sich über diese Gewohnheit, die sie als aufdringlichen Eingriff in ihre Meinungsfreiheit empfinden; wenn man aber die Leute, die man gewinnen möchte, noch verstimmt, so wird das Uebel schlimmer. Aehnliches gilt von der Presse, die ebenfalls nicht, wenn sie nicht will, durch hitzige „Aufklärungsarbeit" freundlich zu machen ist, obgleich das viele Unberufene jetzt glauben. Die führenden holländischen Blätter stehen auf einer hohen Stufe. Die Information ist reichhaltig, die Artikel ausführlich und gediegen; das Publikum hat noch Zeit und Lust zu lesen. Viel Wohlwollen für Deutschland hat die holländische Presse bisher nicht verraten, aber sie druckt immerhin unparteiisch unsere amtlichen Berichte ebenso wie die der Feinde und bewahrt in der Diskussion im Unterschiede von gewissen anderen Neutralen einen anständigen Ton. Eine Ausnahme bildet ein Amsterdamer Blatt von sehr niedrigem Typus, das unter englischem Einflusse steht und alles deutsche roh beschimpft. Man sollte sich in Deutschland jedoch über dergleichen nicht mehr als nötig ärgern; es geschieht den Leuten nur ein Gefallen, wenn man ihr Gebelfer beachtet. Der vornehmen Presse und den politisch bestimmenden Männern Hollands ist die Existenz jenes Blattes sehr unangenehm.

In den Kreisen, die sich für die Geschicke des Staates verantwortlich fühlen, mittelbar oder unmittelbar, wird behutsam alles vermieden, was den Schein eines Verstoßes gegen die Neutralität an sich erregen könnte. Wenn man aber alle noch so vorsichtig abgewogenen Aeußerungen vergleicht, so bleibt als Saldo doch eine fühlbare Verstimmung gegen Deutschland übrig. Es gibt zum Glück eine Anzahl holländischer Persönlichkeiten von geistigem Range, die mit vollem Bewußtsein dessen, was für die Welt auf dem Spiele steht, für die deutsche Sache eintreten. Die vorherrschende Strömung ist das aber nicht. Für uns ist es nun sehr wichtig, die Ursachen des Empfindens einer Nachbarnation zu kennen, die klein, aber durch ihre Kultur und durch ihre geographische Lage sehr einflußreich ist. Je überwiegender durch den Krieg Deutschlands Stellung in Europa wird, umso eifriger müssen wir die Methoden ausbauen, die ein dauerndes gutes Verhältnis zu den kleineren Staaten neben uns verbürgen. Diese Völker müssen sich überzeugen, daß ein starkes Deutschland ihre Nationalität nicht bloß nicht gefährdet, sondern deren kräftige Entwicklung verbürgt; sonst treibt das Vorurteil, daß England für sie Abrahams Schoß bedeute, sie diesem Gegner immer mehr in die Arme. In Holland herrscht natürlich keineswegs die krasse Unwissenheit über die Grundfragen des Völkerlebens, die den Amerikaner zur willenlosen Beute der Schlagworte von Paris und London werden läßt. Ein starkes Mißtrauen gegen alles Fremde ist von jeher nationales Kennzeichen gewesen. Man hat unter französischem Joche gelebt und Britannien seit langem aus nächster Nähe beobachtet. Daß die Engländer aus Uneigennützigkeit mit Deutschland Krieg führen, das zu glauben verbietet den Niederländern schon ihre eigene Geschichte, denn durch England haben sie ihren einstigen Rang als große Macht verloren. Die Hauptwurzel der herrschenden Antipathie gegen Deutschland aber ist Belgien. Es wirken da zunächst Gefühlsgründe mit, das Mitleid mit den geflüchteten Belgiern, die zu Hunderttausenden Holland überschwemmen und die Phantasie durch Schauerberichte von deutschen „Greueltaten" entzündeten. Diese sentimentale Seite der belgischen Frage ist mittlerweile schon wieder stark abgenutzt. Besuche im Nachbarland haben den Beweis geliefert, wie viel Uebertriebenes und ganz Unwahres erzählt wurde; auch ist am Leben und Treiben der in Holland müssig herumgehenden wohlhabenden Belgier vieles für die strengere einheimische Auffassung anstößig. Ein landsmannschaftlicher Zusammenhang mit den Flamen aber, die doch beinahe die gleiche Sprache reden, wird kaum gefühlt; die geschichtliche Entwicklung hat die nördlichen und südlichen Niederlande längst entscheidend getrennt. Wie trotzdem begreiflich ist, sind die wärmsten Belgierfreunde in Holland heute die Katholiken. Uebrigens aber hat bis zum Kriege gerade die belgische Kirche der Annäherung zwischen flämischer und holländischer Kultur entgegengearbeitet, weil die letztere im Kerne denn doch durchaus protestantisch ist.

Das Wesentliche ist die politische Seite der belgischen Verwicklung. Ueber den Bruch des Neutralitätsvertrages kommt man nicht weg. Das ist ein Gefühl, das man verstehen und respektieren sollte, denn wenn wir auch wissen, daß diese Verletzung der Verträge oberste Lebensnotwendigkeit für uns war, so muß man doch eben in unserer Haut stecken, um das zu fühlen. Alles „Beweisen" hilft da nichts. Die Zeit wird uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Erinnern wir uns nur unserer eigenen Vergangenheit: Hätte man vor 1866 den Nassauern oder Hamburgern begreiflich machen können, daß die deutsche Bundesakte ein höchst miserables Ding sei und daß es moralischer sei, dieses Stück Papier zu zerreißen als ein großes Volk daran sterben zu lassen? In der Kleinstaaterei hat alle Politik einen bürgerlich-privatrechtlichen Zug. Es geht alles nach Satzungen und Präzedenzfällen und die oberste Bedingung des Daseins ist, sich nicht auf sich selbst zu stellen. Niemals darf man wagen, sein Schifflein ins tiefe Wasser hinauszufahren, man steuert sich wie auf den schmalen holländischen Kanälen mit vorsichtigem Stangenstoße weiter. Wer aber in seiner Existenz von den künstlichen Abmachungen ganz abhängig ist, der erblickt darin schließlich etwas ethisch Letztes und Unwiderrufliches, während für die Großmächte Verträge immer nur Nützlichkeitswert haben können. Holland ist die Wiege des Völkerrechts .... Dazu kommt die Angst wegen der Zukunft. Schon jetzt fühlt man sich beengt von dem Gedanken, daß Belgien in deutschem Besitze verbleiben könne. Wird aber Holland zu Lande ganz von der deutschen Macht umschlossen, so fürchtet man, früher oder später in die Interessenkämpfe der Großen hineingezogen zu werden. Und man möchte von Herzen gern bleiben, wie man gewesen ist. Nur in Ruhe gelassen werden! Die zu Anfang des Krieges herrschende Besorgnis, schon jetzt in den Strudel hineingerissen zu werden, hat nachgelassen, aber man konnte sich nicht entschließen, die mobilgemachte Armee von 250 000 Mann nach Hause gehen zu lassen. Daß die Entwicklung auch den Niederlanden die allgemeine Wehrpflicht bringe, wird von manchen holländischen Patrioten für möglich gehalten, teilweise sogar gewünscht, damit das dem Staatsgedanken entfremdete, im Individualismus aufgehende Volk wieder einmal kräftig durchgerüttelt werde.

Frankfurter Zeitung
23./V. 1915

Holland und der Weltkrieg.

Freilich sind solche Gedanken noch gründlich unpopulär und die Mehrzahl der Politiker will davon nichts wissen. Das ist ja aber der Vorwurf gegen Deutschland, daß es die Welt zum Militarismus hintreibe! Hier wollen wir uns keiner Täuschung hingeben: Man behauptet zwar, nur die Auswüchse des deutschen Systems zu verwerfen, in Wahrheit fürchtet man sich aber vor dem Dienen überhaupt, vor der rücksichtslosen Gewalt, mit der der übermächtige Staat den Einzelnen zwingt, ihn als Baustein verwendet oder je nach dem auf den Schuttplatz wirft. Holland ist noch heute das Land der kondensierten Eigenbrödelei, viel mehr als England, wo doch die Verpflichtung gegen den Staat außer bei der Arbeiterklasse allgemeine Anerkennung gefunden hat. Gerade die liberale Intelligenz fühlt sich in Holland der deutschen Staatsauffassung innerlich abgeneigt. Diese Richtung, die augenblicklich die Regierung in der Hand hat, wird stark von der auf den Universitäten herrschenden geistigen Strömung bestimmt, denn die „Hochlehrer" waren hier stets politisch sehr einflußreich. Auch im jetzigen Kabinett sind übrigens zwei der hervorragendsten Mitglieder ehemalige Professoren, der Minister des Innern Cort van der Linden, der den Vorsitz führt, und der Finanzminister Treub, dessen große Begabung die Staatswirtschaft durch die Klippen der Kriegszeit steuert. Die auswärtige Politik, deren Leitstern die strengste Neutralität ist, leitet Jonkheer Loudon, ein Berufsdiplomat. In ihrer innerpolitischen Tendenz, in den Zielen die der eigenen Nation gesteckt werden, fühlt sich die vorherrschende Richtung England wahlverwandt, allerdings wohl mehr dem England von Peel und Gladstone als dem von Churchill und Harmsworth. Die alte Formel: Parlamentarismus, Individualismus, Nicht-Intervention des Staates ist noch sehr mächtig. Dazu paßt dann der Schauder vor dem, was man, durch die englische Brille sehend, Militarismus nennt. Wie die alten englischen Liberalen meint man, es lasse sich im Grunde jeder Völkerkonflikt durch gütliche Uebereinkunft schlichten. In einer Darlegung der Verwerflichkeit einer kriegerischen Politik sagte einer von den am meisten im Vordergrunde stehenden Männern zu mir: „Auch wir haben früher Kriege geführt — aber doch meist durch bezahlte Leute, aus Deutschland." Den eigentümlichen Nebenklang dieser Worte fühlte offenbar der Sprechende nicht.

In der Tat hat Holland Kriege geführt, sogar sehr große Kriege, auch durchaus nicht nur mit bezahlten Söldnern. Es hat eine sehr anständige Geschichte durchlebt, sich heldenhaft der spanischen und französischen Weltherrschaft erwehrt, ein gewaltiges Kolonialreich geschaffen und eine erstaunliche Kultur- und Kunstblüte erzeugt. Und in alledem ist es vom damaligen deutschen Reiche nicht im geringsten unterstützt worden; das deutsche Volk war damals damit beschäftigt, sich gegenseitig die Schädel einzuschlagen und, wenn gerade Friede war, darüber zu streiten, wer von den Gesandten des Regensburger Reichstages auf dem Samt sitzen sollte und wer nicht. Wie kann man sich also groß wundern, daß dieses der Rasse nach deutsche Holland sich uns entfremdet hat? Auf Gelehrtenkongressen wird den Holländern zu ihrem Aerger immer vorgehalten, daß sie eigentlich Deutsche seien, weil ihre Urväter, die Bataver und Chamaver, gebürtige Hessen waren. Aber diese Recken sind schon recht lange tot, die Vergangenheit von gestern und vorgestern hingegen führte Holland nicht an Deutschland heran. Das kleine Reich liegt zwischen drei großen Ländern und Kulturen. Früher ist wohl der französische Kultureinfluß überwiegend gewesen und starke Reste davon geblieben. Man hat sich dann im 19. Jahrhundert nach der Befreiung von Napoleons Herrschaft mehr von Frankreich entfernt und England angenähert. Später begann das deutsche Geistesleben einzuwirken, am meisten durch die Arbeit unserer Gelehrten auf allen Gebieten der Forschung. Vielleicht kann man sagen, daß Holland jetzt in der höheren Zivilisation immer noch am meisten zu Frankreich hinneigt, in der Wissenschaft hingegen zu Deutschland und in seiner politischen Grundstimmung zu England.

Der Geist nun, den England bei den kleinen Nationen großzüchtet, ist der Geist der Zahmheit, die sich mit dem klingenden Namen der Freiheit brüstet. Die englische Politik selbst ist nicht philisterhaft; sie ist selbstsüchtig, aber ihre Selbstsucht hat Großartigkeit. Englands Klienten hingegen sind unwiderruflich zur Verspießerung verurteilt. Sie sollen, sagt man ihnen, ruhig ihrem Gewerbe nachgehen; das großmütige England wird schon dafür sorgen, daß ihnen niemand etwas zu Leide tut. Nun hat sich Holland keineswegs innerlich ganz an die Engländer ausgeliefert, eben weil noch andere geistige Einflüsse wirksam sind. Außerdem hat es das große Kolonialreich, dessen Verwaltung immer wieder die trotzigeren, selbstherrlichen Gefühle stärken muß. Immerhin ist doch einige Neigung bemerklich, auf den alten Lorbeeren sanft einzuschlafen. Das läßt sogar der kaufmännische Sondercharakter spüren. Der englische Handelsgeist ist spekulativ, beutegierig, hart zugreifend. Hingegen sagen Kenner, daß der Holländer eigentlich ein Kommissionär und Zwischenhändler sei; der sanfte Reiz von drei Prozent sicher verführt ihn viel eher als die üppigen Formen von fünfzig Prozent mit Risiko . . . Es ist eine Bewegung sichtbar, die gegen diese ganze Rühr-mich-nicht-an-Gesinnung, gegen diese mißtrauische Friedfertigkeit Front macht. Neu erscheinende Bücher und Aufsätze suchen das nationale Denken, das sich willig in die bequeme Scheinwelt der völkerrechtlichen Konventionen eingebettet hat, wieder an die harten Realitäten zu gewöhnen. So schreibt Professor Struycken, ein Mitglied des Staatsrats: „. . . . Man vergißt, daß Fiktionen, Abstraktionen, Rechtspersonen nicht schießen und mit dem Bajonett stechen, sondern daß nur Menschen das können. Die Neutralität, heißt es, muß respektiert werden! Man übersieht, daß in Friedenszeiten wohl Ohren da sind für die Interessen der Neutralen, zu denen sich alsdann jedes Volk zählen kann, aber nicht in einem Streit wie dieser, wo der Krieg die Regel, die Neutralität die Ausnahme ist . . . . Der naive, wohlmeinende internationale Idealismus des Bürgers eines kleinen Staates läßt sich leicht in die Netze einer wohldurchdachten internationalistischen Politik verstricken, mit der der große Staat seine eigenen Interessen zu verstärken sucht . . ." Nicht Deutschland ist es, das diese internationalistische Vogelstellerei zu betreiben pflegt.

e—n.

Neue Freie Presse
23./V. 1915

Sanktionierung der italienischen Regierungsvollmachten durch den König.

Rom, 22. Mai.

„Corriera della Sera" meldet, der König habe heute früh den Gesetzentwurf, betreffend die Kriegsvollmachten der Regierung, sanktioniert. Sogleich danach habe der Ministerrat begonnen.

Peppino Garibaldi, der Führer der italienischen Freiwilligen in den Argonnen, wiederholte, unterstützt von einigen Deputierten, sein bisher von der Militärbehörde abgewiesenes Gesuch, Freischaren bilden und leiten zu dürfen.

„Avanti" bringt ein — wegen der Zensur wahrscheinlich letztes — Verzeichnis von 81 Orten in allen Teilen Italiens, wo in den letzten Tagen noch öffentliche Kundgebungen gegen den Krieg stattgefunden haben.

„Avanti" meldet aus Venedig, daß die Stadt außer dem empfindlichen Verlust durch die Abreise der ansehnlichen österreichisch-ungarischen und deutschen Kolonien einen weiteren schweren Verlust durch die bereits erfolgende Abreise zahlreicher bürgerlicher und aristokratischer Familien habe. Die Stadt werde immer trauriger, denn auch die Gasthäuser, Kaufläden und Industrien seien genötigt zu schließen. Noch vor Kriegsbeginn herrsche bereits die tiefe Sehnsucht, daß das Unheil bald vorüber sein möge.

Neue Freie Presse
23./V. 1915

Die Kriegssitzung des Senats.

Rom, 22. Mai.

Ueber die gestrige Senatssitzung ist ergänzend zu berichten:

Im Senat wurde die Berichterstattung über den Gesetzentwurf, betreffend die Kriegsvollmacht, dem Senator und Bürgermeister von Rom, Fürsten Colonna, übertragen. Die Rede Colonnas war voll von Hinweisen auf das unsterbliche Rom, die Beherrscherin und Kulturmutter der Welt, das Vorbild der Größe und des Ruhms für Italien, dessen Fahne siegreich auf dem Brenner und im Adriatischen Meere wehen werde.

Senator Cadolini ermahnte das Volk und die Parteien zur Eintracht, während Senator General Mazza versicherte, Italien habe noch nie ein so starkes, gutgerüstetes und herrlich befehligtes Heer sowie eine so prachtvolle Flotte gehabt wie gegenwärtig.

Der Senat nahm nach Schluß der Debatte eine Tagesordnung an, welche ausspricht, die Regierung vertrete ein erhabenes und gutes Recht Italiens und den nationalen Willen.

Kölnische Zeitung
23./V. 1915

I
71

Der Kabinettskrieg des Herrn Salandra.

So hat denn Italien den längst schon erwarteten Treubruch vollzogen; an der Seite der Feinde des Dreibundes will es in den Krieg eintreten — gegen seine Bundesgenossen. Die Feststellung dieser Tatsache würde allein schon genügen, um die Rolle zu kennzeichnen, die Salandra in diesem Krieg Italien zugeteilt hat. Aber nicht so sehr um lange zurückgehaltenen Empfindungen der Erbitterung und des verständlichen Zornes Raum zu geben, sondern mehr noch um dem verletzten Rechtsgefühl Ausdruck zu verleihen, bedarf diese Rolle einer schärfern Charakterisierung. Als im August vorigen Jahres der Krieg über uns kam und die italienische Regierung den Entschluß faßte, eine Neutralität zu bewahren, die alles andere eher war als „wohlwollend" ihren Bundesgenossen gegenüber, da hatte sie schon im Herzen die Felonie begangen. Die schamlose Hetze einer feilen Presse, die Verunglimpfungen und Beschimpfungen in Wort und Bild, die Deutschland und unser Kaiser über sich ergehen lassen mußten und die unsern Landsleuten in Italien das Dasein zur Hölle machten, seien hier nur gestreift. Die „verbündete" Regierung, die sie duldete, vielleicht sogar begünstigte, glaubte offenbar, sich damit einen Vorwand und Entschuldigungsgrund ihres in der Geschichte einzig dastehenden Treubruchs konstruieren zu können, indem sie der Welt und ihrem Gewissen vortäuschte, die Volksstimmung habe ihr keine andere Wahl gelassen. Mit der Felonie paarte sich bei der Regierung des Herrn Salandra eine bemerkenswerte Schwächlichkeit. Seit sie sich einmal mit Haut und Haaren dem Dreiverband verschrieben, wäre es nicht nur eine Pflicht der politischen Wohlanständigkeit, sondern auch ein Gebot der Klugheit gewesen, wenn sie zugleich rückhaltlos den Bruch mit den verbündeten Zentralmächten vollzogen hätte. Statt dessen begann sie offenbar nur der Form halber in einem Verfahren, das der Erpressung verzweifelt ähnlich sah, jenen Schacher um die Abtretung österreichischer Gebietsteile, durch den sie Österreich-Ungarn ins Unrecht zu setzen hoffte. Das Wiener Kabinett hat diese Hoffnung zuschanden gemacht. Es bekräftigte seine Geneigtheit, am Dreibunde festzuhalten, mit so weitgehenden und für Italien so wertvollen Zugeständnissen, daß Salandra darüber mehr erschreckt als erfreut gewesen sein mag. Denn damit war ihm der Bruch, den er in seinem Herzen längst vollzogen hatte, aufs neue beträchtlich erschwert, der Geschichte aber ihr Urteil dahin erleichtert worden, daß sich das Eingreifen Italiens offenkundig als ein Kabinettskrieg des Herrn Salandra kennzeichnet. Um das ins Licht zu setzen, braucht nur darauf verwiesen zu werden, daß all die amtlich aufgeführten Kriegsgründe der italienischen Regierung unter der Beleuchtung der Kritik als eitel Schein und Vorwand in sich zusammenbrechen. So hat Herr Sonnino erst am 3. Mai 1915 erkannt, daß Österreich-Ungarn im Juli 1914 nach seiner Ansicht gegen den Dreibundsvertrag verstoßen habe! So stehen seiner Behauptung, Österreich habe durch die Kriegserklärung an Serbien das Gleichgewicht auf dem Balkan gestört, die Tatsachen gegenüber, daß der im Dreibundvertrag vorgesehenen Integrität der Türkei zum Trotz Italien die Türkei bekriegte, um ihr Tripolis zu entreißen, und sich in Albanien festsetzte; so wird seine Ausstreuung, Italien sei über Österreichs Vorgehen gegen Serbien nicht unterrichtet worden, durch die selbst in das englische Blaubuch übergegangene Mitteilung widerlegt, das Wiener Kabinett habe in Rom kundgegeben, daß es die Integrität Serbiens respektieren werde. Daß aber das Kabinett Salandra-Sonnino eine Verständigung mit Österreich-Ungarn nicht wollte, beweist am besten die weitere Tatsache, daß es das Angebot Wiens, eine so geachtete Persönlichkeit wie Goluchowsky mit weitgehenden Vollmachten als Unterhändler nach Rom zu schicken, als „inopportun" am 2. Mai ablehnte und zugleich, um jede weitere Vergleichsmöglichkeit abzuschneiden, den Dreibundsvertrag in Wien kündigte. Alles das aber war die Folge der vorgefaßten Meinung, Österreich-Ungarn werde unter dem Ansturm so vieler Feinde zusammenbrechen, der Vorteil Italiens sei daher auf der Seite der gewinnenden Partei zu suchen, und das war nach der Meinung Salandras und Sonninos der Dreiverband. Deshalb haben sie sich von den Irredentisten und Interventionisten, von Nichtstuern und Habenichtsen, von republikanischen Schreiern und Treibern mit Bewußtsein in diesen Krieg hineintreiben lassen, der den Interessen Italiens und der Krone Savoyen widerspricht und für den die Schuld das Kabinett Salandra trifft.

Herrn Salandra mögen bestimmte Vorgänge der Vergangenheit vorgeschwebt haben, unter denen dank der überlegenen Kunst großer italienischer Staatslenker Piemont durch die Siege anderer eine Großmacht geworden ist. Aber es war geradezu ein Hohn auf jene Vergangenheit und wohl die vernichtendste Kritik, die sich Italien je hat bieten lassen müssen, als der französische Botschafter Cambon nach dem Ausbruch des Krieges prophetisch die kürzlich von der Times der Vergessenheit entrissenen Worte sprach: „Ein gewisses neutrales Land wird im geeigneten Augenblick dem Sieger zu Hilfe eilen." Wenn Italien daher heute den Augenblick für gekommen hält, an der Seite der Verbandsmächte in den Krieg einzugreifen, so darf man annehmen, daß es deren Sieg nahe glaubt, andernfalls hätte es sicherlich nicht die seit 1882 an der Seite der Zentralmächte verfolgte Politik fahren lassen. Das heißt mit andern Worten: Italien will dazu mithelfen, Deutschland zu Boden zu werfen, Österreich-Ungarn zu zerstückeln, Rußland die Dardanellen und den Balkan auszuliefern, Großserbien an der Adria zu dulden, das Mittelmeer zum französischen See zu machen und die englische Seetyrannei zu verewigen, und das alles um nicht der Brocken verlustig zu gehen, die, wie Salandra hofft, von der Herren Tische fallen werden. Nun hat man in Italien mit einer Geflissenheit, die offenbar bemerkt werden wollte, während der ganzen Krisis, die der Entscheidung vorausging, immer wieder betont, es seien nicht Deutschland und die Deutschen, gegen die Volksmeinung und Staatspolitik sich richteten, nur das verhaßte Österreich sei der Feind. Noch vor kurzem hat ein als Lehrer in Florenz wirkender Franzose in einer internationalen Zeitschrift dargelegt, die Italiener bewunderten die deutsche Bildung, die Organisationsfähigkeit und die Kraft, mit der die Deutschen sich in diesem Kriege wehrten, sie wüßten, was sie der deutschen Wissenschaft verdankten und würden unserm Kaiser seine Haltung nach Adua nicht vergessen. Ja, ein Professor an der Universität Rom, der eifrig für den Krieg wirkte, suchte seinen Deutschland zugetanen Kollegen klarzumachen, sie müßten schon aus Liebe zu Deutschland diesem den Krieg erklären, denn dann könnte Italien nach dem Siege des Dreiverbandes hindern, daß der Kaiser und sein Reich gar zu schlecht behandelt würden!

Wenn man in Italien geglaubt hat, man könne mit derartigen papiernen Liebenswürdigkeiten auch nur einen Menschen in Deutschland darin wankend machen, aus der Haltung der Regierung Salandras die letzten Konsequenzen zu ziehen, so täuscht man sich. Seit das amtliche Italien dem Dreibundvertrag in dem Falle der Not, auf den er gemünzt war, die Treue gebrochen und windige Formalgründe vorgeschützt hat, hatte man bei uns die Einschätzung dieser „verbündeten" Regierung auf das ihr gebührende Maß zurückgeschraubt. Das Eingreifen Italiens bedeutet eine neue Phase im Völkerkrieg, es wird ihn verlängern, es wird die Erbitterung der Kämpfe steigern und vermutlich noch andere Nationen in seinen Bereich ziehen. Dafür wird der Regierung des Königs Viktor Emanuel vor den Schranken der Geschichte die Verantwortung zufallen. Wir haben in den letzten Wochen staunend zugesehen, wie sich in Italien der Zwist im Volke darüber, ob man Krieg führen oder Frieden halten wolle, in Formen hin- und herwogte, die unmittelbar an den Bürgerkrieg erinnerten. Giolitti, den seine Vergangenheit einem Cavour, Depretis, Sella, Minghetti, Crispi anreihte, wurde mit Kot beworfen, weil er in dem Verdacht stand, daß er eine vertragstreue Verständigung auf Grund der weitgehenden Zugeständnisse Österreichs dem Verrat am Dreibunde und dem Kriege vorziehe; die Republikaner verkündeten ihr Programm allgemeiner Volksbeglückung mit den Rufen: Es lebe der Krieg! Nieder mit dem König!, und vielerorten sträubten sich die Reservisten gegen den Befehl, zur Grenze zu marschieren. Also in sich uneins und zerrissen beginnt Italien den Kampf, der über seine Zukunft entscheiden wird. Das ist trotz aller Schönrednerei und trotz aller großen Worte kein Aufflammen von den Alpen bis Sizilien, kein von den Wogen allgemeiner Begeisterung und patriotischen Opfermuts getragener Krieg, sondern das ist der künstlich ausgetüftelte, mit der Felonie beginnende Privatkrieg der Herren Salandra und Genossen. Er wird mit der Erkenntnis des italienischen Volkes enden, daß sie mit dem sacro egoismo per l'Italia ein frevenliches Spiel getrieben haben. Für uns aber gilt es, der neuen Schwierigkeit Herr zu werden, welche die Lage uns bringt. Deutschland hat im vorigen Jahre das Schwert gezogen in dem Bewußtsein, daß ein mächtiges und lebenskräftiges

Kölnische Zeitung
23./V. 1915

Der Kabinettskrieg des Herrn Salandra.

Österreich-Ungarn für den politischen Bestand und die Weltgeltung des Deutschen Reiches eine Notwendigkeit ist. Nachdem Italien dieses Axiom, das auch seine Politik bisher leitete, ausgeschaltet und den Dreibund verleugnet hat, gewinnt jene Erkenntnis für uns nur noch größere Bedeutung, und noch schärfer tritt aus dem uns umbrandenden Meer von Feinden die Überzeugung hervor, daß die beiden Zentralmächte auf Gedeih und Verderb aneinander gebunden sind. Wir unterschätzen die wehrhafte Kraft Italiens nicht und nehmen an, daß sich sein Heer und seine Flotte, beseelt von dem Ehrgeiz, in diesem Riesenkampfe der Großmächte ihrem Vaterlande den Waffenruhm zu erringen, der ihm bisher mangelte, tapfer schlagen werden. Somit müssen wir uns darüber klar sein, daß das Eingreifen Italiens und seine wahrscheinlichen Folgeerscheinungen von Österreich-Ungarn und uns eine neue Anspannung an physischer und moralischer Kraft fordern. Daß erst jetzt der Kampf um Leben und Sterben, um Sein oder Nichtsein Mitteleuropas wahrhaft anhebt, das ist für die Rückendeckung, die ihm die Zentralmächte seit einem Menschenalter gewährt haben, der Dank vom Hause Piemont, der Dank ihres — „Bundesgenossen" in Gänsefüßchen.

Die Leute werden uns gerüstet finden. Soeben ist unter dem Sang vaterländischer Weisen ein Teil unserer Jungmannschaft des Jahrgangs 1915 — des Jahrgangs also, den Russen wie Franzosen schon erschöpft haben — in die Kasernen eingezogen, und mit dem gleichen Vertrauen, der gleichen Zuversicht, dem gleichen Willen zum Siege wie unsere kampferprobten Feldsoldaten, wie die kraftstrotzenden Männer des ungedienten Landsturms, der jetzt unter den Fahnen steht, brennen sie vor Begeisterung, an den Feind zu kommen. Viel Feind, viel Ehr!, so wie es Preußen und nach ihm Deutschland von altersher gewohnt sind. Es mag sein, daß der Zuwachs, den die italienischen Überläufer ihnen bringen, den gesunkenen Kriegsmut von Russen, Franzosen, Engländern, Serben, Montenegrinern und was sonst noch Lust hat, den vermeintlichen Siegern „zu Hilfe zu eilen" — von den Japanern reden wir hier nicht — wieder beleben wird; möglich auch, daß die Übermacht an Menschen und amerikanischen Geschützen unsere Offensive noch einmal für Momente in diesem Völkerringen zum Stehen bringen wird. Aufhalten wird sie unsern Sieg nicht mehr, denn die Faktoren, militärische wie wirtschaftliche, die in den verflossenen neun Monaten für uns gefochten haben, sind von Tag zu Tag kräftiger, schärfer, schneidender, sieghafter geworden, während die Machtmittel unserer Feinde Tag um Tag abbröckeln und die auf Lug und Trug gestützte Stimmungsmache in England wie in Frankreich und Rußland unter der Wucht der sie mehr und mehr belastenden Wahrheit und der überwältigenden Taten der verbündeten Truppen zusammenbricht. Wenn aber unsere Gegner dem Glauben leben sollten, sie würden nun mit Hilfe jener Abtrünnigen ihr uns so oft prahlerisch vorgehaltenes Kriegsziel der Vernichtung Deutschlands erreichen, so haben sie nicht mit dem Groll, nicht mit der Vaterlandsliebe gerechnet, die jede Scholle Boden zum Schützengraben auswerfen und mit dem Herzblut deutscher Männer verteidigen wird. Sie werden eine uns wohltuende Enttäuschung erleben, wenn sie darauf gebaut haben, daß der Zulauf der Italiener uns schrecken könnte. Sie werden auch uns hinter der Front gewappnet und bereit finden zu jedem Opfer, zu jeder Aufbietung an Kraft und Willen, die das Vaterland von uns fordert. Nicht nur an Geld und Gut, auch an Blut und Leben. Wir Deutsche sind keine Heckenschützen, wir schießen den Feind nicht in den Rücken. Aber jeder deutsche Mann mit geraden Gliedern hat in der Jugend seiner Wehrpflicht genügt, und wenn es uns Alten auch nicht gegönnt war, mit der Jugend in das Feld zu ziehen, sollte es einmal gelten, deutschen Mutterboden zu verteidigen, so würden wir alle wieder in die Reihen treten und das Gewehr schultern, und der feste Wille, zu siegen, die heilige Begeisterung, die durch unser Volk gehen, würden wettmachen, was uns an Körperkraft abgeht. Aus frischen Soldatenkehlen schallt es zu uns herauf: Es braust ein Ruf wie Donnerhall!, und millionenfach fällt das ganze deutsche Volk ein mit der siegfordernden Weise:

So lang ein Tropfen Blut noch glüht,
Noch eine Faust den Degen zieht,
Und noch ein Arm die Büchse spannt,
Betritt der Feind nicht deutsches Land.

Neue Freie Presse
23/V. 1915

Der Ausschußbericht Bosellis.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Rom, 21. Mai.

Die Kammer beschloß die Veröffentlichung durch Maueranschlag des Berichtes Boselli zum Gesetzentwurfe, betreffend die außerordentlichen Vollmachten für den Kriegsfall. Der Bericht lautet:

Der Gesetzentwurf gibt dem Werke der Regierung, die sich von keinem anderen Gedanken und Gefühl, als dem des guten Rechtes und des Vaterlandes leiten ließ, den würdigen Abschluß. Er wird den unerschütterlichen Glauben an das gute Recht und an die Kraft der Nation feierlich bekräftigen. Von hier tönt der Ruf sieghafter Einigkeit ins Land hinaus; das Land wird ihn nicht überhören. Das Wort Italien und Viktor Emanuel wird im Volke einen Pulsschlag, einen Willen wecken. Allzulange hatten wir für den Schmerz der zur Mutter drängenden Brüder den Trost stiller Hoffnungen. Die Zeit ist gekommen, diesen Schmerz mit dem Gelöbnis der Befreiung zu erwidern und dieser ersten, aus dem allgemeinen Wahlrechte hervorgegangenen Kammer wird es zum Ruhme gereichen, das Wagnis unternommen zu haben, das den Triumph der nationalen Rechte besiegeln soll. Selig die Jugend, die unseren Idealen ihr Leben weiht. Wir Alten segnen sie, der Tage von Calatafimi, Bezzecca, Solferino gedenkend, da unser Arm dem ihrigen glich.

Es ist ein hohes Glück, die Ausführung unserer Beschlüsse Soldaten anvertrauen zu können, die dem Kampfe um das große Vaterland ungeduldig entgegensehen; sie werden beweisen, daß die Trikolore den alten Zeichen von San Marco und San Giorgio (Genua) ebenbürtig ist. Heer und Flotte blicken stolz auf Rom, den Schutz und Hort des italienischen Rechtes, als des Schirmers aller menschlichen Freiheiten.

Neue Freie Presse
23./V. 1915

Der Protest der Sozialisten in der Kammer.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 22. Mai.

Aus Lugano wird der „Vossischen Zeitung" berichtet:

Namens der offiziellen Sozialisten gab in der Kammersitzung Turati die folgende Erklärung ab:

In dieser geschichtlichen Stunde fühle er die Pflicht, für seine politischen Freunde zu reden. Diejenigen, die Gegner der interventionistischen Politik waren, dachten, die Majorität des Parlaments und des Landes auf ihrer Seite zu haben, aber die Gefühle des Publikums wurden mit jedem Mittel aufgehetzt, und entgegen ihrem eigenen Willen habe die Kammer sich auf den Weg der interventionistischen Politik begeben. Um der Würde des Parlaments und des Landes willen sei es des Redners Pflicht, die Verweigerung seiner Zustimmung zu wiederholen und das Recht geltend zu machen, das Vaterland zu lieben und zu verteidigen, wie es ihm sein Gewissen diktiert.

Dem Charakter ihrer Partei gemäß und als Protest gegen die Schrecken des Krieges würden der Redner und seine politischen Freunde gegen die Regierungsvorlage stimmen, in der Ueberzeugung, daß Italien keinen Grund habe, den Krieg zu wollen, da es alle seine Sorge der Verbesserung seiner inneren Zustände zuwenden müsse, und daß die Regierung die bisherige Neutralität nicht in ihrem wahren Sinn durchgeführt habe. Sollte aber trotzdem der Krieg kommen, so werde die sozialistische Partei in erster Linie mit ganzer Kraft ein schnelles Ende des Konflikts herbeizuführen trachten, dabei werde sie Anhänger an allen finden, die ein wahres Gefühl für die Zivilisation haben.

Frankfurter Zeitung
23./V. 1915

II
76

Wie Italien zum Verräter ward.

Dreibundverträge ihrem Geiste nach erfüllt zu sehen, gingen auch sie nicht. Ihr Ideal war die Neutralität. Sprach man ihnen von Bündnispflichten, so hörte man die Antwort: Das Verlangen, solchen nachzukommen, bedeute einen napoleonischen Zwang. Im Norden mag man über solche Auffassung persönlich höchst ehrenwerter Leute staunen, man kennt eben die Psyche des südlichen Volkes nicht. Der Italiener besitzt bei einer Fülle trefflicher Eigenschaften wenig oder keine Objektivität; er kennt nur Vorteil und Nachteil, Freund oder Feind, gerechtes Abwägen aber liegt, wenn die eigenen Interessen in Frage kommen, außerhalb seines Empfindungsbereiches, außerhalb der seelischen Fähigkeiten des Volkstums. Diesem sind einige besondere Mängel eigen, ohne deren Kenntnis sich die politischen Vorgänge nicht verstehen lassen. Die Italiener haben als Individuum wie als Nation eine unbegrenzte Vorstellung von ihren Rechten und Ansprüchen, doch ein geringes Bewußtsein von Pflichten. Erinnerung an Pflichten reizt ihren Widerstand, erscheint ihnen als Gewaltsamkeit, und die des Dreibundes haben innerlich nie für sie bestanden, sondern lediglich die Rechte, die sie aus ihnen herleiten konnten. Etwas mehr psychologische Einsicht, eine weniger formalistische Auffassung hätte die Diplomatie längst zu klarerer Erkenntnis der Wirklichkeit bringen müssen.

Nun haben zu unserem tiefsten Leidwesen die Waffen zu entscheiden. Von sämtlichen Kriegen, die allein in Europa nach sechs, nach sieben Fronten geführt werden müssen, greift keiner so vielen, die nicht persönlich aus einer Heimat, aus Beruf und liebgewordenen Verhältnissen vertrieben sind, derart ans Herz, wie dieser gegen Italien, das Land, dem die Kultur Europas in der Vergangenheit Unendliches zu danken hatte, in dem Hunderttausende unseres Volkes Tage des Glückes und der künstlerischen Andacht verlebten, aus dem sie unauslöschliche Eindrücke mit heim brachten, für das in Deutschland eine tiefe Sympathie bestand, dessen Aufblühen man mit Freude verfolgte. Für viele unter den Besten ist es ein kaum auszudenkender Gedanke, daß uns auch das Vaterland Dantes und Petrarcas, die Heimat Michelangelos, Leonardos und Rafaels das Schwert in die Hand zwingt. Deutschland hat diesen Krieg noch weniger als irgend einen anderen gewollt, nur wenige haben bis zuletzt geahnt, daß wir ihn führen müssen. Er ist uns von Sinnlosen aufgedrängt, die gegen ihr Vaterland eine noch schwerere Schuld auf sich laden als gegenüber dem verratenen Bundesgenossen. Es muß sein. Man hat uns, die tief Widerstrebenden, die bis zur letzten Stunde nichts unversucht ließen, um das Schicksal zu wenden, auch diesen Kampf aufgenötigt, den wir gleich jedem anderen in Ehren zu bestehen hoffen, aber auch der vollste Sieg wird uns keinen Ersatz für die schmerzliche Notwendigkeit bieten, ihn führen zu müssen.

Das „den Göttern heilige Italien“ scheint von allen Göttern und guten Geistern verlassen, da es sich, dem Druck der Westmächte und eigener Leidenschaft folgend, in einen Krieg stürzt, aus dem es selbst in dem zweifelhaften Falle eines Erfolges nur als machtloser Vasall Frankreichs und Englands hervorgehen kann, da ein inneres Vasallentum es bereits entgegen dem eigenen Gewissen in den Vertragsbruch in den Kampf hineingetrieben hat. Trauernd, aber unparteiisch suchten wir darzulegen, wie dies alles ward:

„Ich denke, dies ist wahrhaft deutsch und echt:
Treu sei dem Freund, dem Feinde sei gerecht!“

Fremdenblatt
23./V. 1915

Kriegskalender.

6. Mai. In Westgalizien die Gegend von Dukla und Jaslo von den Verbündeten erkämpft; die Zahl der russischen Gefangenen ist auf 50.000 gestiegen; Tarnow von unseren Truppen zurückerobert; Fortschritte an der Lupkowpaßstraße. Kämpfe südwestlich Mitau, südlich Szadow und östlich Rossienie; die Festung Grodno mit Bomben belegt. — Die Franzosen im Ailly-Walde aus mehreren Stellungen geworfen; 2000 Gefangene; erbitterte Kämpfe bei Flirey und Croix des Carnes. — Der englische Fischdampfer „Stratton" durch ein deutsches U-Boot vernichtet; der dänische Dampfer „Arthay" auf eine Mine gestoßen und gesunken.

7. Mai. Voller Erfolg der Verbündeten und Rückzug der Russen am unteren Dunajec; Teile des rechten Flügels der Heeresgruppe v. Mackensen stoßen auf westlich vom Lupkowpasse aus den Karpathen weichende russische Kräfte. Vergebliche russische Angriffe bei Ostry und in Südostgalizien. Blutige Niederlage der Russen bei Rossienie und Szadow; russische Angriffe bei Kalwarja und Prasznisz abgewiesen. — Englische Angriffe bei Zillebeke, französische Angriffe bei Steinabrück (Vogesen) abgewiesen. — Der deutsche Kaiser auf der Durchreise nach Westgalizien in Berlin. — Der Cunarddampfer „Lusitania" beim Vorgebirge Old Head of Kinsale torpediert; 1500 Tote. Der englische Dreimastschoner „Earl of Latham" und der Fischdampfer „Merry Julington" von einem deutschen U-Boote in Grund gebohrt. — Chinesisch-japanische Einigung.

Reichspost
23./V.1915

Eine königliche Demonstration.

Rom, 22. Mai.

Eine nach Zehntausenden zählende Menschenmenge veranstaltete neuerlich Kundgebungen auf dem Kapitol und zog sodann, vom Stadtrat mit dem Banner der Stadt geleitet, vor den Quirinal. Der König, in feldgrauer Uniform und die Königin zeigten sich mit ihren Kindern auf dem Balkon der Menge. Die Königin winkte den Demonstranten mit dem Taschentuch, der König schwenkte die Mütze. Als der Sprecher des Stadtrates unter Hinweis auf die mitgebrachten Fahnen von Trient, Triest und Dalmatien den König hochleben ließ, schwenkte der König die ihm dargereichte Trikolore und rief: „Eviva l'Italia". Die Menge zog vor das Kriegsministerium und das belgische Kollegium.

23./V. 1915

Allgemeine Mobilisierung in Italien.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

Berlin, 22. Mai.

Blättermeldungen aus Genf zufolge veröffentlicht die Agentur Havas eine römische Depesche, wonach die allgemeine Mobilisierung des italienischen Heeres erfolgt ist.

Reichspost
23./V. 1915

Der Vertrag Italiens mit dem Dreiverbande.

Der Judaslohn.

Rom, 21. Mai.

„Idea Nazionale" sagt über den Vertrag mit dem Dreiverbande: Dieser Vertrag sei am 25. April geschlossen worden. Italien sei der Londoner Abmachung, der zufolge die Verbündeten keinen Separatfrieden abschließen dürfen, beigetreten. Italien habe folgende Zusicherungen erhalten:

Südtirol bis zum Brenner,

Handlungsfreiheit im Adriatischen Meere,

Erwerbung Triests, Istriens und Dalmatiens bis zur Narenta,

Anerkennung des Besitzes Valona und der Rechte in Südalbanien,

Beteiligung an der Beerbung der Türkei in dem gleichen Maßstabe wie die anderen Mächte des Dreiverbandes,

Grenzberichtigungen im Osten und Westen Lybiens sowie wirtschaftliche Vorteile während der Kriegsdauer.

Unter diesen wirtschaftlichen Vorteilen ist, was „Idea Nazionale" vorsichtshalber verschweigt, eine Geldzuwendung von England, das dafür die Kontrolle über das italienische Zollwesen übernimmt, zu verstehen.

Neue Freie Presse

23./V. 1915

Die Aufhebung des Dreibundvertrages durch Italien.

Die Note der italienischen Regierung an das Wiener Kabinett.

Wien, 22. Mai.

Das in der italienischen Kammer vorgelegte Grünbuch enthält als letztes Aktenstück die folgende Note des Ministers des Auswärtigen Sonnino an den italienischen Botschafter in Wien Herzog von Avarna vom 3. Mai:

Ich bitte Sie, dem Minister des Auswärtigen, Baron Burian, folgende Mitteilung zu machen, von welcher Sie ihm eine Abschrift hinterlassen werden:

Das Bündnis zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn hat sich von Anfang an als ein Element der Bürgschaft für den Frieden bewährt und hatte zuerst das Hauptziel gemeinsamer Verteidigung. Angesichts weiterer Ereignisse und der neuen Lage, die sich aus ihnen ergab, mußten die Regierungen der beiden Länder sich ein anderes nicht minder wichtiges Ziel stecken, und richteten im Laufe der aufeinanderfolgenden Erneuerungen des Vertrages ihre Aufmerksamkeit darauf, die Kontinuität ihres Bündnisses zu erhalten, indem sie den Grundsatz vorgängiger Vereinbarungen bezüglich der Balkanverhältnisse festlegten, in der Absicht, die auseinandergehenden Interessen und Bestrebungen der beiden Mächte miteinander in Einklang zu bringen.

Es ist einleuchtend, daß diese Abmachungen, wenn loyal beobachtet, genügt hätten, eine haltbare Grundlage für eine gemeinsame fruchtbare Aktion darzubieten. Im Gegensatz hiezu stellte Oesterreich-Ungarn im Laufe des Sommers 1914, ohne irgendein Einverständnis mit Italien zu treffen, ja, ohne ihm die geringste Benachrichtigung zugehen zu lassen und ohne sich irgendwie durch die Ratschläge zur Mäßigung beeinflussen zu lassen, welche ihm durch die königliche Regierung gegeben worden waren, am 23. Juni Serbien das Ultimatum, welches die Ursache und der Ausgangspunkt des augenblicklichen Kriegsbrandes in Europa wurde.

Indem Oesterreich-Ungarn die Verpflichtungen, welche sich aus dem Vertrag ergaben, vernachlässigte, brachte es den Statusquo auf der Balkanhalbinsel von Grund aus in Verwirrung und schuf eine Lage, von welcher es allein Nutzen haben mußte, zum Schaden der allerwichtigsten Interessen, welche sein Verbündeter so oft (als die seinen) bestätigt und proklamiert hatte.

Eine so flagrante Verletzung des Buchstabens und des Geistes des Vertrages rechtfertigte nicht nur die Weigerung Italiens, sich in dem ohne Einholung seiner Meinung hervorgerufenen Kriege an die Seite seiner Verbündeten zu stellen, sondern sie nahm sogar dem Bündnis mit demselben Schlage seinen wesentlichen Inhalt und sein Daseinsrecht. Sogar das Abkommen über eine wohlwollende Neutralität, welches durch den Vertrag vorgesehen war, fand sich durch diese Verletzung beeinträchtigt. Tatsächlich kommen Ueberlegung und Gefühl darin überein, die Aufrechterhaltung einer wohlwollenden Neutralität auszuschließen, wenn einer der Verbündeten zu den Waffen greift zur Verwirklichung eines Programms, welches den Lebensinteressen des anderen Verbündeten strikt zuwiderläuft, und zwar den Interessen, deren Wahrung der Hauptgrund gerade dieses Bündnisses bildete.

Nichtsdestoweniger hat Italien sich mehrere Monate hindurch bemüht, eine Lage zu schaffen, welche der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten günstig wäre, welche die wesentliche Grundlage jedes Zusammenwirkens im Bereich der großen Politik bilden.

In dieser Absicht und in dieser Hoffnung erklärte die italienische Regierung sich bereit, auf ein Arrangement einzugehen, welches die Befriedigung der legitimen nationalen Ansprüche Italiens in billigem Ausmaß zur Grundlage hätte, und welches zugleich dazu gedient hätte, die vorhandene Ungleichheit in der gegenseitigen Lage der beiden Staaten im Adriatischen Meere zu beseitigen.

Die Verhandlungen führten jedoch zu keinem in Betracht kommenden Ergebnis. Alle Bemühungen der königlichen Regierung stießen auf den Widerstand der kaiserlichen und königlichen Regierung, welche sich nach mehreren Monaten nur zur Anerkennung besonderer italienischer Interessen in Valona und zum Versprechen einer nicht genügenden Gebietseinräumung im Trentino entschlossen hat, einer Konzession, welche durchaus keine normale Regelung der Lage enthält, weder vom ethnischen noch vom politischen oder militärischen Standpunkte aus. Außerdem sollte diese Konzession erst in einem unbestimmten Zeitpunkt, nämlich erst am Ende des Krieges verwirklicht werden.

Bei diesem Stande der Sache muß die italienische Regierung auf die Hoffnung verzichten, zu einem Einverständnis zu kommen, und sieht sich gezwungen, alle Vorschläge zu einem Uebereinkommen zurückzuziehen.

Es ist ebenso unnütz, den äußeren Anschein eines Bündnisses aufrechtzuerhalten, welches nur die Bestimmung haben würde, das tatsächliche Bestehen eines beständigen Mißtrauens und täglicher Meinungsverschiedenheiten zu verschleiern.

Aus diesem Grunde versichert und erklärt Italien im Vertrauen auf sein gutes Recht, daß es von diesem Augenblicke an sich die volle Freiheit seiner Handlungen wieder nimmt und seinen Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn für annulliert und künftig wirkungslos erklärt.

Der Botschafter Herzog von Avarna machte dem Freiherrn v. Burian diese Mitteilung am 4. Mai.

23/V 1915

Kriegschronik.

15. Mai.
Ausbruch von ernsten Unruhen in Portugal.

16. Mai.
Bei Neuve Chapelle Besetzung eines Teiles des deutschen vorderen Grabens durch die Engländer.
In den Argonnen bei Ville sur Tourbe ein französischer Stützpunkt erobert.
Weichen einer kleinen deutschen Abteilung vor russischer Uebermacht bei Ugiany. Russische Angriffe bei Eiragola, Augustow und am Omulew zurückgewiesen.
Zwischen Rudnik—Przemysl die Russen vom westlichen San-Ufer zurückgeworfen. Einzug der Oesterreicher in Sambor.
Deutsche Unterseeboote im Mittelmeer gemeldet.
Ueberreichung der amerikanischen Note zu der „Lusitania"-Angelegenheit in Berlin.
Der König von Italien hat den Rücktritt des Ministeriums Salandra nicht angenommen.
Beschießung von Lissabon durch Kriegsschiffe mit aufständischer Besatzung.

17. Mai.
Zurückziehung unserer Kräfte aus den vorgeschobenen Stellungen bei Steenstraate und Het Sas in die Hauptstellungen am Ostufer des Yserkanals.
Erfolgreiche Luftschiffangriffe auf Dover und Calais.
Abweisung russischer Angriffe bei Eiragola und Czekiszki, bei Mariampol und Ludwinow. Unter den Gefangenen Rekruten von 1916 mit nur vierwöchentlicher Ausbildung.
Uebergang über den San bei Jaroslau und nördlich. **Kampf um Przemysl.** Drohobycz genommen.
Erklärung des Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus über das österreichisch-ungarische Angebot an Italien.
Die Verschiffung indischer Truppen nach dem europäischen Kriegsschauplatz nach Berichten aus Indien unmöglich.
Der Kriegszustand in Tripolis erklärt.
In Portugal Rücktritt des Ministeriums Pimento y Castro. Ein neues Ministerium unter Joac Chagas gebildet.

18. Mai.
Kämpfe bei Boeshinge.
Die fortgesetzten Angriffe der Feinde südwestlich Lille abgewiesen.
Südlich des Njemen Vorgehen unserer Truppen in Richtung Gryszkabuda, Syntowty und Szaki.
Zwischen Jaroslau und Wislok der Uebergang über den San erkämpft. Größere Kämpfe südöstlich Przemysl und bei Stryj.
Der deutsche Reichskanzler gibt in dem wiederzusammengetretenen Reichstag die Zugeständnisse Oesterreich-Ungarns an Italien bekannt.
Meldung von blutigen Straßenunruhen in Mailand und Venedig, hervorgerufen durch Angriffe von Kriegshetzern auf Friedensfreunde. Massenausstand von 80 000 Arbeitern gegen den Krieg und Belagerungszustand in Turin.
Lord Kitchener verlangt im Oberhause 300 000 neue Rekruten.
Tödliche Verwundung des neuen portugiesischen Ministerpräsidenten Chagas durch den Senator Freitas.
Pimento de Castro und mehrere frühere Minister gefangen auf Kriegsschiffe der portugiesischen Aufständischen gebracht.

19. Mai.
Neue Angriffe der Engländer bei Neuve Chapelle abgewiesen. An der Lorettohöhe Einnahme einiger feindlicher Gräben.
Scheitern der Gegenangriffe der Russen rechts des San nördlich Przemysl. Hannoveraner und Oldenburger machen in zwei Tagen 7000 Gefangene. Die Russen über die Lubaczowka geworfen, Sieniawa erobert.
Der englische Dampfer „Drumcree" torpediert.
Große Kundgebungen für den Krieg und Jubel beim Ausrücken der Truppen in Italien.
In England Abdankung des Ersten Seelords Fisher, Rücktritt des ganzen Ministeriums. Ein Ministerium aus Liberalen und Unionisten soll gebildet werden.

20. Mai.
Blutige Niederlage der Russen bei Gryczskabuda—Syntowty—Szaki.
Verzweifelte Angriffe der Russen nördlich Przemysl, östlich Jaroslau und bei Sieniawa zurückgeschlagen. Am oberen Dnjestr 5600 Russen gefangen.
Bei einem Gegenstoß bei Kolomea 1400 Russen gefangen.
Wegen der Unterseebootgefahr Beschränkung des freien Handelsverkehrs auch in den Häfen der britischen Westküste.
Sprengung des englischen Fischdampfers „Lucerne" durch ein U-Boot, Versenkung von „Chrysolith".
Die italienische Kammer nimmt mit 407 gegen 74 Stimmen den Gesetzentwurf über außerordentliche Befugnisse der Regierung für den Kriegsfall an.
Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg." über die am 4. Mai vollzogene Kündigung des Bündnisvertrages mit Oesterreich durch Italien und über die italienisch-österreichischen Verhandlungen. — Veröffentlichung eines italienischen Grünbuchs.

21. Mai.
Der deutsche Angriff an der Dubissa bis Betygola gelangt. Auch östlich Miloszajcie und Zemigola die Russen über den Fluß zurückgeworfen.
In Galizien und an den Karpathen seit 1. Mai durch die deutschen Truppen 104 000 Russen gefangen, 72 Geschütze und 253 Maschinengewehre erbeutet, 94 000 Russen durch die Oesterreicher gefangen.
Andauer der Kämpfe im Bergland von Kielce.
Oestlich Jaroslau mit Eichenkeulen ausgerüstete Russen gefangengenommen.
Das widerrechtlich von England gekaperte deutsche Lazarettschiff „Ophelia" als Prise erklärt.
Der französische Fischdamper „St. Just" und die Bark „St. Juse Aragon" durch U-Boote versenkt.
Der italienische Senat stimmt mit 262 gegen 2 Stimmen dem Gesetzentwurf über die Kriegsvollmachten für die Regierung bei.
Die Erklärung des Kriegszustandes in Italien. — Allgemeine Mobilmachung.
Schwere Reservistenmeutereien in Verona, Bergamo und Monza, in Mailand Unruhen.
Mitteilung des italienischen Marineministeriums von der Einstellung der Schiffahrt in der Adria.
Am rechten Flügel der Türken an der Dardanellenfront und am linken Flügel bei Sedd ül Bahr feindliche Angriffe gescheitert.

22. Mai.
Kämpfe zwischen der Straße Estaire—La Bassée und Arras und bei Givenchy. Angriffe der Feinde bei Neuve Chapelle, an der Lorettohöhe, bei Ablain und Neuville abgewiesen. Nördlich Ablain erreichte ein französischer Vorstoß unsere Gräben.
Westlich der Windau bei Schawdiny ein russisches Reiterregiment aufgerieben.

Neues Wiener Tagblatt
25./V. 1915

Königliche Dekrete.

Lugano, 25. Mai. (Privattelegramm.) Heute früh wurden alle Telephon- und Telegraphenlinien zwischen Rom und dem Auslande unterbrochen. Auch die Agenzia Stefani konnte ihren Dienst nicht fortsetzen.

Der König unterschrieb gestern eine Reihe von Dekreten. Eines derselben verbietet Zusammenkünfte und Umzüge, ein andres betrifft die Aufführung von Opern, Dramen und Konzerten, die Vorstellungen in Kinotheatern ꝛc., welche jetzt jederzeit von den Behörden untersagt werden können. Ein weiteres Dekret enthält die Briefzensur und die Aufhebung der Paketpost. Ein letztes Dekret betrifft die Vollmacht der Regierung, den telegraphischen und telephonischen Dienst zu untersagen, abzuändern oder einzuschränken.

Ein in der „Gazetta Ufficiale" veröffentlichtes Dekret betrifft die österreichisch-ungarischen und deutschen Dampfer in den italienischen Häfen. Darin heißt es: „Da die kriegführenden Mächte im jetzigen Konflikt das Beuterecht ausüben, haben wir die feindlichen Handelsschiffe seit Kriegsbeginn in unsern Häfen zurückgehalten. Auf Vorschlag des Kriegs- und des Justizministers werden im jetzigen internationalen Konflikt die Punkte 211 und 245 des Handelsmarinekodex nicht angewendet, sondern umgeändert. Der Artikel Nr. 211 lautet: „Die Bestimmungen betreffend die Aufbringung und Erbeutung feindlicher Handelsschiffe werden aufgehoben. Schiffen von Mächten, die die gleiche Behandlung für die italienischen Schiffe festsetzen, steht es frei, zu jeder Zeit auslaufen zu können, außer wenn spezielle Umstände die Regierung nötigen, einen bestimmten Zeitpunkt zur Abfahrt zu bestimmen. Diese Schiffe erhalten einen Geleitbrief in die Heimat. Dagegen werden bei Festnahmen oder Sequestrierungen italienischer Handelsschiffe seitens des Feindes gleiche Maßnahmen von Italien angewendet werden."

25./V. 1915

Die Neutralität der Schweiz.

Bern, 24. Mai.

Die Schweizerische Depeschenagentur meldet:

Die deutsche Reichsregierung und die k. u. k. österreichisch-ungarische Regierung haben dem Bundesrat mitgeteilt, daß sie selbstverständlich die bei Kriegsausbruch abgegebenen Erklärungen der strikten Respektierung der schweizerischen Neutralität auch unter den durch die Beteiligung Italiens am Kriege veränderten Verhältnissen aufrechterhalten.

Zwischen der italienischen Regierung und dem Bundesrat hat folgender Notenwechsel stattgefunden:

Erklärung der königlich italienischen Regierung.

Die Regierung Sr. Majestät legt Wert darauf, dem schweizerischen Bundesrat die Erklärung, betreffend die ewige Neutralität der Schweiz und die Unverletzbarkeit des schweizerischen Gebietes, die die königliche Regierung die Ehre hatte, ihm unter dem Datum des 19. August 1914 zu überreichen, zu bestätigen. Die Regierung Sr. Majestät des Königs von Italien ist fest entschlossen, in Hinsicht auf die Schweiz alle ihre Pflichten als Kriegführende auf das peinlichste und loyalste zu beobachten, und wünscht bei dieser Gelegenheit, dem Gefühl ihres vollsten Vertrauens Ausdruck zu geben, welches ihr die in der Note der schweizerischen Regierung vom 26. August enthaltenen Erklärungen, betreffend den festen Willen des Schweizervolkes und die Haltung seiner Regierung in bezug auf die Neutralität und die sich daraus ergebenden Pflichten, eingeflößt haben.

Erklärung des Bundesrates.

Im Augenblicke, da Italien im Begriffe ist, sich an den kriegerischen Ereignissen zu beteiligen, legt der schweizerische Bundesrat Wert darauf, der königlich italienischen Regierung die formellen Versicherungen der absoluten Neutralität, die in der Erklärung des schweizerischen Bundesrates am 5. August vergangenen Jahres und wiederholt in seiner Note vom 26. desselben Monats niedergelegt waren, in aller Form zu bestätigen.

Der Schweizerische Bundesrat ist fest entschlossen, in seinen Beziehungen zu Italien alle seine Pflichten als Neutraler aufs loyalste und peinlichste zu beobachten und wünscht bei dieser Gelegenheit, dem Gefühl des vollen Vertrauens Ausdruck zu geben, welches ihm die in der Note vom 19. August vergangenen Jahres niedergelegte Erklärung einflößt, wonach die königlich italienische Regierung entschlossen ist, für die Zukunft, wie sie es für die Vergangenheit getan hat, die durch die Akte vom 20. November 1815 festgelegten Grundsätze, betreffend die Anerkennung der ewigen Neutralität der Schweiz und der Unverletzbarkeit ihres Territoriums zu befolgen.

Im übrigen hat der Bundesrat seine Gesandten beauftragt, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren, daß die schweizerische Neutralitätserklärung vom 5. August 1914 bestätigt wird.

Neue Freie Presse
25./V. 1915

Die Schweiz als Schutzmacht der Deutschen in Italien und der Italiener in Deutschland.

Bern, 24. Mai.

Die schweizerische Depeschenagentur meldet:

Die kaiserlich deutsche Regierung und die königlich bayerische Regierung haben beim Schweizer Bundesrate angefragt, ob er geneigt wäre, die Vertretung der deutschen und bayerischen Interessen in Italien während der Dauer des soeben ausgebrochenen Krieges zu übernehmen.

Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, diese freundschaftliche und ehrenvolle Mission anzunehmen, und er hat in der Folge der Schweizer Gesandtschaft in Rom die nötigen Instruktionen erteilt.

Die königlich italienische Regierung hat beim Schweizer Bundesrate angefragt, ob er geneigt wäre, die Vertretung der italienischen Interessen in Deutschland während des soeben ausgebrochenen Krieges auf sich zu nehmen.

Der Schweizer Bundesrat hat diese freundschaftliche und ehrenvolle Mission angenommen und hat der Schweizer Gesandtschaft in Berlin die gewünschten Instruktionen erteilt.

Neue Freie Presse
25./V. 1915

Die italienische Kriegserklärung.

Wien, 24. Mai.

Der königlich italienische Botschafter hat gestern Sonntag um ½4 Uhr beim Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern vorgesprochen und die Kriegserklärung Italiens überbracht.

Die italienische Kriegserklärung hat folgenden Wortlaut:

Vienne, le 23 mai 1915.

Conformément aux ordres de Sa Majesté le Roi, Son Auguste Souverain, le soussigné, Ambassadeur d'Italie, a l'honneur de remettre à Son Excellence le ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie la communication suivante:

Dès le quatre de ce mois déclaration a été faite au Gouvernement Impérial et Royal des graves motifs pour lesquels l'Italie, confiante dans son bon droit, proclamait annulé et désormais sans effet son traité d'alliance avec l'Autriche Hongrie, violé par le Gouvernement Impérial et Royal, et reprenait son entière liberté d'action à cet égard Le Gouvernement du Roi, fermément résolu de pourvoir, par tous les moyens dont il dispose, à la sauvegarde des droits et des intérêts italiens, ne saurait manquer à son devoir de prendre, contre toute menace actuelle et future, les mesures que les évènements lui imposent pour l'accomplissement des aspirations nationales. Sa Majesté le Roi déclare de se considérer dès demain en état de guerre avec l'Autriche-Hongrie. Le soussigné a l'honneur de faire connaître, en même temps, à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères que les passeports seront remis aujourd'hui même à la disposition de l'Ambassadeur Impérial et Royal à Rome et il saura gré à Son Excellence de vouloir bien lui faire remettre les siens.

Avarna.

(In deutscher Uebersetzung:)

Wien, 23. Mai 1915.

Den Befehlen Seiner Majestät des Königs, seines erhabenen Herrschers entsprechend, hat der unterzeichnete königlich italienische Botschafter die Ehre, Seiner Exzellenz dem Herrn österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern folgende Mitteilung zu übergeben:

Am 4. d. M. wurden der k. u. k. Regierung die schwerwiegenden Gründe bekanntgegeben, weshalb Italien, im Vertrauen auf sein gutes Recht, seinen Bündnisvertrag mit Oesterreich-Ungarn, der von der k. u. k. Regierung verletzt worden war, für nichtig und von nun an wirkungslos erklärt und seine volle Handlungsfreiheit in dieser Hinsicht wieder erlangt hat. Fest entschlossen, mit allen Mitteln, über die sie verfügt, für die Wahrung der italienischen Rechte und Interessen Sorge zu tragen, kann die königliche Regierung sich nicht ihrer Pflicht entziehen, gegen jede gegenwärtige und zukünftige Bedrohung zum Zwecke der Erfüllung der nationalen Aspirationen jene Maßnahmen zu ergreifen, die ihr die Ereignisse auferlegen. Seine Majestät der König erklärt, daß er sich von morgen ab als im Kriegszustande mit Oesterreich-Ungarn befindlich betrachtet.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Aeußern gleichzeitig mitzuteilen, daß noch heute dem kaiserlichen und königlichen Botschafter in Rom die Pässe werden zur Verfügung gestellt werden, und er wäre Seiner Exzellenz dankbar, wenn ihm die seinen übermittelt würden.

(Gez.:) Avarna.

Neue Freie Presse
25./V. 1915

Erklärung der deutschen Regierung über den Bruch des Dreibundes durch Italien.

Anweisung an den Fürsten Bülow zum Verlassen Roms.

Berlin, 23. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Die italienische Regierung ließ heute durch ihren Botschafter Herzog von Avarna der österreichisch-ungarischen Regierung erklären, daß sich Italien von Mitternacht ab im Kriegszustande mit Oesterreich-Ungarn befinde.

Die italienische Regierung hat durch diesen vom Zaune gebrochenen Angriff gegen die Donaumonarchie das Bündnis auch mit Deutschland ohne Recht und Grund zerrissen.

Das durch die Waffenbrüderschaft noch fester geschmiedete vertragsmäßige Treuverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich ist durch den Abfall des dritten Bundesgenossen und seinen Uebergang in das Lager ihrer Feinde unversehrt geblieben.

Der deutsche Botschafter Fürst Bülow erhielt deshalb die Anweisung, Rom zugleich mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Freiherrn v. Macchio zu verlassen.

Neues Wiener Tagblatt
25./V. 1915

Die Urkunden des Grünbuches.

Das Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht nunmehr folgenden ausführlichen Auszug aus dem Grünbuche:

Am 9. Dezember 1914 beauftragte der Minister des Auswärtigen Sonnino den italienischen Botschafter in Wien Herzog von Avarna, dem Minister des Auswärtigen Graf Berchtold mitzuteilen, daß der Einmarsch Oesterreich-Ungarns in Serbien eine Handlung darstelle, welche zwischen den beiden Regierungen geprüft werden müsse, mit Bezug auf Artikel VII des Dreibundvertrages, welcher für die österreichisch-ungarische Regierung die Verpflichtung zu einem vorgängigen Einvernehmen mit Italien und die Verpflichtung zu Kompensationen selbst für eine nur zeitweilige Besetzung aufstelle. Die kaiserliche und königliche Regierung hätte uns daher befragen und sich mit uns ins Einvernehmen setzen müssen, bevor sie ihre Armee die serbische Grenze überschreiten ließ. Bei dieser Gelegenheit und um unsre Haltung besser verständlich zu machen, müssen wir die kaiserliche und königliche Regierung daran erinnern, daß gerade auf diesen Artikel VII sich stützend die kaiserliche und königliche Regierung uns während unsres Krieges mit der Türkei an verschiedenen militärischen Operationen verhindert hat, welche die Kriegsdauer sicherlich abgekürzt hätten. Auch die Flottenoperationen an den Dardanellen haben formelle Vorbehalte hervorgerufen. Italien hat ein Interesse ersten Ranges an der

Aufrechterhaltung vollständiger Integrität und der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Serbiens.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat allerdings wiederholentlich erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, zum Nachteil Serbiens Gebiete zu erwerben. Aber eine so formulierte Erklärung schafft keine dauernde Verpflichtung, und die allgemeinen Zusicherungen der österreichisch-ungarischen Regierung gelegentlich des Eintretens der Türkei in den Krieg lassen die Möglichkeit etwaiger politischer Aenderungen auf der Balkaninsel voraussehen. Anderseits war schon der bloße Einmarsch in Serbien, selbst wenn er sich als nur zeitweilig herausstellen sollte, genügend, das Gleichgewicht am Balkan ernstlich zu stören, und uns ein Recht auf Kompensationen zu geben. Es muß auch hervorgehoben werden, daß der oben angeführte Artikel VII Italien ein Recht auf Kompensationen auch für Vorteile nicht territorialen Charakters gewährt, welche Oesterreich-Ungarn am Balkan erreichen sollte. Die italienische Regierung hält es für notwendig, ohne irgendeine Verzögerung zu einem Meinungsaustausch zu schreiten, und auf Grund desselben zu einer konkreten Verhandlung mit Oesterreich-Ungarn über die verwickelte Lage, welche die vitalen wirtschaftlichen und politischen Interessen Italiens nahe berührt. Man bemerkt unzweifelhafte Unruhe im Parlament und in der öffentlichen Meinung Italiens, welche offensichtlich eine Neigung zu national-italienischen Ansprüchen zeigt. Die italienische Regierung ist verpflichtet, dem ernstlich Rechnung zu tragen. Das von mir auf dieser Basis gewünschte (invoqué) Uebereinkommen zwischen den beiden Regierungen würde das Ergebnis haben, für die Zukunft jede Gelegenheit für bedauerliche Zwischenfälle, Reibungen und Mißtrauen zu beseitigen, welche heute so bedauerlich häufig sind, und im Gegenteil Beziehungen zu einer herzlichen und beharrlichen Freundschaft zwischen den beiden Ländern möglich und natürlich machen, wie sie dem gemeinsamen Wunsche entsprechen, und ohne welche jedes offizielle Abkommen notwendigerweise unvollkommen und unfruchtbar bleibt.

Der Herzog von Avarna teilte am 12. Dezember mit, daß er die vorstehende Mitteilung gemacht habe, und daß Graf Berchtold geantwortet habe, daß der Krieg gegen Serbien kein Angriffs-, sondern ein Verteidigungskrieg sei, und daraus gefolgert habe, daß damit nicht der Fall gegeben sei, im Augenblicke zu einem Meinungsaustausch mit Italien zu schreiten. — In einer Depesche vom 14. Dezember teilte der Herzog von Avarna mit, daß es dem deutschen Botschafter in Wien auf Grund von Instruktionen des Staatssekretärs von Jagow gelungen sei, den Grafen Berchtold zu überreden, zu einem Meinungsaustausch zu schreiten.

Am 20. Dezember teilte Graf Berchtold dem Herzog von Avarna mit, daß er geneigt sei,

über Kompensationen zu verhandeln.

Fürst Bülow erklärte am 20. Dezember dem Minister Sonnino, daß er nach Rom gekommen sei, um das gute Verhältnis und die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zu verbessern; Italien habe durchaus recht mit seinem Wunsche, Kompensationen zu erörtern, welche bewilligt werden würden, sobald Oesterreich-Ungarn irgendwelche festumgrenzte Ergebnisse erzielt haben würde. Sonnino erwiderte, daß das Land für die Neutralität wäre, wenn es die Befriedigung einiger seiner nationalen Aspirationen erhalten könnte. Fürst Bülow dankte Sonnino für seine Offenherzigkeit und erkannte die Notwendigkeit an, in diesem Sinne zu arbeiten. Am selben Tage erklärte Baron Macchio Sonnino, er reise anläßlich der Feiertage nach Wien. Er bemerkte, daß die österreichischen Truppenbewegungen in Serbien nicht einer vorübergehenden Besetzung gemäß Artikel VII entsprächen. Sonnino erwiderte, man habe schon einen Gouverneur in Belgrad ernannt. Wenn man die Besetzung Serbiens mit dem vergleiche, was während des Krieges mit der Türkei geschehen sei, als Oesterreich sein Veto gegen die Beschießung Salonikis und der Dardanellen erhob, könne kein Zweifel herrschen über das Recht Italiens, die Anwendung des Artikels VII zu verlangen.

Am 7. Jänner benachrichtigte Sonnino den Herzog von Avarna davon, daß er Macchio die logischen und politischen Gründe für die Behandlung der Kompensationsfrage auseinandergesetzt habe. Während einer Besprechung mit Sonnino am 11. Jänner erwähnte Macchio Albanien als einen Gegenstand von Kompensationen. Sonnino argumentierte, daß die Interessen Italiens in Albanien hauptsächlich negativ seien, nämlich, daß kein andre Macht es besetze. Italien hege nicht den Wunsch, wider Willen in die inneren balkanischen Angelegenheiten hineingezogen zu werden und sich unvermeidlich und dauernd im Gegensatz mit Serbien und Bulgarien zu befinden. Gehen wir zu der Frage der Kompensationen hinsichtlich der durch das Gefühl des Volkes erstrebten Provinzen. Sonnino erklärte dem Fürsten Bülow am 14. Jänner, daß man den Zustand einer dauernden Eintracht mit Oesterreich-Ungarn nur erreichen könnte, wenn die irridentistische Formel von Trentino und Triest vollkommen ausgeschaltet würde. Fürst Bülow erklärte, daß Oesterreich-Ungarn

Neues Wiener Tagblatt
25./IV. 1915

II
91

die Urkunden des Ministeriums

den Krieg der Abtretung von Triest vorziehen

würde. Er glaube, es erreichen zu können, daß das Trentino abgetreten würde, aber nichts andres. Sonnino erklärte am 25. Jänner dem Fürsten Bülow, daß er vom Gange der Dinge ein bißchen enttäuscht sei. (Die halbamtliche Wiener Presse erkläre jede Abtretung von Territorien als ausgeschlossen, und die österreichisch-ungarischen Truppen konzentrierten sich an den Grenzen Rumäniens und Serbiens, was eine neue Gefahr für Italien darstelle und eine lebhafte Bewegung zugunsten unsrer Teilnahme am Kriege hervorrufe.) Sonnino erklärte, daß er sich dafür verwenden werde, die Wünsche und Hoffnungen zu mäßigen und Vertrauen auf die diplomatische Aktion zu empfehlen, aber glücklicherweise bleiben wir trotz des guten Willens des Fürsten Bülow und Deutschlands vollkommen von Oesterreich-Ungarn umfaßt mit einem schweren Schaden für unsre Einrichtungen. Baron Burian drückte sich weiterhin allgemein aus und erklärte sich gegen ein Präjudiz.

Baron Burian erklärte am

9. Februar, noch nicht antworten zu können und hob hervor, daß die Besetzung des Dodekanes und Valonas es Italien zur Pflicht machten, sich vorher mit Oesterreich-Ungarn zu einigen.

Diese Gegenvorschläge Oesterreich-Ungarns ergeben sich aus einem langen Promemoria, auf das Italien am 12. Februar antwortete, daß die Abtretung von Valona und des Dodekanes nicht den Gegenstand der gegenwärtigen Unterhandlung bilden sollte. — Sonnino hob am

12. Februar hervor, daß dies entmutigend sei und besteht dringend darauf, daß Wien sich entscheide, indem er hervorhob, daß man nicht einmal dazu gekommen sei, eine Antwort selbst auf die erste Frage zu erhalten, nämlich ob Oesterreich-Ungarn bereit sei, auf Grund einer Abtretung von Gebieten, die heute Oesterreich-Ungarn gehören, zu verhandeln. Unterdessen werden neue Fragen aufgeworfen, die nicht den Gegenstand der gegenwärtigen Unterhandlung bilden sollen, um die Dinge in die Länge zu ziehen. Man bereitet neue militärische Expeditionen auf dem Balkan vor. — Es ist daher unmöglich, künftig irgendeine Illusion über den Ausgang der Unterhandlungen zu haben. — Daher ist Italien, um seine eigene Würde zu wahren, verpflichtet, jeden Vorschlag oder Initiative zu einer Unterhandlung zurückzuziehen, und auf den Bestimmungen des Artikels 7 zu bestehen, der alle militärische Aktionen als offen diesem Artikel zuwider erklärt, die Oesterreich-Ungarn von heute ab auf dem Balkan gegen Serbien und Montenegro unternehmen würde oder gegen andre, ohne daß vorher ein Uebereinkommen, wie es in dem Artikel 7 vorgesehen sei, abgeschlossen worden wäre. Es ist nicht notwendig, hervorzuheben, daß, wenn Oesterreich-Ungarn durch eine Tatsache beweisen würde, daß es die Bestimmung des Artikels 7 nicht beachten wollte, dies zu schweren Folgen führen würde, für die Italien jetzt alle Verantwortung ablehnt.

Baron Burian bestand wiederholt auf seiner Weigerung, den italienischen Gesichtspunkt gelten zu lassen, und am 22. Februar telegraphierte der Herzog von Avarna, es sei unnütz, sich Illusionen zu machen.

Sonnino faßte seine Gedanken am 4. März folgendermaßen zusammen:

1. Keine militärische Aktion dürfe von Oesterreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel begonnen werden, ohne ein vorheriges Abkommen betreffend Kompensationen.

2. Jede Verletzung dieses Grundsatzes würde als offene Vertragsverletzung angesehen werden, und Italien würde volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen.

3. Kein Vorschlag und keine Diskussion betreffend Kompensation kann zu einem Uebereinkommen führen, wenn dadurch nicht die Abtretung von bereits in Oesterreich-Ungarns Besitze befindlichen Gebieten vorgesehen wird.

4. Solange die Abmachung des Artikels 7 gilt, wollen wir eine Kompensation als Folge schon der Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn eine militärische Aktion auf der Balkanhalbinsel begonnen hat, unabhängig davon, welche Ergebnisse diese Aktion haben könnte, und ohne daß es dadurch ausgeschlossen würde, daß man noch andre Kompensationen in konditioneller Form und entsprechend den Vorteilen, welche Oesterreich-Ungarn zu erringen in der Lage sein würde, vereinbaren könnte.

5. Der fixierte Teil der Kompensationen, welcher als Ausgleich für den Beginn der militärischen Aktion Oesterreich-Ungarns, unabhängig von deren Ergebnis, dient, wird nicht geheim gehalten werden dürfen, sondern in Wirksamkeit gesetzt werden müssen durch tatsächliche Uebergabe der abgetretenen Gebiete und ihre sofortige Besetzung durch Italien.

6. Keine Diskussion über eine Kompensation von unsrer Seite für die Besetzung der zwölf Inseln und von Valona.

Am 4. März telegraphiert Sonnino an den Herzog von Avarna, er möge den Baron Burian benachrichtigen, daß die Beschießung von Antivari in der vorhergegangenen Nacht im offenen Gegensatz zu der Mitteilung Italiens an Oesterreich-Ungarn vom 22. Februar und zu der Erklärung des Barons Burian stehe.

Am 9. März erklärt Baron Burian, daß die österreichisch-ungarische Regierung einer Diskussion über die Frage der Kompensationen auf der vorerwähnten Grundlage des italienischen Vorschlages zustimme. Sonnino stellt zur Bedingung, daß, wenn ein Uebereinkommen beschlossen werde, es

sofort ausgeführt werde,

und daß die Dauer der Verhandlungen auf zwei Wochen beschränkt werde.

Am 13. März erklärt Baron Burian ausführlich, daß er dem nicht zustimme, daß ein Uebereinkommen sofort in Wirksamkeit gesetzt werde. Sonnino beharrt auf seiner Forderung, und dieser **Punkt der sofortigen Wirksamkeit eines Abkommens**

Neues Wiener Tagblatt
25./V. 1915

III

92

Die Urkunden des Grünbuches.

bildet den Gegenstand zahlreicher Gespräche zwischen Sonnino und dem Fürsten Bülow und Instruktionen an den Herzog von Avarna.

Am 20. März erklärte Bülow, daß Deutschland gegenüber Italien die Bürgschaft dafür übernehme, daß die Konvention, welche zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn geschlossen werden solle, nach dem Friedensschluß loyal ausgeführt werde.

Am 22. März erklärte Sonnino, daß er sich der Wiedereröffnung der Diskussion und der Verhandlungen nicht widersetze, obgleich ohne eine Lösung der Frage der sofortigen Wirksamkeit die Diskussion nur ins Blaue hineinginge.

Sonnino telegraphierte am

31. März dem Herzog von Avarna, daß die nicht genau bestimmten und ungewissen Vorschläge durchaus unzureichend seien.

Auf Verlangen des Barons Burian

machte Sonnino am 6. April folgende Gegenvorschläge:

1. Oesterreich-Ungarn tritt an Italien das Trentino mit den Grenzen des Königreichs Italien im Jahre 1811 ab.

2. Grenzberichtigung zugunsten Italiens an dessen östlicher Grenze, Gradisca, Gorizia inbegriffen, wobei die Grenze am Meer zwischen Monfalcone und Triest bei Nabresina endigt.

3. Die Stadt Triest mit ihrem Gebiet, das im Norden Nabresina und im Süden Capo d'Istria Pirano einschließen würde, wird ein autonomer unabhängiger Staat. Oesterreich-Ungarn wird auf alle Souveränität verzichten.

4. Oesterreich-Ungarn tritt an Italien die Cuzolarinseln ab.

5. Italien wird sofort die vorerwähnten Gebiete besetzen. Triest und sein Gebiet werden unverzüglich von den Oesterreichern geräumt.

6. Oesterreich-Ungarn erkennt die volle Souveränität Italiens über Valona an.

7. Oesterreich-Ungarn gibt vollkommen seine Interessen an Albanien auf.

8. Oesterreich-Ungarn wird den aus militärischen oder politischen Gründen Verurteilten der abgetretenen Gebiete volle Amnestie gewähren.

9. Italien wird an Oesterreich-Ungarn 200 Millionen Lire in Gold zahlen.

10. Italien bewahrt vollkommene Neutralität gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn während des ganzen gegenwärtigen Krieges.

11. Während des ganzen gegenwärtigen Krieges verzichtet Italien darauf, nachträglich sich auf Artikel VII zu seinen Gunsten zu berufen, und verzichtet Oesterreich-Ungarn in gleicher Weise darauf hinsichtlich des Dodekanesos.

Zwischen dem 2. April und dem 13. April wurden Gerüchte von einem österreichisch-russischen Sonderfrieden, um freie Hand gegen Italien zu haben, immer häufiger. Sonnino telegraphierte am 13. April dem Herzog von Avarna dringend um eine österreichische Antwort. Aus der Antwort des Barons Burian vom 16. April ging hervor, daß er keine der italienischen Forderungen annimmt, sondern nur neue Vorschläge macht.

Sonnino telegraphierte am 21. April dem Herzog von Avarna, daß die Abtretungen, die Oesterreich geneigt wäre, zu bewilligen, ihm nicht genügend erschienen für ein Abkommen, wie es zwischen den beiden Staaten abgeschlossen werden müßte, um eine feste und normale Lage zu schaffen. Nur zeige sich Oesterreich-Ungarn bereit, etwas über seine ersten Vorschläge hinaus zu bewilligen, aber selbst hier sehe man nicht eine Beseitigung der größten Unzuträglichkeiten der gegenwärtigen Lage vom sprachlichen, ethnologischen und militärischen Standpunkt aus. Was das übrige anlange, so setzte Baron Burian vollkommenen Widerstand entgegen. Dagegen bestände ein unüberbrückbarer Gegensatz für den Artikel V bezüglich des Datums der Ausführung eines etwaigen Uebereinkommens.

Der Herzog von Avarna telegraphierte am 25. April, daß Baron Burian in unnützen Diskussionen fortfahre und sich nicht vom wahren Stande der Dinge Rechenschaft abzulegen scheine. Baron Burian gebe sich der Illusion hin, daß Italien sich schließlich mit dem Angebotenen zufrieden geben werde. Baron Burian könne sich nicht von der Möglichkeit überzeugen, in der sich Italien befinden könne, im Falle, daß seine Forderungen nicht vollkommen angenommen würden, Oesterreich-Ungarn und Deutschland den Krieg zu erklären. Daher erscheine ein Abkommen mit Oesterreich-Ungarn auf der Grundlage der italienischen Vorschläge unter den gegenwärtigen Umständen beinahe unmöglich.

Das Grünbuch schließt mit dem Schriftstück vom 3. Mai.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Der Botschafter Oesterreich-Ungarns am königlich italienischen Hofe hat bereits seine Pässe erhalten und reiste gestern abends in einem von der italienischen Regierung beigestellten Extrazuge mit dem Personal der Botschaft nach der Schweiz ab, wo ihn ein österreichischer Zug erwartet.

In Gesellschaft des Freiherrn von Macchio **verläßt auch der k. u. k. Botschafter beim Heiligen Stuhl, Prinz Johann Schönburg, mit den Mitgliedern seiner Mission Italien.**

Gleichzeitig erfolgt die Abreise der kaiserlich deutschen Botschaft in Rom, sowie der Gesandtschaften Preußens und Bayerns beim Heiligen Stuhl.

Dem königlich italienischen Botschafter in Wien sind seine Pässe heute um einviertel 12 Uhr vormittags zugestellt worden.

Den **Schutz** der österreichischen und der ungarischen Staatsangehörigen in Italien hat Spanien, jenen der Italiener in Oesterreich-Ungarn haben die Vereinigten Staaten von Amerika übernommen.

Den Schutz der Deutschen in Italien und ebenso umgekehrt jenen der Italiener in Deutschland hat die Schweiz übernommen.

K. **Berlin**, 24. Mai. Das Wolffsche Bureau meldet aus Rom vom Gestrigen:

Botschaftsrat v. Hindenburg begab sich nachmittags um 5 Uhr auf die Consulta, wo er im Auftrage des Fürsten v. Bülow unter Hinweis auf den Abbruch der Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn die Pässe für den deutschen Botschafter forderte.

Fürst v. Bülow mit dem Personal der Botschaft, der bayrische Gesandte am Quirinal sowie der **preußische und der bayrische Gesandte am Vatikan verlassen morgen abends in zwei Extrazügen Rom.** Der Zug des Fürsten fährt um 9 Uhr 30 Minuten abends ab und soll am nächsten Morgen um 9 Uhr 30 Minuten in Chiasso eintreffen.

Die Stadt ist vollkommen ruhig. Allerdings ist der Abbruch der offiziellen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien noch nicht bekannt.

Berlin, 24. Mai. (**Tel. d. „Fremden-Blatt“.**) Die Consulta teilte dem deutschen Botschafter Fürsten Bülow mit, daß von heute ab der Kriegszustand gegen Oesterreich-Ungarn begonnen habe.

25./V. 1915

Maßnahmen in Italien.

Mobilmachung und Ausnahmszustand.

K. Paris, 22. Mai. Die Agence Havas meldet aus Rom:

Der König hat die allgemeine Mobilmachung des Heeres und der Marine sowie die Requirierung aller Fuhrwerke und zur Beförderung dienenden Tiere angeordnet.

K. Rom, 22. Mai. Nach Mitteilungen aus privater Quelle wurde der Belagerungszustand verhängt über die Provinzen Sondrio, Brescia, Verona, Vicenza, Belluno, Udine, Venedig, Treviso, Padua, Ferrara und Mantua, ferner über die Inseln und Gemeinden an der adriatischen Küste sowie über alle vom Kriegsminister und vom Marineminister als verteidigungsfähig anerkannten Festungen.

Die deutschen Vertreter beim Vatikan in Lugano.

Bern, 24. Mai. Das Schweizer politische Departement hat der Tessiner Regierung mitgeteilt, daß die Gesandten Preußens und Bayerns beim Vatikan während der Kriegsdauer in Lugano Aufenthalt nehmen werden und hat die Regierung ersucht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

26./V. 1915

Kriegsverfügungen der italienischen Regierung.

Deckungslose Vermehrung der Banknoten. — Pump in London. — Eine Kriegsdarlehenskasse. — Zensur.

Lugano, 24. Mai.

Den drei italienischen Emmissionsbanken wurde erlaubt, die Banknotenmenge sogleich um viele hunderte Millionen Lire, selbstverständlich ohne die geringste Erhöhung der Metalldeckung, zu vermehren, eine öffentliche Bekanntmachung der seit dem lybischen Kriege betätigten Gewohnheit, durch welche die deckungslose Vermehrung der Banknotenmenge um etwa drei Milliarden Lire verschwiegen wurde. Dennoch wird binnen kurzem noch die Aufnahme einer besonderen Kriegsanleihe, scheinbar auch im Inlande, in Wirklichkeit aber in London erfolgen. In Nachäffung der deutschen Einrichtung nu de eine besondere Kriegsdarlehenskasse geschaffen, welche Industriepapiere und Pfandbriefe beleihen soll.

Neue Verfügungen Italiens betreffen die Einführung der übrigens schon seit langem gehandhabten Zensur und des Beschlagnahmerechtes für die Briefpost und die Aufhebung der Privatpackelpost und des indirekten Zeitungsversands. Ferner betreffen die neuen Verfügungen insbesondere die Einstellung des Postdienstes mit Oestereich-Ungarn und die Rückgabe auf gelieferter Wertsendungen nach Oesterreich-Ungarn an die Absender, sowie die Einführung scharfer Bestimmungen betreffend die öffentliche Ordnung und alle öffentlichen Veranstaltungen und Betriebe.

(Drahtmeldung der „Reichspost".)

f. Genf, 25. Mai.

Die Agentur „Havas" meldet aus Rom: Der Kriegszustand wurde auf ganz Italien ausgedehnt.

Reichspost
26./V. 1915

Abreise der diplomatischen Vertreter.

Lugano, 25. Mai.

Die Abreise des Fürsten Bülow von Rom erfolgte um ½10 Uhr abends vom Hauptbahnhofe. Mit dem Fürstenpaar reiste auch der preußische Gesandte beim Vatikan ab, da die Geschäftsführung der deutschen Missionen beim Vatikan nach Lugano verlegt wird, während die Fiktion aufrechterhalten wird, als verblieben die Gesandtschaften selbst in Rom. Deshalb reiste im zweiten Sonderzuge der dem bayrischen Gesandten am Quirinal, von der Tann, zur Verfügung stand, auch der bayrische Gesandte beim Vatikan Baron Ritter. Weder bei der Fahrt zum Bahnhofe noch beim Abgange des Zuges ereignete sich ein Zwischenfall.

München, 25. Mai.

Der „Korrespondenz Hoffmann" wird durch das Ministerium des Aeußern mitgeteilt: Der hiesige italienische Gesandte Marchese della Ternetta hat nachmittags im Ministerium des Aeußern seine Pässe erbeten. Den in Bayern zugelassenen italienischen Konsuln und Vizekonsuln wurde die Exequatur entzogen.

(Drahtbericht der „Reichspost".)

† Berlin, 25. Mai.

Den italienischen Konsuln in dem besetzten Teil Belgiens wurde die Exequatur entzogen.

Der italienische Gesandte in Luxemburg bereitet seine Abreise vor.

Der letzte Gottesdienst in der deutschen Botschaft in Rom.

KB Berlin, 25. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet aus Rom: In der Kapelle der deutschen Botschaft im Palazzo Caffarelli fand zu derselben Stunde, in der die italienische Regierung dem österreichisch-ungarischen Botschafter die Pässe zustellte und hiemit auch der Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien gewiß wurde, ein Pfingstgottesdienst statt, zu dem Fürst Bülow von der Villa Malta herübergekommen war, der letzte Gottesdienst, der in dieser Kapelle abgehalten wurde, die vor gerade hundert Jahren zum ersten Male den Deutschen in Rom ihre Pforten erschlossen hatte. Der nächste Gottesdienst nach dem Frieden sollte in der neuen deutschen Kirche in der Via Toscana, die unmittelbar vor der Einweihung stand, stattfinden. — Fürst Bülow unterhielt sich nach dem Gottesdienste noch mit verschiedenen Mitgliedern der deutschen Gemeinde, ehe er nach dem letzten Rundgange durch den Caffarellipalast in die Villa Malta zurückkehrte.

Der Schutz der deutschen Kirche in Rom ebenso wie aller anderen deutschen Institute daselbst ist dem schweizerischen Gesandten von Planta übertragen worden. In Rom erstreckt sich dieser Schutz außer auf die neue Kirche auf die historischen Institute, das archäologische Institut, das deutsche Krankenhaus, die deutsche Akademie in der Via Nomentana, den Palazzo Zuccari, die deutsche Schule, den Friedhof am Monte Testaccio, die Villa Falconieri und die Villa Frascati. Auch die deutschen Besitzungen in anderen Städten Italiens, darunter das kunsthistorische Institut in Florenz, das Dohrnsche Aquarium in Neapel, sowie die Seemannsheime und deutschen Kirchen in den italienischen Hafenstädten sind dem schweizerischen Schutze unterstellt worden.

Reichspost
26./V. 1915

Der Bruch des „Garantiegesetzes".

KB Lugano, 24. Mai.

Durch die halbamtliche Verlautbarung, daß die italienische Regierung keine Erklärungen abgegeben habe, denen zufolge das Verbleiben der diplomatischen Vertreter der mit Italien verfeindeten Staaten beim Heiligen Stuhl in Rom unerlaubt sei, unternimmt es die italienische Regierung, die Verantwortung der geplanten Mißachtung des Garantiegesetzes für die päpstliche Souveränität und der gewaltsamen willkürlichen Annullierung der völkerrechtlichen Stellung des beim Papste beglaubigten diplomatischen Korps abzulehnen oder zu verschleiern. Ein solches Unternehmen wird ihm nicht gelingen, da ebenso der Botschafter Oesterreich-Ungarns wie der Gesandte Bayerns und der Preußens beim Heiligen Stuhl, ihrer Rechte und Pflichten bewußt, bleiben und nur dem Zwange weichen.

Reichspost
26./V. 1915

Ein Rundschreiben Sonninos an die auswärtigen Vertretungen Italiens.

Ebenso lang als verlogen.

Lugano, 24. Mai.

Die gestrigen italienischen Zeitungen bringen ein endloses, aber eines jeden schlüssigen Kriegsgrundes bares Rundschreiben des Ministers des Aeußern Sonnino an Italiens Vertreter im Auslande, um Italiens Krieg gegen seine Verbündeten verständlich zu machen. (Womit zugegeben ist, daß Italiens Handlungsweise selbst seinen Vertretern ganz unverständlich war.)

Das Rundschreiben enthält einleitend die Behauptung, Serbien habe Oesterreich-Ungarns Ultimatum mit der Darbietung aller rechtsmäßigerweise zu verlangenden Befriedigungen beantwortet. Diese Behauptung ist bewußt unwahr. Es ist vielmehr in alle politischen und diplomatischen Kreisen Roms eine bekannte Tatsache, daß Minister San Giuliano die Unzulänglichkeit der serbischen Beantwortung des Ultimatums selbst anerkannt und noch, als es bereits zu spät war, versucht hat, Serbien zur vollständigen Annahme der Forderungen Oesterreich-Ungarns zu überreden. Dieser Versuch San Giulianos war vergeblich, weil Serbien auf Rußland rechnete und wußte, daß Italien selbst gemäß seiner langjährigen unredlichen Politik mit doppeltem Boden nebenher ein Einvernehmen mit Rußland zugunsten Serbiens gegen Oesterreich-Ungarns herzustellen bemüht war.

Der sonstige Inhalt des Rundschreibens verdient keinerlei Erwähnung, geschweige eine Entgegnung, wie ja bezeichnenderweise von italienischer Seite aus keine ernstliche Widerlegung der amtlichen und halbamtlichen Wiener und Berliner Darstellungen des Tatbestandes und der Rechtslage unternommen wird und die italienischen Zeitungen es vorziehen, diese Darstellungen zu verschweigen, um die Regungen des Gewissens ob der Schändlichkeit des italienischen Verrates und Sorgen ob der Folgen des Verrates hintanzuhalten.

Neues Wiener Tagblatt
26./V.1915

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien.

Das Rotbuch Oesterreich-Ungarns.

Ein historisches Dokument von höchster Bedeutung für alle Zeiten liegt heute vor; die Darstellung unsres Auswärtigen Amtes über die Haltung Italiens vom Beginn des Krieges an. Klar und lichtvoll sind die Ausführungen; plastisch und eindringlich sind die einzelnen Phasen geschildert, und mit nicht zu übertreffender Präzision wird jeder Schritt Italiens bis zum vollendeten Treubruche dargetan. Wahrheit und Recht, das Bestreben, den Frieden aufrechtzuerhalten und das Bundesverhältnis zu wahren, sind auf seiten Oesterreich-Ungarns, das schwere Opfer dem Verbündeten zuliebe zu bringen bereit war. Wir begrüßen dieses Rotbuch, das kein trockenes Aktenmaterial, sondern eine lebendige Schilderung bringt, die sich einprägen wird in jedes Herz, die, wenn es noch einer Entflammung der Geister gegen den mutwilligsten und verwerflichsten aller Kriege bedurft hätte, zu allen Opfern die Völker Oesterreich-Ungarns erst recht aneifern wird. Gegen Unrecht, Gewalt und Tücke haben Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Staatsmänner zehn Monate lang einen aufreibenden Kampf führen müssen, und sie haben bis zum letzten Moment trotz allen Mißtrauens, das bereits walten mußte, den Faden der Verhandlungen nicht zum Reißen bringen lassen, um der Welt das noch nie dagewesene Schauspiel des Vertragsbruches eines Partners zu bieten, den man mehr als dreißig Jahre alle Vorteile eines Bündnisses in reichstem Maße genießen ließ. Schritt für Schritt zeigt die Publikation unsres Auswärtigen Amtes, wie es bis zu der ganz ungeheuerlichen Kriegserklärung gekommen ist, und mit aller Klarheit tritt zutage, weshalb Italien für seine Kriegserklärung keinerlei stichhältigen Grund finden konnte. Dieses historische Dokument bedarf keines weitgehenden Kommentars, es spricht die beredteste Sprache, und es ist belegt mit Aktenstücken, die nicht widerlegt werden können und die die schärfste Verurteilung der Herren Salandra und Sonnino bilden.

Von einigen dieser Aktenstücke muß gesprochen werden, weil sie bisher nicht bekannt waren und weil sie beweisen, wie himmelweit sich die treulose Haltung Italiens von jenen Kundgebungen entfernte, die zu Kriegsbeginn von italienischer Seite an uns gelangten. Da finden wir ein Telegramm des Königs Viktor Emanuel an unsern Kaiser, datiert vom 2. August 1914, in welchem der König versichert, daß Italien die herzlich freundschaftliche Haltung bewahren werde, entsprechend dem Dreibundverhältnisse und entsprechend seinen aufrichtigen Gefühlen und den Interessen des Landes. Von demselben Jahre datiert eine Mitteilung des Ministers des Aeußern Marchese di San Giuliano an unsern Botschafter, in der diese Versicherung bestärkt und sogar eine eventuelle Kooperation in Aussicht gestellt wird. Mit dem Tode San Giulianos ändert sich bereits das Bild; es beginnt eine Epoche der Hinterhältigkeit, der Ausnützung der Lage der Verbündeten, und es kommt die Zeit der Pressionen. Wie anders klingt jetzt die Sprache gegenüber der des Königs und San Giulianos? Verwunderung und Zorn muß alles erregen, was von Herrn Sonnino unternommen wurde. Heute sieht man klar in die lange Aera der Verhandlungen, heute begreift man, daß die schärfste Verurteilung des Vorgehens Italiens noch viel zu milde ist. Aktenmäßig und unwiderleglich ist die größte Treulosigkeit bewiesen, die bisher begangen wurde, und wenn wir im nachfolgenden im Wortlaut die Darstellung unsres Auswärtigen Amtes folgen lassen, ist es nicht Gebrauchtum, sondern die verdiente Wertung einer wahrhaft historischen Kundgebung, die vor der ganzen Welt unsre musterhafte Korrektheit und das treulose Vorgehen Italiens beweist.

* * *

Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Als die von Serbien seit vielen Jahren betriebenen Machenschaften durch den Mord von Sarajevo in der furchtbarsten Weise vor aller Welt offenbar geworden waren und Oesterreich-Ungarn sich, den elementarsten Geboten der Selbsterhaltung folgend, entschloß, ernste Garantien gegen die Fortsetzung dieser Umtriebe von Serbien zu fordern, konnte die Monarchie mit Fug und Recht erwarten, daß die volle Berechtigung ihrer Aktion anerkannt werden würde. Es konnte ja in der Tat einer europäischen Großmacht nicht zugemutet werden, von einem kleinen Nachbarstaate die gehässigsten Provokationen, die planmäßige Förderung einer Abfallbewegung in den Grenzgebieten und die skrupellose Mitwirkung an verbrecherischen Anschlägen und weitverzweigten Verschwörungen gegen ihre Sicherheit und Integrität hinzunehmen, ohne schließlich zu den energischesten Mitteln der Abwehr zu greifen.

Ebensowenig wie gegen die innere Berechtigung konnten gegen die Form des Vorgehens Oesterreich-Ungarns Einwendungen erhoben werden. Es handelte sich um eine Differenz zwischen der Monarchie und einem unabhängigen Staate über ihr gegenseitiges Verhältnis, und nichts berechtigte zu dem Verlangen, daß die erstere die Frage, wie weit sie in dem Schutze ihrer Ruhe und Sicherheit zu gehen habe, von der Entscheidung dritter Mächte abhängig machen müsse.

Wiewohl der Streitfall somit ausschließlich Oesterreich-Ungarn und Serbien anging, mußte doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Rußland, ungeachtet unsrer Erklärung, im Fall eines lokalisierten Konfliktes die Souveränität und den territorialen Besitzstand Serbiens nicht antasten zu wollen, den willkommenen Anlaß ergreifen könnte, um den seit langem gehegten Plan eines Angriffskrieges gegen Oesterreich-Ungarn und damit zugleich gegen das Deutsche Reich, den die umfassenden Rüstungen, die mehrfachen Probemobilisierungen und die Inangriffnahme des Baues großer strategischer Bahnen in der letzten Zeit immer deutlicher hatten erkennen lassen, jetzt schon zur Ausführung zu bringen.

Neues Wiener Tagblatt
26./V. 1915

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien.

Ja, es war sogar zu erwarten, daß unsre durch die unerhörte Vorgangsweise Serbiens voll begründeten Forderungen von diesem nur dann abgelehnt werden würden, wenn von Petersburg das Signal käme, daß Rußland den Moment für den Angriff auf die Monarchie für gekommen erachtet. War doch Serbien für diesen Fall im russischen Kalkul die wichtige Aufgabe des Flankenstoßes zugewiesen, eine Rolle, für die Rußland Serbien durch panslawistische Liebesbeweise und konsequente politische Unterstützung stets bereitzuhalten verstand.

Die unberechtigte Einmischung Rußlands.

Es war bei dem System von Bündnissen und Ententen, das seit Jahrzehnten die Grundlage der europäischen Politik bildete, von vornherein klar, daß Rußland durch seine unberechtigte Einmischung in die Kontroverse zwischen der Monarchie und Serbien die schwersten Konsequenzen, ja einen allgemeinen Konflikt heraufbeschwören müßte.

Denn darüber konnte kein Zweifel bestehen, daß das Deutsche Reich, das die volle Berechtigung unsrer Anklagen gegen Serbien anerkannte, von dem Weg, den ihm das gegebene Wort und die eigenen Lebensinteressen vorzeichneten, nicht abweichen und dem langjährigen Bundesgenossen gegen einen russischen Angriff mit ganzer Macht Beistand leisten werde. Damit war aber auch der Kriegsfall für Frankreich gegeben, das seit Jahrzehnten auf die günstige Gelegenheit zur Verwirklichung seiner Revanchepläne gelauert hatte, und ebenso war zu erwarten, daß England, wenn es auch das Bestehen fester Vereinbarungen mit den beiden andern Ententemächten noch in letzter Zeit geleugnet hatte, sich an dem Kampf gegen den beneideten und gefürchteten Rivalen, das mächtig emporstrebende Deutsche Reich, beteiligen werde. Schließlich konnte auch damit gerechnet werden, daß die Türkei, wiewohl sie noch an den Nachwirkungen des eben beendeten Balkankrieges zu tragen hatte, sich in der Erkenntnis, daß ein Sieg Rußlands das Ende ihrer Unabhängigkeit bedeuten müßte, an die Seite der Zentralmächte stellen würde.

Die Stellung Italiens.

Welches war nun die Stellung Italiens zu diesem eventuellen europäischen Krieg? Wohl bestimmte der Bundesvertrag mit den beiden Zentralmächten, dem Italien drei Jahrzehnte der Sicherheit und des Friedens, die ungestörte Entwicklung seiner staatlichen und wirtschaftlichen Kräfte und den fast müheloſen Erwerb zweier ausgedehnter Provinzen jenseits des Mittelländischen Meeres verdankte, daß es seinen beiden Verbündeten in einem Kriege gegen zwei oder mehrere Mächte beizustehen habe, wenn jene den Krieg nicht selbst provoziert hätten.*) Wohl war es klar, daß das Einschreiten Oesterreich-Ungarns, das nach Jahren beispielloser Friedensliebe und Geduld gegenüber den serbischen Herausforderungen endlich erfolgen mußte, nicht den Charakter einer Provokation an sich trug, daß der Angriff vielmehr von Rußland ausging, das sich bei der Durchführung seiner weitausgreifenden Pläne Serbiens als Sturmbock gegen die Monarchie bediente. Dennoch waren Anzeichen dafür vorhanden, daß Italien nicht, wie es dem Wortlaute und dem Geiste des Bündnisses entsprechen würde, an der Seite seiner Alliierten in den Krieg eintreten werde.

Nach der schillernden Haltung, die Italien zur Zeit von Algeciras und während der Annexionskrise eingenommen hatte, nach den Besprechungen von Racconigi und dem fortgesetzten Liebäugeln mit der Tripelentente mußten Oesterreich-Ungarn und Deutschland vielmehr den Verdacht hegen, daß Italien sich der Erfüllung seiner Bündnispflichten entziehen und dies durch allerlei am Text des Vertrages geübte Interpretationskünste motivieren werde.

War also auch auf die volle Erfüllung der aus dem Bundesverhältnis entspringenden Pflichten durch Italien nicht mit Sicherheit zu rechnen, so konnten Oesterreich-Ungarn und Deutschland doch zum mindesten erwarten, daß Italien durch eine wohlwollend neutrale Haltung seine Alliierten in dem ungeheuern Kampfe unterstützen werde.*)

Die tatsächliche Entwicklung der Ereignisse hat diese Annahmen zunächst gerechtfertigt, und nichts ließ in den Anfangsstadien des Weltkrieges vermuten, welch ungeheuerlichen Treubruches und Verrates Italien sich späterhin schuldig machen würde.

Die gewaltsame Auslegung des Artikels VII.

In dieser ersten Periode, die mit der Ueberreichung unsrer Note in Belgrad beginnt und bis in den Winter hinein sich erstreckt, war das Verhalten Italiens von drei leitenden Gesichtspunkten bestimmt: von dem Entschluß, bis auf weiteres nicht aus der Neutralität herauszutreten, jedoch sofort mit aller Intensität auf einen hohen Grad militärischer Bereitschaft hinzuwirken; von dem Streben, seine neutrale Haltung an der Hand des Vertragstextes zu motivieren und die Bundesgenossen durch freundschaftliche Erklärungen zu beruhigen; endlich von der Absicht, für alle Fälle von Oesterreich-Ungarn mittels einer gewaltsamen Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages die Zusicherung zu erlangen, daß im Falle irgendwelcher Errungenschaften der Monarchie in Serbien oder Montenegro Italien der Anspruch auf gleichwertige Kompensationen zustehe.

*) Verpflichtete doch der Artikel IV des Dreibundvertrages sogar für den Fall einer aus defensiven Gründen von einem der Verbündeten ergriffenen kriegerischen Initiative die andern zu wohlwollender Neutralität. Artikel IV lautet in Uebersetzung: „Falls eine Großmacht, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die staatliche Sicherheit eines der hohen Vertragsschließenden bedrohen würde und der Bedrohte dadurch gezwungen wäre, ihr den Krieg zu erklären, so verpflichten sich die beiden andern, ihrem Verbündeten gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Ein jeder behält sich in diesem Falle vor, an dem Kriege teilzunehmen, wenn er es für angezeigt erachtet, um mit seinem Verbündeten gemeinsame Sache zu machen."

Neues Wiener Tagblatt
26. IX. 1915

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien.

Dementsprechend hat denn auch der italienische Ministerrat, nachdem schon vorher mündliche Aeußerungen Marquis di San Giulianos darauf vorbereitet hatten, am 1. August 1914 den Beschluß gefaßt, daß Italien neutral bleiben werde. Als Gründe hiefür wurden angegeben, daß das Vorgehen der Monarchie gegen Serbien einen aggressiven Akt gegen Rußland darstelle, weshalb der Bündnissfall für Italien im Sinne des Vertrages nicht eingetreten sei — eine Behauptung, die durch den bloßen Hinweis auf die bekannten umfassenden Vorbereitungen Rußlands für einen Angriffskrieg gegen die beiden Zentralmächte und auf die volle Unabhängigkeit Serbiens widerlegt wird; ferner, daß Italien den Gefahren eines Weltkrieges bei seiner exponierten geographischen Lage besonders ausgesetzt wäre — was zutreffen mag, Italien seiner Verpflichtungen aber keinesfalls entbinden kann; schließlich daß Oesterreich-Ungarn es verabsäumt habe, sich im Sinne des Artikels VII des Bündnisvertrages vor den entscheidenden Schritten mit Italien ins Einvernehmen zu setzen und es überhaupt ablehne, die italienische Interpretation dieses Artikels anzuerkennen. Welche Bewandtnis es mit diesem letzten Punkt hatte, davon wird weiter unten noch eingehender gesprochen werden.

Wiewohl die italienische Argumentation somit sehr anfechtbar war, wurde die Neutralitätserklärung von Oesterreich-Ungarn ohne nachdrückliche Einwendungen zur Kenntnis genommen, umsomehr als Italien gleichzeitig neuerlich erklärte, an dem Bundesverhältnis im übrigen festhalten zu wollen, ja eine spätere Kooperation als durchaus nicht ausgeschlossen bezeichnete und in allen Ennunziationen einen aufrichtig klingenden, freundschaftlichen Ton anschlug.

Anspruch auf Kompensationen.

Parallel mit diesen Besprechungen über die Frage der Neutralität lief eine Aktion Italiens, die schon am 25. Juli eingesetzt hatte und die, wie schon bemerkt, das Ziel verfolgte, unter Berufung auf den Artikel VII des Dreibundvertrages Italien für den Fall der Besetzung serbischen Gebietes durch österreichisch-ungarische Truppen den Anspruch auf Kompensationen zu sichern.

Sowohl die Entstehungsgeschichte als der Wortlaut dieses Artikels lassen klar erkennen, daß seine Bestimmungen einzig und allein auf den Fall der Besetzung türkischen Gebietes Anwendung zu finden haben. Er wurde im Jahre 1887 auf Wunsch Italiens in den Vertrag aufgenommen, also zu einer Zeit, da die Kompaziszenten sicherlich nur das künftige Schicksal der Türkei und ihres Gebietes regeln wollten. Es steht außer Zweifel, daß diese Abmachungen getroffen wurden, um zu verhindern, daß, falls sich die von den Verbündeten in erster Linie angestrebte unveränderte Aufrechterhaltung des türkischen Besitzstandes in Europa als unmöglich erweisen sollte, die Interessen eines der beiden Teile einseitig und ohne gleichmäßige Berücksichtigung des andern bevorzugt würden. An andre, nichttürkische Gebiete der Balkanhalbinsel war damals nicht gedacht worden. Dies geht auch aus dem Text, der seit 1887 unverändert blieb, klar hervor, da daraus zu entnehmen ist, daß wohl die türkischen Küstengebiete in der Adria und im Aegäischen Meer, nicht aber die griechischen oder montenegrinischen unter diese Bestimmungen fallen! *)

Mit vollem Recht nahm daher die österreichisch-ungarische Regierung den Standpunkt ein, daß der Artikel VII auf den Fall eines Konfliktes mit Serbien und die eventuelle Besetzung serbischen Gebietes nicht anzuwenden sei. Deshalb hielt sie sich auch nicht für verpflichtet, vor dem diplomatischen Schritte in Belgrad, der noch nicht den Krieg bedeutete, wenn er auch dazu führen konnte, gewissermaßen die Genehmigung Italiens einzuholen.

Die entgegengesetzte Auffassung vertrat Italien, das, wie schon früher erwähnt, das Fehlen eines vorangegangenen Einvernehmens sowie die abweichende Auslegung dieser Vertragsbestimmungen durch Oesterreich-Ungarn zum Vorwand nahm, um sich von der Pflicht der militärischen Kooperation loszusprechen, anderseits aber eben auf Grund seiner Interpretation in Wien seine prinzipiellen Kompensationsansprüche für den Fall der Okkupation serbischen Territoriums durch Oesterreich-Ungarn geltend machte.

Ueber diese letztere Frage wurden zwischen beiden Kabinetten im freundschaftlichsten Tone längere Verhandlungen geführt, an denen auch die deutsche Regierung teilnahm. Auf den Verlauf dieser Pourparlers soll hier nicht im Detail eingegangen werden, es genügt, zu konstatieren, daß Oesterreich-Ungarn sich schließlich mit Rücksicht auf die zwar neutrale, aber im übrigen vollkommen freundschaftliche Haltung Italiens, dem es einen Beweis loyalen Entgegenkommens

*) Artikel III des Dreibundvertrages lautet in deutscher Uebersetzung: „Falls einer oder zwei der hohen Vertragsschließenden ohne direkte Herausforderung von ihrer Seite von zwei oder mehreren Großmächten, die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet haben, angegriffen und in einen Krieg mit ihnen verwickelt würden, würde für den Casus foederis für alle hohen Vertragsschließender gleichzeitig ergeben."

*) Artikel VII des Dreibundvertrages lautet in deutscher Uebersetzung:

„Oesterreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen Status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder der andern der den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnenden Mächte nachteilig wäre, hintangehalten werde. Sie werden einander zu diesem Behufe alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, sie gegenseitig über ihre eigenen Absichten sowie über die andrer Mächte aufzuklären. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß im Laufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des Status quo im Gebiete des Balkan oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Aegäischen Meer unmöglich würde und daß entweder infolge des Vorgehens einer dritten Macht oder sonstwie Oesterreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den Status quo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu verändern, so würde diese Besetzung nur stattfinden nach einer vorangegangenen Uebereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen Status quo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte."

Neues Wiener Tagblatt
26. IV. 1915

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien.

geben wollte, zur Anerkennung der italienischen Auffassung des Artikels VII verstand und sich bereit erklärte, für den Fall einer temporären oder definitiven Besitzergreifung eines auf dem Balkan gelegenen Gebietes in eine Konversation über die Kompensationsfrage mit Italien einzugehen. Diese am 25. August in Rom abgegebene Erklärung wurde von Marquis di San Giuliano dankend quittiert; er hielt es bei der damaligen Kriegslage jedoch für verfrüht, die Frage der etwaigen Kompensationen zu besprechen.

Die Besetzung Albaniens.

Damit waren die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Wien und Rom über die prinzipielle Seite ihres gegenseitigen Verhältnisses zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die nächsten Monate widmete Italien hauptsächlich der Ausgestaltung und Kräftigung seiner militärischen Machtmittel. Gleichzeitig setzte eine Aktion Italiens ein, die auf Erwerbung territorialer Stützpunkte jenseits der Adria in Albanien abzielte und die — anfangs vorsichtig fortschreitend — sich später in dem Maße akzentuierte, als die militärische Bereitschaft Italiens wuchs und als es deutlicher erkennbar wurde, daß der Weltkrieg nicht zu einem raschen Siege der einen oder der andern Gruppe, sondern zu langem, hartnäckigem Ringen führen würde. Wiewohl dieses Vorgehen Italiens weder mit dem Abkommen vom Jahre 1900/1901 noch mit den noch Anfang August 1914 in Wien abgegebenen formellen Erklärungen nicht im Einklang stand, erhob Oesterreich-Ungarn keine Einwendungen, um so mehr, als Italien jede einzelne „provisorische" Maßnahme in Wien notifizierte und dabei stets sein Festhalten an den Londoner Beschlüssen betonte sowie den Fortbestand des Akkords von 1901 anerkannte.

Die Aufhetzung der Bevölkerung.

Bald wurde es aber klar, daß die ehrgeizigen Pläne Italiens sich in der Festsetzung an der „altra sponda" nicht erschöpfen. Eine leidenschaftliche Erregung begann das Land zu erfassen, die These der absoluten Neutralität mußte der neuen Parole der „wachsamen und bewaffneten" Neutralität und später der zynischen Phrase des „sacro egoismo" weichen; von der Regierung im geheimen, von den Agenten der Ententemächte offen gefördert und unterstützt, wuchs auf dem Boden der irredentistischen, radikalen und republikanischen Schlagworte eine Bewegung heran, die unbekümmert um Treue und das verpfändete Wort die Vereinigung der italienischen Gebietsteile der Monarchie mit Italien auf ihre Fahne geschrieben hatte und deren Anhänger in der Presse, auf der Straße und in Versammlungen immer stürmischer das Verlangen stellten, daß Italien zu diesem Zwecke auf der Seite der Ententemächte in den Krieg eintrete.

Daß die offizielle Politik Italiens von den gleichen Tendenzen bestimmt war, zeigte sich deutlich erst, als die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nach dem Tode Marchese di San Giulianos Anfang November in die Hände Baron Sonninos überging.

Die Erpressungspolitik.

Damit trat die Entwicklung der Ereignisse in Italien in eine zweite Phase, in welcher der dominierende Gedanke der Entschluß war, ohne Rücksicht auf die Pflichten des Bündnisses oder sonstige moralische Bedenken den günstigen Augenblick, da die beiden Verbündeten in schweren Kämpfen gegen mächtige Gegner begriffen waren, auszunützen, um von Oesterreich-Ungarn die Abtretung der südlichen, von italienischen Volksgenossen bewohnten Gebiete zu erpressen, sie im Notfalle mit Gewalt zu erzwingen.

Den ersten Schritt in dieser Richtung unternahm das römische Kabinett, als es durch seinen Botschafter in Wien am 11. Dezember unter deutlichem Hinweis auf die „nationalen Aspirationen" den Standpunkt vertreten ließ, daß infolge unsrer militärischen Operationen auf serbischem Gebiet Italien nach Artikel VII des Dreibundvertrages ein Anrecht auf Kompensationen besitze. Noch unverhüllter verriet Italien seine Absichten einen Monat später durch die formelle Anfrage, ob Oesterreich-Ungarn eine Zession von Teilen seines Gebietes als Basis von Verhandlungen über die im Sinne des Artikels VII zu gewährenden Kompensationen anzunehmen gewillt sei.

Aus der Fülle von Argumenten, die von der österreichisch-ungarischen Regierung den italienischen Deduktionen damals und im weiteren Verlaufe der Verhandlungen entgegengehalten wurden, seien nur einige wenige herausgegriffen: Militärische Operationen in fremdem Gebiet bedeuten noch keine, auch nur temporäre Okkupation im Sinne des Artikels VII und geben dem andern Teil daher auch keinen Anspruch auf Kompensationen. Da tatsächlich serbisches Territorium von unsern Truppen nicht besetzt ist, fehlt es übrigens an jeder Grundlage für die Bestimmung der Kompensation, die ja gegen die Vorteile abgewogen werden muß. Schließlich liegt es auf der Hand, daß diese Kompensationen nur dort zu suchen sind, wo die Vorteile liegen, die sich ausgleichen sollen, nämlich auf der Balkanhalbinsel, und niemand hat bei dem Abschluß des Vertrages daran gedacht, daß hiefür andre Gebiete und vollends eigene in Betracht kommen könnten.

Oesterreich-Ungarn hat überdies am 9. Februar gerade der italienischen Interpretation des Artikels VII entsprechende und ganz gleichberechtigte Gegenansprüche, die sich aus der Tatsache der italienischen Besetzung der Inseln im Aegäischen Meer und Valona ergaben, angemeldet. Demgegenüber hielt Italien starr an seinem Standpunkte fest und erklärte schließlich nach längerem fruchtlosem Verhandeln Ende Februar, daß es eine Wiederaufnahme unsrer Operationen gegen Serbien ohne vorangegangene Vereinbarung über die Frage der Kompensationen als einen Bruch des Bündnisvertrages ansehen und daraus die schwersten Konsequenzen ableiten müßte, sowie anderseits, daß eine solche Vereinbarung nur auf Grund einer Abtretung österreichisch-ungarischen Gebietes möglich sei.

Neues Wiener Tagblatt
26. IV. 1915

Die Vorgeschichte des Bruches mit Italien.

Die Verhandlungen.

Nun war die Situation geklärt. Diese Haltung des römischen Kabinetts, die von einer durch die Regierung selbst und ihre Presse geschürten Erregung der öffentlichen Meinung gegen die beiden Zentralmächte und den eifrigsten Vorbereitungen für eine Mobilisierung begleitet war, ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß das Verhältnis zu Italien nur mehr durch territoriale Zugeständnisse Oesterreich-Ungarns saniert werden konnte, und daß andernfalls Italien sich durch Regungen des Ehrgefühls und Gewissens nicht würde abhalten lassen, die ihm günstig erscheinende Gelegenheit zu einem Angriff auf die Monarchie auszunützen, um seine nationalen Aspirationen zu verwirklichen.

Sah man in Oesterreich-Ungarn dieser Gefahr auch ruhigen Blutes und mit kühler Entschlossenheit entgegen, so mußten sich die Faktoren, in deren Händen die Geschicke der Monarchie ruhten, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit doch die Frage vorlegen, ob nicht nach der Erschöpfung aller andern Mittel selbst um den hohen Preis einer Gebietsabtretung noch der Versuch unternommen werden müßte, das politische Verhältnis zu Italien aufrechtzuerhalten, ja vielleicht auf festere Grundlagen zu stellen.

Oesterreich-Ungarn konnte sich nur schwer mit dem Gedanken befreunden, kampflos auf Gebiete zu verzichten, die seit vielen Jahrhunderten unter dem Zepter des Hauses Habsburg standen, die wie ein natürlicher Schutzwall der Monarchie vorgelagert waren und dessen Söhne auch in diesem Kriege wieder so vielfach Beweise von Hingabe und Treue erbracht hatten. Auch mußte dieser Entschluß um so reiflicher bedacht werden, als es den Traditionen der Monarchie nicht entsprach, mit unaufrichtigen Versprechungen ein trügerisches Spiel zu spielen. Niemals in der Geschichte hat Oesterreich-Ungarn das gegebene Wort uneingelöst gelassen.

Die außerordentliche Situation erforderte jedoch außerordentliche Entschlüsse, und so konnte Baron Burian am 9. März mit Genehmigung des Monarchen und mit Zustimmung beider Regierungen dem italienischen Botschafter eröffnen, daß Oesterreich-Ungarn im Prinzip die Abtretung eigenen Gebietes als Basis der Verhandlungen über die Kompensationsfrage annehme.

War damit auch in dem wichtigsten prinzipiellen Punkte eine Annäherung erzielt, so ergaben sich doch schon im nächsten Stadium der Verhandlungen bezüglich einer Vorfrage große Schwierigkeiten. Ehe nämlich noch in die Besprechung der Sache selbst eingegangen wurde, stellte das römische Kabinett das Verlangen, es möge im voraus festgesetzt werden, daß das Abkommen über die Gebietsabtretung sofort nach seiner Perfektionierung auch in Vollzug zu setzen sei — eine Forderung, die allein schon ein bedenkliches Licht auf die Aufrichtigkeit der Absicht Italiens, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, warf.

Denn ganz abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, die mitten im Kriege der überstürzten Durchführung einer so einschneidenden Maßnahme entgegenstanden, konnte es Oesterreich-Ungarn wohl nicht zugemutet werden, in einseitiger Erfüllung des Kontraktes Italien in den tatsächlichen Besitz der abzutretenden Gebiete, die strategisch von der allergrößten Bedeutung waren, zu setzen, ehe die Gegenleistung — die Neutralität Italiens bis zum Friedensschluß — faktisch erfolgt war. Zu einem so übermäßigen Zutrauen in die italienische Loyalität und Verläßlichkeit war wahrlich kein Grund vorhanden.

Auf diese Bedingung konnte Oesterreich-Ungarn somit nicht eingehen, dagegen war es bereit, seine Zusage mit den ausreichenden Garantien zu versehen, daß die Uebergabe des zedierten Gebietes nach dem Friedensschluß ohne Aufschub erfolgen würde.

Da das italienische Kabinett von seiner Forderung aber nicht abließ, wäre ein Stocken der Verhandlungen unvermeidlich gewesen, hätte man sich nicht geeinigt, diese Frage vorläufig noch offen zu lassen und in die Besprechung der Sache selbst, des Umfanges der abzutretenden Gebiete und der übrigen Konzessionen, einzugehen.

Auf Wunsch Italiens, welches damals seinerseits keine konkreten Forderungen formulieren zu wollen erklärte, trat zunächst Oesterreich-Ungarn mit seinen Propositionen hervor. Dieser Vorschlag, der am 27. März dem italienischen Botschafter in Wien mitgeteilt wurde, ging im wesentlichen dahin, daß Oesterreich-Ungarn die Zession fast des ganzen italienischen Teiles von Südtirol anbot, während Italien der Monarchie seine wohlwollende Neutralität bis zum Friedensschluß zusichern und für die Dauer des Krieges die volle Aktionsfreiheit am Balkan zugestehen sollte.

Wer die Rolle kennt, die das Trentino in den Jahrzehnten seit der Errichtung des italienischen Königreiches im nationalen Seelenleben spielte, der mußte annehmen, daß die großzügige Art, mit der nun Oesterreich-Ungarn ohne kleinliches Schachern die Erfüllung dieses heißen Wunsches der Nation anbot, mit einem Schlage alle Schwierigkeiten der Verständigung beseitigen würde. Diese Annahme traf jedoch keineswegs zu.

Das römische Kabinett beschränkte sich zunächst auf einige allgemeine Einwendungen, die sich auf die wohlwollende Neutralität Italiens und das Ausmaß unsrer territorialen Zugeständnisse bezogen und schien keine Eile zu haben, die Verhandlungen fortzuführen. Erst nach einiger Zeit und über wiederholtes Drängen gab es — am 10. April — in Wien seine Gegenvorschläge bekannt.

Die Maßlosigkeit der Forderungen.

Konnte man bis dahin den Versicherungen, Italien strebe auf einer neuen Basis die Fortdauer des Bündnisses an, immerhin Glauben schenken, so berechtigt die Maßlosigkeit der nun erhobenen Forderungen zu der Auffassung, daß es dem Kabinett Salandra nicht ernstlich um eine friedliche Verständigung mit Oesterreich-Ungarn zu tun sei und daß in diesem neuen Stadium der Entwicklung der leitende Gedanke der italienischen Politik nicht mehr lautete: nationaler Ausbau unter möglichster Aufrechterhaltung des Verhältnisses zu den beiden Zentralmächten, sondern vielmehr: Ausgestaltung der nationalen Einheit auf Kosten Oesterreich-Ungarns, Erringung der vollen Suprematie in der Adria durch Verdrängung der Monarchie von diesem Meere und völliger, dauernder Anschluß Italiens an die Ententemächte, eventuell durch aktives Eingreifen an ihrer Seite.

Neues Wiener Tagblatt
26./V. 1915

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien.

Die Forderungen Italiens waren in der Tat exorbitant. Sie umfaßten die Abtretung von ganz Welschtirol, des rein deutschen Gebietes um Bozen, des unteren sowie auch des vorwiegend slawischen oberen Isonzotales samt Görz und dem Küstengebiet bis Nabresina, eines Streifens von Kärnten, der durchaus slawischen Inseln Lissa, Lesina, Curzola und Lagosta und einiger kleinerer Inseln, die Errichtung von Triest und Gebiet als unabhängiger Staat, die Anerkennung der italienischen Souveränität über Valona und Gebiet sowie das völlige Desinteressement Oesterreich-Ungarns an Albanien und die sofortige Durchführung der territorialen Abtretungen.

Die Struktur dieses Programms läßt klar die ihm zugrundeliegenden Ideen erkennen: für die verlangte Abgrenzung zu Lande sind nicht nationale Momente, sondern strategische Gesichtspunkte, und zwar aggressiver Natur, maßgebend; die auf Albanien und die dalmatinischen Inseln bezüglichen Postulate zeigen, wie sehr das adriatische Problem in den Vordergrund getreten ist, und die Tatsache allein, daß Italien eine Reihe von Forderungen erhob, die den Lebensnerv der Monarchie berührten, läßt vermuten, daß man in Rom innerlich entschlossen war, auf jeden Fall — mochte die Lösung nun friedlich oder gewaltsam erfolgen — mit den Zentralmächten zu brechen und zur Entente überzugehen. Denn mit der These von der „Festigung des Bundesverhältnisses durch die Ausschaltung der bestehenden Reibungsflächen" war — darüber mußte man doch selbst in Rom im klaren sein — eine Politik unvereinbar, die zum Beispiel allen Ernstes darauf ausging, Triest und die der Küste Dalmatiens vorgelagerten Inseln aus dem Gefüge der Monarchie herauszureißen.

Obwohl die Maßlosigkeit der Ansprüche Italiens zu einem Stocken der Verhandlungen hätte führen müssen — und es erscheint bei rückblickender Betrachtung nicht als ausgeschlossen, daß dies in der Absicht des römischen Kabinetts lag — war Oesterreich-Ungarn doch so ziemlich in allen Fragen zu einem weiteren Entgegenkommen bereit, und es gelang tatsächlich auch, bezüglich mancher Punkte eine solche Annäherung herbeizuführen, daß eine wesentliche Differenz kaum mehr bestehen blieb.

Andre italienische Postulate waren aber in ihrem Wesen geradezu eine Negation der wichtigsten Lebensinteressen der Monarchie, und da konnte von einer wirklichen Annäherung umsoweniger die Rede sein, als das römische Kabinett mit auffallender Starrheit gerade an diesen Forderungen festhielt.

Die Kündigung des Dreibundes.

Während sonach die Verhandlungen von Oesterreich-Ungarn mit dem größten Entgegenkommen weitergeführt wurden, entschloß sich das Kabinett Salandra, ohne auf unser ihm vorliegendes Anbot auch nur zu antworten, am 4. Mai in Wien zu erklären, daß es den Bündnisvertrag als durch uns verletzt und daher als hinfällig betrachte, alle seine Propositionen zurückziehe und seine volle Aktionsfreiheit hiedurch wieder erlangt habe.

Die österreichisch-ungarische Regierung hielt es nicht für angezeigt, auf diesen überraschenden Schritt Italiens sofort zu reagieren, sondern setzte unverdrossen ihre Bemühungen fort, eine gütliche Verständigung mit Italien herbeizuführen.

Zu diesem Zwecke erweiterte sie das Maß der Zugeständnisse, die Oesterreich-Ungarn Italien zu machen bereit war, so weit, als dies mit der elementarsten Rücksicht auf die Lebensinteressen der Monarchie noch vereinbar war.

Das letzte Anbot, das in Rom schriftlich sowohl von dem k. u. k. Botschafter wie auch vom Fürsten Bülow der italienischen Regierung übergeben wurde, umfaßte im wesentlichen folgende Punkte:

die Zession des italienischen Teiles von Südtirol;

die Zession des von italienischer Bevölkerung bewohnten Gebietes westlich des Isonzo;

hinsichtlich Triests die Errichtung einer Universität, die Verleihung des Titels einer kaiserlichen Freistadt und die Revision des städtischen Statuts, das bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Autonomie den italienischen Charakter der Stadt gewährleisten würde; den Fortbestand und die eventuelle Erweiterung der Freihafenzone;

unsre Bereitwilligkeit zur Anerkennung der vollen Souveränität Italiens über Valona und das umgebende Gebiet;

das politische Desinteressement Oesterreich-Ungarns an Albanien;

den Verzicht auf alle Ansprüche, die aus dem Titel der Besetzung des Dodekanes durch Italien von der Monarchie erhoben werden könnten.

Als Gegenleistung beanspruchte Oesterreich-Ungarn lediglich die Erklärung Italiens, daß es während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Krieges sich gegenüber der Monarchie, dem Deutschen Reiche und der Türkei vollkommen neutral verhalten werde und sich hinsichtlich aller Errungenschaften desinteressiere, die Oesterreich-Ungarn im Laufe des Krieges oder durch den Friedensschluß zufallen sollten.

Was die Garantien für die Durchführung dieser Abmachungen anbelangt, würde Oesterreich-Ungarn sich verpflichten, sofort nach dem Abschluß des Akkords eine feierliche Kundgebung hinsichtlich der Zession der abgetretenen Gebiete zu erlassen. Ueberdies würden gemischte Kommissionen sofort nach Vertragsabschluß zur Regelung der Detailfragen zusammentreten; ihre Beschlüsse würden der Ratifizierung durch die Regierungen unterliegen. Sofort nach dieser Ratifizierung hätte die Uebergabe der zedierten Gebiete zu beginnen, die binnen Monatsfrist zu beendigen wäre.

Schließlich würden Oesterreich-Ungarn und Italien sich damit einverstanden erklären, daß das Deutsche Reich die loyale Durchführung der Vereinbarung garantiert.

Als auch diesen Propositionen gegenüber das italienische Kabinett sich in Schweigen hüllte, und als die parlamentarischen Vorgänge sowie die Erklärungen des Ministerpräsidenten Salandra vom 20. Mai, die in der durch monatelanges Schüren aufs höchste erregten Bevölkerung lebhaftesten Widerhall fanden, den festen Entschluß Italiens klar bewiesen, dem langjährigen Verbündeten ganz unabhängig von irgendwelchen konkreten Forderungen und ohne den leisesten Versuch

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien

einer stichhältigen Begründung treulos in den Rücken zu fallen, hielt die österreichisch-ungarische Regierung am 21. Mai den Moment für gekommen, auf die letzte Mitteilung der italienischen Regierung vom 4. Mai zu antworten, um die volle Haltlosigkeit der italienischen Vorwände und die Unzulässigkeit der von Italien einseitig proklamierten Außerkraftsetzung des Bündnisses nachzuweisen und schließlich die Verantwortung für alle Konsequenzen abzulehnen, die sich aus dieser willkürlichen Lossagung Italiens von dem Bündnisse ergeben könnten.

Wenige Tage darauf, am 23. Mai, überreichte der königlich italienische Botschafter in Wien der k. und k. Regierung die Kriegserklärung, deren völlig haltlose und armselige Begründung wie ein Einbekenntnis der Schwäche des eigenen Standpunktes klingt.

Im Anhange werden nun eine Reihe hochinteressanter Aktenstücke publiziert.

Vereinbarung hinsichtlich Albaniens zwischen der k. u. k. Regierung und der königlich italienischen Regierung vom Jahre 1900/1901.

Erlaß des königlich italienischen Ministers des Aeußern an den königlich italienischen Botschafter in Wien.

Uebersetzung. Rom, 20. Dezember 1900.

Ich lenke die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf meine Antwort auf die Interpellation, die kürzlich Albanien betreffend in der Abgeordnetenkammer an mich gerichtet worden ist. Nachstehend der Text dieser Antwort:

„Ich kann versichern, daß die italienische und die österreichisch-ungarische Regierung Gelegenheit gehabt haben, ihre Interessen an den ottomanischen Küsten der Adria zu prüfen und zu erkennen, daß diese Interessen ihre Wahrung finden in der Achtung und der Aufrechterhaltung des Status quo."

Ich halte es für nützlich, daß Sie meine Erklärungen zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Grafen Goluchowski bringen. Ich zweifle nicht, daß der k. und k. Minister des Aeußern dieselben entsprechend finden wird dem Einvernehmen, das zwischen ihm und mir diesbezüglich gelegentlich seines Besuches in Monza im Jahre 1897 zustandegekommen ist. Bei dem Gedankenaustausch, der in unsern Gesprächen bezüglich dieser Frage stattfand, sind wir über folgende Punkte übereingekommen:

1. Den Status quo so lange, als es die Umstände zulassen würden, aufrechtzuerhalten;

2. uns zu bemühen, daß für den Fall, als der gegenwärtige Zustand nicht aufrechterhalten werden könnte und Aenderungen sich als notwendig erweisen sollten, die gegenständlichen Veränderungen im Sinne der Autonomie stattfinden;

3. im allgemeinen und als Ausfluß der beiderseitigen Dispositionen gemeinsam und so oft sich hiezu ein Grund ergibt, die geeignetsten Mittel und Wege zu suchen, um unsre gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen und zu wahren.

Ich würde Wert darauf legen, die Versicherung zu erhalten, daß der Graf Goluchowski, so wie ich, im vorstehenden die getreue Wiedergabe des Inhaltes unsrer diesbezüglichen Abmachungen erblickt. Ich ermächtige Euer Exzellenz daher, ihm diesen Erlaß mitzuteilen.

Erlaß des k. und k. Ministers des Aeußern an den k. und k. Botschafter am königlich italienischen Hofe in Rom.

Uebersetzung. Wien, 9. Februar 1901.

Nach seiner Rückkehr aus Rom hat Graf Nigra meine Aufmerksamkeit auf die Antwort gelenkt, die Seine Exzellenz der Herr Minister des Aeußern des Königreiches Italien auf die Interpellation erteilt hat, welche an ihn in der Kammer der Abgeordneten betreffs Albaniens gerichtet worden ist, und hat gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß ich die Erklärungen, die sie enthält, entsprechend finden würde den Prinzipien, über welche wir uns im Jahre 1897 anläßlich meiner Zusammenkunft mit Marquis Visconti-Venosta im Schlosse von Monza geeinigt haben.

Bei dem streng vertraulichen Gedankenaustausch, der in unsern Gesprächen betreffend diese Frage stattfand, haben wir in der Tat die Notwendigkeit erkannt,

1. den Status quo so lange, als es die Umstände zulassen würden, aufrechtzuerhalten;

2. uns zu bemühen, daß für den Fall, als der gegenwärtige Zustand nicht aufrechterhalten werden könnte und Aenderungen sich als notwendig erweisen sollten, die gegenständlichen Veränderungen im Sinne der Autonomie stattfinden, ebenso wie wir im allgemeinen

3. die beiderseitige Geneigtheit festgestellt haben, gemeinsam und so oft sich hiezu ein Grund ergibt, die geeignetsten Mittel und Wege zu suchen, um unsre gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen und zu wahren.

Mit Rücksicht auf Vorstehendes freue ich mich nun festzustellen, daß die Erklärung des Marquis Visconti-Venosta seitens des k. und k. Kabinetts mit lebhafter Befriedigung aufgenommen worden ist, und ich ersuche Sie, hievon Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Aeußern Kenntnis zu geben.

Graf Berchtold an Herrn von Mérey.

Telegramm. Wien, 25. Juli 1914.

Der Herr italienische Botschafter ist heute hier erschienen und hat aus Anlaß des Konfliktes zwischen der Monarchie und Serbien mitgeteilt, daß die königlich italienische Regierung für den Fall, als dieser Konflikt eine kriegerische Wendung nehmen und zu einer, wenn auch nur provisorischen Besetzung serbischen Territoriums führen sollte, sich vorbehalte, das ihr auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages zustehende Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen. Die königlich italienische Regierung sei überdies auf Grund des eben angeführten Vertragsartikels der Ansicht, daß wir uns vor der eventuellen Besetzung serbischen Gebietes mit ihr ins Einvernehmen setzen müßten.

Im übrigen beabsichtige die königlich italienische Regierung in dem eventuell bewaffneten Konflikte zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einzunehmen.

Neues Wiener Tagblatt
26./V. 1915

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien.

Telegramm Seiner Majestät des Königs von Italien an Seine k. und k. Apostolische Majestät.

Uebersetzung. Rom, 2. August 1914.

Ich habe das Telegramm Euer Majestät erhalten. Ich brauche Euer Majestät nicht zu versichern, daß Italien, welches alle nur möglichen Anstrengungen unternommen hat, um die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern, und welches alles, was in seiner Macht liegt, tun wird, um sobald als möglich an der Wiederherstellung des Friedens mitzuhelfen, gegenüber seinen Verbündeten eine herzlich freundschaftliche Haltung bewahren wird, entsprechend dem Dreibundvertrage, seinen aufrichtigen Gefühlen und den großen Interessen, die es wahren muß.

Vittorio Emanuele.

Unser Kaiser hatte an den König von Italien eine Depesche gerichtet, worin er seinem hohen Verbündeten mitteilt, daß er infolge der Einmischung Rußlands in den Konflikt mit Serbien und der Mobilisierung der russischen Armee und Flotte die allgemeine Mobilisierung verfügt habe, sowie seiner Befriedigung Ausdruck gibt, auf die Unterstützung seiner Bundesgenossen rechnen zu können.

Auszug aus einem Schreiben Marquis di San Giulianos an Herrn von Mérey.

Uebersetzung. Rom, 2. August 1914.

Man muß in Betracht ziehen, daß die gegenwärtige Krise eine vorübergehende ist, während der Dreibund 12 Jahre dauern soll und erneuert werden kann, und es ist wünschenswert, ich könnte sogar sagen notwendig, daß während dieser langen Zeitperiode die Politik Italiens und jene Oesterreich-Ungarns, was die Balkanfragen betrifft, identisch sei: es ist wünschenswert und sogar notwendig, daß ihre diplomatische Tätigkeit im vollständigsten Einvernehmen, mit dem vollsten Vertrauen und in herzlicher Gegenseitigkeit sich entwickeln könne. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unerläßlich, daß wir über die Interpretation des Artikels VII vollkommen beruhigt seien. Diese Notwendigkeit ist noch klarer in der gegenwärtigen Krise, selbst wenn wir nicht am Kriege teilnehmen, denn besonders während der schwierigeren Zeiten, in denen die Gelegenheit, den Artikel VII anzuwenden, wahrscheinlicher erscheint, müssen wir vollkommen über die Interpretation des Artikels VII seitens Oesterreich-Ungarns beruhigt sein, um fortgesetzt, klar und entschieden durch unsre diplomatische Haltung die militärische Tätigkeit unsrer Verbündeten unterstützen zu können.

Anderseits kann die Annahme unsrer Interpretation des Artikels VII, welche für unsre diplomatische Haltung von großer Wichtigkeit ist, für sich allein nicht genügen, um alle sehr ernsten Gründe auszuschalten, die uns wenigstens für den Augenblick hindern, am Kriege teilzunehmen.

In der Tat legt diese allgemeine Formel ein klares und bestimmtes Uebereinkommen betreffend die Natur und den Wert der allfälligen Kompensationen nicht fest, noch auch betreffend ihr Verhältnis zu den Gefahren und maßlosen Opfern, denen dieser Krieg uns aussetzen könnte, Gefahren und ungeheure Opfer, die größer sind als jene, denen sich unsre Verbündeten aussetzen. Dieser gewaltige Unterschied zwischen den Gefahren und Opfern einerseits und den Vorteilen anderseits, ist eben der Grund, der erklärt, warum Oesterreich-Ungarn einen Krieg gewollt hat, den es leicht hätte vermeiden können, während wir alles in unsrer Macht Stehende getan haben, um Europa dieses furchtbare Unglück zu ersparen. Trotzdem hoffen wir, daß sich auch ohne Teilnahme am Kriege die Gelegenheit ergeben wird, um unsern Verbündeten den Beweis unsrer aufrichtig freundschaftlichen Gefühle zu bieten, und wir rechnen daher auf ein Uebereinkommen, das unsre beiderseitigen Interessen in Einklang bringen wird.

Alle diese Erwägungen, so ernst sie auch sein mögen, würden uns nicht hindern, unsrer Verpflichtung nachzukommen, wenn diese Verpflichtung bestünde, allein, da der Casus foederis auf den gegenwärtigen Krieg nicht angewendet werden kann, hat der Ministerrat gestern abend die Neutralität beschlossen, unter dem Vorbehalte, später den Wünschen unsrer Verbündeten mehr entsprechende Entscheidungen zu treffen, wenn dies unsre Pflicht sein wird, oder wenn unsre Interessen es uns gebieten werden.

Das Gleichgewicht Europas, des Balkans und des Meeres, welches Italien umgibt, stellt für unser Land ein vitales Interesse dar und es schreckt vor keinem Opfer zurück, vor keiner der Entschließungen, die die Wahrung seiner Interessen, ja seiner Existenz ihm auferlegen könnte.

Seit dem Tage, an welchem ich die Leitung der auswärtigen Politik meines Vaterlandes übernommen habe, war es eines der hauptsächlichsten Ziele meiner Tätigkeit, die Freundschaftsbande zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn immer enger und enger zu knüpfen. Auf dieses Ziel werde ich fortfahren, alle meine Bemühungen zu richten, denn ich halte dasselbe für unbedingt notwendig im Interesse unsrer beiden Länder; um es zu erreichen, müssen ihre Interessen in Einklang gebracht werden und die des einen Befriedigung finden, ohne daß die des andern geschädigt werden.

Graf Berchtold an Herrn von Mérey.

Telegramm. Wien, 4. August 1914.

Analog mit den Erklärungen Marquis die San Giulianos zu Euer Exzellenz hat der italienische Botschafter mir heute auftraggemäß mitgeteilt, daß Italien hinsichtlich Albaniens den mit Oesterreich-Ungarn eingegangenen Abmachungen wie den Beschlüssen der Londoner Konferenz treu bleiben werde.

Neues Wiener Tagblatt
26. IV. 1915

Die Vorgeschichte des Krieges mit Italien.

Italien wolle in keiner Weise von der Tatsache Nutzen ziehen, daß Oesterreich-Ungarn gegenwärtig anderswo in Anspruch genommen sei. Auch wolle es in allem, was noch nachfolgen könne, eine gleiche Haltung einnehmen.

Der italienische Gesandte in Durazzo habe den Auftrag erhalten, sehr strenge Weisungen in dem angedeuteten Sinne an die unterstehenden Konsulate ergehen zu lassen.

Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano zu sagen, daß ich mit besonderer Befriedigung von dieser Erklärung Akt nehme. Ich sei übrigens a priori davon überzeugt gewesen, daß Italien unsern Akkord jetzt ebenso respektieren werde, wie dies unsrerseits während des libyschen Feldzuges der Fall war.

Graf Berchtold an Freiherrn von Macchio.

Telegramm. Wien, 23. August 1914.

Euer Exzellenz ermächtige ich, gleichzeitig mit Ihrem deutschen Kollegen dem römischen Kabinett zu erklären, daß wir die italienische Interpretation bezüglich des Ausdruckes „dans les régions des balcans" im Artikel VII vorbehaltlos anerkennen, und zwar nicht allein für die gegenwärtige Krise, sondern für die ganze Dauer des Vertrages.

Diese Erklärung bringt es mit sich, daß wir bereit sind, für den Fall einer temporären oder definitiven Besitzergreifung eines am Balkan gelegenen Gebietes mit Italien in eine Konversation über die Kompensationsfrage einzugehen.

Freiherr von Macchio an Grafen Berchtold.

Telegramm. Rom, 25. August 1914.

Da mein deutscher Kollege heute Instruktion erhielt, welche ihn zur Abgabe der die Zustimmung zur italienischen Interpretation des Artikels VII beinhaltenden Erklärung ermächtigt, so haben wir heute beide einzeln eine solche übereinstimmende Erklärung dem Marquis San Giuliano mündlich abgegeben.

Er schien hievon sichtlich angenehm berührt, meinte aber, daß bei der jetzigen Kriegslage wohl noch nicht die Grundlage zur Einleitung einer Konversation gegeben sei.

Ich erklärte mich stets bereit, in eine solche einzutreten, begriffe aber ganz gut, wenn er damit noch zuwarten wolle.

* * *

Es folgen nun die Note über die Kündigung des Dreibundes, die Antwort Oesterreich-Ungarns und die Kriegserklärung, welche Akten bereits bekannt sind. Die hier mitgeteilte Publikation erscheint in den nächsten Tagen als Rotbuch im Verlage der Staatsdruckerei.

Das neue englische Kabinett.

K. **London**, 26. Mai. (Reuter-Meldung.) Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Premierminister — Asquith;
ohne Amt — Lord Lansdowne;
Lordgroßkanzler — Sir Stanley Buckmaster;
Lordpräsident des Geheimen Rates — Lord Crewe;
Lord Geheimsiegelbewahrer — Curzon;
Schatzkanzler — Mc. Kenna;
Inneres Amt — Sir John Simon;
auswärtige Angelegenheiten — Grey;
Kolonien — Bonar Law;
Staatssekretär für Indien — Chamberlain;
Krieg — Lord Kitchener;
Kriegsmunition — Lloyd George;
Erster Lord der Admiralität — Balfour;
Handel — Runciman;
Präsident der Lokalverwaltung — Long;
Kanzler des Herzogtums Lancaster — Churchill;
Chefsekretär für Irland — Birrell;
Sekretär für Schottland — Mc. Kinnon Wood;
Präsident des Ackerbauamtes — Selborne;
Erster Kommissär für Arbeit und öffentliche Bauten — Harcourt;
Präsident des Unterrichtsamtes — Henderson;
Attorney-General — Sir Edward Carson.

Reichspost
27./V. 1915

Die Blockade Italiens gegen die Adriaküsten.

Rom, 26. Mai.

Im Hinblick auf den Kriegszustand zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn und mit Rücksicht darauf, daß einige Häfen an der albanischen Küste den österreichisch-ungarischen Marinebehörden zur heimlichen Versorgung ihrer kleinen Kriegsschiffe dienen, erklärt die italienische Regierung:

Vom 26. Mai 1915 ab werden seitens der italienischen Seestreitkräfte in effektiver Blockade gehalten:

1. Die österreich-ungarische Küste in der Ausdehnung nördlich der italienischen Grenze bis südlich der montenegrinischen Grenze mitsamt allen Inseln, Häfen, Buchten, Meeresstranden oder Golfen.

2. Die Küste Albaniens von der montenegrinischen Grenze nördlich bis zum Kap Khephali, südlich einschließlich.

Die geographischen Grenzen der blockierten Territorien sind für die österreich-ungarische Küste nördlich 45—42—50 Grad Breite, 13—15—10 Grad Länge östlich von Greenwich, südlich 42—06—25 Grad Breite und 19—59—30 Länge östlich von Greenwich; für die albanesische Küste nördlich 41—52 Grad Breite und 19—22—40 Grad Länge östlich von Greenwich. südlich 30—54—15 Grad Breite und 19—35—30 Grad Länge östlich von Greenwich.

Schiffe befreundeter und neutraler Mächte werden vom Oberkommandanten der italienischen Seestreitkräfte bestimmte Frist vom Blockade-Erklärungstage an haben, um die Blockadezone frei zu verlassen. Gegen Schiffe, welche in Verletzung der Blockade die vom Kap Otranto nach dem Kap Khephali laufenden Sperrlinie zu durchbrechen versuchen sollten oder durchbrochen hätten, wird gemäß den in Kraft befindlichen völkerrechtlichen Verträgen vorgegangen werden.

27. V. 1915

Uebernahme des Oberbefehls durch König Viktor Emanuel.

Der Herzog von Genua sein Stellvertreter.

Rom, 26. Mai.

König Viktor Emanuel übernahm den Oberbefehl über die Land- und Seestreitkräfte und ist heute nacht mit militärischem Gefolge nach dem Großen Generalquartier abgereist.

Eine königliche Verfügung besagt:

Unser geliebtester Oheim Tommaso di Savoia Herzog von Genua wird für die Zeit unserer Abwesenheit von der Hauptstadt zu unserem Generalstellvertreter ernannt. Auf Bericht der verantwortlichen Minister wird er in unserem Namen die ordentlichen Verwaltungsangelegenheiten und alle anderen dringenden Angelegenheiten besorgen und uns über Dinge von ernster Wichtigkeit unterrichtet halten.

28/V. 1915

Der Görzer Landesausschuß.

Die „Korr. Wilhelm" meldet: Die autonomen Landesämter von Görz und Gradiska mußten infolge der Ereignisse ihren Sitz außerhalb des Landes verlegen. Ein Teil der Landesbeamten ist bereits in Wien eingetroffen, woselbst vorläufig der Görzer Landesausschuß seine Tätigkeit fortsetzen wird.

Landeshauptmann Monsignore Doktor Faidutti und die Landesausschußbeisitzer haben sich zunächst nach Leibnitz begeben, um die dort zur Aufnahme und Weiterleitung der eintreffenden Familien aus der Görzer Provinz von der Regierung vorbereiteten Einrichtungen zu besichtigen und die Mitwirkung der Landesverwaltung zu organisieren. In dieser Hinsicht wurde im Einvernehmen mit der kompetenten staatlichen Kommission beschlossen, daß eine entsprechende Zahl von Landesbeamten unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Fonton in Leibnitz verbleiben, die einlangende Transporte empfangen und in die benachbarten Bestimmungsstationen begleiten soll.

Nach den vom Landeshauptmann im Einvernehmen mit allen in Betracht kommenden Behörden und sonstigen Faktoren getroffenen Einleitungen ist die Hoffnung berechtigt, daß sich diese schwierige Aktion in bester Ordnung abwickeln wird. Neben diesen Maßnahmen ist insbesondere auch die Weiterführung und der Ausbau der Approvisionierungsaktion Gegenstand besonderer Obsorge der Landesorgane.

Der Beginn der Amtstätigkeit der Landesämter in Wien und die Adresse ihrer Amtsräume wird demnächst bekanntgegeben werden.

Verbot des Warenverkehrs mit Oesterreich-Ungarn.

K. **Rom**, 26. Mai. Eine königliche Verfügung untersagt jeden Einfuhr- und Transitverkehr zwischen Italien samt den Kolonien und Oesterreich-Ungarn. Uebertretungen des Verbotes haben Konfiskation der betreffenden Waren und etwaige sonstige gesetzliche Strafen zur Folge, falls nicht die Sendungen erweislich vom Finanz- und Kolonialminister mit der von den Bezirks-Militärbehörden erteilten Zustimmung für die Warensendung oder für den Warenempfang, welch letzterer den Zollgebühren unterworfen ist, von Fall zu Fall gestattet werden.

Frankfurter Zeitung
28/V. 1915

Das italienische Garantiegesetz.

Da jetzt so viel von dem italienischen Garantiegesetz gesprochen und geschrieben wird, stellen wir nach stehend die wesentlichsten Bestimmungen desselben zusammen. Nach dem Gesetze ist die Person des Papstes heilig und unverletzlich, Beleidigungen und Schmähungen oder Aufforderungen zu tätlichem Angriff werden ebenso bestraft, wie wenn diese Verbrechen gegen die Person des Königs gerichtet sind. Der Papst genießt zahlreiche Ehrenrechte und hat selbst vor dem Könige von Italien den Vortritt. Kein Staatsbeamter darf ohne Ermächtigung des Papstes dessen Wohnsitz betreten. Während der König verklagt und in seinem Palaste der Vollstreckung des Urteils unterworfen werden kann, ist eine solche Vollstreckung an dem Papste gegen dessen Willen unmöglich. Der Schutz gilt nicht nur für den Vatikan, sondern für jeden Ort in Italien, an welchem der Papst Aufenthalt zu nehmen beliebt. Diese Privilegien sind auch ausgedehnt auf das Konklave während der Erledigung des päpstlichen Stuhles und auf die Versammlung eines ökumenischen Konzils, sodaß die Mitglieder beider Körperschaften nicht nur von der Strafgerichtsbarkeit befreit sind, sondern auch nicht wegen Schulden und sonstiger Ansprüche verfolgt werden können. Die Regierung verpflichtet sich durch das Gesetz noch besonders, jede Störung durch äußere Gewalt zu verhindern und während der Erledigung des päpstlichen Stuhles die persönliche Freiheit der Kardinäle in jeder Hinsicht zu sichern.

Gleich dem Papste sind auch die an der Erlassung der Akte der geistlichen Gewalt der Kurie teilnehmenden Beamten vor jeder Belästigung, Untersuchung oder Bestrafung durch die Staatsgewalt geschützt. Es dürfen nach dem Garantiegesetz auch Nachforschungen oder Beschlagnahmen in den päpstlichen Aemtern und Kongregationen nicht stattfinden, ob diese Behörden ihren Sitz im Vatikan oder in der Stadt Rom oder sonst in Italien haben. Der Kardinalstaatssekretär kann auch für gehässige und beleidigende Rundschreiben gegen die italienische oder eine andere Regierung nicht zur Verantwortung gezogen werden. Jeder Ausländer, der ein geistliches Amt in Rom bekleidet, soll allen persönlichen Schutz genießen, der italienischen Staatsbürgern kraft des Gesetzes des Königreiches zugesichert ist. Dem Papste ist die Freiheit gewährleistet, die Akte seines geistlichen Amtes an den Toren aller Basiliken und Kirchen Roms anschlagen zu lassen. Die Seminare, Akademien, Kollegien und sonstigen zur Erziehung und Ausbildung der Geistlichen gegründeten Anstalten hängen ausschließlich vom Heiligen Stuhle ab und unterliegen keiner Einmischung der Schulbehörden des Staates. Der Papst hat volle Freiheit des Verkehrs. Er bestellt selbst die Beamten für Post und Telegraphie im Vatikan, welche der Staat bezahlt. Der gesamte Verkehr des Papstes und der Kurie ist gebührenfrei und genießt einen Vorrang in der Beförderung. Der Papst kann Gesandte ernennen und empfangen, und der italienische Staat hat ihm überdies eine Zivilliste von jährlich 3 225 000 Fr. zur Verfügung gestellt. Der Papst hat diese Summe niemals angenommen; sie wird jeweils fünf Jahre lang bereit gehalten und dann dem italienischen Staatsschatze zugeführt.

(Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Deutschland auch für einen neuen Winterfeldzug gerüstet.

Eine Erklärung des stellvertretenden Kriegsministers.

Berlin, 28. Mai. In der Budgetkommission des Reichstages gab der stellvertretende Kriegsminister auf die Frage, ob die Heeresverwaltung für den Fall einer langen Feldzugsdauer durch Bereitstellung von Rohstoffen, Textilien usw. genügend Vorsorge getroffen habe, die bestimmte, allgemein befriedigende Erklärung ab, daß **selbst ein neuer Winterfeldzug das Reich in jeder Beziehung gerüstet finden würde.** Alle Rohstoffe seien in genügendem Maße vorhanden. Es müsse als ausgeschlossen bezeichnet werden, daß infolge irgend eines Mangels die Schlagkraft des Heeres beeinträchtigt werden könnte.

Amnestie in Italien.

Rom, 28. Mai. Eine königliche Verfügung gewährt allen zu einer Gefängnisstrafe bis zu 2½ Jahren oder zu einer Geldbuße von 3000 Lire Verurteilten Straferlaß. Die Regierung hebt alle Disziplinarstrafen für etwa 17.000 Eisenbahner auf, die anläßlich des vorjährigen Generalstreiks verhängt worden waren. Die Aufhebung wird mit dem Eifer und der Disziplin der Eisenbahner während der Mobilmachung begründet und dient jedenfalls zur Beruhigung der sozialistischen Partei.

Fremdenblatt
29./V. 1915

Türkische Aktion gegen den Suezkanal.

Ankündigung in einer Zirkularnote an die Neutralen.

K. **Konstantinopel,** 28. Mai. Die Pforte übermittelte den befreundeten und den neutralen Mächten eine Zirkularnote, die besagt, mit Rücksicht darauf, daß die britische Regierung die laut den Bestimmungen des Uebereinkommens vom Jahre 1888 gegenüber den neutralen Mächten eingegangene Verpflichtung, in den Gewässern des Suezkanals kein Kriegsschiff zu halten, nicht einhielt, ja den Kanal sogar befestigte, und andererseits die französische Regierung, um einen Akt der Feindseligkeit gegen das ottomanische Reich zu unternehmen, in Aegypten Truppen landete, sehe sich die kaiserlich ottomanische Regierung in die gebieterische Notwendigkeit versetzt, militärische Maßregeln zum Schutze des kaiserlichen Territoriums zu ergreifen, von dem Aegypten einen Teil bildet, und die Feindseligkeiten gegen den Suezkanal selbst zu richten.

Die Note fügt hinzu, daß, wenn hieraus ein Nachteil zum Schaden neutraler Schiffe und Güter erwachsen sollte, es augenfällig sei, daß die Verantwortung dafür an die französische und britische Regierung fallen werde.

Neues Wiener Tagblatt
29./V. 1915

Der Papst über den Krieg.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Rom, 27. Mai. Der Brief des Papstes an den Kardinal Vannutelli besagt dem „Osservatore Romano" zufolge weiter, daß der Heilige Vater, indem er sich an den Dekan wende, zu jedem einzelnen Kardinal gesprochen zu haben wünsche. In seiner ersten Enzyklika habe er, getrieben vom Wunsche, das furchtbare Menschengemetzel aufhören zu sehen, die Regierungen der Kriegführenden ermahnt, baldigst den Völkern die Segnungen des Friedens wiederzugeben. Seine Freundes- und Vaterstimme sei ungehört geblieben. Der Krieg dauere fort, und zu Lande wie zur See scheue man nicht einmal vor Angriffswaffen zurück, welche den Gesetzen der Menschheit und dem Völkerrecht widerstreiten. Als ob aber dies nicht genüge, habe sich der furchtbare Brand auch auf sein geliebtes Italien ausgedehnt und lasse leider auch für Italien Tränen und Verheerungen befürchten, welche jeden, selbst einen glücklichen Krieg begleiten.

Der Papst erwähnt darauf seine Bemühungen zugunsten der Kriegsgefangenen und teilt mit, daß er den Feldkaplänen weitgehende Privilegien für das Messelesen und den den Sterbenden zu leistenden Beistand gewährt habe. Diese Privilegien kämen nicht bloß den Feldkaplänen des italienischen Heeres, sondern auch allen im italienischen Heer irgendwie beschäftigten Priestern zu, die sich ihrer heiligen Mission würdig zeigen und sich möglichst bemühen mögen, damit die Soldaten bei dem harten Kampf keineswegs der Stärkungen der Religion ermangeln.

Die Zeit, welche wir durchmachen, heißt es in dem Brief, ist schmerzlich. Der Augenblick ist fürchterlich. Aber, Herzen hoch und häufigeres, glühenderes Gebet zum Herrn der Völkerschicksale! Möge bald die Kriegsplage aufhören und Friede und Ruhe wiederkehren!

Der Papst fordert sodann alle Söhne der katholischen Kirche auf, zusammen mit dem Heiligen Vater drei Tage lang hintereinander oder getrennt strenge zu fasten und damit volle Indulgenz, gültig auch für die Seelen im Fegefeuer, zu erwerben, und schließt: Das Echo dieser unsrer Worte möge zu allen unsern von der fürchterlichen Kriegsplage getroffenen Söhnen gelangen und alle überzeugen von unsrer Teilnahme an ihren Mühen und Qualen, denn es gibt keinen Schmerz, der nicht auf unser väterliches Gemüt zurückwirkt.

Die Residenz des Papstes.

Angebliche Verhandlungen über die Verlegung nach Spanien.

Berlin, 29. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Die „Voss. Ztg." meldet aus Spanien: Halbamtlich wird bestätigt, daß Beratungen zwischen dem hiesigen päpstlichen Nuntius und dem König und der Regierung von Spanien stattgefunden haben über eine etwaige Verlegung des päpstlichen Wohnsitzes nach Spanien. Man nennt die Städte Barcelona, Valencia und Sevilla. Der König schlug schließlich das Kloster Escurial vor, das groß genug wäre, um dem ganzen Vatikan Unterkunft zu bieten. Das Anerbieten wurde „im Prinzip" angenommen, doch glaubt man nicht, daß eine Uebersiedlung des Papstes notwendig sein wird.

Neues Wiener Tagblatt
29./V. 1915

Der Reichskanzler über den Treubruch Italiens.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 28. Mai. Der Reichstag hielt heute nachmittag eine Sitzung ab. Der Saal und die Tribünen waren überfüllt.

Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung ergriff Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg das Wort und führte aus:

Als ich vor acht Tagen zu Ihnen sprach, bestand noch ein Schimmer von Hoffnung, daß das Losschlagen Italiens verhütet werden könnte. Die Hoffnung hat getrogen. Das deutsche Empfinden sträubte sich, an die Möglichkeit einer solchen Wendung zu glauben. Jetzt hat die italienische Regierung selbst ihren Treubruch mit blutigen Lettern unvergänglich in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! Stürmische Zustimmung.) Ich glaube, es war Machiavelli, der einmal gesagt hat, ein Krieg, der notwendig sei, sei auch gerecht. War von diesem nüchternen realpolitischen Standpunkt aus, der von allen moralischen Reflexionen absieht, war, auch nur so gesehen, dieser Krieg notwendig? Ist er nicht vielmehr geradezu sinnlos? (Rufe: Sehr richtig!) Niemand bedroht Italien, weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland. Ob die Tripelentente es hat bei Lockungen bewenden lassen, wird die Geschichte später zeigen. (Lebhafte Bravorufe.)

Hände weg.

Ohne daß ein Blutstropfen geflossen wäre, ohne daß das Leben eines einzigen Italieners gefährdet wurde, konnte Italien die lange Liste von Konzessionen haben, die ich Ihnen neulich verlas: Land in Tirol und am Isonzo, soweit die italienische Zunge klingt, Befriedigung nationaler Wünsche in Triest, freie Hand in Albanien, der wertvolle Hafen von Valona. Warum haben sie es nicht genommen? Wollen sie etwa das deutsche Tirol erobern? Hände weg! (Lebhafter stürmischer Beifall.) Wollte sich Italien an Deutschland reiben, dem es in seinem Werden zur Großmacht so manches zu verdanken hat? (Sehr richtig!) Von dem es durch keinerlei Interessengegensätze getrennt ist? Wir ließen in Rom keinen Zweifel, daß ein italienischer Angriff auf die österreichisch-ungarischen Truppen auch deutsche Truppen treffen würde. (Bravorufe.) Weshalb wies Rom die Wiener Vorschläge so leichtherzig ab? Das italienische Kriegsmanifest, worin das schlechte Gewissen hinter hohlen Phrasen versteckt ist (Sehr richtig!), gibt uns keinen Aufschluß. Man scheute sich vielleicht doch, auszusprechen, was durch die Presse und durch Gespräche in den parlamentarischen Wandelgängen als Vorwand verbreitet wurde, das österreichische Angebot sei zu spät gekommen und man habe ihm nicht trauen können. Wie steht es in Wirklichkeit? Die römischen Staatsmänner hatten kein Recht, an die Vertrauenswürdigkeit andrer Nationen denselben Maßstab anzulegen, den sie sich für die eigene Vertragstreue gebildet haben. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig! Große Heiterkeit.)

Deutschland bürgte mit seinem Wort, daß die Konzessionen durchgeführt werden. (Hört! Hört!) Da war kein Raum für Mißtrauen. (Lebhafte Zustimmung.) Und weshalb zu spät? Das Trentino war am 4. Mai kein andres Land, als es im Februar gewesen wäre, und es waren zum Trentino eine ganze Reihe von Konzessionen hinzugekommen, an welche man im Winter noch nicht einmal gedacht hatte. Es war wohl deshalb zu spät, weil die römischen Staatsmänner sich nicht gescheut haben, sich lange vorher, während der Dreibund noch lebte und lebte, von dem der König und die Regierung auch nach Ausbruch des Weltkrieges ausdrücklich anerkannt hatten, daß er weiterbestünde (Lebhafte Zustimmung), mit der Tripelentente so tief einzulassen, daß sie sich aus ihren Armen nicht mehr losmachen konnten. Schon im Dezember waren Anzeichen für die Schwenkung des römischen Kabinetts zu erkennen. Zwei Eisen im Feuer zu haben ist ja immer nützlich. Italien hatte ja auch früher schon seine Vorliebe für Extratouren gezeigt.

Kein Tanzsaal.

Aber hier war kein Tanzsaal, hier ist die blutige Walstatt, worauf Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegen eine Welt von Feinden um ihr Leben ringen. (Lebhafte Zustimmung.) Dasselbe Spiel wie gegen uns spielten die römischen Staatsmänner auch gegen ihr eigenes Volk. Gewiß, das Land italienischer Zunge an der Nordgrenze war von jeher ein Traum und Wunsch eines jeden Italieners; aber doch wollte das italienische Volk in seiner großen Mehrheit nichts von einem Krieg wissen, auch nicht die Mehrheit des Parlaments. Noch in den ersten Maitagen waren nach Beobachtungen des besten Kenners der italienischen Verhältnisse vier Fünftel des Senats und zwei Drittel der Kammer gegen den Krieg, darunter die ernstesten und gewichtigsten Staatsmänner der ganzen letzten Zeit. Aber die Vernunft kam nicht mehr zum Wort. Es regierte allein die Straße. Die Straße war unter der wohlwollenden Duldung und Förderung der leitenden Staatsmänner des Kabinett, bearbeitet von dem Golde der Tripelentente, unter der Führung gewissenloser Kriegshetzer in einen Blutrausch versetzt, der dem König Revolution und allen Gemäßigten Ueberfall und Mord androhte, wenn sie nicht in die Kriegstrompete mit einstoßen wollten.

Neues Wiener Tagblatt
29./V. 1915

122 II

Der Reichskanzler über den Durchbruch Italiens.

Die Tätigkeit des Fürsten Bülow.

Ueber den Gang der österreichischen Verhandlungen, über das Maß der österreichischen Konzessionen wurde das Volk geflissentlich im Dunkeln gehalten. So kam es, daß nach dem Rücktritt des Kabinetts Salandra sich niemand mehr fand, der den Mut hatte, eine neue Kabinettsbildung zu übernehmen, daß in der entscheidenden Debatte über die Kriegsvollmachten kein Redner der konstitutionellen Partei des Senats oder der Kammer den Wert der weitgehenden österreichischen Konzessionen auch nur zu würdigen versuchte. Im Kriegstaumel verstummten die ehrlichen Politiker, aber wenn auch durch die militärischen Ereignisse, wie wir sie hoffen und wünschen, eine Ernüchterung des italienischen Volkes eintreten wird, dann werden ihm auch die Augen aufgehen, wie leichtfertig es in diesen Weltkrieg hineingehetzt wurde. (Rufe: Sehr richtig!) Wir taten alles, um die Abkehr Italiens vom Bunde zu verhüten. Uns fiel dabei die undankbare Rolle zu, dem treuverbündeten Oesterreich-Ungarn, mit dessen Armeen unsre Truppen täglich Wunden, Tod und Sieg teilen, anzusinnen, die Vertragstreue des Dritten durch die Abtrennung alterererbter Gebiete zu erkaufen. Daß Oesterreich-Ungarn schließlich bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen, ist bekannt. Fürst Bülow, der von neuem in den aktiven Dienst des Reiches getreten ist, bot die ganze Summe seiner diplomatischen Geschicklichkeit, seiner genauesten Kenntnis der italienischen Zustände und Persönlichkeiten in unermüdlicher Arbeit (Lebhafter Beifall) für die Verständigung auf. (Lebhafter Beifall.) Wenn auch seine Arbeit vergeblich geblieben ist, das ganze Volk dankt sie ihm. (Lebhafter Beifall.)

Die Innigkeit der Bundesgenossenschaft.

Wir werden auch diesen Sturm aushalten. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Von Monat zu Monat wuchsen wir mit unserm Verbündeten immer enger zusammen. (Beifall.) Von der Pilica bis zur Bukowina hielten wir zähe mit unsern österreichisch-ungarischen Kameraden monatelang gegen eine Riesenübermacht aus. Dann sind wir siegreich vorgestoßen und vormarschiert.

An dem Geiste der Treue, Freundschaft und Tapferkeit, von dem die Zentralmächte unerschütterlich beseelt sind, werden auch neue Feinde zuschanden werden. (Lebhafter Beifall.) Die Türkei feiert in diesem Kriege eine glänzende Wiedergeburt. (Beifall.) Das gesamte deutsche Volk verfolgt mit Begeisterung alle einzelnen Phasen des hartnäckigen, siegreichen Widerstandes, womit die uns treu verbündete türkische Armee und Flotte die Angriffe des Gegners mit wuchtigen Schlägen zu parieren weiß. (Lebhafter Beifall.) Gegen die lebendige Mauer unsrer Krieger im Westen sind unsre Gegner bisher vergeblich angestürmt. Mag auch an einzelnen Stellen der Kampf hin und her gewogt haben, mag hier und dort ein Schützengraben oder ein Dorf verloren gegangen oder gewonnen worden sein: der große Durchbruch, den uns die Gegner seit fünf Monaten ankündigen, ist ihnen nicht gelungen (Beifall) und soll ihnen nicht gelingen. (Lebhafter Beifall.) Sie werden an der todesmutigen Tapferkeit unsrer Helden scheitern.

Das Vorgehen der Feinde.

Alle Machtmittel der Welt boten die Feinde bisher vergeblich gegen uns auf, eine ungeheure Koalition und tapfere Soldaten — wir wollen die Feinde nicht verachten, wie es unsre Gegner wohl gern tun —, den Plan, eine Nation von siebzig Millionen mit Weibern und Kindern auszuhungern, Lug und Trug. In demselben Augenblick, wo der Mob der Straße in den englischen Städten um Scheiterhaufen tanzt, auf denen er die Habseligkeiten wehrloser Deutscher verbrennt, wagt es die englische Regierung, ein Dokument mit den Aussagen ungenannter Zeugen über die angeblichen belgischen Greuel zu veröffentlichen, die so ungeheuerlich sind, daß nur ein verrücktes Gehirn ihnen Glauben schenken kann. (Lebhafte Zustimmung.) Aber während die englische Regierung hie und da richtigen Nachrichten Raum gibt, während sie objektive Dar-

29./V. 1915

Der Reichskanzler über den Treubruch Italiens.

stellungen der Kriegslage abdruckt, herrscht in Paris allein der Terror der Zensur. Keine Verlustlisten erscheinen, kein deutscher, kein österreichisch-ungarischer Generalstabsbericht darf abgedruckt werden, die ausgetauschten schwerverwundeten Invaliden werden von ihren Angehörigen abgesperrt, eine wahre Angst vor der Wahrheit scheint die Regierung zu beherrschen. So kommt es, daß nach zuverlässigen Beobachtungen in den breitesten Volksschichten noch heute keine Kenntnis von den schweren Niederlagen der Russen auch nur im vorigen Jahre besteht, daß man weiter glaubt an die russische Dampfwalze, die auf Berlin losgeht, das in Hunger und Elend verkomme, daß man vertraut auf die große Offensive im Westen, die nun seit Monaten nicht vom Fleck kommt. Wenn die Regierungen der uns feindlichen Staaten glauben, durch Volksbetrug und durch Entfesselung blinden Hasses die Schuld an dem Verbrechen dieses Krieges abwälzen und den Augenblick des Erwachens hinausschieben zu können, wir werden uns, gestützt auf gutes Gewissen, gerechte Sache und siegreiches Schwert, nicht um Haaresbreite von der Bahn abdrängen lassen, die wir von je als richtig erkannten. Inmitten der Verwirrung der Geister auf der andern Seite geht das deutsche Volk ruhig und sicher seinen eigenen Weg.

Der heilige Zorn.

Nicht mit Haß führen wir diesen Krieg, aber mit Zorn (Lebhafte Zustimmung), mit heiligem Zorn. (Wiederholte stürmische Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.) Je größer die Gefahr ist, die wir, von allen Seiten von Feinden umdrängt, zu bestehen haben, je mehr uns die Liebe zur Heimat tief ans Herz packt, je mehr wir sorgen müssen für Kinder und Enkel, um so mehr müssen wir ausharren, bis wir uns alle nur möglichen realen Garantien und Sicherheiten geschafft und erkämpft haben, daß keiner unsrer Feinde, nicht vereinzelt und nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird. (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall auf allen Seiten des Hauses und Händeklatschen.) Je wilder uns der Sturm umtobt, um so fester müssen wir unser eigenes Haus bauen. (Wiederholter, stürmischer Beifall.) Für diese Gesinnung einiger Kraft, unerschrockenen Mutes und grenzenloser Opferwilligkeit, die das ganze Volk beseelen, für die treue Mitarbeit, die Sie, meine Herren, vom ersten Tag an zähe und fest dem Vaterland leisten, übermittle ich Ihnen als Vertretern des ganzen Volkes den heißen Dank des Kaisers. (Stürmischer Beifall.) Im gegenseitigen Vertrauen darauf, daß wir alle eins sind, werden wir siegen, einer Welt von Feinden zum Trotz. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall und andauerndes Händeklatschen.)

Nach der Rede des Kanzlers beantragte der Konservative Graf Westarp, das Haus möge sich nach dieser Rede bis morgen vertagen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien und eines Teiles der Sozialdemokraten angenommen und die Sitzung geschlossen.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht der Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 10. August.

Tägliche Rundschau · 124
29./V. 1915

Kriegssitzung des Reichstags.

Die gestrige Kanzlerrede darf als eine der wirkungsvollsten und stärkst empfundenen Kundgebungen in dieser an dramatischen und rednerischen Höhepunkten so überreichen Parlamentstagung bezeichnet werden. Wie noch nie zuvor verstand es Herr v. Bethmann Hollweg, die Tatsachen wirken zu lassen und mit seiner schlichten und schmucklosen Charakteristik der italienischen Politik und der italienischen Treulosigkeit die Hörer zu tiefster Bewegung hinzureißen, die sich zu brausendem, fast nach jedem Satz wiederholtem Beifall steigerte, als er mit schonungsloser Schärfe die gewissenlose Verführung des italienischen Volkes durch seine Staatsmänner und seinen eigenen König kennzeichnete. Vom nahezu vollzählig besetzten Parkett pflanzte sich der Sturm der Geister fort durch die überfüllten Tribünen, und der Sturm wurde zum Orkan der Begeisterung, als der Kanzler das glückliche Wort prägte: „Nicht mit Haß führen wir diesen Krieg, aber mit Zorn, mit heiligem Zorn" — und als er dann von den Garantien und Sicherheiten sprach, die wir uns verschaffen müssen für unsere Zukunft, daß kein Feind und keine Koalition von Feinden es fürderhin mehr wagen soll, uns wieder so ruchlos anzugreifen. Mit dem heißen Dank des kaiserlichen Führers und Kriegsherrn an die Vertreter des deutschen Volkes, dem Dank für ihre Einigkeit und Opferbereitschaft, für ihre Arbeit und ihr Vertrauen, und mit der festen Zuversicht auf unseren Sieg auch gegen eine Welt von Feinden schloß der Kanzler seine Rede. Ihr Eindruck war so stark und nachhaltig, daß man keine Neigung mehr hatte, weitere geschäftliche Beratungen zu pflegen; Graf Westarp beantragte die Vertagung, die auch mit überwältigender Mehrheit beschlossen ward. So endigte denn die bedeutungsvolle Sitzung nach kaum halbstündiger Dauer gegen 3¼ Uhr. In der Diplomatenloge waren einige Mitglieder der amerikanischen Botschaft den Vorgängen im Saale gefolgt, im übrigen war die Diplomatie aus naheliegenden Gründen sehr spärlich vertreten. Um so üppiger prangte dafür ein farbenprächtiger Frauen- und Mädchenflor, der, wie die Zuhörer auf allen übrigen Tribünen, an den stürmischen Beifallskundgebungen durch Zurufe und Händeklatschen sich lebhaft beteiligte. Der Geist der Einheit, der das deutsche Volk in diesen Tagen so herrlich durchdringt, kam in der gestrigen Kundgebung ergreifend zum Ausdruck. H. Hk.

---

11. Sitzung vom 28. Mai, 3 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, v. Jagow, v. Tirpitz, v. Loebell, Lisco, Dr. Solf, Kraetke, Dr. Helfferich.

Der Saal ist voll besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Reichskanzler Dr. v. Behmann Hollweg:

Als ich vor acht Tagen zu Ihnen sprach, bestand noch ein Schimmer von Hoffnung, daß das Losschlagen Italiens vereitelt werden könne. Die Hoffnung hat getrogen. Das deutsche Empfinden sträubte sich, an die Möglichkeit einer solchen Wendung zu glauben; jetzt hat die italienische Regierung selbst diesen Treubruch mit blutigen Lettern unvergänglich in das Buch der Weltgeschichte eingeschrieben. (Allseitiges Sehr richtig!) Ich glaube, es war Machiavelli, der einmal gesagt hat, jeder Krieg, der notwendig sei, sei auch gerecht. War von diesem nüchternen, realpolitischen Standpunkte aus, der von allen moralischen Reflexionen absieht, war, auch nur so gesehen, dieser Krieg notwendig?

Ist er nicht vielmehr geradezu sinnlos?

(Stürmische Zustimmung.) Niemand bedrohte Italien, weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland. Ob die Tripleentente es bei Lockungen hat bewenden lassen, das werden die Geschichtsschreiber einmal festzustellen haben. (Lebhaftes Sehr gut!) Ohne einen Tropfen Bluts, ohne das Leben eines einzigen Italieners zu gefährden, konnte Italien die lange Liste der Konzessionen haben, die ich Ihnen neulich verlesen habe: Land in Tirol, Land am Isonzo, soweit die italienische Zunge klingt, Befriedigung nationaler Wünsche in Triest, freie Hand in Albanien, den wertvollen Hafen Valona. Warum haben die Herren Salandra und Sonnino das nicht genommen? Wollten sie etwa auch das deutsche Tirol erobern? (Mit erhobener Stimme): Hände weg, meine Herren! (Stürmischer Beifall.) Oder will sich Italien an Deutschland reiben, an dem Lande, dem es bei seinem Aufschwunge zur Großmacht doch so manche zu verdanken hat (lebhafte Zustimmung), an dem Lande, von dem es durch keinerlei Interessengegensätze getrennt ist! Wir haben in Rom keinen Zweifel darüber gelassen, daß der italienische Angriff auf österreichisch-ungarische Truppen auch deutsche Truppen treffen wird. (Lebhafter Beifall.) gelassen hatte, daß er sich aus ihren Armen nicht mehr loswinden konnte.

Schon im Dezember lagen Anzeichen für eine Schwenkung des römischen Kabinetts vor. Zwei Eisen im Feuer zu haben, ist ja immer nützlich, und Italien hatte uns auch früher schon seine Vorliebe für Extratouren gezeigt. Aber hier war kein Tanzsaal, hier war die blutige Walstatt, auf der Oesterreich-Ungarn und Deutschland für ihr Leben fechten. (Stürmische Zustimmung.)

Und dasselbe Spiel wie gegen uns haben die römischen Staatsmänner auch gegen das eigene Volk gespielt. Gewiß, das Land italienischer Zunge an der Nordgrenze war von jeher ein Traum und Wunsch, innig begehrt von italienischen Herzen. Aber doch ist dieser Krieg ein Kabinettskrieg. Denn das italienische Volk in seiner großen Mehrheit wollte nichts vom Kriege wissen, und auch die Mehrheit des Parlamentes wollte es nicht. (Hört, hört!) Noch im Mai haben die besten Kenner der italienischen Verhältnisse feststellen können, daß etwa vier Fünftel des Senats und drei Viertel der Kammer gegen den Krieg waren (lebhaftes Hört, hört!), und darunter die ernstesten und gewiegtesten Staatsmänner der ganzen letzten italienischen Epoche. Aber die Vernunft kam nicht mehr zum Worte. Es herrschte allein die Straße, und die Straße war unter der wohlwollenden Duldung und Förderung der leitenden Männer des italienischen Kabinetts (lebhaftes Sehr gut!) bearbeitet von dem Golde der Tripelentente (Stürmische Zustimmung) und unter der Führung gewissenloser Kriegshetzer in einen solchen Blutrausch versetzt worden, daß sie dem Könige Revolution und allen Gemäßigten, die sich noch ein nüchternes Urteil bewahrt hatten, Ueberfall und Mord androhte, wenn sie nicht in die Kriegstrompete miteinstießen. Ueber den Gang der österreichisch-ungarischen Verhandlungen, über das Maß der österreichischen Konzessionen wurde

das Volk geflissentlich im Dunkel gehalten.

So kam es, daß nach dem Rücktritt des Kabinetts Salandra sich niemand mehr fand, niemand mehr den Mut hatte, eine neue Kabinettsbildung zu übernehmen, und daß in den entscheidenden Debatten über die Kriegsvollmachten kein Redner der konstitutionellen Parteien des Senates oder der Kammer den Wert der weitgehenden österreichischen Konzessionen für die nationalen Wünsche des italienischen Volkes zu würdigen auch nur versucht hat. In dem allgemeinen Kriegstaumel trieben die leitenden Politiker zum Sturm. Aber wenn durch die militärischen Ereignisse, wie wir sie hoffen und wünschen, eine Ernüchterung des italienischen Volkes eintreten wird, dann werden ihm auch die Augen darüber aufgehen, wie leichtfertig es in diesen Krieg hineingehetzt worden ist. (Stürmisches Sehr richtig!)

Tägliche Rundschau
29./V. 1915

Reichstagssitzung

Wir haben alles getan,

um die Abkehr Italiens vom Bunde zu verhüten. Uns fiel dabei die undankbare Rolle zu, dem treu verbündeten Oesterreich-Ungarn, mit dessen Armee unsere Truppen von Kampf zu Kampf und von Sieg zu Sieg schreiten, anzusinnen, die Vertragstreue des Dritten durch die Abtrennung alterer bter Gebiete zu erkaufen. Daß Oesterreich-Ungarn schließlich hier an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen ist, wissen Sie. (Zustimmung.) Der Fürst Bülow, der von neuem in den aktiven Dienst des Reiches getreten war, hat die ganze Summe seines diplomatischen Geschicks, seiner genauen Kenntnis der italienischen Zustände, seiner Persönlichkeit und seines Namens mit unermüdlicher Arbeit für eine Verständigung eingesetzt. (Lebhafter Beifall.) Wenn seine Arbeit vergeblich geblieben ist, das ganze deutsche Volk dankt sie ihm. (Lebhafter Beifall.) Wir werden auch diesen Sturm aushalten. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Von Monat zu Monat sind wir mit unseren Verbündeten immer mehr zusammengewachsen. Von der Pilica bis zur Bukowina haben wir mit unseren österreichisch-ungarischen Kameraden monatelang gegen eine Riesenübermacht zähe ausgehalten. (Beifall.) Dann sind wir siegreich vorgestoßen und vormarschiert. An dem Geist der Treue und Freundschaft und Tapferkeit, von dem die Zentralmächte unerschütterlich beseelt sind, werden auch neue Feinde zuschanden werden. (Brausender Beifall.)

Die Türkei feiert in diesem Kriege eine

glänzende Wiedergeburt.

(Beifall.) Und das gesamte deutsche Volk verfolgt mit Begeisterung alle einzelnen Phasen des hartnäckigen und siegreichen Widerstandes, mit dem die uns treu verbündete türkische Armee und Flotte die Angriffe der Gegner mit wuchtigen Schlägen zu parieren weiß. (Beifall.)

Gegen die lebendige Mauer unserer Krieger im Westen sind die Gegner bisher vergeblich angestürmt. Mag auch an einzelnen Stellen der Kampf hin und hergewogt haben, mag hier oder dort ein Schützengraben oder ein Dorf verloren oder gewonnen worden sein, — der große Durchbruch, den uns unsere Gegner seit fünf Monaten so laut ankündigten, der ist ihnen nicht gelungen. (Lebhafter Beifall!) und er soll ihnen nicht gelingen. (Lebhafter Beifall.) Er wird an der todesmutigen Tapferkeit unserer Helden scheitern. (Lebhafter Beifall.) Alle Machtmittel der Welt haben unsere Feinde bisher vergeblich gegen uns aufgeboten. Eine ungeheure Koalition tapferer Soldaten — denn wer wollte die Feinde verachten, wie es unsere Gegner wohl gerne tun — ist gegen uns aufgeboten worden, ferner der Plan, eine Nation von 70 Millionen mit Weibern und Kindern auszuhungern, Lug und Trug. In demselben Augenblick, wo der Mob der Straße in englischen Städten um Scheiterhaufen herumtanzte, auf denen er die Habseligkeiten wehrloser Deutscher verbrannte (lebhafte Pfui-Rufe), wagt es die englische Regierung, ein Dokument mit ungenannten Zeugen über angebliche Grausamkeiten in Belgien so ungeheuerlicher Art zu verbreiten, daß nur ein verrücktes Gehirn ihnen Glauben schenken kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber während die englische Presse hier und da sachlichen Nachrichten Raum gibt, während sie objektive Darstellungen der Kriegslage abdruckt, herrscht in Paris allein der Terror der Zensur. Keine Verlustlisten erscheinen, kein deutscher, kein österreichisch-ungarischer Generalstabsbericht darf abgedruckt werden; die ausgetauschten, schwer verwundeten Invaliden werden von ihren Angehörigen abgesperrt. (Hört, hört!) Eine

wahre Angst vor der Wahrheit

Weshalb hat nun also Rom auf die weitgehenden Anerbietungen so leicht verzichtet? Das italienische Grünbuch ist ein Dokument, das schlechtes Gewissen hinter hohlen Phrasen verbirgt. Man hat sich vielleicht offen gescheut, konditionell auszusprechen, was man durch die Presse und durch die Gespräche der parlamentarischen Wandelgänge als Vorwand verbreiten ließ, die österreichischen Angebote seien zu spät gekommen und man habe ihnen nicht trauen können. Wie steht es denn in Wirklichkeit?

Die römischen Staatsmänner hatten doch wohl kein Recht, an die Vertrauenswürdigkeit anderer Nationen denselben Maßstab anzulegen, den sie sich für die eigenen Vertragshandlungen zurechtlegen (lebhaftes Sehr richtig!). Deutschland bürgte mit seinem Wort dafür, daß die Konzessionen durchgeführt werden würden. (Mit erhobener Stimme):

Da war kein Raum für Mißtrauen!

(Lebhafte Zustimmung und Sehr richtig!)

Und weshalb

zu spät?

Das Trentino, das am 4. Mai angeboten wurde, war kein anderes Land, als welches es im Februar gewesen war, und im Mai war zu dem Trentino noch eine ganze Reihe weitgehender Konzessionen hinzugekommen, an die im Winter nicht einmal gedacht worden war. Nein, zu spät war es, weil die römischen Staatsmänner sich nicht gescheut hatten, lange vorher, während der Dreibund noch leibte und lebte, derselbe Dreibund, von dem der König und die Regierung in Rom auch nach dem Ausbruch des Weltkrieges ausdrücklich anerkannt hatten, daß er weiterbestehe (lebhaftes Hört, hört!) — daß Sonnino sich lange vorher mit der Tripelentente so tief ein-

---

scheint die französische Regierung zu beherrschen. (Lebhafte Zustimmung.) So kommt es, daß nach zuverlässigen Beobachtungen in breitesten Volksschichten noch keine Kenntnis von den schweren Niederlagen der Russen, auch nur derjenigen im vorigen Jahre, besteht, daß man weiter glaubt an die russische Dampfwalze, die auf Berlin losgeht, das in Hunger und Elend verkommt, und daß man glaubt an die große Offensive im Westen, die seit Monaten nicht kommt. Wenn die Regierungen der feindlichen Staaten glauben, durch Volksbetrug und durch die Entfesselung eines blinden Hasses die Schuld an dem Verbrechen dieses Krieges zu verdecken, den Tag des Erwachens hinausschieben zu können: wir werden uns, gestützt auf unser gutes Gewissen, auf die Gerechtigkeit unserer Sache und auf unser siegreiches Schwert nicht um Haaresbreite von der Bahn abdrängen lassen, die wir als richtig erkannt haben. (Lebhafter Beifall.) Mitten in dieser Verwirrung der Geister und Gefühle geht das deutsche Volk ruhig und sicher seinen alten Weg.

Nicht mit Haß führen wir diesen Krieg, aber mit Zorn, mit heiligem Zorn.

(Stürmischer Beifall.) Und je größer die Gefahr ist, die wir, von allen Seiten von Feinden umdrängt, zu bestehen haben, je mehr uns die Liebe zur Heimat tief ans Herz packt, je mehr wir sorgen müssen für Kinder und Enkel, um so mehr müssen wir ausharren, bis wir uns alle nur möglichen realen

Garantien und Sicherheiten

dafür geschaffen haben, daß keiner unserer Feinde, nicht vereinzelt, nicht vereint, wieder einen Waffengang wagen wird. (Stürmischer Beifall und minutenlanges Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Je wilder uns der Sturm umtobt, um so fester müssen wir unser eigenes Haus bauen. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Für die Gefühle, für die Gesinnung einiger Kraft, unerschrockenen Mutes und grenzenloser Opferwilligkeit, die das ganze Volk beseelt, für die treue Mitarbeit, die Sie, meine Herren, vom ersten Tage an zähe und fest dem Vaterlande leisten, übermittle ich im Auftrage Seiner Majestät Ihnen als den Vertretern des ganzen Volkes den heißen Dank des Kaisers. In dem gegenseitigen Vertrauen darauf, daß wir alle eins sind, werden wir siegen, auch einer Welt von Feinden zum Trotz. (Brausender Beifall und erneutes minutenlanges Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Abgeordneter Graf Westarp (kons.): Ich beantrage, daß das Haus sich nach dieser Rede bis morgen vertagt.

Dieser Antrag wird von allen bürgerlichen Parteien und einem Teil der Sozialdemokraten unterstützt und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abgeordneter Scheidemann (Soz.) beantragt, die zweite und dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung nicht an dritter, sondern an fünfter Stelle aufzuführen.

Abgeordneter Bassermann (nl.) widerspricht diesem Antrag und bittet, es bei der Reihenfolge der Tagesordnung zu belassen. Das Gesetz muß morgen in zweiter und dritter Lesung erledigt werden.

30./V. 1915

Die Verluste an Kriegsschiffen.

Große Flotten sind in dem nun zehn Monate währenden Ringen in den Ozeanen versunken. Von Woche zu Woche wachsen die Verluste an Kriegsschiffen. Sie steigen jetzt an den Dardanellen rasch an, seitdem die feindlichen Flotten dort einzudringen versuchen. Bisher haben Engländer und Franzosen dort acht große Kriegsschiffe verloren, ohne die vielen kleineren Kriegsfahrzeuge, deren Verlust nicht immer festzustellen war, weil die Feinde darüber nur reden, wenn es nicht mehr zu umgehen ist. Wir wollen nachstehend versuchen, eine Uebersicht über die Verluste an Kriegsseefahrzeugen zu geben. Leider kann auch diese Aufstellung nur unvollständig sein, weil viele Verluste verborgen bleiben. So sind darin nicht die beiden englischen Kreuzer enthalten, die in der Schlacht bei Bergen in der Nordsee gesunken sein sollen, als sich englische Schiffe aus Irrtum gegenseitig beschossen. Auch über andere Verluste in der Nordsee, an den französischen Küsten und in der Adria sowie an den Dardanellen schweigen sich die Dreiverbandsländer aus. Erst nach Jahren, oder vielleicht gar nicht, wird darüber eine Meldung durchdringen.

Unsere Aufstellung endet mit dem Verlust des „Agamemnon", der am 28. Mai so schwer beschädigt wurde, daß er vielleicht wie der „Gaulois" erst auf dem Wege zum Ausbesserungshafen gesunken ist. Soweit sich ersehen läßt, haben bisher verloren: England 13 Panzerkreuzer, 9 Kreuzer, also 22 größere Kriegsschiffe, 12 Torpedoboote, 6 Tauchboote, 6 Hilfskreuzer und 3 andere Schiffe, zusammen 49 Kriegsschiffe. Frankreich 3 Panzerkreuzer, 5 Torpedoboote, 1 Tauchboot, 1 Hilfskreuzer, zusammen 10 Kriegsschiffe. Außerdem beide Flotten vor den Dardanellen 4 Torpedoboote. Rußland hat bisher verloren: 3 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer, 2 Torpedoboote, 1 Hilfskreuzer, 2 andere Kriegsfahrzeuge, zusammen 9 Kriegsschiffe. Japan verlor: 1 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer, 1 Torpedoboot, zusammen 3 Kriegsfahrzeuge. Die Flottenverluste von Deutschland sind: 4 Panzerkreuzer, 10 Kreuzer, 8 Torpedoboote, 5 Tauchboote, 3 Hilfskreuzer, 1 anderes Hilfsschiff, zusammen 31 Kriegsschiffe. Oesterreich verlor: 2 Kreuzer („Zenta" und „Elisabeth"), 1 Kanonenboot, zusammen 3 Kriegsschiffe. Die Türkei hat eingebüßt: 1 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer, 2 Torpedoboote, zusammen 4 Kriegsschiffe.

Die Gesamtverluste der feindlichen Länder sind 20 Panzerkreuzer, 11 Kreuzer, 24 Torpedoboote, 7 Tauchboote, 8 Hilfskreuzer, 7 andere Hilfsschiffe, zusammen 77 Kriegsschiffe. Die Verbündeten: Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei, verloren 7 Panzerkreuzer, 11 Kreuzer, 11 Torpedoboote, 5 Tauchboote, 3 Hilfskreuzer, 1 anderes Schiff, zusammen 38 Kriegsschiffe.

Unsere Gegner haben also doppelt so viele Kriegsschiffe verloren als die Verbündeten, soweit man es erfahren hat. Die wirklichen Verluste sind viel größer, als man weiß. In dieser Aufzeichnung sind nur solche Schiffe enthalten, die wirklich gesunken sind. Beschädigte Kriegsschiffe sind nicht aufgenommen. Daß die deutschen Kreuzer, die beim Beginn des Krieges in Auslandsstationen waren oder ausliefen, um den Handel der feindlichen Staaten zu schädigen, alle vernichtet wurden, kann nicht wundern. Waren sie doch alle großen Uebermachten gegenübergestanden und ohne jeden Verpflegshafen. Ohne diese ungünstigen Umstände wären die Schiffsverluste Deutschlands viel geringer.

Noch anschaulicher wird die Einbuße der feindlichen Flotten, wenn man die Tonnenzahlen vergleicht. Es haben verloren: England 49 Kriegsschiffe mit mehr als 277.000 Tonnen, Frankreich 10 Kriegsschiffe mit mehr als 38.500 Tonnen (die beiden Mächte außerdem zusammen 6 Fahrzeuge mit 2000 Tonnen), Rußland 9 Kriegsschiffe mit 24.500 Tonnen, Japan 3 Kriegsschiffe mit 13.300 Tonnen, zusammen 77 Kriegsschiffe mit mindestens 355.300 Tonnen.

Demgegenüber machen die Verluste von Deutschland aus: 31 Kriegsschiffe mit 84.300 Tonnen, Türkei 4 Kriegsschiffe mit 13.000 Tonnen, Oesterreich-Ungarn 3 Kriegsschiffe mit 8700 Tonnen, zusammen 38 Schiffe mit 106.000 Tonnen. Der Verlust an großen Kriegsschiffen ist bei den Feinden vielfach größer, ihr Tonnengehalt macht 3½mal so viel aus; sie haben zwanzig Panzerkreuzer verloren gegen sieben der Verbündeten.

Auch an Toten sind die Zahlen der Feinde viel größer. Es haben, soweit bekannt, ohne die während Kämpfen auf Kriegsschiffen getöteten, nur durch sinkende Schiffe verloren an Menschen: England 10.300, Frankreich 1500, Rußland 1436, Japan 300, andere Fahrzeuge Englands und Frankreichs 120, zusammen 13.656 Tote. Deutschland verlor durch sinkende Schiffe 5000 Mann, Oesterreich 330, die Türkei 150 Mann, zusammen 5500 Mann.

Die Gesamtübersicht ist also: Die Feinde verloren zusammen 77 Kriegsschiffe, davon 31 Kreuzer, mit einem Gesamttonnengehalt von 355.300 und 13.656 Menschen. Die Verbündeten büßten ein: 38 Kriegsschiffe, davon 18 Kreuzer, mit einem Gesamttonnengehalt von 106.000 und 5500 Menschen.

In den zehn Monaten sind daher, soweit es bekannt ist, 115 Kriegsschiffe von 461.000 Tonnen mit 19.000 Menschen untergegangen. Es sind fürchterliche Zahlen, die alle Vorstellungen von den Schrecken des Seekrieges weit überragen. Und ungeachtet des Grauenhaften, das aus ihnen spricht, enthalten sie nicht die Verluste an Handelsschiffen und an Menschen, die mit ihnen umkamen. Welch ungeheure Werte damit zugrunde gingen, läßt sich derzeit gar nicht ermessen. Bisher hat dieser fürchterliche Krieg ganze Flotten verschlungen.

Reichspost
30./V. 1915

Die Kirchenfürsten Italiens gegen den Krieg.

Protestschreiben der Bischöfe an Salandra.

Berlin, 29. Mai.

Aus Lugano wird dem „Tageblatt" telegraphiert:

Sechzig von den etwa neunzig italienischen Bischöfen und Erzbischöfen protestieren in einer Erklärung an Salandra gegen den Krieg, der nach ihrer Ansicht zu vermeiden gewesen wäre.

Neue Freie Presse
30./V. 1915

Verleihung der türkischen Kriegsmedaille an den Kaiser, unsere Heerführer und General Mackensen.

Konstantinopel, 28. Mai.

Das Amtsblatt veröffentlicht die Verleihung der goldenen und der silbernen Imtiazkriegsmedaille an Kaiser Franz Josef sowie an den Armeeoberkommandanten Erzherzog Friedrich und Erzherzog Karl Franz Josef, an den Chef des Generalstabes G. d. J. Freiherrn Conrad v. Hötzendorf und an den Generaloberſten v. Mackensen.

30/V. 1915

Angst vor den deutschen Unterseebooten.

Konstantinopel, 28. Mai.

Ueber die Torpedierung eines weiteren englischen Schlachtschiffes liegt folgende ausführlichere Meldung vor:

Gestern vormittag gegen 9 Uhr wurde bei Sigindere nördlich von Sedil Bahr von verschiedenen Stellen einwandfrei und unabhängig von einander beobachtet, wie ein englisches Linienschiff torpediert wurde. Eine gewaltige Wassersäule stieg an der Bordwand auf, worauf sich das Schlachtschiff stark auf die Seite legte und dann durch ein anderes Kriegsschiff in der Richtung auf die Insel Imbros fortgeschleppt wurde. Gegen Mittag lag das beschädigte Linienschiff, das augenscheinlich der „Agamemnon"-Klasse angehört, umgeben von kleinen Dampfern an der Südostküste der Insel Imbros.

Nach dieser neuen erfolgreichen Unternehmung deutscher Unterseeboote vor den Dardanellen nahm der Gegner aus Sorge vor weiteren Unterseebootangriffen alle Kriegsschiffe mit Ausnahme einiger Torpedobootzerstörer vom Eingang der Dardanellen fort und schloß seine Angriffsflotte in den Buchten des Aegäischen Archipels ein.

Die Torpedierung des „Agamemnon".

Konstantinopel, 29. Mai.

Eine Ergänzung zu der gestrigen Mitteilung des Hauptquartiers besagt: Das Panzerschiff „Majestic" ist um 6 Uhr 30 Minuten versenkt worden.

Nach an verschiedenen Orten vorgenommenen Feststellungen scheint am gleichen Tage um 9 Uhr früh ein Panzerschiff mit zwei Masten und zwei Schloten torpediert worden zu sein. Eine mächtige Wassersäule wurde beobachtet, worauf das Panzerschiff sich auf die Seite legte und gegen die Insel Imbros geschleppt wurde. Um 11 Uhr wurde das Schiff an der Südostküste von Imbros mitten unter kleinen Dampfern liegend gesehen. Das torpedierte Kriegsschiff scheint dem „Agamemnon"-Typ anzugehören. Der eingetretene Nebel verhinderte unseren Flieger, seine Beobachtungen zu beenden.

30./V. 1915

Die Abberufung unseres Botschafters beim Vatikan.

Aeußerungen des Botschafters Prinzen Schönburg.

Der österreichisch-ungarische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Prinz Schönburg, der soeben aus Rom eingetroffen ist, hatte die Liebenswürdigkeit, einem Vertreter der „Politischen Korrespondenz" eine Unterredung zu gewähren, in deren Verlauf er sich über die Gründe der Abberufung der k. und k. Botschaft beim Heiligen Stuhl bei Kriegsausbruch in folgender Weise äußerte:

Ich habe mich in jeder nur denkbaren Weise für mein Verbleiben und das Verbleiben aller Mitglieder der Botschaft auf ihrem Posten bei Kriegsausbruch eingesetzt, da ja natürlicherweise die Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Heiligen Stuhl durch diesen Krieg absolut keine Veränderung erleiden. Die Gründe, welche schließlich die k. und k. Regierung veranlaßt haben, trotz dieser meiner im Prinzip vollkommen berechtigten Auffassung mir den Befehl zur sofortigen Abreise im Vereine mit allen übrigen Botschaftsmitgliedern beim Ausbruch des Krieges mit Italien zu erteilen, waren folgende:

1. Nichtanerkennung der seinerzeit von Italien geschaffenen Garantiegesetze durch den Heiligen Stuhl, welche Gesetze praktisch die einzige Grundlage für ein Verbleiben der Botschaft in Rom gebildet hätten.

2. Es war nicht einmal in der entferntesten Weise eine Sicherheit dafür geboten, daß die Botschaft in der Praxis während der Kriegsdauer jene Freiheiten hätte genießen können, die zur Erfüllung der Amtsgeschäfte unerläßlich sind. So war für die Kriegsdauer speziell die Unterbindung des freien Kurier-, Post- und Chiffreverkehrs zu gewärtigen — und zwar gleich vom Beginn des Krieges angefangen, wofür die k. und k. Regierung den Beweis in Händen hat.

3. Hätte das Verbleiben der Botschaft in Rom der Presse in Italien beständigen Anlaß zu weiteren vehementen Hetzereien gegen die Botschaft gegeben, in welche dann natürlich der Heilige Stuhl selbst hineingezogen worden wäre, was doch vor allem anderen zu vermeiden war.

Diese drei Gründe zeigen: Vor allem, daß das Prinzip völliger Unberührtheit unserer nach wie vor ausgezeichneten Beziehungen zum Heiligen Stuhl sich speziell bezüglich der Belassung unserer Botschaft auf ihrem Posten in der praktischen Ausführung als gänzlich undurchführbar erwies; ferner, daß wichtige Gründe der Opportunität und Rücksichten auf den Heiligen Stuhl die Abreise der Botschaft sogar als erwünscht erscheinen ließen.

Der amtliche Verkehr zwischen der k. und k. Regierung und dem Heiligen Stuhl wird nunmehr durch den am k. und k. Hofe akkreditierten päpstlichen Nuntius vermittelt werden.

Ein weiterer Hinweis darauf, daß die von der k. und k. Regierung getroffene Maßnahme die stets mit der größten Sorgfalt gepflegten vertrauensvollen und ausgezeichneten Beziehungen zwischen der ersten katholischen Großmacht und dem Vatikan nicht im entferntesten modifiziert, erscheint nach dem oben Gesagten fast überflüssig.

* * *

„Osservatore Romano" glaubt behaupten zu dürfen, daß die beim Vatikan beglaubigten Diplomaten aus Rom abgereist seien, weil ihre Stellung moralisch unannehmbar geworden wäre. Selbst wenn die italienische Regierung sich geneigt gezeigt hätte, einzuwilligen, daß die besagten Diplomaten durch Vermittlung und unter Verantwortung des Heiligen Stuhles mit ihren Regierungen zu korrespondieren fortfahren, hätten diese diplomatischen Vertreter offenbar unter den gegebenen Verhältnissen nicht entsprechend der Würde ihres Ranges und den Anforderungen ihres Amtes in Rom bleiben können. Ihre Abreise sei erzwungen durch die neue mit der Teilnahme Italiens am Kriege entstandene Lage, welche für den Heiligen Stuhl höchst peinlich sei, der nunmehr nicht mit den Vertretern einer der kriegführenden Parteien direkt konferieren und ein genaues Bild der Lage gewinnen könne. Der Heilige Stuhl sehe mithin die naturnotwendige Internationalität seiner Aktion eingeengt und beeinträchtigt.

30./V. 1915

Kriegsdebatte im deutschen Reichstage.

Berlin, 29. Mai.

Der Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Bei der Beratung von Petitionen führt Abg. Ebert (Sozialdemokrat) aus: Oesterreich-Ungarn hat Italien weitgehende Zugeständnisse gemacht, die den ernsten Friedensgedanken zum Ausdruck brachten. Bei einigermaßen gutem Willen Italiens hätte der Frieden erhalten werden können. Aber das italienische Volk wurde frivol in die Schrecknisse des Krieges hineingestürzt. Italien führe keinen Verteidigungskrieg, sondern einen Angriffs- und Eroberungskrieg. Deutschland, das bisher gegen eine Uebermacht zu Lande und zu Wasser stand, werde vor eine neue blutige Kraftprobe gestellt. In dieser Stunde gesteigerter Gefahr bekennen sich die Sozialdemokraten rückhaltlos zu dem, was sie am 4. August v. J. und später im Hause erklärt haben. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

Redner erklärt: Wir stehen zu unserem Volke. Einmütig wird das deutsche Volk seine ganze Kraft einsetzen, um auch dieser neuen Gefahr Herr zu werden und sich zu schützen. Aber die Sozialdemokraten beklagen es tief, daß mit dieser Erweiterung des Krieges die aufkeimende Hoffnung auf einen baldigen Frieden in weite Ferne gerückt ist, und glauben, getreu der sozialistischen Weltanschauung, auch heute der Friedenssehnsucht Ausdruck geben zu sollen. Die Sozialdemokraten wissen sich in Uebereinstimmung mit allen Schichten aller Volksstände, die mit ihnen den Frieden erstreben, der ein dauerndes Zusammenwirken aller Kulturvölker wieder ermöglicht. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen Bestrebungen, die den Frieden von allerlei Eroberungen abhängig machen wollen. Wir haben von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß jede Eroberungspolitik verurteilt wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Redner tritt schließlich unter Hinweis auf die kolossalen Leistungen des Volkes für die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten ein, wodurch allein eine gesunde innere Politik ermöglicht würde. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf Westarp (konservativ) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners, wonach unter keinen Umständen Eroberungen gemacht werden dürften, und betont, daß die Konservativen durchaus auf dem gestern vom Reichskanzler entwickelten Standpunkte stehen, daß alle reellen Garantien gegeben werden müßten, damit niemand mehr einen Waffengang mit Deutschland wage. Daher dürften auch Gebietserweiterungen nicht von der Hand gewiesen werden. Im übrigen wolle Redner nur der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß das Vorgehen Italiens nichts anderes sei, als ein neuer Hammerschlag für die feste Einmütigkeit des ganzen deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Schiffer (nationalliberal) erklärt, er stimme durchaus den letzten Worten des Vorredners zu. Alle seien einig darin, daß man bis zum Siege aushalten müsse. Der Kanzler gab dieser Ueberzeugung nicht durch tönendes Pathos Ausdruck wie die Herren Delcassé und Viviani ihren überschwenglichen Erwartungen, sondern schlicht und einfach wie jemand, dem nie ein Zweifel an einer selbstverständlichen Sache gekommen ist. Gerade aber dadurch rief er tiefgehende Wirkung hervor, die sich in stürmischem Beifall äußerte.

Die „Germania" schreibt: Der unbeachteten Mahnrede des Kanzlers von neulich ist gestern eine nicht minder ernstliche Strafrede gefolgt, die in einer scharfen Abrechnung mit dem Ministerium Salandra-Sonnino — nicht mit dem irregeleiteten und vom Kriegstaumel angesteckten italienischen Volke — gipfelte. Man merkte dem Kanzler bei der Rede die innere Erregung an, das Bestreben, sein vom gerechten Zorn erfülltes Herz auszuschütten und offen heraus vor aller Welt die Wahrheit über den italienischen Treubruch zu sagen, dabei aber seine Worte nach Möglichkeit zu mäßigen und rein sachlich zu bleiben. Daß gerade der Reichskanzler es war, der an dieser Stelle in so ernster Weise und vor aller Welt die für Italien und seine neuen Verbündeten so bitteren Wahrheiten sagte, daß er geradezu aus dem Herzen des deutschen Volkes gesprochen, das gibt seinen Worten erhöhte, durchschlagende politische Bedeutung. Eine größere moralische Niederlage der italienischen Regierung, als wir sie gestern der Reichskanzler ihr im Reichstage beigebracht, ist kaum denkbar.

Die „Freisinnige Zeitung" sagt: Was der Kanzler bot, war die nur die großen Gesichtspunkte berührende würdige Abrechnung eines ehrlichen Menschen mit den hinterlistigen Machenschaften verächtlicher Raubgesellen.

In den „Neuesten Nachrichten" heißt es: Temperamentvoller als je und mit einer Deutlichkeit der Kritik wie noch nie stellte der Kanzler gestern im Reichstage die Politik der leitenden Staatsmänner Italiens an den Pranger, an den sie gehören. Es war eine Freude, den Kanzler reden zu hören. Ein deutscher Mann sprach zu seinen Volksgenossen, in glücklichster Weise machte er sich zum Dolmetscher der Gefühle sämtlicher Abgeordneten über den in der Weltgeschichte beispiellosen Treubruch unseres bisherigen Bundesgenossen.

Im selben Sinne schreibt die „Vossische Zeitung" und hebt dann hervor, die Worte, daß wir unser Haus um so fester bauen müßten, je wilder uns der Sturm umtoben würde, werden dem Kanzler weit über die Kreise seiner engeren politischen Freunde hinaus Vertrauen im Volke schaffen.

Fremdenblatt
30./V. 1915

Kriegskalender.

8. Mai. Uebergang der Vortruppen der Heeresgruppe von Mackensen über den Wislok; durch gemeinsames Handeln aller Heeresteile der Verbündeten Abschneiden russischer Kräfte; bisher in Westgalizien 70.000 Russen gefangen und 38 Geschütze ebreutet; Krosno von k. u. k. Truppen genommen. In Südostgalizien starke russische Angriffe zurückgeschlagen; bei Zaleszczyki ein russischer Stützpunkt erstürmt. — Besetzung von Libau durch deutsche Truppen. — Bei Seddil Bahr die Landungstruppen von den Türken bis zur Landungsstelle zurückgedrängt. — Der englische Torpedozerstörer vor Zeebrügge vernichtet.

9. Mai. Unter siegreichen Kämpfen haben die verbündeten Armeen die Linie Uzsoker Paß—Komancza—Krosno—Debica—Szuczin überschritten. Angriff starker russischer Kräfte auf den Höhen nordöstlich Ottynia. Der stark befestigte Brückenkopf bei Zaleszczyki von unseren Truppen erstürmt, die Russen über den Dnjestr verfolgt, 3500 Russen gefangen. — Bei Mitau weichen vorgeschobene deutsche Abteilungen vor starken russischen Kräften aus; nordöstlich Kowno nach Vernichtung eines russischen Bataillons die Bahn Wilna—Szawle von den Deutschen zerstört; russische Angriffe an der Pilica abgewiesen — Frezenberg und Verlosenhoek bei Ypern von den Deutschen genommen; französische Angriffe bei Lievin und Perthes abgewiesen. — Munitionsladung an Bord der „Lusitania" festgestellt. — Eine Verschwörung von Dreiverbandsdiplomaten gegen die Türkei aufgedeckt.

10. Mai. Verfolgungskämpfe in Galizien am Stobnicaabschnitt, bei Sanok und Lisko; bei der Verfolgung des aus den Karpathen abziehenden Feindes 20.000 Gefangene gemacht; der deutsche Kaiser bei der Garde in Galizien. — Deutsche Fortschritte bei Nieuport und Ypern; große französisch-englische Gegenoffensive südwestlich Lille; Angriffe bei Arras abgeschlagen — Zwei Zeppeline über der Themsemündung. — Die englisch-französischen Truppen bei Ari Burnu von den Türken geschlagen. — Ein deutsches Torpedoboot vor Libau beschädigt. — Pöbelausschreitungen in Liverpool wegen Torpedierung der „Lusitania".

11. Mai. Der Versuch der Russen, die Verfolgung durch die verbündeten Armeen zum Stehen zu bringen, scheitert infolge des neuerlichen Durchbruches der russischen Linien bei Besko und zwischen Brzozow und Lubcza; die südlich der Weichsel kämpfenden starken russischen Kräfte werden durch den Sieg der k. u. k. Truppen bei Debica zum Rückzuge hinter die untere Wislola gezwungen; die Nidafront wird von den Russen gleichfalls aufgegeben; die aus dem Waldgebirge vorgedrungenen Truppen schlagen die Russen bei Baligrod und überschreiten bei Dwernik den San. Bei Czernowitz ein russischer Vorstoß abgewiesen. — Französische Angriffe bei Ablain und Carency abgeschlagen; deutsche Erfolge bei Berry au Bac. — Einberufung einer Armeedivision in der Schweiz.

Neue Freie Presse
30./V. 1915

Abbruch der Beziehungen der deutschen Freimaurer zu den französischen und italienischen.

Berlin, 29. Mai.

Der heute in Berlin tagende Großlogenbund hat folgende Erklärung beschlossen:

Angesichts der Haltung der italienischen Freimaurerei, die, aufgestachelt durch ihre französischen Gesinnungsgenossen, sich in ihrer Gesamtheit in die politischen zum Kriege führenden Parteikämpfe eingelassen und dadurch gegen das eine derartige Handlungsweise ausdrücklich verbietende freimaurerische Grundgesetz schroff verstoßen hat, bricht der deutsche Großlogenbund die bisherigen Beziehungen zu der italienischen und französischen Freimaurerei ab.

Gegenüber den Freimaurern in den übrigen feindlichen Ländern verbleibt es bei dem früher bereits gefaßten Beschluß, wonach jegliche Beziehungen der Großlogen zueinander seit Beginn der Feindseligkeiten ruhen.

Kriegschronik.

22. Mai.

Der englische Segler „Glenholm" torpediert.

23. Mai.

Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn.
Fürst Bülow und die diplomatischen Vertreter Preußens und Bayerns verlassen Rom.
Eindringen der Franzosen in unseren vordersten Graben bei Ablain.
Starke Schlappen der Russen bei Szawle und Misiuny—Zemigola.
Niederlage der Verbündeten bei Seddul Bahr. 2000 Mann Landungstruppen gefallen.
Die „Emden"-Leute in Konstantinopel.

24. Mai.

Deutsche Fliegerbomben auf Paris.
Erfolgreicher Vorstoß der österreichisch-ungarischen Flotte an die italienische Küste zwischen Venedig und Barletta.
Kleinere Scharmützel an der Tiroler Grenze.

25. Mai.

In Flandern die Blaminghe- und Bellewaarde-Ferme erstürmt. Vorrücken auf Hooge.
Oestlich Rossienie die Russen über die Dubissa zurückgeworfen. 2240 Gefangene.
Sieg v. Mackensens nördlich Przemysl. Radymno nebst fünf anderen Orten, die Höhen bei Bobrowka und Cetula erstürmt.
Südöstlich Przemysl die Russen von den Armeen Puhallo und Böhm-Ermolli gegen die Blonia-Niederung zurückgeworfen.
Vorgehen kleinerer italienischer Abteilungen über die Tiroler und Kärntner Grenze.
Versenkung des englischen Schlachtschiffes „Triumph" durch ein deutsches Unterseeboot vor Ari Burnu.
Unterzeichnung des japanisch-chinesischen Vertrages.
Ueberreichung von Noten der Vereinigten Staaten zum japanisch-chinesischen Abkommen an Japan und China.

26. Mai.

Bei Givenchy Eindringen der Engländer in unseren vordersten Graben. Französische Angriffe zwischen Lievin und Lorettohöhe, Souchez—Béthune und südlich Souchez verlustreich gescheitert.
Deutsche Flieger über Paris.
Der San-Uebergang östlich Radymno erzwungen. Lazy, Laszki, Korzenica-Zapalow erreicht. **Gesamtbeute: 153 russische Offiziere, 25 000 Mann gefangen, 64 Geschütze, 64 Maschinengewehre.**
Bildung eines englischen Einigungsministeriums.
Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs in Karibib und Windhuk durch die Engländer.

27. Mai.

Bei Neuville deutsche Gefangene von den Franzosen zur Deckung verwandt. Sehr starker feindlicher Angriff zwischen Vermelles und Lorettohöhe abgeschlagen.
Deutscher Luftangriff auf Southend.
Nienowice und Höhe Horodysko östlich Przemysl erstürmt. — Bei Drohobycz und Stryj die russische Front von der Armee Linsingen durchbrochen.
Beschießung österreichischer Grenzwerke südöstlich Trient durch italienische Artillerie. Vernichtung zweier italienischer Kompagnien bei Caprile. Ueberschreiten der Grenzen im Küstenland durch die Italiener.
Die Torpedierung des amerikanischen Dampfers „Nebrascan" und des dänischen Dampfers „Betty" von „Reuter" gemeldet. Der englische Dampfer „Norvenne" durch ein U-Boot versenkt.
Die Versenkung des englischen Linienschiffes „Majestic" durch ein deutsches Unterseeboot vor Seddul Bahr.
Der König von Italien unter Uebernahme des Oberbefehls ins Große Hauptquartier abgereist.

28. Mai.

Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag über Italiens Treubruch und Kriegserklärung.
Schwere Niederlage der Franzosen im Priesterwalde.
Angriff von 18 französischen Fliegern auf Ludwigshafen a. Rh. Das Führerflugzeug östlich Neustadt a. H. zur Landung gezwungen.
Bei Rossienie-Eiragola 3120 Russen gefangen.
Nordöstlich Przemysl weitere 9000 Gefangene, 25 Geschütze und 20 Maschinengewehre erbeutet. Bei Sieniawa Zurückgehen schwächerer Abteilungen der Verbündeten auf das linke Sanufer.
Der englische Hilfskreuzer „Princeß Irene" bei Sheerneß in die Luft geflogen.
Der englische Dampfer „Cadeby" durch ein deutsches U-Boot versenkt.
Der portugiesische Präsident de Arriaga kündigt seinen Rücktritt an.

29. Mai.

Starker französischer Angriff bei Bethune-Souchez abgewiesen. Räumung des Ostteils von Ablain durch unsere schwache Besatzung.
Deutsche Fliegerbomben auf Gravelines, Dünkirchen, St. Omer und Flugplatz Fismes.
Die Russen an der unteren Dubissa an vielen Stellen über den Fluß geworfen.
Unsere Truppen näher gegen die Nordfront von Przemysl. Das russische 179. Infanterie-Regiment aufgerieben.
Ein drittes englisches Linienschiff vor Seddul Bahr torpediert und nach Imbros geschleppt. Die Angriffsflotte in den Buchten des Aegäischen Archipels.
Pöbelausschreitungen in Mailand.
Uebereinkommen zwischen Argentinien, Brasilien und Chile.

Kölnische Zeitung
30./V. 1915

Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

Vierte Mitteilung

Kamerun.

In einer Veröffentlichung über die Kriegführung der Verbündeten in Kamerun hat kürzlich das französische Ministerium der Kolonien ausgeführt, daß die deutschen Truppen nach den schweren Kämpfen der letzten Monate gezwungen seien, sich auf die Hochebene im Zentrum des Schutzgebietes zurückzuziehen. Die deutsche Verwaltung sei nach Jaunde verlegt, der Vormarsch der Verbündeten dorthin dauere an. Diese amtliche französische Nachricht soll und muß den Eindruck erwecken, als ob die Waffen der Verbündeten in den letzten Monaten von großem Erfolg begleitet gewesen seien, und die Kriegslage im Schutzgebiet Kamerun sich erheblich zu unsern Ungunsten gestaltet habe. Ob und inwieweit diese Ansicht der französischen Regierung berechtigt ist, möge an der Hand der vorliegenden, von Mitte Februar stammenden deutschen amtlichen Berichte aus Kamerun, die durch Privatnachrichten und anderweitige Veröffentlichung der feindlichen Regierungen ergänzt wurden, geprüft werden.

Ende Dezember v. Js. befand sich der gesamte Küstenstrich von Rio del Rey bis Ukoko unter der Herrschaft der feindlichen Schiffsgeschütze. Zehn Kriegsschiffe, zehn bis zwölf Transportdampfer und mehrere armierte große Barkassen lagen vor Duala und andern Plätzen der Kamerun-Küste. Von diesen Kriegsschiffen müssen drei inzwischen zurückgezogen worden sein, da nach englischen Zeitungsnachrichten die unter dem 25. April 1915 erklärte Blockade von zwei Kreuzern und fünf Kanonenbooten ausgeübt wird. Vor Kampo liegt ständig ein von zwei Schleppern begleitetes englisches Schiff. Rio del Rey, Victoria, Duala, Kribi und Ukoko waren vom Gegner besetzt, ebenso Buea-Soppo. In Kampo, das französische Kriegsschiffe bereits im Oktober zusammengeschossen hatten, waren in den letzten Tagen des Dezembers englische Truppen gelandet worden. Diese hatten im ersten Zusammenstoß mit unsern Vortruppen zwei Europäer und sieben Soldaten verloren. Da ihre Versuche, landeinwärts vorzudringen, am Widerstande unserer Truppen scheiterten, räumten sie am 17. Januar wieder den Platz, nachdem dieser völlig zerstört und seine Pflanzungen vernichtet worden waren. Späterhin soll, wie eine Privatnachricht besagt, eine französische Abteilung Kampo wieder besetzt haben, ohne daß es ihr jedoch bisher gelang, in das Innere vorzudringen. Nachdem bereits aus Groß- und Klein-Batanga, Longji und Plantation die französischen Besatzungen verjagt worden waren, wurden in einem Gefecht am 6. Dezember die Franzosen vom Hauptmann v. Hagen bei Kribi geschlagen. Sie vermochten sich jedoch im Bereich der Schiffsgeschütze zu halten. Nach Eintreffen von englischen Truppen unternahmen die Verbündeten abermaliger Vorstöße, und zwar gleichzeitig auf den Straßen nach Lolodorf und Akomakak. Doch auch diese Unternehmungen scheiterten völlig. Seitdem ist der Gegner auf Kribi beschränkt; die Heranziehung weiterer Verstärkungen und die Anwerbung von Trägern lassen auf den Versuch abermaliger Vorstöße gegen Jaunde schließen. (Eine nach Drucklegung eingegangene Privatnachricht meldet die Räumung Kribis seitens des Gegners. Der völlig zerstörte Ort soll indessen von Kriegsschiffen zeitweilig beschossen werden.)

Briefliche Schilderungen von Deutschen und Angehörigen neutraler Staaten gestatten, sich ein Bild von der damaligen Lage in Kribi und an der Batanga-Küste zu machen. Das Verhalten der Senegalesen den Eingeborenen gegenüber und das Verhältnis zwischen englischen und französischen Soldaten beleuchtet folgende, dem Brief eines Neutralen entnommene Stelle:

„. . . Zwischen Kribi und Kampo . . . sollen die Eingeborenen nicht wissen, wohin sich wenden, da die Senegalesen sie jagen, als wenn sie wilde Tiere wären, um sie auszurauben und auszuplündern, und heute gibt es in jener Gegend Hunderte von Frauen, denen die Brüste von den Senegalesen (den französischen Truppen) abgeschnitten sind; es heißt, daß diese Vorgänge, ferner der Umstand, daß in Longji einem Weißen der Kopf abgeschnitten worden ist, sowie auch das Gerücht, daß die Senegalesen dies tun, weil die Franzosen auf den Kopf jedes weißen Deutschen 100 Franken Belohnung ausgesetzt haben — daß alles dieses die Beziehungen zwischen den Verbündeten sehr wenig herzlich gestaltet; die Engländer haben die Aufmerksamkeit der Franzosen auf diese Vorgänge gelenkt und ihrerseits verboten, daß bei der Festnahme eines Weißen eingeborene Truppen, insbesondere Senegalesen, verwendet werden. In Kribi soll vor dem Kriegsgericht eine Sache verhandelt werden, bei der ein Senegalese einen friedlichen Eingeborenen ohne jeden vorgängigen Anlaß angriff und tötete, worauf ein über diese Barbarei empörter Sierra-Leone-Soldat seinerseits den Senegalesen tötete; und als dann auf das Schießen hin Offiziere herbeieilten, konnten diese gerade noch sehen, wie wiederum ein anderer Senegalese den Sierra-Leone-Mann tötete. . ."

Nach der Räumung von Edea hatten unsere Truppen zur Sicherung der Straße Edea—Jaunde und der noch in unserm Besitz gebliebenen Strecke der Mittellandbahn an dem Kele-Fluß, der in der Luftlinie etwa 25 Kilometer oberhalb von Dehane in den Njong mündet, und dem Ngwe, einem Nebenfluß des Kele, eine befestigte Stellung bezogen. Ebenso war Dehane besetzt. Mehrfache Angriffe auf unsere Stellungen waren zum Teil unter erheblichen Verlusten für den Gegner zurückgeschlagen. Am 5. Januar schritten darauf unsere Truppen zum Angriff auf Edea. Der Platz war außerordentlich geschickt befestigt und wurde von Marinesoldaten verteidigt. Unserer Erkundung war es nicht gelungen, die Befestigungsanlagen festzustellen. Der Angriff wurde daher abgeschlagen, doch wagte es der Gegner nicht, unsern Truppen zu folgen. Anscheinend waren auch seine Verluste im Verhältnis zu den unsrigen erheblich. Von ernstern Kämpfen um Edea bzw. die Stellung am Kele-Ngwe und bei Dehane seit dem 5. Januar sind Nachrichten bislang nicht eingelaufen. Einem vom 3. März stammenden Brief ist jedoch zu entnehmen, daß die Besatzung von Edea dauernd von unsern Patrouillen beunruhigt wird. Von einem Gefecht am Njong, in welchem ein englischer Marineoffizier schwer verwundet worden sei, sprechen englische Blätter. Da über den Verlauf nichts Näheres mitgeteilt wird, kann angenommen werden, daß der Kampf für unsere Truppen nicht ungünstig verlaufen ist. Französische amtliche Nachrichten der letzten Zeit besagen schließlich, daß die Kolonne des Oberst Mayer von Edea aus den Übergang über den Kele erzwungen habe, während gleichzeitig von einer auf der Straße Edea—Jaunde vorrückenden englischen Abteilung die Ngua-Brücke (gemeint ist wohl die über den Ngwe führende Brücke) besetzt worden sei. Ein Grund zur Beunruhigung würde selbst dann nicht vorliegen, wenn diese Nachricht zutreffen sollte.

Am 14. November v. J. war Buea-Soppo den gleichzeitig von Victoria, Tiko und Mpundu angesetzten Angriffen weit überlegener englischer und französischer Truppen erlegen. Die Reste der Besatzung hatten sich teils nach Johann Albrechtshöhe zurückgezogen, teils waren sie zum Hauptmann von Engelbrechten, dem Führer der mit dem Bahnschutz beauftragten Abteilung, bei Nlohe an der Nordbahn gestoßen. Der Einnahme von Buea folgte der Vormarsch der Engländer entlang der Nordbahn auf Bare, während gleichzeitig eine französische stärkere Abteilung über Johann Albrechtshöhe, das nach einem Gefecht bei Malende südöstlich der Station am 21. November von unsern Truppen geräumt wurde, auf Nguschi-Essong vorrückte. Durch diese in der rechten Flanke bedroht, sah sich von Engelbrechten trotz glücklicher Gefechte bei Njanga am 24. November und 4. Dezember, Nlohe am 5. Dezember und Ndunge am 8. bis 10. Dezember veranlaßt, Nkongsamba und Bare aufzugeben und sich zur Verteidigung der auf das Hochplateau von Dschang führenden Straßen bereitzustellen. Seiner Bewegung schloß sich die bei Javassi stehende Abteilung unter Hauptmann Haedicke an; sie nahm eine Stellung bei Fontjabesa. Zur Unterstützung der Abteilung von Engelbrechten zog Major Rammstedt, dem nach Genesung von schwerer Verwundung der Befehl über die auf dem Hochplateau von Dschang bis zur englischen Grenze vereinigten Truppen übertragen worden war, noch die im Ossidinge-Bezirk stehende Abteilung Schaade heran. Die Beobachtungen der an der deutsch-englischen Grenze im Krokflußgebiet stehenden feindlichen Truppen führte die Abteilung des Hauptmanns von Sommerfeld aus.

In diesem Gebiet hatten englische Truppen, die in Stärke von etwa drei Kompagnien von Ikom aus, einer etwa 20 Kilometer westlich der Grenze am Krokfluß gelegenen englischen Station, vorgestoßen waren, am 25. August 1914 den deutschen Zollposten Nsanakang besetzt. Am 6. September 1914 waren sie von deutschen Truppen, gleichfalls in Stärke von drei Kompagnien, angegriffen worden und hatten eine schwere Niederlage erlitten. Nsanakang wurde wieder von unsern Truppen besetzt. Nach dieser schweren Niederlage verhielten

Kölnische Zeitung
30./V. 1915

Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

sich die Engländer zurückhaltend. Ihre Stärke war auf etwa sechs Kompagnien und eine Artillerieabteilung festgestellt, von denen Ende November zwei Kompagnien weggezogen wurden.

Ende Dezember 1914 überschritten starke englische Kräfte unter Umgehung unserer an der Ossidinge-Grenze aufgestellten Vortruppen den Mun-Aja in Richtung auf Ossidinge, während gleichzeitig unsere an der englischen Grenze bei Kentu und Esu stehenden Sicherungstruppen beschäftigt wurden, und am 29., 30. und 31. Dez. Vorstöße überlegener, von Artillerie unterstützter Erkundungsabteilungen auf den nach Mbo und Kikem führenden Straßen stattfanden. Der Übermacht weichend, räumte Hauptmann von Sommerfeld Ossidinge und zog sich nach Widekum zur Sicherung der nach Bali führenden Straße an den Rand des Hochplateaus zurück. Ossidinge wurde am Neujahrstage von den Engländern besetzt. Am nächsten Tag erzwang der Gegner durch seine außerordentliche Übermacht, die ihm immer wieder die Möglichkeit bot, unsere Stellungen zu umfassen, und vor allem durch seine Artillerie, die in dem übersichtlichen Gelände auf weite Entfernung die Straßen bestrich, den Aufstieg zum Plateau von Dschang bei Fong-Donera. An demselben Tage noch besetzte er Dschang, das von unsern Truppen nach rechtzeitiger Bergung der Vorräte geräumt war.

In Erwartung des weitern Vormarsches der Engländer auf dem Hochplateau standen unsere Truppen nahe Dschang in steter Fühlung mit dem Gegner. Gegenüber Ossidinge verharrte weiterhin die Abteilung Sommerfeld bei Widekum. Am 10. Januar traten unerwartet die Engländer in größter Eile den Rückmarsch nach Nkongsamba an. Von hier begann der Rücktransport von Truppen und Kriegsgerät auf der wieder in Betrieb gesetzten Nordbahn nach Duala. Auch die über Ossidinge in Vormarsch begriffenen englischen Truppen zogen sich gegen die Grenze zurück. Dem zurückweichenden Gegner folgten unsere Truppen in der allgemeinen Linie Ekoneman—Johann Albrechtshöhe—Jabassi. Letzterer Ort wurde am 19. Januar von der Abteilung Haedicke wieder besetzt. Nähere Nachrichten über die Beweggründe dieses auffallenden Rückzuges der Engländer von dem erst mit so großen Verlusten erkämpften Plateau von Dschang liegen noch nicht vor. Vermutet wird Unzuverlässigkeit der englischen Eingeborenen-Truppen. Auch von Aufstandsbewegung der Fulbe in Nigerien als Folge des „Heiligen Krieges“ sprechen Privatnachrichten.

Im nördlichen Teile des Schutzgebietes, in Adamaua und im Tschadseegebiet, ist die Lage unverändert. Bei Mora und Garua halten sich unsere Truppen in befestigten Stellungen bedeutender Übermacht gegenüber. Anfang Januar hatten die Verbündeten in Leinde und Tongo bei Garua 7 Kompagnien, 2 Schwadronen zusammengezogen; etwa in gleicher Stärke lagen sie vor Mora. In dem deutsch-englischen Grenzgebiet südlich des Yola-Bogens bis Karbabi fanden Plänkeleien der beiderseitigen Sicherungstruppen statt. Von Kontscha aus stieß eine 22 Köpfe starke Patrouille bis nach Yola hinein vor und gelangte nach glücklichem Gefecht wohlbehalten an ihren Ausgangspunkt zurück.

In dem bereits früher veröffentlichten Bericht des Gouverneurs vom 4. Januar 1915 war der Vormarsch französischer Truppen von Kunde auf Ngaundere und von Betare auf Dengdeng gemeldet. Diese Vorwärtsbewegungen stellten indes einen weit nach Norden ausholenden Angriff französischer und belgischer Streitkräfte gegen unsere Vortruppen am Bumbe II und am Kadei dar. Der Anmarsch auf Ngaundere fand nicht statt. Vor dem überlegenen Gegner sammelte sich die durch die Abteilung v. Heigelin verstärkte Ostabteilung unter Hauptmann Eymael bei Dume und Bertua. Bei Dokoa, etwa 6km nördlich Bertua, sowie bei letzterm Orte selbst fanden am 25., 27. und 28. Dezember für uns günstige Gefechte statt. Südlich des Dume-Flusses wurden feindliche Angriffe am 27. Dezember bei Mombi, etwa 30km südöstlich Njassi, und am 30. Dezember im Mensime-Gebiet und damit Versuche, auf Abongmbang durchzustoßen, zurückgewiesen. Mitte Februar standen unsere Truppen etwa in der Linie Dengdeng—Simekoa (etwa 40km westlich Bertua) —Jukaduma. Ihnen gegenüber waren Bertua und Njassi am Dume-Fluß, etwa 50km östlich der Dume-Station, vom Feinde besetzt. Nach neuern Privatnachrichten sollen indes die Franzosen mit dem Rückzug ihrer Truppen auf den Kadei begonnen haben, hierzu anscheinend durch Aufstandsbewegungen östlich des Sanaa veranlaßt. In dessen Stromgebiet waren Angriffe der Franzosen und Belgier auf Molundu am 4. Dezember mit erheblichen Verlusten für den Gegner abgeschlagen worden. Unter der von unsern Truppen gemachten Beute hatten sich 2 Geschütze befunden. Am 22. Dezember 1914 erschienen darauf vor Molundu 13 Dampfer und 2 Barkassen, die den mit erheblichen Kräften zu Lande ausgeführten Angriff vom Fluß aus unterstützten. Der Platz wurde nunmehr dem Gegner überlassen. Dessen weiteres Vordringen auf Lomie haben unsere, in der Linie Eta (Long)—Ngatto (etwa 100km nordwestlich Molundu am Bök-Flusse, einem rechten Nebenflusse des Bumba) —Bange am Bumba, etwa 50km südlich Jukaduma stehenden Truppen verhindert.

Im Süden des Schutzgebietes vermochten die von bewaffneten Eingeborenen unterstützten feindlichen Patrouillen im allgemeinen nicht die Linie Sembe—Ngarabinsam—Minkebe zu überschreiten. Westlich dieser Linie beherrschten unsere Truppen noch die Übergänge über den Wolö-Fluß, nachdem die Versuche des Gegners, am 26., 28. und 30. Dezember den Übergang über den Fluß zu erzwingen, abgewiesen waren. Kleinere unentschiedene Gefechte fanden Anfang Januar bei Bissok südlich des Wolö-Überganges der Ojem-Straße statt. Von Anfang März stammende Nachrichten von Kaufleuten besagen, daß im Verlauf des Februars unsere Truppen sich vor der großen feindlichen Übermacht auf Ambam zurückzuziehen begonnen hätten. Damit würde allerdings Neu-Kamerun völlig den Franzosen überlassen sein. Eine Beeinträchtigung der Gesamtlage würde die Preisgabe dieses Gebietes jedoch nicht zu bedeuten haben. Der Erfolg der vereinigten Engländer und Franzosen nach einer neunmonatigen Kriegführung ist also trotz des Aufgebots einer gewaltigen Übermacht und trotz der fast völligen Abschließung des Schutzgebietes von der Außenwelt durch eine Blockade lediglich die Besetzung eines Teiles des Küstenstrichs und Neu-Kameruns das erst kürzlich dem ältern, deutschen Besitz angegliedert wurde und wo die deutsche Verwaltung noch nicht in dem Maße Fuß zu fassen vermochte, wie in den ältern Landesteilen. Die Versuche des Gegners, von der Batangaküste auf Jaunde vorzustoßen, sind gescheitert. Der Vormarsch von Duala entlang der Nordbahn auf das Hochplateau von Dschang ist zwar unter schweren Verlusten geglückt, einen Dauererfolg vermochten die Engländer jedoch nicht zu erzielen, mußten sich vielmehr zur eiligen Zurückziehung ihrer Truppen auf Duala entschließen. Auch die an der Westgrenze, den Croßfluß aufwärts über Ossidinge vordringende englische Abteilung wurde zurückgenommen. Unsere Truppen folgen den abziehenden Feinden. Jabassi ist wieder in unserm Besitz. Der nördliche Teil des Schutzgebiets wird von unsern Truppen gehalten. Die Kriegslage hat sich also nicht besonders zum Vorteil der Verbündeten gestaltet, die Heldenmütigkeit unserer Truppen berechtigt vielmehr durchaus zu der Hoffnung, daß das Schutzgebiet fernerhin gehalten wird.

Neues Wiener Tagblatt
31./V. 1915

Eine internationale Konferenz während des Krieges.

Bern, 30. Mai. Freitag und Samstag fand in Bern auf Einladung des Bundes zur Organisierung des menschlichen Fortschrittes eine internationale Konferenz über die Zukunftsinteressen der Menschheit statt. Aus dem Deutschen Reiche waren unter anderm erschienen der Reichstagsabgeordnete Volkherr (Dresden) und Pfarrer Umfrie (Stuttgart), Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft. Aus Frankreich kam nur Deputierter Huppart. Außerdem waren Vertreter Hollands, Italiens, Rußlands, Amerikas und der Schweiz anwesend.

Die Konferenz nahm mehrere Entschließungen an, darunter eine Resolution, die sich gegen die Verbreitung des Völkerhasses durch Berichte über Greueltaten wendet.

Der Präsident der Friedensgesellschaft in Rom, Umano, erklärte, daß das italienische Volk gegen den Willen der großen Mehrheit von der Regierung in den Krieg gestürzt wurde.

Deputierter Huppart brachte seinen leidenschaftlichen Wunsch zum Ausdruck, daß eine Verständigung zwischen den kriegführenden Nationen angebahnt werde, wofür die Schweiz als ein dreisprachiges Land gute Dienste leisten könne.

Die Konferenz beschloß die Schaffung einer ständigen Kommission mit dem Sitz in der Schweiz zur Vorbereitung der Wiederannäherung der feindlichen Nationen nach dem Kriege.

Fremdenblatt
31./V. 1915

Der neue Präsident von Portugal.

Lissabon, 29. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Der Nationalkongreß wählte im ersten Wahlgang mit 98 gegen eine Stimme Theophil Braga zum Präsidenten der Republik.

Fremdenblatt
31./V. 1915

Entziehung des Exequatur.

Wie amtlich verlautbart wird, hat Se. Majestät der Kaiser über einen vom Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern erstatteten alleruntertänigsten Vortrag mit Allerhöchster Entschließung vom 24. Mai d. J. den Titulären der in den Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie bestehenden königlich italienischen Konsularämter das Exequatur entzogen.

Die „Lusitania"-Frage.

Deutschlands Antwort an Amerika.

K. **Berlin,** 30. Mai. Die Note der deutschen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten in Angelegenheit der „Lusitania" besagt auszugsweise:

Die kaiserlich deutsche Regierung wünscht auch ihrerseits, offen und freundschaftlich zur Aufklärung etwaiger Mißverständnisse beizutragen. Die Regierung hat bereits mitgeteilt, daß sie nicht beabsichtige, im Kriegsgebiet neutrale Schiffe, welche keine feindliche Handlung begingen, angreifen zu lassen und hat den deutschen Streitkräften wiederholt die entsprechende Anweisung erteilt. Wenn infolge von Verwechslungen neutrale Schiffe beschädigt wurden, so waren es vereinzelte Ausnahmsfälle infolge eines Flaggenmißbrauches der britischen Regierung und eines fahrlässigen oder verdächtigen Verhaltens der betreffenden Schiffskapitäne. In allen anderen Fällen von Beschädigung neutraler Schiffe hat die Regierung ihr Bedauern darüber ausgedrückt und Entschädigung zugesagt, wo eine solche begründet war. Die Regierung wird die Fälle der amerikanischen Dampfer „Zushing" und „Gulflight" ebenso behandeln. Die Untersuchung wird geführt und ihr Ergebnis wird mitgeteilt werden. Gegebenenfalls kann sie durch eine internationale Untersuchungskommission gemäß Titel 3 des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 ergänzt werden.

Bei der Versenkung des englischen Dampfers „Falaba" wollte der deutsche U-Bootskommandant den Passagieren und Mannschaften volle Rettungsgelegenheit geben. Erst als die „Falaba" trotz der Aufforderung nicht beidrehte, flüchtete und Hilfe herbeirief, forderte der deutsche Kommandant die Mannschaften und Fahrgäste durch Signale und durch das Sprachrohr auf, binnen 20 Minuten das Schiff zu verlassen. Er ließ ihnen tatsächlich 23 Minuten Zeit und schoß ein Torpedo erst ab, als verdächtige Fahrzeuge herbeieilten. Was die Verluste an Menschenleben im Falle der „Lusitania" betrifft, so hat die Regierung den beteiligten neutralen Regierungen bereits ihr lebhaftes Bedauern über den Verlust ihrer Angehörigen ausgesprochen. Die Regierung kann sich im übrigen dem Eindruck nicht verschließen, daß gewichtige Tatsachen, in unmittelbarem Zusammenhang stehend mit der Versenkung der „Lusitania", der Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten entgangen sein könnten und hält es deshalb zwecks klarer und voller Verständigung für notwendig, sich zunächst zu überzeugen, daß die beiden Regierungen darüber zugegangenen Nachrichten vollständig sind und übereinstimmen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten geht davon aus, daß die „Lusitania" als gewöhnliches unbewaffnetes Handelsschiff zu betrachten sei. Die kaiserlich deutsche Regierung weist darauf hin, daß die „Lusitania" einer der größten und schnellsten, mit Regierungsmitteln als Hilfskreuzer gebauter Handelsdampfer und in der Navyliste der englischen Admiralität ausdrücklich angeführt ist. Die Regierung weiß aus zuverlässigen Angaben ihrer Dienststellen und neutraler Passagiere, daß seit längerer Zeit so gut wie alle wertvolleren englischen Handelsschiffe mit Geschützen, Munition und anderen Waffen versehen und mit geübter Geschützbedienung bemannt sind. Auch die „Lusitania" hatte bei der Abfahrt von New-York Geschütze, welche unter Deck versteckt aufgestellt waren.

Die Regierung lenkt die besondere Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten darauf, daß die britische Admiralität im Februar den Handelsschiffen empfahl, nicht nur hinter neutralen Flaggen und Abzeichen Schutz zu suchen, sondern sogar so verkleidet durch Rammen deutsche Unterseeboote anzugreifen. Die britische Regierung hat hohe Preise für die Vernichtung von Unterseebooten durch Handelsschiffe ausgesetzt und ausgezahlt. Daher kann die Regierung englische Kauffahrteischiffe im Seekriegsschauplatz nicht mehr als unverteidigtes Gebiet ansehen und deutsche Kommandanten können nicht mehr die sonst üblichen Seebeuteregeln beobachten, welche sie früher befolgten. Endlich führte die „Lusitania" wie schon früher auch das letztemal kanadische Truppen und Kriegsmaterial, darunter 5400 Kisten Munition, bestimmt zur Vernichtung tapferer deutscher Soldaten. Die Regierung handelt in gerechter Selbstverteidigung, wenn sie mit ihren Kriegsmitteln durch Vernichtung feindlicher Munition das Leben ihrer Soldaten schützt. Die englische Schiffahrtsgesellschaft mußte somit die Gefahren für die Passagiere für die „Lusitania" kennen und versuchte mit voller Ueberlegung, das Leben amerikanischer Bürger als Schutz für eine Munitionsladung zu benützen. Sie handelte gegen klare Bestimmungen der amerikanischen Gesetzgebung, welche die Beförderung von Passagieren auf Schiffen mit einer Explosivladung verbietet und mit Strafe bedroht. Die Gesellschaft hat dadurch in frevelhafter Weise den Tod zahlreicher Passagiere verschuldet.

Nach ausdrücklicher Meldung der deutschen U-Bootkommandanten und durch alle sonstigen Nachrichten wird bestätigt, daß der unzweifelhaft schnelle Untergang der „Lusitania" in erster Linie durch die Explosion von Munition infolge eines Torpedoschusses erfolgte. Andernfalls wären die Passagiere nach menschlicher Voraussicht gerettet worden.

Die Regierung empfiehlt vorstehende Tatsachen der aufmerksamen Prüfung der Regierung der Vereinigten Staaten und behält sich die endgiltige Stellungnahme zu den amerikanischen Forderungen bis nach dem Eingang der Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten vor. Sie weist darauf hin, daß sie seinerzeit die amerikanischen Vermittlungsvorschläge zwecks eines Modus vivendi für den deutsch-englischen Seekrieg bereitwillig aufnahm, darauf einging und ihren guten Willen bewies, während die Verwirklichung dieser Vorschläge an der ablehnenden Haltung Englands scheiterte.

Vossische Zeitung
31./V.1915

Englisch-amerikanischer Geheimvertrag?

Von

Konteradmiral z. D. Kalau vom Hofe.

Im Leitartikel unseres heutigen Morgenblattes wird die Frage aufgeworfen, ob die parteiische Stellungnahme der Washingtoner Regierung zum Nachteile Deutschlands etwa dadurch zu erklären sei, „daß das Netz der „gewissen Abmachungen", das von London aus gesponnen worden ist, sich über den alten Kontinent hinaus erstreckt." Eine Antwort auf diese Frage bilden nachstehende Mitteilungen.

Seit der Zeit des spanischen Krieges machte sich in der Politik der Vereinigten Staaten eine stark pro-englische Strömung bemerkbar, die sich verstärkte während des Burenkrieges, in dem die Vereinigten Staaten gegenüber den kriegführenden Parteien die Neutralität in derselben Weise beobachteten wie in dem augenblicklich tobenden Weltkriege. Der Verherrlicher der britischen Seegewalt und des englischen Seehelden Nelson, Kapitän Mahan von der Marine der V. St., tat sein möglichstes, um seinen Landsleuten die deutschen Kolonial- und Flottenbestrebungen zwar als lächerlich und für England belanglos, aber als sehr gefährlich für die Vereinigten Staaten und gegen deren Monroedoktrin gerichtet darzustellen. Des öfteren wurde in der Nordamerikanischen unabhängigen Presse auf diese und ähnliche die Beziehungen zu Deutschland schädigenden Machenschaften hingewiesen und eine Aeußerung Mr. Joseph Chamberlains, die er als Sekretär für die Kolonien im englischen Parlament getan, daß mit den Vereinigten Staaten „eine Uebereinstimmung", „eine Verständigung" oder „ein Vertrag, wie man sagen könnte", bestände, kritisiert, ohne daß das Staatsdepartement sich zu Aufklärungen über die vertragliche Bindung der Vereinigten Staaten hätte bereit finden lassen. Die gelbe Presse war eifrigst bemüht, die Sache zu vertuschen und die drohende deutsche Gefahr in den grausigsten Farben zu malen.

Viel Erstaunen und Kopfzerbrechen verursachte die ausgesprochen deutsch-feindliche Haltung Theodor Roosevelts und anderer, sowie die gewundene Art, mit der die Vereinigten Staaten-Regierung dem Drängen von englischer Seite nach mehr aktiver Teilnahme am Kriege sich zu entziehen suchte, und die Schwächlichkeit, mit der die englischen Eingriffe in die Rechte der Neutralen hingenommen wurden — nicht nur bei uns, sondern auch drüben auf der anderen Seite des großen Teiches. Auffallen mußte auch eine Wendung in dem offenen Briefe des Mr. Bryan an den Grafen Bernstorff vom 22. April 1915, in dem es hieß: „Daß die Beziehungen zweier Regierungen wohlweislich nicht zum Gegenstand einer Besprechung mit einer dritten Regierung gemacht werden könnten, welche nicht vollständig unterrichtet sein könnte über die Tatsachen und die Beweggründe der verfolgten Richtung".

In „The Fatherland" vom 15. Mai 1915 bespricht Frederic F. Schrader in einem sehr bemerkenswerten Artikel „Sind wir Englands heimlicher Verbündeter?" diese Vorgänge und stützt sich dabei auf folgende Stellen eines von Roland G. Usher, Professor der Geschichte an der Washingtoner Universität, bereits im Jahre 1913 herausgegebenen „Pan-Germanism" betitelten Werkes, aus denen deutlich hervorzugehen scheint, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der großbritannischen Regierung heimliche, gegen die deutsche Entwicklung gerichtete Abmachungen geschlossen sein müssen und noch bestehen:

„Erstens, daß im Jahre 1897 eine geheime Verständigung zwischen diesem Lande (Vereinigten Staaten), England, Frankreich und Rußland existierte, damit in einem von Deutschland veranlaßten Kriege die Vereinigten Staaten ihr Bestes tun sollten, um die Verbündeten zu unterstützen". Zweitens, S. 151, „Daß gewisse Vorgängee auf die Wahrscheinlichkeit schließen lassen, daß der spanisch-amerikanische Krieg herbeigeführt worden war, um den Vereinigten Staaten die Fortnahme der Kolonien Spaniens zu ermöglichen". Drittens, „daß England drei ungeheure mächtige Verbündete besäße — Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten". Von diesen spricht er fortdauernd als von der „Koalition". Viertens, „daß die Regierung der Vereinigten Staaten von England und Frankreich nicht eher die Erlaubnis zum Bau des Panama-Kanals erhielt, als bis sie von den Gefahren des Pan-Germanismus überzeugt waren".

Neue Freie Presse
1./VI. 1915

Zeitweiliger Rücktritt Greys.

Uebernahme der Geschäfte durch die Lords Crewe und Lansdowne.

London, 31. Mai. (Reuter-Meldung.)

Amtlich wird mitgeteilt: Staatssekretär Sir Edward Grey wird auf Rat der Aerzte die Arbeit für kurze Zeit aufgeben, um seinen Augen Ruhe zu gönnen.

Inzwischen wird Lord Crewe die Angelegenheiten der äußeren Politik übernehmen und Lord Lansdowne ihm, wenn nötig, beistehen.

1./VI. 1915

Erlaubnis für Italiener zum Verlassen Deutschlands.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Frankfurt am Main, 30. Mai.

Die „Frankfurter Zeitung" erfährt: Auf Verfügung des Kriegsministers wird allen Italienern, auch den wehrfähigen, die Ausreise über Lindau gestattet; ausgenommen bleiben Offiziere, Militärbeamte im Offiziersrang und ehemalige Offiziere.

König Peter an Viktor Emanuel.

Ein Begrüßungstelegramm.

⊡ Frankfurt, 1. Juni. (Priv.-Tel.)

Der Frankf. Ztg. wird aus Nisch telegraphiert:

In Beantwortung eines Telegramms des Königs Viktor Emanuel sendete König Peter folgendes Telegramm:

„Wie alle Serben begrüße ich mit Freuden den Eintritt Italiens in den Kampf gegen unseren allen gemeinsamen Feind. Eure Majestät werden sich mit Ruhm bedecken, indem Sie mit Ihren Verbündeten für Gerechtigkeit und Recht in Europa kämpfen."

Einschränkung der italienischen Blockade.

Rom, 31. Mai.

Eine amtliche Erklärung besagt, daß die Blockade der albanesischen Küste von der montenegrinischen Grenze bis Aspri Ruga (Weiße Straßen) eingeschränkt wird.

Demgemäß sind die geographischen Blockadegrenzen des albanesischen Territoriums:

Im Norden 41 Grad 52 Minuten nördlicher Breite und 14 Grad 22 Minuten 40 Sekunden östlicher Länge von Greenwich, im Süden 40 Grad 9 Minuten 36 Sekunden nördlicher Breite und 19 Grad 35 Minuten 45 Sekunden östlicher Länge.

Die neue Sperrlinie geht zwischen Kap Otranto und Aspri Ruga.

Neue Freie Presse
1./VI. 1915

Die Neutralität der Schweiz.

Wien, 31. Mai.

Aus Bern erhalten wir nachfolgende Mitteilung:

Wie schon gemeldet, hat die österreichisch-ungarische Regierung dem schweizerischen Bundesrate die Versicherung abgegeben daß sie wie bisher, die schweizerische Neutralität auch während der Dauer des Konfliktes mit Italien aufs peinlichste achten werde.

Gleich nach Bekanntwerden der Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn hat die schweizerische Regierung ihrerseits den kriegführenden Staaten ihre Anfang August 1914 abgegebene Neutralitätserklärung vollinhaltlich bestätigen lassen. Der schweizerische Gesandte in Wien hat am 26. Mai Freiherrn v. Burian eine Note diesbezüglichen Inhalts übergeben; der Gesandte Dr. Boucart hat dem Minister des Aeußern zugleich den Dank des schweizerischen Bundesrates für die von der österreichisch-ungarischen Regierung erteilten Versicherungen ausgesprochen.

Es mag bei diesem Anlasse erwähnt werden, daß auch Italien sowie Deutschland die weitestgehenden Zusicherungen betreffs Achtung der schweizerischen Neutralität dem Bundesrate in Bern gegeben haben.

Tägliche Rundschau
1./11. 1915

Ein heimliches Abkommen Amerikas mit England?

In der Nummer des „Fatherland“ (vom 5. Mai) erörtert Frederich Schrader, der eine der beiden Herausgeber dieser Zeitschrift, die schon mehrfach aufgeworfene Frage, ob die seltsame Art der amerikanischen „Neutralität“ nicht auf ein geheimes Abkommen zwischen England und den Vereinigten Staaten zurückzuführen sei. Er erinnert an die einseitige Unterstützung Englands mit Kriegsbedarf während des Burenkrieges. Damals wurde schon in Erwiderung auf die Massenproteste der gleiche Grund wie heutzutage vorgebracht: „die Buren können sich ja ebenfalls bei uns kaufen was sie wollen, wir sind streng neutral“. Schrader kommt des weiteren darauf zu sprechen, daß die bekannte Aeußerung des damaligen Kolonialministers J. Chamberlain, „mit den Vereinigten Staaten bestehe eine Uebereinstimmung, eine Verständigung, ein Vertrag, wenn Sie so wollen“ („an agreement, an understanding, a compact, if you please,“) seitens der amerikanischen Regierung mit bedeutungsvollem Stillschweigen hingenommen worden sei. Einen neuen Beleg für diese Vorgänge hinter den Kulissen, die sich natürlich in möglichster Heimlichkeit vollziehen mußten, findet Schrader in dem bereits 1913 erschienenen Buche „Pangermanismus“ des Geschichtsprofessors an der Washingtoner Universität Roland G. Usher, eines Mannes, der bei seinen Landsleuten als maßgebend gilt, und dem es keinesfalls aufs Blenden ankommt. Professor Usher lenkt in dem genannten Werke die Aufmerksamkeit auf folgende Punkte, aus denen hervorgeht, in wie deutschfeindlicher Weise die amerikanische Politik durch dieses offenbar bestehende heimliche Abkommen beeinflußt worden sei.

Erstens, daß im Jahre 1897 eine geheime Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Rußland bestand, des Inhalts, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines von Deutschland hervorgerufenen Krieges ihr Bestes tun sollten, um den drei Verbündeten zu helfen (would do its best to assist its three allies).

Zweitens, Seite 151, daß gewisse Vorkommnisse es wahrscheinlich machen, der spanisch-amerikanische Krieg sei hervorgerufen worden, um es den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, den spanischen Kolonialbesitz an sich zu reißen.

Drittens, daß England drei ungeheuer mächtige Verbündete besitze — Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten, diese bezeichnet er beständig als die „Koalition“.

Viertens, daß den Vereinigten Staaten der Bau des Panamakanals von England und Frankreich nicht früher gestattet wurde, als bis diese von den Gefahren des Pangermanismus überzeugt waren.

Im Lichte dieser Mitteilungen wird die verlogene Neutralität der Vereinigten Staaten erst begreiflich, und (so meint Schrader) die Deutschenfreunde in Amerika dürfen der Vorsehung danken, daß gegenwärtig der mehr konservativ gesinnte Wilson und nicht der draufgängerische Rauhreiter Roosevelt das Steuer des Staatsschiffs in Händen hält. Schließlich macht Schrader darauf aufmerksam, daß unter den angedeuteten Voraussetzungen die folgende Briefstelle in Bryans Schreiben an den Grafen Bernstorff vom 22. April 1915 erst ihre volle Aufklärung findet: „Daß die Beziehungen zweier Regierungen mit einer anderen begreiflicherweise nicht zum Gegenstand einer Erörterung mit einer dritten Regierung gemacht werden könnten, die ihrerseits über die vorliegenden Tatsachen nicht völlig unterrichtet sein könne und die auch keine volle Kenntnis habe von den Beweggründen für die eingeschlagene Richtung.“

Der Verfasser richtet zum Schluß die Frage an seine amerikanischen Mitbürger, wie lange sie sich denn eigentlich diese hinterhältige Politik gefallen lassen wollten: „Will das amerikanische Volk die Wahrheit verlangen oder will es sich bedingungslos wie ein unterworfenes Volk den Herrschern ausliefern, welche ohne seine Einwilligung Bündnisse abschließen?“

Die Aenderungen im englischen Kabinett.

K. **London**, 31. Mai. Lord Robert Cecil wurde zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, der Arbeiterparteiler Bracse zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und Addison zum Unterstaatssekretär des Ministeriums für Munition ernannt.

Die Zeit
1./VI. 1915

Ein neuer Balkanbund.

Von Kommerzialrat Julius Reich.

Große Ereignisse bereiten sich auf dem Balkan durch das Eingreifen Italiens in den Weltkrieg vor. Von den Balkanstaaten ungerufen, will es die bestehende Balkanordnung umstürzen, unser Vaterland aus seinem angestammten Besitz verdrängen und sich selbst zur Balkanvormacht erheben. Wie sich die Balkanstaaten zu dieser neuen Lage stellen werden, ist von unserem Standpunkt wohl die wichtigste Frage. Oesterreich ist ihnen, von Serbien und Montenegro abgesehen, ein recht bequemer Nachbar, der sein territoriales Desinteressement auf dem Balkan zu seinem offenen Bekenntnis machte und nur durch Serbiens unverantwortliches Vorgehen gezwungen war, sich gegen dessen den Bestand der Monarchie bedrohende Umtriebe zur Wehr zu setzen. Wird denn Italien den Balkanstaaten ein gleich bequemer Nachbar sein? Welchen Wert Italiens Versprechungen haben, hat sich gezeigt. Die italienische Zukunft ist den Balkanstaaten ungleich bedrohlicher wie die österreichische Gegenwart. Zwischen Italien, das durch den Besitz von Valona den Schlüssel zur Adria in der Hand hat, und Rußland, falls dieses die Dardanellenherrschaft erringt, eingeklemmt, sind sie für immer vom freien Weltverkehr abgeschlossen und für diesen auf die Gnade der beiden sie einschließenden Großstaaten angewiesen. War dies der Zweck und das Ziel des Balkanbundes, der seinerzeit den Balkanstaaten vorschwebte? Zuerst war er allerdings von der Entente mit einer gegen Oesterreich gerichteten scharfen Spitze gedacht; durch die Ereignisse jedoch veranlaßt, stellte Rumänien dann als Programm desselben die Unabhängigkeit von allen Großmächten auf, ein Programm, das durch Serbiens willfährige Gefolgschaft zu Rußland nicht verwirklicht werden konnte. Wäre es nicht möglich, dieses Programm jetzt unter Oesterreichs Schutz zu verwirklichen?

Mit Rumänien, Bulgarien und Griechenland haben wir keine Interessengegensätze. Rumänien bedarf einer zweiten Großmacht als Schutz gegen Rußland. Wir können diesen Schutz am wirksamsten als unmittelbare Nachbarn beider Staaten gewähren. Bulgarien ist uns freundlich gesinnt, Griechenland muß in Italien seinen Gegner für Gegenwart und Zukunft sehen.

Oesterreich Aufgabe wäre es jetzt, selbst ein Balkanprogramm aufzustellen. Ein Programm, das den Interessen der Balkanstaaten entspricht und ihre Zukunft sicherstellt. Dieses Programm muß zunächst ein wirtschaftliches sein. Eine Sicherstellung des österreichischen und deutschen Marktes für die Bodenerzeugnisse und die Produkte der Viehzucht der Balkanstaaten. Konsumtionsgebiete von mehr als hundertzwanzig Millionen Menschen, wie es Oesterreich und Deutschland vereint darstellen, in unmittelbarer Nachbarschaft durch Bahntransport erreichbar, kann keine andere Macht den Balkanstaaten bieten. Jahrzehnte hindurch haben unsere Beziehungen zu den Balkanstaaten durch unsere extreme agrarische Zollpolitik gelitten. Die Zollstreitigkeiten waren der Nährboden für die politische Entfremdung, die ja bei Serbien zur völligen Verfeindung führte. Auch Ungarn, woher der schärfste agrarische Wind bisher wehte, dürfte jetzt zur Erkenntnis gekommen sein, daß die Monarchie nicht gegen, sondern nur mit den Balkanstaaten leben und gedeihen kann. Begraben wir die agrarische Streitaxt, bieten wir den Balkanstaaten vernünftige, mäßige Zollsätze für ihre Produkte, langjährige Handelsverträge auf zehn, auch zwanzig Jahre, billige Eisenbahntarife, damit sie der russischen Konkurrenz in Getreide und Vieh leichter Stand halten können, und wir werden uns die Balkanstaaten voraussichtlich zu Freunden machen. Wollen wir unsere Landwirtschaft schützen, können ja Kontingente für die Einfuhr festgesetzt werden, natürlich liberal gewährte, reichlich bemessene, die den beiderseitigen wirklichen Interessen entsprechen. Als Folge des Krieges wird sich ein großer Viehmangel einstellen. Die Einfuhr von lebendem oder geschlachtetem Vieh unter entsprechenden Veterinärkautelen hätte auch so in den nächsten Jahren gewiß nichts Bedenkliches. Es wird auch eine größere Vorratshaltung an Getreide nötig sein, demnach ein größerer Import als notwendig sich herausstellen; die jetzigen hohen Preise werden den Balkanstaaten einen solchen, ebenso wie bei Vieh, um so wertvoller machen. Der serbische Bauer wird vielleicht später wieder lieber gut gezahlte Schweine nach Oesterreich liefern, statt heimtückischer Kugeln. Deutschland hat diesbezüglich das gleiche Interesse wie wir, und wird sich voraussichtlich den Balkanstaaten in großzügiger Weise öffnen; natürlich auch dort unter Bedachtnahme auf die heimische Produktion, die jedoch ebenso wie bei uns eine ausschließliche nicht sein wird und nicht sein kann. Diese Frage muß eben für uns und für Deutschland in wirklich staatsmännischer Weise geregelt werden. Daß der österreichische und der deutsche Industrieexport auf solche Weise gleichzeitig am besten gefördert wird, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Die wirtschaftliche Zukunft, die wir den Balkanstaaten eröffnen, wird sie voraussichtlich auch politisch stark beeinflussen gegenüber allen Lockungen der Entente, die die Beutestücke aus unserem Leibe schneiden möchte, um die Staaten, die sie in Versuchung geführt, dann ohne den durch uns bisher gewährten Schutz um so hilfloser ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Vielleicht läßt sich wohlwollende Neutralität, vielleicht sogar mehr durch diese handelspolitischen, auf Sicht ausgestellten Wechsel erreichen. Hier wäre eine dankbare Aufgabe für unsere Diplomatie, mit einem schöpferischen Programm hervorzutreten. Eine solche Balkanorganisation unter Oesterreichs Führung könnte uns und dem Balkan die gedeihlichste Zukunft bringen; aus einer einst gegen uns geschmiedeten Waffe eine uns und den Balkanstaaten gemeinsame Schutzwehr schaffen!

Reichspost
1./VI. 1915

Die Verhinderung des kirchlichen Amtsverkehrs mit Rom.

Die Erfahrung der ersten Kriegswoche hat zur vollen Evidenz bewiesen, daß die Katholiken Oesterreichs und Deutschlands infolge des Krieges mit Italien, trotz des größten Entgegenkommens unserer Regierungen von Rom völlig isoliert sind. Es gibt eine große Zahl kirchlicher Angelegenheiten, für deren Erledigung in Rom bestimmte Kongregationen und Dikasterien bestehen. Manche dieser Angelegenheiten, welche den strengsten Gewissensbereich betreffen, sollen nur unter voller Verschwiegenheit an die Poenitentiarie oder das heilige Officium geleitet werden. Die italienische Zensur erlaubt keinen lateinischen Briefverkehr, öffnet nicht nur alle Gesuche, sondern verweigert auch die Annahme aller Briefe, die aus Oesterreich über die Schweiz geleitet werden. Es kann daher durch keine amtliche kirchliche Stelle ein Brief nach Italien gesandt werden. Man mußte in jedem Fall einer Persönlichkeit in der Schweiz die ganze Angelegenheit vortragen und diese Persönlichkeit dann bitten, in ihrem Namen die Angelegenheit als eigene Sache nach Rom zu schreiben. Auch in diesem Falle bleibt noch Zensur, Verdacht und Unterdrückung des Briefverkehrs durch die Grenzpost Italiens zu befürchten Von der Möglichkeit des Verkehrs der Nunzien mit Rom kann daher unter den Umständen des jetzigen Augenblicks keine Rede sein, und jede diesbezügliche Blättermeldung stellt eine Verkehrung der Tatsachen dar.

Es bleibt daher den Katholiken nur der vorgezeichnete Weg, sich an die Apostolischen Nunziaturen von Wien und München zu wenden, welche vom Heiligen Vater die größten Vollmachten erhalten haben. Es stellt daher jetzt jede Nunziatur ein Abbild der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten dar, welche in ihrem ehemaligen Amtsbereich unter Leo XIII. die verschiedenartigsten Angelegenheiten, die aus außerordentlichen Verhältnissen sich ergaben, erledigte. Unter Leo XIII. vereinigte sich die Fülle dieser Angelegenheiten in jener Kongregation, welcher die hervorragendsten Kardinäle und Prälaten Roms angehörten.

Unter Pius X. war der Sekretär der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten Msgre. Graf Scapinelli, der jetzige Wiener Nunzius, welcher durch 12 Jahre Schulter an Schulter mit Msgre. Della Chiesa, dem jetzigen Heiligen Vater, im Staatssekretariate arbeitete. Msgre. Della Chiesa war Sekretär der Cifra und der ordentlichen Angelegenheiten, welcher im Rang nach dem Sekretär der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten steht. Es ist eine eigentümliche Fügung, daß der jetzige Papst Benedikt XV. in die Hände seines einstigen Mitarbeiters, der voll und ganz die Ideenrichtung und die Absichten des künftigen Papstes zu erfassen vermochte, diese volle Gewalt vertrauensvoll legen kann, so daß der jetzige Nunzius den Katholiken Oesterreichs im gegenwärtigen Augenblick als Alter Ego, als das „andere Ich" des großen Friedenspapstes und Diplomaten auf dem päpstlichen Thron erscheint.

Neue Freie Presse
1./VI. 1915

Der Vertrag Italiens mit dem Dreiverband.

Von unserem Korrespondenten.

Haag, 28. Mai.

Aus besonderer diplomatischer Quelle erfahre ich folgende Einzelheiten über den Bündnisvertrag zwischen der Entente und Italien, der das Datum vom 24. April trägt und in Paris abgeschlossen wurde. Er enthält die folgenden Hauptpunkte:

1. Italien erhält eine Anleihe von 5000 Millionen Lire.

2. England übernimmt die Garantie für einen Italien in Amerika zum Behufe der Munitionsbeschaffung einzuräumenden Kredit von 500 Millionen Lire.

3. Ein weiterer Kredit von 300 Millionen Lire wird Italien zur Versorgung mit amerikanischen Lebensmitteln eingeräumt.

4. Frankreich liefert Italien eine Anzahl schwerer Creuzot-Geschütze.

5. Der Dreiverband garantiert Italien den bekannten Länderzuwachs, darunter die ganze Adriaküste mit Ausnahme von Antivari und einem von Serbien zu wählenden Hafen.

6. Italien stellt seinen neuen Verbündeten 1,500.000 Mann zur Verfügung.

Vossische - Zeitung
19./V. 1915

17

Italiens Mobilmachung

Mittwoch, 19. Mai 1915

Zeitung

gelehrten Sachen.

Telephon-Zentrale Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 849. Zentrum 8689 u. 8690.

eitungen.

Italiens Mobilmachung.

Von einem in Italien lebenden Italiener geht uns die folgende sachkundige Darlegung des Ergebnisses der italienischen Mobilisierung bis in die jüngsten Tage zu.

Welchen Ausgang auch immer die Krisis, die Italien heute durchwühlt, nehmen wird, daran ist nicht zu zweifeln, daß die Mobilmachung der Wehrkraft des Landes eine wichtige Kraftprobe seiner militärischen Leistungsfähigkeit war. Freilich ist ihr Wert nach einer Richtung fast illusorisch: Italien befand sich in keiner gedrängten Lage, niemand bedrohte seine Grenzen, und somit hatte es zu seiner Mobilmachung mehr Zeit zur Verfügung, als je sonst einem Staat in den ernsten Tagen einer solchen zu Gebote stand. Ungeachtet dieses Vorteils machten sich die Schwierigkeiten, die die langgestreckte geographische Gestalt des Landes und die Unzulänglichkeit der Eisenbahnlinien, die von Mittel- und Süditalien nach dem Norden, speziell dem Nordosten des Landes führen, in stärkster Weise geltend. Der Mittelpunkt der Mobilmachung lag in dem Viereck Modena-Verona-Venedig-Ferrara. Hierher mußten die Truppen, die Munitions- und Proviantvorräte, die Geschütze und sonstiges Kriegsmaterial aus allen Teilen des Königreichs herbeigeschafft werden. Diese Zufuhr vollzog sich nur von der westlichen Lombardei und von Piemont aus ohne alle Schwierigkeiten. Um so größere bot die Konzentration der Truppen und ihrer Bedürfnisse aus dem Süden, da hierzu der quer vorgelagerte Apennin überschritten werden mußte, was bei der geringen Anzahl der eingleisigen, schon durch den normalen Verkehr überlasteten Gebirgslinien eine Menge heikler Probleme schuf. Abgesehen von der eingleisigen Anlage der drei Linien Sargona—Parma, Pistoia—Bologna und Florenz—Faenza sind ihre Steigungsverhältnisse derartig, daß nur kurze Züge befördert werden können. Die in Italien herrschende Kohlennot verlangte aber anderseits gebieterisch größte Sparsamkeit mit dem kostbaren Heizmaterial. So ließ man von den Artillerieregimentern und Trainkolonnen nur die Geschütze und Karren verladen, während die Bespannung und die Mannschaft auf den Landstraßen das Gebirge durchqueren mußten. Diese Erfahrung lehrte, wie sehr notwendig vom militärischen Gesichtspunkt die baldige Vollendung der sogenannten „direttissima" Florenz—Bologna ist, die zweigleisig mittels eines großen Tunnels das Massiv des Pistojeser Apenninns durchbricht und daher die Verbindung zwischen der Po-Ebene und Mittelitalien wesentlich erleichtert.

Ebenso wie sich die Konzentrationslinien unzulänglich erwiesen, waren auch die Verbindungslinien zwischen der Mobilisierungsbasis und der Grenze sowie die Verbindung zwischen den einzelnen Armeeabteilungen untereinander völlig ungenügend. So hatte ein Korps den Auftrag, über die Stilfserjochstraße vorzugehen, also vom Veltlin sich den Weg ins Vintschgau zu erzwingen. Diese Abteilung hat nur durch die Straße über den Tonalepaß eine Verbindung mit den übrigen Truppen. Nicht minder schwierig stellten sich die Seitenverbindungen zwischen den einzelnen Abteilungen in der Landschaft Carnia südlich vom Pustertal und westlich von der Pontafellinie dar, wo hohe Gebirgsmassen die einzelnen Täler von einander trennen.

Diese Mängel der jetzigen partiellen Mobilmachung würden natürlich ungleich schwerer ins Gewicht fallen, wenn es sich um eine Gesamtmobilisation der Streitkräfte des Landes handeln würde. Hat doch die jetzige Mobilisierung nur etwa eine halbe Million Mann auf den Kriegsfuß gebracht. Die Einberufung beschränkte sich auf Reservemänner im Alter von 22 bis 29 Jahren, ferner auf Soldaten der zweiten und dritten Kategorie, die entweder als „ausgelost" oder infolge besonderer Familienverhältnisse von regelmäßigen Wehrverpflichtungen befreit waren und daher jetzt einer summarischen Ausbildung unterzogen werden mußten, und endlich auf kleine Gruppen der Mobil- oder Territorialmiliz. Vor allem wurden die Mannschaften einberufen, die bereits an dem libyschen Feldzuge teilgenommen hatten. Letztere Maßnahme hat den Zweck, aus diesen kriegsgeübten Leuten den großen Unteroffiziermangel, an dem die Armee leidet, einigermaßen zu ersetzen. Von der Einberufung von Kavalleriereservisten mußte infolge des Mangels an Pferden vollständig abgesehen werden. Hierbei ist nicht zu vergessen, daß die italienische Armee vollständig auf die Einfuhr österreichisch-ungarischen Pferdematerials angewiesen ist, da die einheimische Pferdezucht nur kleine, für Reit- wie Artilleriezwecke völlig unbrauchbare Tiere hervorbringt. Durchaus genügend erwiesen sich dagegen die Proviant- und Fouragevorräte, deren Aufstapelung schon seit Monaten erfolgt war. Die Ausrüstung der Mannschaften zeigte sich vielfach mangelhaft. Der Bestand an den modernen grau-grünen Uniformen ist so gering, daß er kaum für die Mannschaften der Front reicht. Schon bei dem jetzigen

Berliner Lokalanzeiger
19./V. 1915

Die Mobilisation der Geister in Italien.

Abendausgabe

ger

33. Jahrgang

e angegeben

t-Filialen die gewünschte telephonische Verbindung herstellt.

orisches Museum
DT WIEN.

klärung.

anderen Städten wohl ähnliche Szenen abspielen. Mögen sie kurz vor der Entscheidungsstunde für die Regierung die letzte Warnung sein. Kein einziges der im Kriege befindlichen Völker Europas ist unter solchen Vorzeichen ins Feld gezogen.

Die Mobilisation der Geister in Italien.

Von unserem ständigen Korrespondenten.

Lugano, Mitte Mai.

Als Italien um die Wende des April seine militärische Rüstung fast vollendet hatte, da erschien im Giornale d'Italia ein Artikel, der ohne Zweifel aus der Consulta stammte, und unter dem Titel „Die Mobilisation der Geister" in flammenden Worten die ganze Nation aufforderte, sich seelisch auf die große Stunde vorzubereiten, die ihr bald schlagen würde. Es war eine Mahnung zur Ruhe, zur Sammlung, zum Vertrauen auf die Männer, denen der König die Leitung der Geschicke des Vaterlandes anvertraut hatte, und wenn in diesem Artikel auch nicht klar und deutlich ausgesprochen war, daß der Krieg vor der Tür stünde, so forderte er doch vom italienischen Volk die Vorbereitung der Seelen zu jenem begeisterten Opfermut, zu jener Eintracht aller Stände und Parteien, ohne die ein Krieg heute nicht mehr geführt werden kann, weil solche Seelenstimmung des Volkes eine der wesentlichsten Vorbedingungen des Sieges ist.

Wer rückschauend betrachtet, wie das italienische Volk in den zehn Monaten, die seit dem Beginn des Weltkrieges verflossen sind, durch die Presse, und zwar auch den Teil der Presse, auf den die Regierung Einfluß haben konnte, wenn sie wollte, durch Reden von Politikern und Mitgliedern der Regierung, durch parlamentarische und außerparlamentarische Kundgebungen des Ministerpräsidenten, durch die Agitation ausländischer Wanderredner und durch patriotische Feste zu jener Kriegslust begeistert werden sollte, die jede Regierung braucht, um die Verantwortung für einen so folgenschweren Schritt auf sich nehmen zu können, wie es eine Kriegserklärung ist, der muß zugestehen, daß schon längst vor dem Erscheinen jenes Artikels nichts unversucht gelassen worden war, um die Geister für die entscheidende Stunde vorzubereiten.

Von der politischen Geschichte Italiens ist die Geschichte der Geistervorbereitung" gewiß nicht das unwichtigste Kapitel, aber jedenfalls das einzige, das schon heute geschrieben werden kann, weil sie sich vor aller Öffentlichkeit abspielte, während sowohl die diplomatischen Verhandlungen als die militärischen Rüstungen vorläufig noch in den Schleier des Geheimnisses gehüllt sind. Wer von der Geschichte dieser Mobilisation der Geister nichts weiß, wird schwerlich verstehen können, was sich jetzt in Italien zuträgt. Die Antwort auf die Frage: Wie ist die Stimmung entstanden, die jetzt durch die Straßen und Plätze der hundert Städte Italiens kriegsbegeisterte Volksmengen treibt, und durch die der Welt verbrecherisch vorgetäuscht werden soll, daß Italiens Volk den Krieg, den Krieg um jeden Preis will? löst, wenn auch nicht alle, so doch manche Rätsel, die Italiens Verhalten dem seiner Entscheidung harrenden, um seine Entscheidung kämpfenden Europa aufgegeben hat.

Als der Marchese von San Giuliano Herrn von Flotow auf seine Frage nach der Ansicht der italienischen Regierung über den „casus foederis" am 2. August vorigen Jahres die Antwort gegeben hatte, daß seine Regierung den Krieg seiner Verbündeten für einen Offensivkrieg halte und, da der Dreibundvertrag ein Defensivbündnis sei, sich zur bewaffneten Hilfeleistung nicht für verpflichtet erachte, sondern neutral bleiben werde, da glaubte die italienische Presse noch allerhand Milderungsgründe für diesen Entschluß geltend machen zu müssen. Einer der höchsten Beamten des Ministeriums des Aeußeren versicherte mir noch am 3. August, daß Italien schon deshalb nicht in der Lage sei, gegen die Mächte des Dreiverbandes in den Krieg einzugreifen, weil alle seine großen Städte schutzlos dem Bombardement der englischen Flotte ausgesetzt seien, und weil Italien in vollkommener Unkenntnis über die diplomatische Aktion Oesterreichs gegen Serbien, die den Krieg herbeigeführt habe, gelassen, weder wirtschaftlich noch militärisch auf ihn vorbereitet sei. Der Gedanke, daß Italien die Neutralität jemals zu Gunsten des Dreiverbandes brechen könne, wurde

19./V. 1915.

Eine Versammlung im Mailänder Rathaus gegen den Krieg.

ger

33. Jahrgang

ausgabe, M. 1.50 in der Abendausgabe; unter „Bezirks- zusammen M. 1.50, im „Montag" M. 1.50; in „Bilder vom gebote und -Gesuche, Grundstück- und Hypothekenmarkt, amezeile M. 4.—. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 15 Pf., bei 50 Pf., Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt estimmte Ausgabe wird nicht übernommen. — Anzeigen der „Kleinen Anzeigen" verzeichneten 86 Geschäftsstellen weiterer Umgebung. Hauptexpedition: Zimmerstr. 36-41.

t-Filialen die gewünschte telephonische Verbindung herstellt.

r Italien.

ratung der gegenüber dem Krieg einzunehmenden Haltung jeden Gedanken an einen Generalstreik fallen gelassen. In der von den Versammelten angenommenen Tagesordnung wird die unerschütterliche Abneigung des Proletariats gegen eine Intervention Italiens bestätigt und die Parlamentsgruppe verpflichtet, gegen jede Kreditforderung für Kriegszwecke zu stimmen. Alle Organisationen werden zur Abhaltung von neutralistischen Demonstrationen aufgefordert.

Die Aufnahme der Kanzlerrede in Italien.

Telegr. unserer Korrespondenten.

ng. **Lugano**, 19. Mai.

Die gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers haben in Italien eine unliebsame Ueberraschung hervorgerufen, weil die erste Mitteilung der österreichischen Konzessionen in der Gruppierung des Grünbuchs und mit sie herabsetzenden Ausführungen Sonninos der Regierung viel erwünschter gewesen wäre. Secolo erklärt denn auch die Konzessionen für „geradezu lächerlich" und besonders für so verspätet, daß eine Annahme wegen der bereits mit der Entente geschlossenen Vereinbarungen nicht mehr möglich gewesen wäre. Schon beginnt die Presse die gewagtesten dialektischen Kunststücke zu machen, um nachzuweisen, daß der bevorstehende Krieg, der, wenn je ein Eroberungskrieg ist, ein Defensivkrieg sei, hervorgerufen durch Jahre „unwürdiger Behandlung Italiens" seitens Oesterreichs und durch Zurückweisung der jetzt unter dem Druck der Kriegsgefahr zum kleinsten Teile endlich zugestandenen Forderungen. Die Blätter behaupten, daß die Botschafter Deutschlands und Oesterreichs schon in den gestrigen kurzen Gesprächen ihre Pässe verlangt hätten, was sicher nicht der Wahrheit entspricht, weil von seiten der Zentralmächte nichts geschehen wird, was Italien das unausbleibliche Odium der Kriegserklärung ersparen könnte. Der Secolo teilt mit, nachdem er erklärt hatte, daß jede Indiskretion über das Grünbuch mit strengsten Strafen geahndet werden würde, daß es aus 280 Seiten bestehende Dokumente über die Neutralitätserklärung und über die Verhandlungen mit Oesterreich und auch den Text der Kündigung des Dreibundes enthalten werde. Für die morgige Kammersitzung sind weitgehende Sicherheitsmaßregeln ergriffen worden, die mit Rücksicht darauf nötig sind, daß d'Annunzio in verschiedenen Volksreden aufgefordert hatte, die neutralistischen Abgeordneten gewaltsam am Betreten des Parlaments zu verhindern. — Idea Nazionale veröffentlicht in Vorbereitung dieser Aufforderung eine Liste der Abgeordneten, die verhindert werden müssen, durch heuchlerische nachträgliche Erklärungen oder Rufe Amnestie für Vaterlandsverrat zu erbitten. — In Turin ist die Ruhe zurückgekehrt, eine Ruhe des Kirchhofs unter dem Belagerungszustand. Dagegen haben in Palermo infolge der interventionistischen Demonstrationen Straßenkämpfe stattgefunden, wo es Tote und Verwundete gab. Giolitti, der gestern allein und unbe-

Eine Versammlung im Mailänder Rathaus gegen den Krieg.

Telegr. unseres Korrespondenten.

bs. **Chiasso**, 19. Mai.

Eine gestern im Stadthause vom Bürgermeister von Mailand einberufene Versammlung von Vertretern der städtischen Körperschaften, Wohltätigkeitsanstalten, Krankenhäusern, Unterstützungskassen, der Arbeiterkammer usw. zur Beratung der Maßnahmen für die Organisation des öffentlichen Dienstes im Kriegsfalle erklärte sich einmütig und energisch gegen den Krieg und beschloß, ein Telegramm der Solidarität und Aufmunterung an die sozialistische Parlamentsgruppe zu senden, auszuharren im Kampfe wider die Kriegsgefahr.

Aus Mailand wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: Avanti berichtet wiederum aus einer Reihe meist kleinerer Orte, so aus Cuneo, Pavia und Vigevano, daß die Einberufenen sich gegen die Kundgebungen kriegsbegeisterter Jünglinge ablehnend verhielten und die Demonstranten verprügelt haben. — In Sassari entfernte auf Veranlassung einer Menge, die eine drohende Haltung annahm, der deutsche Honorar-Vizekonsul Marquis de Suni die schwarzweißrote Fahne vom Konsulat und ersetzte sie durch eine italienische.

Kein Kriegsstreik der Sozialisten.

Telegr. unseres Korrespondenten.

g. **Basel**, 19. Mai.

Den Basler Nachrichten wird aus Mailand gemeldet: Der in Bologna versammelte Vorstand der sozialistischen Partei und die Vertreter des allgemeinen Arbeiterbundes und der sozialistischen Parlamentsgruppe haben nach ausgiebiger Be-

Berliner Lokalanzeiger
20./V. 1915

die sie rief, die Geister.

Abendausgabe

ger

33. Jahrgang

ngegeben

Italien die gewünschte telephonische Verbindung herstellt.

geschlagen.

er Flucht.

erwerbungen sind sofort den Behörden anzu- zeigen.

Die sie rief, die Geister . . .

Mit diesem Artikel bringt unser bisheriger Vertreter in Rom seine gestern begonnene Schilderung des erst unbewußten, dann aber vollkommen bewußten Hineinsteuerns der italienischen Regierung in den Krieg mit ihren Bundesgenossen zum Abschluß. Wie die Dinge bis zu diesem Augenblick stehen, werden seine Feststellungen durch den Verlauf der heutigen Kammersitzung kaum entkräftet werden. Die Red.

II.

Lugano, 18. Mai.

Von dem Augenblick an, in dem die Regierung sich selbst an der Erzeugung jener Stimmung beteiligte, die sie bisher nur wohlwollend hatte entstehen und wachsen lassen, verlor die interventionistische Bewegung in der Tat den Charakter jener Volksströmungen, die für Blendwerk gehalten werden können, weil kein Staatswille hinter ihnen steht. Von verantwortlichen Ministern in wohlüberlegten Erklärungen ausgesprochene Worte lassen sich nicht mehr auslöschen, zumal wenn sie der Jubel der entscheidenden Organe der Regierungsgewalt unterstrichen hat. Sie schlagen die Entschlußfreiheit der Männer in Ketten, die sie gesprochen haben. Und wenn das, was Salandra in jener Kammersitzung sagte, ihn auch nicht an ein bestimmtes Mindestmaß von Forderungen band, weil der von ihm gewählte Ausdruck so elastisch wie möglich war, so konnte doch von diesem Augenblick niemand mehr daran zweifeln, daß dieses Ministerium für den Fall zum Krieg entschlossen war, daß die nationalen Forderungen, von denen es gesprochen hatte, und unter denen es keine anderen verstehen konnte, als die des Irredentismus, nicht wenigstens zum Teil erfüllt werden.

Diese Ueberzeugung gewann man damals auch in Berlin, und sie wurde die Veranlassung zur Entsendung des Fürsten Bülow nach Rom, der den Krieg mit dem langjährigen Bundesgenossen nicht sowohl aus militärischen Gründen als um der ganzen zukünftigen Orientierung unserer Politik willen für so unheilvoll hielt, daß er es für nötig erachtete, dem Freund und Mitkämpfer schmerzliche Opfer aufzuerlegen, um ihn zu vermeiden. So wurden unter seiner Vermittlung die italienisch-österreichischen Verhandlungen eingeleitet, die von unserer Seite von vornherein mit dem klar ausgesprochenen Vorbehalte geführt wurden, daß sie die Lebensinteressen des gemeinsamen Bundesgenossen nicht berühren dürften. Wenn die italienische Regierung, obwohl sie das wußte, auf diese Verhandlungen einging, so konnte sie nicht die Absicht haben, Unerfüllbares zu verlangen. Aber da sie natürlich möglichst viel zu erreichen wünschte, wurde die Mobilisation der Geister mit sich steigernder Leidenschaft fortgesetzt, fortgesetzt unter der Beteiligung der Regierung. Es kam die Demonstration von Gaeta, wo bei Gelegenheit der Ueberreichung der Flagge für einen neuen Panzerkreuzer Salandra den General Tassoni umarmte, der eine von kaum gebändigter Kriegslust durchglühte Rede gehalten hatte, und selbst die Worte von der Ruhe, der Eintracht und der Disziplin sprach, die ein großes Volk in den entscheidenden Stunden seiner Geschichte bewahren müsse. Es kam die zweite Kammertagung, die am 18. Februar eröffnet wurde und zu neuen parlamentarischen Kundgebungen führte; die sollten im Ausland Eindruck machen, in Paris, London und Petersburg beruhigen, in Berlin und Wien zu größerem Entgegenkommen veranlassen. Alles, was vom Regierungstisch bei dieser Gelegenheit gesagt wurde, klang ernst, aber war weit entfernt davon, die Unvermeidlichkeit des Krieges auch nur ahnen zu lassen.

Ueber die Mobilisation der Geister hinaus ging die Besetzung Valonas; aber sie wurde für

Die wirtschaftliche Kriegsrüstung Italiens.

Man schreibt uns aus Rom, Mitte Mai: Wer die Organe der Kriegshetzer liest, gewinnt den Eindruck, als ob in diesen Kreisen allgemein die Ansicht verbreitet sei, man könne einen Krieg auch ohne Geld, etwa mit Hosenknöpfen oder Pflaumenkernen führen und eines geordneten kräftigen Wirtschaftslebens als Nährbodens für die Kriegsenergie könne entraten werden. Allerdings hat sich das Kabinett Salandra andauernd in Schweigen über seine Geldpläne gehüllt; es verlautete in parlamentarischen Kreisen, daß England gegen gewisse Gewähr zwei bis drei Milliarden Lire zur Verfügung stellen und auch für Kohlen sorgen werde. In Rom fand ferner eine Besprechung der Leiter der drei Notenbanken mit dem Schatzminister statt, auch andere Vertreter der Bankwelt wurden von der Regierung gehört. Man will angeblich für den Kriegsfall ein Moratorium vermeiden und hofft, mit Hilfe einer nicht allzu ängstlichen Wechseldiskontierung durch die Zettelbanken das geschäftliche Kreditbedürfnis zu befriedigen. Daß man mit dem Moratorium bisher keine günstigen Erfahrungen gemacht hat, ist richtig, und besser würden die Erfahrungen auch in Zukunft nicht ausfallen. Von den Notenbanken wird etwas viel verlangt. Sie haben bisher mittelbar diskontiert, und über die Kreditwürdigkeiten befanden nach allerstrengsten Regeln und Grundsätzen die Banken. Zur unmittelbaren Wechseldiskontierung bei den Notenbanken zu gelangen, war in gewöhnlichen Zeitläuften außerordentlich schwierig. Es wird jetzt, wo die Notenbanken, namentlich die Banca d'Italia, überlastet sind, ungeachtet aller behördlichen Versprechungen, noch schwieriger werden. Von der Banca Commerciale Italiana und dem Credito Italiano ist eine Förderung der Industrie, für die sie früher so viel taten, im Kriegsfall nicht zu erwarten. Der Banco di Roma hat die Abschreibung von 50 Millionen Lire zugegeben, aber der wirkliche Verlust beziffert sich ganz bei weitem höher. Zwar erwartet die Bank von der Regierung Ersatz für Verluste, die man auf politische Rechnung schreiben darf; auch soll sich die Banca d'Italia dem Gesundungswerk dieser an Kapital ehemals größten Bank Italiens widmen, die rein italienisch ist. Rein italienischer Herkunft ist auch die gewaltige Anstrengung, in der neuen Banca Italiana di Sconto, mit Sitz in Rom, ein kräftiges Kreditorgan zu schaffen. Der Gedanke dieser Gründung ging wesentlich von dem Generaldirektor des Credito Provinciale (Busto Arsizio), Herrn Pogliani aus, dessen Werk der Credito Provinciale recht eigentlich ist. Ein Streiflicht auf die Lage der italienischen Banken wirft der Umstand, daß die Dividende der solidesten unter ihnen, des Credito Provinciale von 1913 bis 1914 von 13 Lire auf 5 Lire gesunken ist. Einen längern Krieg Italiens würden auch die besten Gesellschaftsbanken schwerlich überdauern. Das Bank- und damit auch das Kreditwesen Italiens war auf den Zusammenhang mit den Zentralmächten eingestellt. Eine neue Orientierung kann nicht über Nacht geschaffen werden, und sie würde auch auf wirtschaftliche Schwierigkeiten mannigfacher Art stoßen, denn — um nur einen Hauptumstand anzumerken — die wirtschaftlichen Verhältnisse Italiens und der Zentralmächte ergänzten sich, wogegen sich diejenigen zwischen Italien und Frankreich und teilweise sogar die zwischen Italien und den englischen Kolonien in Wettbewerbverhältnissen bewegen. Es kommt hinzu, daß einerseits deutsche wirtschaftliche Intelligenz eine befruchtende Wirkung in der italienischen Industrie ausübte, während Deutschland und die Türkei, auch Österreich, zahlreiche jahreszeitliche und dauernde italienische Auswanderer beschäftigte, sowie ferner, daß Deutschland den größten, auf einen Wert von wenig unter 200 Millionen Lire im Jahr zu beziffernden Anteil am Fremdenverkehr Italiens stellte. Große Ausfälle würden da im Kriegfalle Italien nicht erspart bleiben. Das eine Beispiel des Scheiterns der Rettung der Mailänder Baumwollfabriken von Pasquale e Fratelli Borghi durch die mächtige französische Gesellschaft Textiloses et Textiles, wodurch viele Millionen verloren gegangen sind, beweist schlagend die Schwierigkeit der Überführung italienischer Industrieinteressen an neue geldliche und wirtschaftliche Zusammenhänge. Ich erinnere noch an die Preiserhöhung der internationalen Seide-Färberei-Union um vorläufig 20 Prozent, die von beträchtlichen Folgen für den italienischen Markt sein muß, um zu zeigen, wie empfindlich eine Lösung des italienischen Wirtschaftslebens von dem deutschen Interessenkreis auf die bedeutendsten Industrien des Landes zurückwirken müßte. Und wenn auch gegenwärtig allerhand Versuche gemacht werden, deutsche Erzeugnisse durch amerikanische u. a. zu ersetzen, so wird die italienische Geschäftswelt über die geringen Aussichten solcher Bestrebungen nicht im unklaren sein können. Wie ich in Genua erfahren habe, arbeitet in Toulon eine mit etwa 100 englischen Beamten besetzte Anstalt daran, alle durch die englisch-französische Flotte aufgebrachten Postsäcke zu sichten, um die deutschen Handelsfäden zu durchschneiden und an englische — aus Barmherzigkeit auch an einige französische — Bezugsquellen anzuknüpfen. Selbstverständlich erwächst uns aus diesem englischen Wirtschaftskrieg gegen uns Schaden, aber im großen und ganzen werden auch in Zukunft wieder Güte und Billigkeit der Waren sowie Geschmeidigkeit der Handelsorganisation über den Markt entscheiden. Wie beim englischen Gesetz über die Ursprungskennzeichnung der Waren wird auch bei dieser Bevormundung des Kunden die Kugel den töten, der sie abgesandt hat. Man kann ein bitteres Lachen nicht unterdrücken, wenn man im Corriere della Sera und anderswo liest, ganz Oberitalien wolle den Krieg gegen Österreich. Ich habe vor kurzem die italienische Riviera bereist, der man für gewöhnlich eher franzosenfreundliche Gefühle nachsagen kann. Aber überall tobt man gegen die Regierung, weil sie die Olausfuhr verboten hat. Die Provinz Porto Maurizio lebt fast nur vom Ölhandel, und bis Genua spielt er eine gewaltige Rolle. Allein in der Provinz Porto Maurizio bezifferte sich die Jahresausfuhr auf rund 80 000 Doppelzentner, und im letztvergangenen Halbjahr hatte sie bereits diese Ziffer erreicht. Diese Ausfuhr geht hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten und nach Deutschland. Alsbald zeigt sich die Rückwirkung des Ausfuhrverbots bei der Blechschachtel- und Kisten-Industrie, bei den Lithographien, den Dampfergesellschaften, welche die Verfrachtung nach Genua vermittelten usw.

Sobald Italien in den Krieg gegen die Zentralmächte eintritt, befände es sich vollständig in englischen Händen, aus denen es kein Entschlüpfen mehr gäbe. Man muß nur in Genua sowie an der Schweizer Grenze etwas Studium getrieben haben, um sich ein Bild von der, übrigens auch die Schweiz stark in Mitleidenschaft ziehenden, Vergewaltigung des italienischen Handels durch England zu machen, das Schiffe einfach fortführt oder auspackt, Eisenbahnzüge an der Abfahrt hindert, sie in der Nacht auseinandernimmt, in Domodossola, Luino und Chiasso die Wagen ausladen und auf Bannware untersuchen läßt. Bekanntlich haben die Schweizer schließlich eine besondere Handels-Agentur in Genua zur Regelung der nach der Schweiz usw. gerichteten Frachten errichtet.

Unzählige große und kleine geschäftliche Zusammenbrüche bilden ein Vorspiel dessen, was bei Ausbruch eines Krieges für Italien zu gewärtigen ist. Ein Blick auf die Handelsbilanz zeigt, wie schlecht Italien schon jetzt, ohne Krieg, abschneidet. Nach der mir vorliegenden Statistik des „Autonomen Hafen-Konsortiums von Genua" verminderte sich die Einfuhr während der ersten fünf Kriegsmonate bei der Kohle um eine Million Tonnen, bei der Baumwolle um 300 000 Doppelzentner; bei Wolle und rohen Häuten ging sie auf die Hälfte, bei Eisenschrot auf zwei Drittel, bei Blei auf ein Drittel und bei Kupfer auf die Hälfte zurück. Die Nitrate sanken auf 1/15, Holz auf 60 Prozent der frühern Einfuhr. Über die Ausfuhr läßt sich ein bestimmtes Urteil nicht fällen, weil die Preisunterschiede zwischen der Gegenwart und den Vergleichsjahren infolge des Krieges außerordentlich groß sind, während die Statistik die alten Preise zugrunde legt. Eine Vorstellung von der durchgreifenden Veränderung der Handelsbilanz gewährt indeß ein Vergleich der Ziffern der sogenannten unsichtbaren Ausfuhr, die für Italien in den Rücklagen der Auswanderer und den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr besteht. Diese Ziffern betrugen für die letzten fünf Monate 1913 rund 386½ Mill. L., für die letzten fünf Monate 1914 nur 31½ Mill. L.! Die Kriegserklärung Italiens an Österreich usw. würde bewirken, daß noch mehr Italiener (die Einberufenen) als bisher nach Italien zurückkehren, die Heimsendungen von Geld hingegen gänzlich aufhören würden. Vielleicht ist damit das Bild noch nicht düster genug gezeichnet. Die gewaltsamen Kundgebungen, welche dieser Tage in den italienischen Großstädten stattgefunden haben, und die eine völlige Durchquirlung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verraten, erklären die Erscheinung, daß von der ersten Milliarde italienischer Rüstungsanleihe noch 200 Millionen L. ungedeckt sich in den Händen der Bankengruppe befinden, die ihrerseits des Geldes bedarf, während von Italienern beträchtliche Summen im Ausland, besonders in Deutschland, angelegt worden sind. Andere gewaltige Summen sind zinslos in den Stahlkammern der Banken oder anderswo untergebracht. Das Kabinett Salandra-Sonnino hat das Vertrauen der weitesten Kreise in die Leitung der Schicksale des Landes erschüttert. Vor allem Sonnino, der schon einmal Italien eine schwere Wunde schlug, als er nach Aduah, wohl unbewußt im Sinne der französisch-englischen Wünsche, Crispi die Mittel zum Ausgleich der Schlappe verweigerte, wird dem Vorwurf nicht entgehen, daß er abermals das Vertrauen des Landes verhängnisvoll getäuscht hat. Inzwischen hat Italien neue Schulden im Betrage von etwa drei Milliarden Lire gemacht. Wie sollen diese gedeckt werden anders als durch eine auswärtige Anleihe? Denn alle innern Quellen sind entweder erschöpft oder unerreichbar. Sonnino, der sonst mit der Kritik italienischen Finanzgebarens als der Ersten einer bei der Hand war, ist Zeuge und Mitwirkender bei einer geradezu ungeheuerlichen Notendruckerei, die, in Verbindung mit der Rückwanderung und dem Ausfall des Fremdenverkehrs, allein die gewaltige Höhe des Goldaufgeldes — zehn bis zwölf Prozent — wohl erklärte. Gleich nach Ausbruch des Krieges wurde der mit 40 Prozent gedeckte Notenumlauf in zwei Abschnitten um zwei Drittel, und fast gleichzeitig der Höchstumlauf der Kassenguthscheine um fast 200 Millionen Lire erhöht. Dann wurden die Beträge der Vorschußverpflichtung der Zettelbanken an die Regierung von 125 auf 310 Millionen Lire gesteigert. Ferner mußten die Mittel der Cassa dei Depositi e Prestiti durch Banknoten-Vorschüsse im Betrage von fast einer halben Milliarde Lire aufgefüllt werden, damit diese Anstalt nicht den Sparern der Postsparkasse, den Gemeinden usw., denen sie zu Vorschüssen und Darlehen verpflichtet ist, um in Verlegen-

heit gerate. Ich könnte noch weitere Zahlenkolonnen aufmarschieren lassen, aber ich glaube annehmen zu dürfen, daß diese flüchtigen Betrachtungen genügen, um die Behauptung nicht als übertrieben erscheinen zu lassen, daß ein aus dem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenhang des Dreibundes losgelöstes Italien durch den Eintritt in den Krieg gegen die Zentralmächte dem Staats- und Wirtschaftsbankerott entgegengetrieben werden würde. Gegenüber dieser ernsten und wohlbegründeten Voraussage dürften die d'annunzianischen Phrasen von den römischen Adlern und dem Stempel, den die römische Zivilisation der neuen Weltmasse aufdrücken solle, nicht wohl aufkommen.

Vor der Kriegserklärung Italiens

Nach der schier nervenzerreißenden Spannung der letzten Wochen ist die Entscheidung nun in nächste Nähe gerückt. Nach den Ereignissen der letzten Tage kann sie nicht mehr zweifelhaft sein. Die Leiter der italienischen Politik sind der Meinung, das Ideal, das ihnen für die Zukunft Italiens vorschwebt, sei nur mit den Waffen zu erkämpfen und dieses Ideal ist so lockend, daß sie nicht gezögert haben, das Bündnis, das über drei Jahrzehnte gehalten hat, preiszugeben.

Als der Weltkrieg ausbrach, hat Italien die Neutralitäts-Erklärung erlassen, im Dezember wurde sie vor dem italienischen Parlamente nochmals bestätigt und im März antwortete Salandra einer Anfrage, er habe seinen frühern Erklärungen nichts beizufügen. Zugleich aber wußte man, daß diplomatisch zwischen Deutschland - Oesterreich auf der einen, Italien auf der anderen Seite lebhaft verhandelt wurde; man wußte, daß Oesterreich-Ungarn weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte, um ein dauernd gutes Verhältnis zu Italien zu gewinnen. Die italienischen Zukunftsträume sehen offenbar anders aus und so haben diese Verhandlungen, zu denen Deutschland einen seiner besten Männer, den Fürsten Bülow, abgeordnet hatte, nicht zum Frieden, sondern zum Kriege geführt.

Man fühlt an diesem Tage den Pulsschlag der Geschichte. Eine historische Epoche ist zu Ende und eine neue beginnt, von der niemand wissen kann, wie sie sich gestalten wird. Nur das weiß man, daß sie emporsteigt aus Blut und Feuer.

Der Dreibund, dessen Verhältnis zur Staatengruppe Frankreich - England - Rußland seit dreißig Jahren den Angelpunkt der europäischen Politik bildete, ist gesprengt. Wohl halten Deutschland und die Habsburg-Monarchie fester als je zusammen, Italien aber hat sich abgelöst. Noch in seinem neuesten Werke, der „Deutschen Geschichte der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart" nennt der vor wenigen Tagen verstorbene Historiker Karl Lamprecht den Dreibund „gleichsam ein unentbehrliches Inventarstück der europäischen Politik". Man wird sich nun daran gewöhnen müssen, ohne dieses Inventarstück, das aus der Werkstatt des großen Formers Bismarck stammt, auszukommen. Deutschland und Oesterreich wollten es erhalten wissen, Italien aber sucht andere Ziele.

Als es im Jahre 1883 dem Bunde der Zentralmächte beitrat, waren seine Blicke über das Mittelmeer nach Afrika gerichtet. Dort hatte sich Frankreich ein großes Kolonial-Reich gegründet und es hatte auf einem Boden Fuß gefaßt, an dem Italien alte Rechte zu haben glaubte. Tunis war durch italienischer Hände Arbeit wirtschaftlich emporgekommen, Frankreich aber hatte dort die politische Hegemonie erlangt. In jenen Zeiten konnte das junge Italien nicht daran denken, auf koloniale Abenteuer auszugehen und so suchte es seine Macht zu stärken durch Anschluß an andere. Bündnisse unter modernen Großstaaten werden nicht geschlossen nach Sympathien der Völker zueinander, einzig die Interessen entscheiden. So war es auch in diesem Falle. Die traditionelle Abneigung gegen Oesterreich wurde überwunden und aus den Feinden von 1866 wurden Verbündete. Die Interessenkomplexe im Mittelmeer erschienen den damaligen Lottern des italienischen Staates viel wichtiger, als die möglichen Reibungen mit der Habsburg-Monarchie an der venetianischen Grenze und in der Adria.

Heute nun ist der alte Gegensatz zu Oesterreich so gewaltig erstarkt, daß er wegleitend geworden ist für die Politik Italiens. Ob es die Mittelmeerfrage durch die Ergebnisse des Tripolisfeldzuges für gelöst hält, ob ihm von der Triple-Entente andere Zusicherungen gemacht worden sind — wir wissen es nicht. Tatsache ist, daß die Mittelmeer-Politik heute keinen Grund mehr für die Italiener bildet, dem Dreibunde treu zu bleiben.

Offenbar richtet sich ihre Sehnsucht nach der Adria. Das Trentino- und Isonzo-Problem war durch die österreichischen Zugeständnisse gelöst — darüber kann kein Zweifel herrschen. Was an italienischen Stammesbrüdern dort unter österreichischer Herrschaft lebt, wäre mit einem Schlage „befreit" worden. Die Verhandlungen sind dennoch gescheitert, weil eben nicht hier der Schwerpunkt der italienischen Zukunftsbestrebungen zu suchen ist. Was den Italienern heute vorschwebt und wonach die Leiter ihrer Politik trachten, ist zweifellos die Wiederherstellung des alten venetianischen Reiches an der Adria. Die Republik Venedig war bekanntlich Herrscherin über das adriatische Meer, denn ihr gehörten auch die Küstenstriche von Istrien und Dalmatien. Man pflegte damals die Adria nicht ein Meer zu nennen, sondern einen Golf und wollte damit andeuten, daß beide Ufer dem gleichen Volke gehören. Will Italien nun den alten Zustand wieder herstellen, so ist der Zusammenstoß mit der österreichisch-ungarischen Monarchie unausweichlich.

Die Küste der Adria ist die einzige Stelle, wo Oesterreich und Ungarn ans Meer stoßen. Ihnen diese nehmen, heißt sie aus der Reihe der Mittelmeermächte, ja überhaupt der Meerfahrenden ausstoßen. Somit steht für die Habsburg-Monarchie ein Lebensinteresse von höchster Wichtigkeit auf dem Spiel.

*

Die Haltung der Schweiz in den neuen kriegerischen Verwicklungen ist genau vorgezeichnet; sie wird, wie sie es bis anhin getan hat, auch fernerhin ihre Neutralität strengstens wahren, und zwar allen kriegführenden Staaten gegenüber in gleicher Weise. Sobald vermehrter Grenzschutz notwendig werden sollte, wird sie nicht zögern, dafür zu sorgen. Solche Fälle können ja eintreten, ohne daß eine Macht die Absicht hätte, unser Land mit Krieg zu überziehen. Daß irgendwo eine solche Absicht bestehe, glauben wir keineswegs. Es sprechen einmal die feierlichen Erklärungen dagegen, die von allen kriegführenden Staaten der Schweiz gegeben worden sind, daß sie unsre Neutralität achten werden. Diese Erklärungen sind in dieser oder jener Form erneuert worden, als Italien sich anschickte, in den Krieg einzutreten. Deutschland und Oesterreich bestätigten, daß sie selbstverständlich an ihren Zusicherungen festhalten werden und Italien tat ein gleiches in bestimmter Form. Auch die tatsächlichen Verhältnisse bieten uns eine gute Gewähr; es wird keinem der kriegführenden Staaten so leicht einfallen, unser Gebiet zu verletzen und sich damit einen neuen Gegner mit einer schlagfertigen Armee zu schaffen. So hat sich die Schweiz mit ihrer Wehrkraft ihre Stellung gesichert, es gilt aber immerhin, sich auf alle Fälle vorzusehen.

Die Schweiz übt aber auch inmitten des blutigen Völkerringens eine Mission aus, die sich in freundschaftlicher Vermittlung zwischen den Staaten und in werktätiger Teilnahme für die Opfer des grausamen Krieges nach allen Seiten hin äußert und auch von allen anerkannt wird. So ist das Wort in doppeltem Sinne wahr geworden, mit dem der ausgezeichnete schweizerische Diplomat Pictet de Rochemont 1815 unsere Neutralität begründete: „Die Neutralität der Schweiz liegt im Interesse der europäischen Staaten."

Natürlich wird unsere Lage schwieriger, wenn auch der vierte der uns umgebenden Staaten ins Feld zieht und unsere Grenzen also ringsum von Kämpfen und Schlachtenlärm umtobt werden. Doch dürfen wir annehmen, daß nach wie vor von den Kriegführenden der Schweiz gegenüber die Rechte anerkannt werden, die den Neutralen zustehen, damit ihnen ihre Lebensbedingungen gewahrt bleiben. Insbesondere gilt das auch Italien gegenüber, das es an freundnachbarlichem Einvernehmen nicht fehlen lassen wird; es liegen keine Maßnahmen oder Anzeichen vor, die das in Zweifel setzten, im Gegenteil bestätigen alle Zusicherungen und Anordnungen, daß die bisherigen vortrefflichen Beziehungen ungeschwächt fortdauern werden.

Dies wird bekräftigt durch die Tatsache, daß Italien unsern Behörden die Vertretung seiner Interessen in Deutschland überträgt, wie Deutschland die Schweiz mit der Mission betraut hat, seine Interessen in Italien zu wahren. Wir lebten seit Kriegsbeginn mit den kriegführenden Staaten auch in freundschaftlichem Waren-Austausch. Von Italien nach Deutschland und umgekehrt war ein lebhafter Durchgangsverkehr durch die Schweiz. Vorgestern noch gingen große Mengen von Südfrüchten von Italien nach der deutschen Rheingegend, wo große Kriegslager sind, während die Kohlentransporte von Deutschland nach Italien schon so gut wie aufgehört hatten. Heute ist alles eingestellt; unsern Alpenbahnen ist das eine schwere Einbuße, da der Personenverkehr natürlich sehr zurückgegangen ist.

Neues Wiener Tagblatt
22./V. 1915

Die Kündigung des Dreibundes nicht angenommen.

Die Antwort Oesterreich-Ungarns an Italien.

Wien, 21. Mai. Die k. u. k. Regierung hat die Mitteilung Italiens, daß es den Dreibundvertrag als aufgehoben betrachtet, mit folgender Note beantwortet, die heute nachmittag vom k. u. k. Minister des Aeußern Baron Burian dem königlich italienischen Botschafter Herzog von Avarna übergeben wurde:

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern hat die Ehre gehabt, die Mitteilung betreffend die Aufhebung des Dreibundvertrages zu erhalten, welche der Herr italienische Botschafter ihm im Auftrage der königlich italienischen Regierung am 4. Mai gemacht hat.

Mit peinlicher Ueberraschung nimmt die k. und k. Regierung Kenntnis von der Entschließung der italienischen Regierung, auf eine so unvermittelte Weise einem Vertrage ein Ende zu bereiten, der, auf der Gemeinsamkeit unsrer wichtigsten politischen Interessen fußend, unsern Staaten seit so langen Jahren Sicherheit und Frieden verbürgt und Italien notorische Dienste geleistet hat.

Dieses Erstaunen ist um so gerechtfertigter, als die von der königlichen Regierung zur Begründung ihrer Entscheidung in erster Linie angeführten Tatsachen auf mehr als neun Monate zurückgehen und als die königliche Regierung seit diesem Zeitpunkt wiederholt ihren Wunsch kundgab, die Bande der Allianz zwischen unsern beiden Ländern aufrechtzuerhalten und noch zu verstärken, einen Wunsch, der in Oesterreich-Ungarn immer eine günstige Aufnahme und herzlichen Widerhall gefunden hat.

Die Gründe, welche die k. u. k. Regierung zwangen, an Serbien im Monat Juli vergangenen Jahres ein Ultimatum zu richten, sind zu bekannt, als daß es nötig wäre, sie hier zu wiederholen. Das Ziel, welches sich Oesterreich-Ungarn setzte und das einzig und allein darin bestand, die Monarchie gegen die umstürzlerischen Machenschaften Serbiens zu schützen und die Fortsetzung einer Agitation zu verhindern, die geradezu auf die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns ausging und zahlreiche Attentate und schließlich die Tragödie von Sarajevo im Gefolge hatte, konnte die Interessen Italiens in keiner Weise berühren. Denn die k. u. k. Regierung hat niemals vorausgesetzt und hält es für ausgeschlossen, daß die Interessen Italiens irgendwie mit den verbrecherischen Umtrieben identifiziert werden könnten, welche, gegen die Sicherheit und die Gebietsintegrität Oesterreich-Ungarns gerichtet, von der Belgrader Regierung leider geduldet und ermutigt worden waren.

Die italienische Regierung war übrigens davon in Kenntnis gesetzt und wußte, daß Oesterreich-Ungarn in Serbien keine Eroberungsabsichten hatte. Es ist in Rom ausdrücklich erklärt worden, daß Oesterreich-Ungarn, wenn der Krieg lokalisiert bleibe, nicht die Absicht habe, die Gebietsintegrität oder die Souveränität Serbiens anzutasten.

Als infolge des Eingreifens Rußlands der rein lokale Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien im Gegensatze zu unsern Wünschen einen europäischen Charakter annahm und sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland von mehreren Großmächten angegriffen sahen, erklärte die königliche Regierung die Neutralität Italiens, ohne jedoch die geringste Anspielung darauf zu machen, daß dieser von Rußland hervorgerufene und von langer Hand vorbereitete Krieg geeignet sein könnte, dem Dreibundvertrag seinen Existenzgrund zu entziehen.

Es genügt, an die Erklärungen, welche in jenem Zeitpunkt weiland Marchese di San Giuliano abgab, und an das Telegramm, welches Seine Majestät der König von Italien am 2. August 1914 an Seine Majestät den Kaiser und König richtete, zu erinnern, um festzustellen, daß die königliche Regierung damals in dem Vorgehen Oesterreich-Ungarns nichts sah, was den Bestimmungen unsres Bundesvertrages entgegen gewesen wäre.

Von den Mächten des Dreiverbandes angegriffen, mußten Oesterreich-Ungarn und Deutschland ihre Gebiete verteidigen, aber dieser Verteidigungskrieg hatte keineswegs „die Verwirklichung eines den Lebensinteressen Italiens entgegengesetzten Programms" zum Ziele. Diese Lebensinteressen oder das, was uns von ihnen bekannt sein konnte, waren in keiner Weise bedroht. Wenn übrigens die italienische Regierung in dieser Hinsicht Bedenken gehabt hätte, so hätte sie sie geltend machen können, und sicherlich hätte sie sowohl in Wien als auch in Berlin den besten Willen zum Schutze dieser Interessen gefunden.

Die königliche Regierung war damals der Ansicht, daß sich ihre beiden Verbündeten nach Lage der Dinge Italien gegenüber nicht auf den Bündnisfall berufen konnten, aber sie machte keine Mitteilung, welche zu dem Glauben berechtigt hätte, daß sie das Vorgehen Oesterreich-Ungarns als eine „flagrante Verletzung des Wortes und des Geistes des Bündnisvertrages" ansehe.

Die Kabinette von Wien und Berlin ließen, wenn sie auch Italiens Entschluß, neutral zu bleiben — einen Entschluß, der nach unsrer Ansicht mit dem Geiste des Vertrages kaum vereinbar war —, bedauerten, die Ansicht der italienischen Regierung dennoch in loyaler Weise gelten, und der Meinungsaustausch, der in jenem Zeitpunkt stattfand, stellte die unveränderte Aufrechterhaltung des Dreibundes fest.

Gerade mit Berufung auf diesen Vertrag, insbesondere auf dessen Artikel VII, legte uns die königliche Regierung ihre Ansprüche vor, die dahin gingen, gewisse Entschädigungen für den Fall zu erhalten, daß Oesterreich-Ungarn seinerseits aus dem Kriege Vorteile territorialer oder andrer Natur auf der Balkanhalbinsel zöge.

Die k. u. k. Regierung nahm diesen Standpunkt an und erklärte sich bereit, die Frage einer Prüfung zu unterziehen, indem sie gleichzeitig darauf hinwies, daß es, solange man nicht in Kenntnis der Oesterreich-Ungarn eventuell zufallenden Vorteile sei, schwer wäre, hiefür Kompensationen festzusetzen.

Die königliche Regierung teilte diese Auffassung, wie sowohl aus der Erklärung des seither verstorbenen Marchese di San Giuliano vom 25. August 1914 hervorgeht, in der es heißt: „Es wäre verfrüht, jetzt von Kompensationen zu sprechen", wie aus den Bemerkungen des Herzogs Avarna nach unserm Rückzug aus Serbien: „Gegenwärtig gibt es kein Kompensationsobjekt."

Tägliche Rundschau
22./V. 1915

Italien als Schützer Serbiens gegen Oesterreich.

Ausführlicher Auszug aus dem italienischen Grünbuch.

Das Wolffsche Telegraphenbüro veröffentlicht heute in einem Drahtbericht aus Rom einen ausführlichen Auszug des italienischen Grünbuchs, den wir, obgleich er manches hier bereits Mitgeteiltes enthält, in Gänze zum Abdruck bringen, um den Zusammenhang zwischen den einzelnen Phasen der Verhandlungen erkennbar zu machen.

Der Kompensationsanspruch.

Am 9. Dezember 1914 beauftragte der Minister des Auswärtigen Sonnino den italienischen Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, dem Minister des Auswärtigen, Grafen Berchtold, mitzuteilen, daß der Einmarsch Oesterreich-Ungarns in Serbien eine Handlung darstelle, welche zwischen den beiden Regierungen geprüft werden müsse, mit Bezug auf Artikel 7 des Dreibundvertrages, welcher für die österreichisch-ungarische Regierung die Verpflichtung zu einem vorgängigen Einvernehmen mit Italien und die Verpflichtung zu Kompensationen selbst für eine nur zeitweilige Besetzung aufstelle. Die K. u. K. Regierung hätte uns daher befragen und sich mit uns in Einvernehmen setzen müssen, bevor sie ihre Armee die serbische Grenze überschreiten ließ. Bei dieser Gelegenheit und um unsere Haltung besser verständlich zu machen, müssen wir die K. u. K. Regierung daran erinnern, daß gerade auf diesen Artikel 7 sich stützend die K. u. K. Regierung uns während unseres Krieges mit der Türkei an verschiedenen militärischen Operationen verhindert hat, welche die Kriegsdauer sicherlich abgekürzt hätten. Auch die Flottenoperationen an den Dardanellen haben formelle Vorbehalte Oesterreich-Ungarns hervorgerufen. Italien hat ein Interesse ersten Ranges an der Aufrechterhaltung vollständiger Integrität und der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Serbiens. Die österreichisch-ungarische Regierung hat allerdings wiederholentlich erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, zum Nachteil Serbiens Gebiete zu erwerben. Aber eine so formulierte Erklärung schafft keine dauernde Verpflichtung, und die allgemeinen Zusicherungen der österreichisch-ungarischen Regierung gelegentlich des Eintretens der Türkei in den Krieg lassen die Möglichkeit etwaiger politischer Aenderungen auf der Balkanhalbinsel voraussehen. Andererseits war schon der bloße Einmarsch in Serbien, selbst wenn er sich als nur zeitweilig herausstellen sollte, genügend, das Gleichgewicht am Balkan ernstlich zu stören und uns ein Recht auf Kompensationen zu geben. Es muß auch hervorgehoben werden, daß der oben angeführte Artikel 7 Italien ein Recht auf Kompensationen auch für Vorteile nicht territorialen Charakters gewährt, welche Oesterreich-Ungarn am Balkan erreichen sollte. Die italienische Regierung hält es für notwendig, ohne irgendeine Verzögerung zu einem Meinungsaustausch zu schreiten und auf Grund desselben zu einer konkreten Verhandlung mit Oesterreich-Ungarn über die verwickelte Lage, die die vitalen wirtschaftlichen und politischen Interessen Italiens nahe berührt. Man bemerkt unzweifelhafte Zeichen von Unruhe im Parlament und in der öffentlichen Meinung Italiens, welche offensichtlich eine Neigung zu national-italienischen Ansprüchen zeigt. Die italienische Regierung ist verpflichtet, dem ernstlich Rechnung zu tragen. Das von mir auf dieser Basis gewünschte (invoqué) Uebereinkommen zwischen den beiden Regierungen würde das Ergebnis haben, für die Zukunft jede Gelegenheit für bedauerliche Zwischenfälle, Reibungen und Mißtrauen zu beseitigen, welche heute so bedauerlich häufig sind, und im Gegenteil Beziehungen einer herzlichen und beharrlichen Freundschaft zwischen den beiden Ländern möglich und natürlich machen, wie sie dem gemeinsamen Wunsche entsprechen, und ohne welche jedes offizielle Abkommen notwendigerweise unvollkommen und unfruchtbar bleibt.

Der Herzog von Avarna teilte am 12. Dezember mit, daß er die vorstehende Mitteilung gemacht habe, und daß Graf Berchtold geantwortet habe, daß der Krieg gegen Serbien kein Angriffs-, sondern ein Verteidigungskrieg sei, und daraus gefolgert habe, daß damit nicht der Fall gegeben sei, im Augenblick zu einem Meinungsaustausche mit Italien zu schreiten.

Die deutsche Vermittlung.

In einer Depesche vom 14. Dezember teilte der Herzog von Avarna mit, daß es dem deutschen Botschafter in Wien auf Grund von Instruktionen des Staatssekretärs v. Jagow gelungen sei, den Grafen Berchtold zu überreden, zu einem Meinungsaustausche zu schreiten.

Am 20. Dezember teilte Graf Berchtold dem Herzog von Avarna mit, daß er geneigt sei, über Kompensationen zu verhandeln.

Fürst Bülow erklärte am 20. Dezember dem Minister des Auswärtigen Sonnino, daß er nach Rom gekommen sei, um das gute Verhältnis und die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zu verbessern; Italien habe durchaus Recht mit seinem Wunsche, Kompensationen zu erörtern, welche bewilligt werden würden, sobald Oesterreich-Ungarn irgendwelche festumgrenzte Ergebnisse erzielt haben würde.

Sonnino erwiderte, daß das Land für die Neutralität wäre, wenn es die Befriedigung einiger seiner nationalen Aspirationen erhalten könnte. Fürst Bülow dankte Sonnino für seine Offenherzigkeit und erkannte die Notwendigkeit an, in diesem Sinne zu arbeiten. Am selben Tage erklärte Baron Macchio Sonnino, er reise anläßlich der Feiertage nach Wien. Er bemerkte, daß die österreichischen Truppenbewegungen in Serbien nicht einer vorübergehenden Besetzung gemäß Artikel VII entsprächen. Sonnino erwiderte, man habe schon einen Gouverneur in Belgrad ernannt. Wenn man die Besetzung Serbiens mit dem vergleiche, was während des Krieges mit der Türkei geschehen sei, als Oesterreich sein Veto gegen die Beschießung Saloniks und der Dardanellen erhob, könne kein Zweifel herrschen über das Recht Italiens, die Anwendung des Artikels VII zu verlangen.

Die albanische Frage.

Am 7. Januar benachrichtigte Sonnino den Herzog von Awarna davon, daß er Macchio die logischen und politischen Gründe für die Behandlung der Kompensationsfrage auseinandergesetzt habe. Während einer Besprechung mit Sonnino am 11. Januar erwähnte Macchio Albanien als einen Gegenstand von Kompensationen. Sonnino antwortete, daß die Interessen Italiens in Albanien hauptsächlich negativ seien, nämlich, daß keine andere Macht es besetze. Italien hege nicht den Wunsch, wider Willen in die inneren balkanischen Angelegenheiten hineingezogen zu werden und sich unvermeidlich und dauernd im Gegensatz mit Serbien und Bulgarien zu befinden. Gehen wir zu der Frage der Kompensationen hinsichtlich der durch das Gefühl des Volkes erstrebten Provinzen.

Von Berchtold zu Burian.

Sonnino erklärte dem Fürsten Bülow am 14. Januar, daß man den Zustand einer dauernden Eintracht mit Oesterreich-Ungarn nur erreichen könnte, wenn die irredentistische Formel von Trentino und Triest vollkommen ausgeschaltet würde. Fürst Bülow erklärte, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg der Abtretung von Triest vorziehen würde. Er glaube es erreichen zu können, daß das Trentino abgetreten würde, aber nichts anderes. Sonnino erklärte am 25. Januar dem Fürsten Bülow, daß er vom Gange der Dinge ein bißchen enttäuscht sei. Die halbamtliche Wiener Presse erkläre jede Abtretung von Territorien als ausgeschlossen, und die österreichisch-ungarischen Truppen konzentrierten sich an den Grenzen Rumäniens und Serbiens, was eine neue Gefahr für Italien darstelle und eine lebhafte Bewegung zugunsten unserer Teilnahme am Kriege hervorrufe. Sonnino erklärte, daß er sich dafür verwenden werde, die Wünsche und Hoffnungen zu mäßigen und Vertrauen auf die diplomatische Aktion zu empfehlen, aber unglücklicherweise bleiben wir trotz des guten Willens des Fürsten Bülow und Deutschlands vollkommen von Oesterreich-Ungarn umfaßt mit einem schweren Schaden für unsere Einrichtungen. Baron Burian drückte sich weiterhin allgemein aus und erklärte sich gegen ein Präjudiz.

Baron Burian erklärte am 9. Februar, noch nicht antworten zu können, und hob hervor, daß die Besetzung des Dodekanes und Valonas es Italien zur Pflicht machten, sich vorher mit Oesterreich-Ungarn zu einigen. Diese Gegenvorschläge Oesterreich-Ungarns ergeben sich aus einem langen Promemoria, auf das Italien am 12. Februar antwortete, daß die Abtretung von Valona und des Dodekanes nicht den Gegenstand der gegenwärtigen Unterhandlung bilden sollte. Sonnino hob am 12. Februar hervor, daß dies entmutigend sei, und besteht dringend darauf, daß Wien sich entscheide, indem er hervorhob, daß man nicht einmal dazu gekommen sei, eine Antwort selbst auf die erste Frage zu erhalten, nämlich, ob Oesterreich-Ungarn bereit sei, auf der Grundlage einer Abtretung von Gebieten, die heute Oesterreich-Ungarn gehören, zu verhandeln. Unterdessen werden neue Fragen aufgeworfen, die nicht den Gegenstand der gegenwärtigen Unterhandlung bilden sollten, um die Dinge in die Länge zu ziehen. Man bereitet neue militärische Expeditionen auf dem Balkan vor. Es ist daher unmöglich, künftig irgendeine Illusion über den Ausgang der Unterhandlungen zu haben. Daher ist Italien, um seine eigene Würde zu wahren, verpflichtet, jeden Vorschlag oder Initiative zu einer Unterhandlung zurückzuziehen und auf den Bestimmungen des Artikels VII zu bestehen, der alle militärischen Aktionen als offen diesem Artikel zuwider erklärt, die Oesterreich-Ungarn von heute ab auf dem Balkan gegen Serbien und Montenegro unternehmen würde oder gegen andere, ohne daß vorher ein Uebereinkommen, wie es in den Artikel VII vorgesehen sei, abgeschlossen worden wäre. Es ist nicht notwendig, hervorzuheben, daß, wenn Oesterreich-Ungarn durch eine Tatsache beweisen würde, daß es die Bestimmung des Artikels VII nicht beachten wollte, dies zu schweren Folgen führen würde, für die Italien jetzt alle Verantwortung ablehnt.

Baron Burian bestand wiederholt auf seiner Weigerung, den italienischen Gesichtspunkt gelten zu lassen, und am 22. Februar telegraphierte der Herzog von Avarna, es sei unnütz, sich Illusionen zu machen.

Der Stillstand der Balkanoperationen.

Sonnino faßte seine Gedanken am 4. März folgendermaßen zusammen:

1. Keine militärische Aktion dürfe von Oesterreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel begonnen werden, ohne ein vorheriges Abkommen betreffend Kompensationen.

2. Jede Verletzung dieses Grundsatzes würde als offene Vertragsverletzung angesehen werden, und Italien würde volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen.

3. Kein Vorschlag und keine Diskussion betreffend Kompensation können zu einem Uebereinkommen führen, wenn dadurch nicht die Abtretung von bereits in Oesterreich-Ungarns Besitze befindlichen Gebieten vorgesehen wird.

4. Solange die Abmachung des Artikels 7 gilt, wollen wir eine Kompensation als Folge schon der Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn eine militärische Aktion auf der Balkanhalbinsel begonnen hat, unabhängig davon, welche Ergebnisse diese Aktion haben könnte, und ohne daß es dadurch ausgeschlossen würde, daß man noch andere Kompensationen in konditioneller Form und entsprechend den Vorteilen, welche Oesterreich-Ungarn zu erringen in der Lage sein würde, vereinbaren könnte.

5. Der fixierte Teil der Kompensationen, welcher als Ausgleich für den Beginn der militärischen Aktion Oesterreich-Ungarns, unabhängig von deren Ergebnis dient, wird nicht geheimgehalten werden dürfen, sondern in Wirksamkeit gesetzt werden müssen durch tatsächliche Uebergabe der abgetretenen Gebiete und ihre sofortige Besetzung durch Italien.

6. Keine Diskussion über eine Kompensation von unserer Seite für die Besetzung der zwölf Inseln und von Valona.

Am 4. März telegraphiert Sonnino an den Herzog von Avarna, er möge den Baron Burian benachrichtigen, daß die Beschießung von Antivari in der vorhergegangenen Nacht im offenen Gegensatz zu der Mitteilung Italiens an Oesterreich-Ungarn vom 22. Februar und zu der Erklärung des Barons Burian stehe.

Deutschlands Bürgschaft.

Am 9. März erklärt Baron Burian, daß die österreichisch-ungarische Regierung einer Diskussion über die Frage der Kompensationen auf der vorerwähnten Grundlage des italienischen Vorschlages zustimme. Sonnino stellt zur Bedingung, daß, wenn ein Uebereinkommen beschlossen werde, es sofort ausgeführt werde, und daß die Dauer der Verhandlungen auf zwei Wochen beschränkt werde.

März erklärt Baron Burian ausführlich, daß er dem nicht zustimme, daß ein Uebereinkommen sofort in Wirksamkeit gesetzt werde. Sonnino beharrt auf seiner Forderung, und dieser Punkt der sofortigen Wirksamkeit eines Abkommens bildet den Gegenstand zahlreicher Gespräche zwischen Sonnino und dem Fürsten Bülow und Instruktionen an den Herzog von Avarna.

Am 20. März erklärte Bülow, daß Deutschland gegenüber Italien die Bürgschaft dafür übernehme, daß die Konvention, welche zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn geschlossen werden solle, nach dem Friedensschluß loyal ausgeführt werden werde.

Am 22. März erklärte Sonnino, daß er sich der Wiedereröffnung der Diskussion und der Verhandlungen nicht widersetze, obgleich ohne eine Lösung der Frage der sofortigen Wirksamkeit die Diskussion nur ins Blaue hinein ginge.

Burians Vorschläge.

Baron Burian machte am 27. März folgende Vorschläge: 1. Italien verpflichtet sich, bis zum Kriegesschluß eine wohlwollende Neutralität zu bewahren. 2. Italien läßt Oesterreich-Ungarn während der ganzen Dauer des Krieges volle Handlungsfreiheit auf dem Balkan und entsagt jeder neuen Kompensation für die territorialen Vorteile und anderen Vorteile, die eventuell aus dieser Handlungsfreiheit für Oesterreich-Ungarn entstehen. Dies würde sich nicht auf Albanien beziehen und auf das italienisch-österreichische Abkommen betreffs Albanien. Die Abschlüsse der Londoner Konferenz würden in Kraft bleiben. Baron Burian erklärte dem Herzog von Avarna, daß Oesterreich-Ungarn für seinen Teil bereit wäre, Südtirol mit Einschluß der Stadt Trient abzutreten. Die Abgrenzung würde im einzelnen derart festgesetzt werden, daß den strategischen Erfordernissen Oesterreich-Ungarns Rechnung getragen würde sowie den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bewohner.

Sonnino telegraphierte am 31. März dem Herzog von Avarna, daß die vorerwähnten nicht genau bestimmten und ungewissen Vorschläge durchaus unzureichend seien. Baron Burian setzte am 2. April fest, daß die Territorien, die Oesterreich-Ungarn bereit wäre, zu den angegebenen Bedingungen abzutreten, die Bezirke von Trient, Rovereto, Riva und Tione umfassen würden (mit Ausnahme von Madonna di Campiglio und Umgebung und Borgo). Im Etschtal würde die Grenze bis Lawies gehen, das bei Italien bleiben würde.

Sonninos Forderungen.

Auf Verlangen des Barons Burian machte Sonnino am 6. April folgende Gegenvorschläge:

1. Oesterreich-Ungarn tritt an Italien das Trentino mit den Grenzen des Königreichs Italien im Jahre 1811 ab.

2. Grenzberichtigung zugunsten Italiens an dessen östlicher Grenze, Gradisca, Görz inbegriffen, wobei die Grenze am Meer zwischen Monfalcone und Triest bei Nabresina endigt.

3. Die Stadt Triest mit ihrem Gebiet, das im Norden Nabresina und im Süden Capo d'Istria Pirano einschließen würde, wird ein autonomer unabhängiger Staat. Oesterreich-Ungarn wird auf alle Souveränität verzichten.

4. Oesterreich-Ungarn tritt an Italien die Curzolari-Inseln ab.

5. Italien wird sofort die vorerwähnten Gebiete besetzen. Triest und sein Gebiet werden unverzüglich von den Oesterreichern geräumt.

6. Oesterreich-Ungarn erkennt die volle Souveränität Italiens über Valona an.

7. Oesterreich-Ungarn gibt vollkommen sein Interesse an Albanien auf.

8. Oesterreich-Ungarn wird den aus militärischen oder politischen Gründen Verurteilten der abgetretenen Gebiete volle Amnestie gewähren.

9. Italien wird an Oesterreich-Ungarn 200 Millionen Lire in Gold zahlen.

10. Italien bewahrt vollkommene Neutralität gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn während des ganzen gegenwärtigen Krieges.

11. Während des ganzen gegenwärtigen Krieges verzichtet Italien darauf, nachträglich sich auf Artikel 7 zu seinen Gunsten zu berufen und verzichtet Oesterreich-Ungarn in gleicher Weise darauf hinsichtlich des Dodekanesos.

Der Vertragsbruch.

Zwischen dem 2. April und dem 13. April wurden Gerüchte von einem österreichisch-russischen Sonderfrieden, um freie Hand gegen Italien zu haben, immer häufiger. Sonnino telegraphierte am 13. April dem Herzog von Avarna dringend um eine österreichische Antwort. Aus der Antwort des Barons Burian vom 16. April ging hervor, daß er keine der italienischen Forderungen annimmt, sondern nur neue Vorschläge wegen der Abtretung des Trentino macht. Sonnino telegraphierte am 21. April dem Herzog von Avarna, daß die Abtretungen, die Oesterreich geneigt wäre zu bewilligen, ihm nicht genügend erschienen für ein Abkommen, wie es zwischen den beiden Staaten abgeschlossen werden müßte, um eine feste und normale Lage zu schaffen. Nur hinsichtlich des Trentino zeige sich Oesterreich-Ungarn bereit, etwas über seine ersten Vorschläge hinaus zu bewilligen, aber selbst hier sehe man nicht eine Beseitigung der größten Unzuträglichkeiten der gegenwärtigen Lage vom sprachlichen, ethnologischen und militärischen Standpunkt aus. Was das übrige anlange, so setze Baron Burian vollkommenen Widerstand entgegen. Dagegen bestände ein unüberbrückbarer Gegensatz für den Artikel 5 bezüglich des Datums der Ausführung eines etwaigen Uebereinkommens.

Der Herzog von Avarna telegraphierte am 25. April, daß Baron Burian in unnützen Diskussionen fortfahre und sich nicht vom wahren Stande der Dinge Rechenschaft abzulegen scheine. Baron Burian gebe sich der Illusion hin, daß Italien sich schließlich mit dem Angebotenen im Trentino zufrieden geben werde. Baron Burian könne sich nicht von der Möglichkeit überzeugen, in der sich Italien befinden könne, im Falle, daß seine Forderungen nicht vollkommen angenommen würden, Oesterreich-Ungarn und Deutschland den Krieg zu erklären. Daher erscheine ein Abkommen mit Oesterreich-Ungarn auf der Grundlage der italienischen Vorschläge unter den gegenwärtigen Umständen beinahe unmöglich.

Das Grünbuch schließt mit dem Schriftstück vom 3. Mai, betreffend die „Kündigung" des Dreibunds.

Das dritte Morgenblatt dieser Nummer erscheint als Pfingstbeilage des Feuilletons. Die Beiträge, die sie bringt, enthalten nichts von Krieg. Wir nahmen an, daß es vielen erwünscht sein würde, in diesen erregten Zeiten die Gedanken einmal auf Stunden vom Völkerkrieg abzulenken.

Wie Italien zum Verräter ward.

Von einem Kenner und Freunde Italiens.

Auch Italien will bei dem Stelldichein aller europäischen Jäger nicht fehlen, die sich vereinen, um ein edles Wild zu hetzen. Es hofft auf einen Anteil an der blutigen Beute. Die Jäger mögen sich vorsehen; die Jagd wird anders ausgehen, als sie vermeinen. Die Zähne des — wie sie glaubten — umstellten Wildes sind scharf, seine Pranken sind kraftvoll. Es wird sich zu wehren wissen!

Unsere Militärs scheinen die Haltung Italiens keineswegs schwer zu nehmen. Zunächst richtet sich der Kampf gegen die verbrüderte Doppelmonarchie, aber wer in der Stunde äußerster Gefahr unserem Verbündeten in den Rücken fällt, um alten Haß des Volkstums zu befriedigen, um Gebietszuwachs zu erjagen, zwingt auch uns das Schwert in die Hand, nötigt uns, alle Neigung, Liebe, Freundschaft zu vergessen, unser Gefühl zu verhärten, und in dieser Krisis eines Erdteils, die an Gewalt und Plötzlichkeit in der Geschichte nicht ihresgleichen hat, nur an die Selbstbehauptung zu denken, nichts anderes anzustreben als die künftige Sicherung Deutschlands und seines Bundesgenossen, der, wie immer es um die Völkermischung dieser Grenzmarken bestellt sein mag, nach Osten und, wie sich jetzt zeigt, auch nach Süden hin eine Schutzwehr Germaniens gegen nationale Gewalten von tiefster, innerster Feindseligkeit bildet.

Was erhofft Italien von einem Siege an der Seite unserer Gegner? Triest und das Trentino? Gewiß, auch diese Gebiete, obwohl sich die Maßgebenden, die nicht von sentimentalen Schlagworten Abhängigen, längst darüber klar sind, daß Triest vom Felsenwall des Karst umschränkt, abgetrennt von seinem Hinterland, jeden Wert für Italien verlieren müßte, zur Verödung bestimmt wäre und die ohnehin geringe Handelsbewegung von Venedig durch seine Konkurrenz herabdrücken würde, daß ferner das Trentino einen Gebietszuwachs von nur recht geringem Wert darstellt. Lediglich die Phrase von den „unerlösten Brüdern" gibt dem Streben nach diesen Territorien einen Gehalt, und zuletzt müßte man einsehen, daß die Trentini und Triestini durchaus nicht vermittels einer Annexion erlöst sein möchten, sondern daß deren Wünsche auf eine stärkere Berücksichtigung ihrer Eigenart und ihrer Sprache, auf eine gewisse Autonomie innerhalb Oesterreichs gerichtet sind. Daß Oesterreich seine Italiener stets klug und gerecht behandelt habe, wird man nicht behaupten dürfen, aber es gibt jetzt andere Sorgen als die Kritik an Irrtümern der Vergangenheit. In Wahrheit erhofft Italien sehr viel weitergehende Vorteile, und auch hier ist die angeblich verletzte nationale Empfindung nur das Mäntelchen zur Verhüllung von Machtgelüsten. Der leidenschaftliche Wunsch, selten geäußert und doch in allen Gemütern lebendig, bezieht sich auf den Erwerb der österreichischen und ungarischen Küstengebiete an der Adria, deren Verlust die Doppelmonarchie aus der Reihe der lebensfähigen Mächte tilgen würde, und er bezieht sich auf den Besitz des weitaus größeren Teiles von Tirol mit Bozen und Brixen bis zum Brennerpaß.

Auf allen Lippen schwebt die Frage, wie es geschehen konnte, daß ein vor 31 Jahren geschlossenes, vor kurzem nach Italiens Bedürfnissen und Wünschen abgerundetes und erneuertes Bündnis zunächst durch die Neutralitätserklärung außer Wirkung gesetzt, dann in sein Gegenteil verkehrt werden konnte derart, daß an die Stelle des verbrieften Vertrages offene Feindschaft tritt.

Italien, gleich der Helena Goethes „gepriesen viel und viel gescholten," wurde tausendfach in verkehrter Art gelobt, in verkehrter Art getadelt, immer ist es in Bezug auf sein Volkstum, auf dessen Denken und Empfinden den Nachbarländern fremd und unverständlich geblieben. Umgekehrt wissen die Italiener von der Empfindungsgewalt der Deutschen so gut wie nichts, auf hunderttausend kommt kaum einer, der hierin eine Ausnahme bildet. Die oberflächlichsten Urteile sind auf beiden Seiten im Schwange gewesen. Vom Kern deutscher Art, von deren innerer Tüchtigkeit, von dem wackeren Pflichtgefühl, das eine Sache um der Sache willen, ohne Rücksicht auf die eigene Person, auf Ehre und Nutzen betreibt, von dem Streben nach Gerechtigkeit haben wenige Italiener eine Vorstellung, wogegen ihr Sinn an äußeren Dingen haftet, ihr Urteil durch die ästhetisch unerfreuliche Erscheinung vieler Touristen, durch manche laute Manieren und nicht zuletzt durch den Hohn gewisser deutscher Witzblätter beeinflußt ist. Selbst Italiener, die Jahre lang in Deutschland gelebt haben, bekennen, daß deutsches Wesen ihnen achtbar erscheint, aber innerlich fremd geblieben ist. Im Grunde existiert für den Italiener nur Italien; die sonstige Welt bildet eine gewisse notwendige, aber im Grunde unsympathische Zugabe. Aus dieser Empfindung nährt sich ein glühender Patriotismus, der aber voll Einseitigkeit, voll einer gewissen Beschränktheit ist, da man Einheimisches vorweg mit einem anderen Maßstabe mißt als Fremdes. Für die Engländer bestand stets Neigung, den stammverwandten Franzosen brachte man starke Sympathie, aber sehr geringe Achtung entgegen. Doch hat die geschickte Beeinflussung der Presse und der Gesellschaft von diplomatischer Seite seit Jahren eine bedeutende Wirkung im Sinne der Franzosenfreundlichkeit geübt und jene systematischen Beziehungen tragen jetzt ihre Früchte auf dem Gebiet der Politik. Selbst die aus Frankreich vertriebenen, massenhaft nach Italien übergesiedelten Kongregationen trieben eine sehr starke französische Propaganda und leisteten der ihnen feindlichen Republik im nationalen Sinne bedeutende Dienste. In derselben Richtung wirkten staatlich subventionierte wissenschaftliche Institute und selbst Wohltätigkeitsgesellschaften. Von deutscher Seite verließ man sich auf innere Wirkungen und geschriebene Verträge; man hat die Kleinigkeiten, den Wert der Imponderabilien nicht richtig eingeschätzt.

Man kann Deutsche oder man konnte Deutsche achten, aber Neigung hegte man für sie nur in ganz vereinzelten Fällen, etwa dann, wenn sie ihr Leben italienischen Interessen zugewandt hatten. Dankbarkeit in dieser Hinsicht ist ein schöner Zug italienischen Wesens, aber das Gesamtbild der Beziehungen von Volk zu Volk bleibt dadurch unberührt. Der Deutsche war und ist dem Italiener ein Pedant oder ein auf den Gewinn bedachter Kaufmann oder ein unerträglich disziplinierter und korrekter Soldat und Beamter. Die Söhne des bel paese sind scharfe Beobachter für alles Aeußerliche und für alles ihrem Verständnis Zugängliche, aber gerade das Beste und Innerlichste unseres Daseins bleibt ihrer Auffassung wie ihrem Empfinden fremd und verschlossen.

In der Gelehrtenwelt, die medizinische Wissenschaft etwa ausgenommen, ist seit ungefähr einem Jahrzehnt, besonders aber seit dem tripolitanischen Kriege, ein ungesunder Nationalismus groß geworden, der nur italienisches Verdienst kennen wollte, der höchst widerwillig Leistungen der Ausländer, zumal der Deutschen, anerkannte, wenn es denn durchaus nicht anders ging. Hierbei machte die Parteistellung keinen Unterschied, in diesem einen Punkt waren sozialistisch gerichtete jüngere Gelehrte und konservativ empfindende ältere durchaus eines Sinnes. Im Heer, in der Marine bestanden unter den Offizieren gewisse Sympathien für Deutschland, die auf der Anerkennung der militärischen und seemännischen Tüchtigkeit beruhten; dem aufmerksamen Beobachter erwiesen sie sich indes politisch paralysiert durch die Abneigung dieser Kreise gegen Oesterreich. Nicht selten hörte man Marineoffiziere erklären: es gäbe ihnen stets einen Stich durchs Herz, wenn sie auf einem Kriegsschiff der Doppelmonarchie, das Seite an Seite mit dem ihren lag, italienische Kommandorufe hörten. Sie hielten die Schiffe eigentlich für die ihren, da Mannschaft und Offiziere italienisch sprachen, wie denn die allgemeine Auffassung überhaupt dazu neigt, alles, was italienisch redet, als Italien gehörig zu beanspruchen.

Seit Jahren hat einen großen Teil der Borghesia und der Aristokraten ein Nationalismus durchaus überhitzter Art erfaßt. Der „Corriere della Sera", das Leibblatt dieser Kreise, mit 2- bis 300 000 Exemplaren Absatz in normalen, mit 5- bis 600 000 in erregten Zeiten, hat seit dem Ausbruch der europäischen Krise die Maske der Mäßigung abgelegt, hat alles getan, um Deutschland als Friedensbrecher darzustellen, die Nachrichten von belgischen, französischen, russischen Siegen zu verbreiten und gegen die beiden Kaiserreiche zu hetzen mit dem Zweck, die Leidenschaften aufzupeitschen, Italien in den Krieg für Frankreich gegen Oesterreich hineinzutreiben. Es wäre falsch, bei diesem Blatt (von anderen Organen sprechen wir hier nicht) an den Einfluß französischen Geldes zu glauben. Der Komplex der Unternehmungen des „Corriere", die mit ihm stehen und fallen, ist ein zu großartiger, als daß die Zeitung selbst durch beträchtliche Summen bestochen werden könnte. Vielmehr geht die Geschäftspolitik dieses Organs dahin, sich der allgemeinen Empfindung klug anzupassen, die Unterströmungen geschickt aufzuspüren und die Stimmung des nächsten Tages vorauszuahnen. Der Leiter des „Corriere" war bis 1911 überhaupt Gegner des tripolitanischen Unternehmens. Als sich das Publikum dafür erwärmte, wurde er dessen entschiedenster Anhänger, und nirgends gab es so großes Kriegsgeschrei wie in den Spalten dieses Blattes, in dem auch Herr D'Annunzio gegen hohes Honorar seine schwülstigen Oden veröffentlichte, vermittels deren er den Chauvinismus durch Erinnerungen an die Vergangenheit anzustacheln versuchte, und die zwar von jedermann gebührend bewundert, aber trotz des gleich mitveröffentlichten Kommentars von niemandem verstanden wurden.

Es bleibt die Haltung der Sozialdemokratie, der Geistlichkeit und der Monarchie zu erwähnen. Die Sozialisten wollten keinen Krieg, der die Arbeitsgelegenheit vermindert, die maßlos gestiegenen Lasten, die Preise der notwendigsten Lebensmittel weiter erhöht. Vor allem aber wollten sie keinen Krieg zu Gunsten Oesterreichs, und da wo ehrlicher Pazifismus herrschte, täuschte man sich ebenso wie vor drei Jahren über die Leidenschaftlichkeit nationalen und nationalistischen Empfindens. Die italienische Sozialdemokratie hegt überdies tiefe Sympathie für Frankreich, in dem der Sieg sozialistischer

Österr. Volkszeitung
23./V. 1915

Italienische Pfingsten.

Von **Dr. Wolfgang Madjera.**

Blutrot aufschwellend erschließen in den Gärten die Pfingstrosen ihre dunklen Blumenkronen. Das Fest, das dem göttlichen Geist und seinen Wunderwirkungen geweiht ist, ist da. Aber kein ärgerer, kein furchtbarerer Hohn hätte diesem Feste des Geistes angetan werden können, als daß gleichsam an seinem Vorabend das von allem Geist verlassenste Kriegsgeschrei in die Welt hinausgeschmettert wurde, das je von einem Volke gegen das andere erhoben wurde. Das Fest des Geistes ist diesmal zu einem Feste des Irrsinns geworden; denn was wir hier mit staunendem Auge schauen und mit schauderndem Herzen erleben, ist die Massenerkrankung eines Volkes, das, von Größenwahn und Tollwut ergriffen, jedes klaren Gedankens und jedes Gefühles für Recht und Unrecht verlustig geworden ist. An seiner Spitze steht die Gestalt eines Phrasenhelden, dem leider auch deutsche Gutmütigkeit schon ins Garn gegangen ist; denn wenn die Menschheit heute Herrn Gabriele d'Annunzio, dessen klappernder bürgerlicher Name Rapagnetta sein Wesen viel treffender bezeichnet, für eine Leuchte der modernen Literatur hält, so dankt er dies zum guten Teile der Verblendung der deutschen und ganz besonders der österreichischen Kunstkritik, die in den Jahren vor dem großen Kriege eine geheimnisvoll auftretende Hysterie für die Dichtkunst der Zukunft hielt und die sich durch die Nervenkunststücke der Duse über die klägliche Unzulänglichkeit hinwegtäuschen ließ, welche unter ihren formenden Händen Leben zu gewinnen schien. Unter ihren Händen: Ihr zuliebe hat Herr Rapagnetta allerdings einmal ein Drama geschrieben, in dem sie ohne Hände aufzutreten hat. Man möchte wünschen, daß auch in diesen Tagen alle jene keine Hände hätten, denen er die Köpfe mit seinen nichtswürdigen, die wildesten Instinkte der Menge aufrührenden Hetzreden verdreht hat!

Aber, leider Gottes — sie haben Hände, und sie mißbrauchen ihre Hände, um den Demagogen vom Pegasus herab auf ihre Schultern zu heben, sie mißbrauchen ihre Hände, um seinen giftstrotzenden Worten tosenden Beifall zu klatschen. Italiener waren es, die einst den größten Dichter ihrer Zunge, den edlen Dante, aus seiner Heimat vertrieben und in der Verbannung sterben ließen, weil er es trotzig wagte, ihnen mit seiner politischen Ueberzeugung die Stirne zu bieten; seinen kleinen Epigonen verhimmeln sie, weil er sich zum Diener ihrer Leidenschaften macht. Dafür haben sie aber auch nicht zu besorgen, daß er eine „Göttliche Komödie" schreiben und ihrer Niedertracht mit

25./5.1915

die Kernpunkte des Verrats.

erlin. Dienstag, 25. Mai 1915

1704.

Zeitung

ng von Staats- und gelehrten Sachen.

SW., Kochstraße 22/24. Telephon-Zentrale Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 849. Zentrum 8689 u. 8690.

d und Venedig

h Ueberreichung der italienischen eichen Aktion der österreichisch- egserklärung, deren Text wir auf ein Extrablatt mitgeteilt.

Die Kernpunkte des Verrats.

Von
Georg Bernhard.

Italien ist nunmehr unser Feind, aber auch dem Feinde gegenüber muß man gerecht sein. Und deshalb wollen wir zur Erklärung des italienischen Verhaltens lediglich die Urkunde gelten lassen, die Italien selbst verfaßt hat: Das italienische Grünbuch, das doch von den Herren Salandra und Sonnino als Verteidigungsschrift geschrieben ist. Nach den Plaidoyers dieser Verteidiger braucht kein Staatsanwalt die Anklage zu vertreten. Jeder Gerichtshof wird ohne weiteres zu dem Urteil kommen müssen: Italien ist schuldig des Verrats und des Treubruchs gegenüber seinen Bundesgenossen. Nie haben Angeklagte sich vor dem eigenen Lande und vor der Welt schlechter verteidigt.

Den Mittelpunkt des Grünbuches bildet der in letzter Zeit so oft zitierte Artikel 7 des Vertrages vom 5. Dezember 1912, in dem Oesterreich-Ungarn verspricht, für den Fall, daß es irgendwelche Vorteile auf dem Balkan erstrebe, sich mit Italien wegen der Kompensationen in Verbindung zu setzen. Von diesem Paragraphen hat Italien, solange der Marquis di San Giuliano seine auswärtige Politik leitete, keinen Gebrauch gemacht. Es hat gegen den Krieg, den Oesterreich-Ungarn gegen Serbien begann, keinerlei Protest erhoben. Erst am 9. Dezember 1914 hat Herr Sonnino für gut befunden, den Einmarsch Oesterreich-Ungarns in Serbien zum Anlaß von Vorstellungen in Wien zu nehmen. Ich lasse vorläufig ganz dahingestellt, wie sich Verhalten zu beurteilen ist. Vielleicht war es grundsätzlich berechtigt. Oesterreich-Ungarn stellte sich jedenfalls bedingt auf den Standpunkt solcher Berechtigung und war bereit, über Kompensationen zu verhandeln. Gegenstand solcher Kompensationen konnten nach Auffassung der österreichisch-ungarischen Regierung am besten der Hafen von Valona und die Inseln des Dodekanes sein, die Italien kurz vorher besetzt hatte. Auch ohne Oesterreich-Ungarn vorher zu befragen. Sicher ohne formelle Berechtigung. Darauf erhob Italien die Forderung — zunächst zögernd und unbestimmt, in der Hoffnung, daß der Erpreßte vielleicht von selbst das Objekt nennen würde, das er unfreiwillig ausliefern wolle, schließlich aber recht zynisch und bestimmt —, die Forderung der Abtretung österreichischer Gebiete. Damit verließ Italien den Boden des Vertrages vom 5. Dezember 1912. Denn es ist ganz klar, daß Oesterreich einen solchen Vertrag niemals geschlossen haben würde, wenn es gewußt hätte, daß Italien an eventuelle Kompensationen im Sinne der Abtretung österreichischen Gebietes dachte. Das bedeutete eine Ausbeutung der Notlage eines Staates, mit dem man zurzeit doch noch verbündet war, eine Handlungsweise, die milde nicht anders als Nötigung bezeichnet werden kann.

Es ist kein Wunder, daß Oesterreich zu solchen „Kompensationen" sich nur sehr schwer entschloß. Daß sie schließlich doch zugestanden wurden, war, wie man in Italien wußte, wesentlich zurückzuführen auf den deutschen Einfluß. Deutschland wollte zwischen beiden Bundesgenossen einen erträglichen Zustand herstellen. Deutschland wußte, daß die bezahlten Helfer des Dreiverbandes das italienische Kabinett durch Erregung irredentistischer Begehrlichkeit in eine schwierige Lage gebracht hatten, und es sah deshalb keinen anderen Ausweg, als seinem Waffengefährten im gemeinsamen Interesse zur Selbstüberwindung zu raten. Bis zu diesem Punkte war die Haltung des italienischen Kabinetts vom moralischen Standpunkte aus recht bedenklich, politisch aber vielleicht noch durch die inneren Verhältnisse Italiens verständlich. Was jedoch nun folgte, zeigte immer deutlicher, daß das italienische Kabinett den Krieg wollte. Es wäre damals den Herren Sonnino und Genossen ein leichtes gewesen, unter Berufung auf die Zugeständnisse den Krieg zu vermeiden. Genau so, wie sie sich hinterher, ohne das Parlament zu befragen, an den Dreiverband verpflichteten, konnten sie mit den Bundesgenossen einen Vertrag schließen. Kein italienisches Parlament hätte den Mut gehabt, diesen Vertrag nicht gutzuheißen. Statt dessen stellte man Forderungen auf, die nach zwei Richtungen hin gefähr-

Amtsblatt der Stadt Wien
26./V. 1915

Sonder-Ausgabe

Seine kaiserlich und königlich Apostolische Majestät haben das nachstehende Allerhöchste Handschreiben Allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Graf Stürgkh!

Ich beauftrage Sie, das angeschlossene Manifest an Meine Völker zur allgemeinen Verlautbarung zu bringen.

Wien, am 23. Mai 1915.

Franz Joseph m. p. **Stürgkh** m. p.

An Meine Völker!

Der König von Italien hat Mir den Krieg erklärt.

Ein Treubruch, dessengleichen die Geschichte nicht kennt, ist von dem Königreiche Italien an seinen beiden Verbündeten begangen worden.

Nach einem Bündnis von mehr als dreißigjähriger Dauer, während dessen es seinen Territorialbesitz mehren und sich zu ungeahnter Blüte entfalten konnte, hat Uns Italien in der Stunde der Gefahr verlassen und ist mit fliegenden Fahnen in das Lager Unserer Feinde übergegangen.

Wir haben Italien nicht bedroht, sein Ansehen nicht geschmälert, seine Ehre und seine Interessen nicht angetastet; Wir haben Unseren Bündnispflichten stets getreu entsprochen und ihm Unseren Schirm gewährt, als es ins Feld zog.

Wir haben mehr getan: Als Italien seine begehrlichen Blicke über Unsere Grenzen sandte, waren Wir, um das Bundesverhältnis und den Frieden zu erhalten, zu großen und schmerzlichen Opfern entschlossen, zu Opfern, die Unserem väterlichen Herzen besonders nahe gingen.

Aber Italiens Begehrlichkeit, das den Moment nützen zu sollen glaubte, war nicht zu stillen.

Und so muß sich das Schicksal vollziehen.

Dem mächtigen Feinde im Norden haben in zehnmonatlichem gigantischen Ringen und in treuester Waffenbrüderschaft mit den Heeren Meines erlauchten Verbündeten Meine Armeen siegreich Stand gehalten.

Der neue heimtückische Feind im Süden ist ihnen kein neuer Gegner.

Die großen Erinnerungen an Novara, Mortara, Custozza und Lissa, die den Stolz Meiner Jugend bilden, und der Geist Radetzkys, Erzherzog Albrechts und Tegetthoffs, der in Meiner Land- und Seemacht fortlebt, bürgen Mir dafür, daß Wir auch gegen Süden hin die Grenze der Monarchie erfolgreich verteidigen werden.

Ich grüße Meine kampfbewährten, siegerprobten Truppen, Ich vertraue auf sie und ihre Führer! Ich vertraue auf Meine Völker, deren beispiellosem Opfermut Mein innigster väterlicher Dank gebührt.

Den Allmächtigen bitte Ich, daß er Unsere Fahnen segne und Unsere gerechte Sache in seine gnädige Obhut nehme.

Wien, am 23. Mai 1915.

Franz Joseph m. p. **Stürgkh** m. p.

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 23. Mai 1915.

Der k. k. Statthalter im Erzherzogtume Österreich unter der Enns:

Vienerth m. p.

Vossische Zeitung
27.10.1915

Italien und der Papst.

Gleichzeitig mit den Botschaftern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns beim König von Italien haben die diplomatischen Vertreter der Habsburgischen Monarchie, Preußens und Bayerns beim päpstlichen Stuhl Rom verlassen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche ist keine kriegführende Macht; die bei ihm beglaubigten Diplomaten haben keinen Auftrag erhalten, die Beziehungen zu ihm abzubrechen; der Schutz der Unverletzlichkeit hätte ihnen von Rechts wegen zugestanden, wenn sie in der Ewigen Stadt, am Sitz der Kurie, geblieben wären. Allein in der italienischen Presse hatte man mit der neuerdings jenseits der Alpen üblichen Leidenschaftlichkeit die Entfernung dieser Ausländer begehrt, und es war zu erwarten, daß die Herren Salandra und Sonnino wie bisher den Geboten des Straßenpöbels folgen oder zuvorkommen würden. Der Vatikan scheint damit einverstanden gewesen zu sein, daß die Gesandten ihm durch ihre Abreise eine Verlegenheit ersparen, und so haben Prinz Schönburg vom Palazzo di Venezia, Herr von Mühlberg von der Villa Bonaparte und Freiherr von Ritter vom Palazzo Cardelli Abschied genommen. Ob sie vorher eine Münze in die Fontana Trevi geworfen haben mit dem Wunsch, dereinst in die Siebenhügelstadt zurückzukehren, ist nicht bekannt geworden.

Wenn die italienische Regierung Gewicht darauf gelegt hätte, der katholischen Christenheit zu beweisen, daß der Papst auch nach dem Verlust seiner weltlichen Herrschaft sich voller Freiheit wie ein Souverän erfreue, jener Freiheit, die sie oft und laut behauptet hat, so hätte ihr nichts näher liegen können als die öffentliche und bestimmte Erklärung, daß den Vertretern bei der Kurie kein Haar gekrümmt, dem Verkehr des Papstes mit ihnen kein Hindernis bereitet, den Mitgliedern kirchlicher Körperschaften und den Angestellten der Kirche, welchem Volk sie auch angehörten, ihre Tätigkeit weder verwehrt noch beschränkt werden solle. Statt dessen haben nicht bloß die Gesandten mit ihrem Personal, sondern auch die Geistlichen, die Lehrer, die Zöglinge geistlicher Anstalten, soweit sie deutsche oder österreichisch-ungarische Staatsangehörige sind, aus Italien auswandern müssen. Vor den deutschen Unterrichtsgebäuden haben wüste Kundgebungen stattgefunden; die rotröckigen Zöglinge des Jesuitenkollegs sind aus dem Straßenbild Roms verschwunden; der Jesuitengeneral Graf Ledochowski hat sein Heil in der Flucht suchen müssen; eine Anzahl Mönche, die unterwegs als Spione verhaftet wurden, können von Glück sagen, daß sie bald ihres Weges weiterziehen durften. Kurzum, der Krieg, den der italienische Staat freventlich vom Zaun gebrochen hat, greift empfindlich ein in das innere Leben der katholischen Kirche.

Es klingt wie Hohn, wenn die „Tribuna“ versichert, Artikel 11 des Garantiegesetzes werde auf die Diplomaten beim Vatikan sozial angewendet, so daß ihre Abreise „ganz aus freien Stücken“ erfolgte; alle Bürgschaften für den Heiligen Stuhl würden beobachtet. Der Artikel 11 des italienischen Gesetzes vom 13. Mai 1871 sichert allerdings dem Papst das aktive und passive Gesandtschaftsrecht zu. Den beim Vatikan beglaubigten Gesandten auswärtiger Regierungen werden alle Vorrechte und Freiheiten gewährleistet, die gemäß dem Völkerrecht den diplomatischen Vertretern zukommen. Ihre Person also ist unverletzlich, ihre Wohnung unterliegt keinerlei Durchsuchung, ihre Papiere dürfen nicht beschlagnahmt werden. Aber das alles und vieles andere steht lediglich auf dem Papier. Wenn der Kardinal-Staatssekretär Antonelli am 8. November 1870 von den in Aussicht gestellten Bürgschaften sagte, daß ihre Bedeutung nur vom guten Willen dessen abhänge, der sie gewährt, so hat die jetzige Erfahrung ihm recht gegeben. Nicht nur, daß die italienische Regierung unterlassen hat, den Gesandten ihren fortdauernden Schutz zuzusichern, sie hat vielmehr, ohne Widerspruch zu erheben, die Blätter, die ihr nahestehen, ankündigen lassen, daß das Garantiegesetz zeitweilig außer Kraft gesetzt werden solle, wenn sich die Gesandten nicht beeilten, „aus freien Stücken“ abzureisen.

Welchen Einfluß diese Wahrnehmungen auf die Gefühle der vielen Millionen Katholiken, die im Papst ihr geistliches Oberhaupt verehren, üben werden, mag die Zukunft lehren. Soviel wird gewiß sein, daß Italiens Behandlung des Garantiegesetzes ebenso wenig geeignet ist, Vertrauen zu erwecken, wie sein schnöder Treubruch gegen die bisherigen Bundesgenossen.

Vossische Zeitung
1./VI. 1915

Der Krieg mit Italien.

Berlin. Dienstag, 1. Juni 1915

Begründet 1704.

Vossische Zeitung

Die Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW., Kochstraße 22/24. Telephon-Zentrale Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 849. Zentrum 8689 u. 8690.

nenschluß mit dem Dreiverband.

verringert würden und sogar Entlassungen vorkämen. Der „Avanti" sagt, Salandra sei imstande, alle diese unglücklichen Opfer der kapitalistischen Unordnung als schlechte Bürger zu bezeichnen.

Delcassé über den Vierbund.

Eigener Drahtbericht.

Lugano, 31. Mai.

Der Pariser Korrespondent der „Idea Nazionale" teilt über eine Unterredung mit Delcassé mit: Delcassé betrachtet das Zusammenwirken Italiens und Frankreichs nicht als ein vorübergehendes Bündnis, sondern als eine notwendige dauernde Verbindung. Er ist voll Ehrerbietung für die hohe Rechtschaffenheit der italienischen Politik. Nur der loyalen Neutralität Italiens habe es Frankreich verdankt, daß es sich vor dem schrecklichen Einfall der Deutschen retten konnte. Nach Delcassé existiert rechtlich und tatsächlich der neue große Vierbund Italien-Frankreich-England-Rußland und müsse den Krieg und den gemeinsamen Sieg überdauern. Wenn England die deutsche Bedrohung seiner Marinemacht zurückgewiesen haben wird, wird es immer noch das höhere Interesse haben, die deutsche Handelsrivalität im Zaume zu halten. Wenn Rußland den Deutschen und Oesterreichern Polen gänzlich entrissen haben und Oesterreichs Balkanpolitik zunichte gemacht haben wird, wird es Rußlands größtes Interesse bleiben, den deutschen Druck im Osten aufzuhalten. Wenn Italien seine nördlichen und östlichen Länder am Adriatischen Meer wieder errungen haben wird, wird es noch immer sein höchstes Interesse sein, sich dem deutschen Druck von Norden her und dem deutschen Vordringen zum Mittelmeer und nach dem Orient zu widersetzen. Wenn alle vier Verbündeten sich in ihre Einflußzonen geteilt haben, wird die Verwaltung der Erbschaft, des türkischen Kaiserreichs, höchstes Interesse gewinnen. Dann müsse man eine deutsch-türkische Erhebung unmöglich machen. Natürlich, meint Delcassé, können unter vier Großmächten Streitigkeiten vorkommen, aber diese müssen angesichts des Fundamental-Interesses der Bekämpfung der deutschen Gefahr

Der Krieg mit Italien.

Von

Heinrich Friedjung · Wien.

Für die kommenden Ereignisse, für den Gang der militärischen Operationen in den Kämpfen gegen Italien verschlägt es wenig, wen die Verantwortung für den unerhörten Treubruch der Regierung der Halbinsel trifft. Der Frevel ist nun einmal geschehen, und da der Schlachtensieg nicht gerade zugunsten der höheren Sittlichkeit, sondern regelmäßig demjenigen zufällt, der besser gerüstet ist und über die tüchtigeren Soldaten und Generale verfügt, so ruht die Entscheidung ausschließlich auf der Schärfe des Schwertes. Das moralische Element ist jedoch insofern wichtig, als der Teil, der in der diplomatischen Vorbereitung des Krieges unmännlich, oder gar kläglich und kindisch verfuhr, ähnliche imponierende Eigenschaften auch im Felde entwickeln dürfte. Eine Regierung und ein König, welche sich den Poeten der geschlechtlichen Laster zum Tyrhäus erkoren haben, und der hierauf, seine Vergangenheit verleugnend, in seiner Rede zu Quarto die Keuschheit der männlichen Jugend als hohes Gut pries, haben ihren Anteil an der Lächerlichkeit der Situation. Sollen das die Männer sein, welche die geeigneten Heerführer auswählen, die zweckentsprechend über Tod und Leben des Staates entscheiden können? Ob Generalstabschef Luigi Cadorna und seine Gefährten aus anderem und besserem Holz geschnitzt sind, wird sich erst zeigen müssen; gefährlich wäre es, sie zu unterschätzen und sie für die Perversitäten d'Annunzios verantwortlich zu machen. Ist aber auch in ihre Adern etwas von dem Gifte gedrungen, so können sie sich mit den in den polnischen und in den Karpathenschlachtfeldern erprobten und gehärteten Feldherren und Kriegern nicht messen.

Schon vor Monaten bin ich der Auffassung entgegengetreten, das Ministerium Salandra-Sonnino wäre im Innern vertragstreu gesinnt, werde sich gegen seinen Willen von der unwiderstehlichen Kriegsströmung bestimmen lassen müssen. So nämlich wurden damals die römischen Dinge von denjenigen dargestellt, die glaubten, die italienische Regierung werde sich durch das Lob ihrer Ehrenhaftigkeit, also durch gewisse Schmeichelkünste auf dem Pfade der Tugend festhalten lassen. Es scheint, daß diese plumpe Diplomatie diesseits der Alpen auch ziemlich weit nach oben Anwert fand. Nachträglich aber ist alle Welt einig darüber, daß wohl die Mehrheit des italienischen Volkes, daß seine Industriellen wie die Arbeiter, daß das Landvolk und die Geistlichkeit, daß die erfahrensten Staatsmänner wie Giolitti und Luzzatti die Neutralität dem Kriege vorgezogen, daß aber die Männer der Regierung alle bösen Instinkte der italienischen Volksseele für die von ihnen gehegten Eroberungsabsichten wachgerufen haben. Das unter Politiker und Zeitungsleute verteilte englische und französische Gold würde so verheerend nicht gewirkt haben, wenn nicht alle Welt gewußt hätte, daß die „Tribuna" und das „Giornale d'Italia" ganz im Sinne Salandras und Sonninos schrieben: Zuletzt wollte niemand weniger „patriotisch" sein als die sogenannten Staatsmänner. Als das Eisen endlich zum Glühen gebracht war, durfte nicht länger gezögert werden. Wie, wenn sich der Senat, der überwiegend aus Kriegsgegnern bestand, wie, wenn sich die Partei Giolittis doch ermannten? Deshalb die Ueberstürzung der Ereignisse in den letzten Wochen vor dem 23. Mai, deshalb die Wahl der Pfingsttage zur Kriegserklärung, um nur die an dem hohen Feste gut besuchte Straße zu befriedigen. Vielleicht ist auch die Meldung richtig, daß der am 27. April mit den Mächten des Dreiverbands geschlossene Vertrag die Entscheidung binnen vier Wochen forderte: genug, es war eine förmliche Flucht in den Krieg hinein, eine, am wenigsten durch die Bedürfnisse des Staates gerechtfertigte Eilfertigkeit.

Unbedingt liegt eine Ueberstürzung vor, wie schon aus der Tatsache erhellt, daß die Flotte sich am Tage der Kriegserklärung nicht in der Adria befand. Sie lag stillvergnügt bei Tarent oder sonstwo und überließ den Oesterreichern die Herrschaft über das genannte Meer. Dieses Nichtzusammenstimmen der diplomatischen und der militärischen Aktion kann nur Schuld der Regierung und nicht des Flottenkommandanten sein. Die Konferenzen des Königs und Salandras mit d'Annunzio galten offenbar für wichtiger als die